

DER BÜRGER IM STAAT

2-2010



Italien



Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

DER BÜRGER IM STAAT

HEFT 2–2010
60. JAHRGANG
ISSN 0007–3121

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE

Lothar Frick

REDAKTION

Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-44, Fax 0711/164099-77

HERSTELLUNG

Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711/4406-0, Fax 0711/442349

GESTALTUNG TITEL

Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

GESTALTUNG INNENTEIL

Britta Kömen, Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

VERTRIEB

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH
Postfach 1207, 70773 Filderstadt
Telefon 0711/7001530, Fax 0711/70015310

Der Bürger im Staat erscheint vierteljährlich.
Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

INHALT

Horst-Günter Wagner Italien – wirtschaftsgeographische Differenzierung des Strukturwandels	124
Wolfgang Altgeld Risorgimento: Nationalbewegungen, Nationalstaatsgründung, Nationswerdung	134
Malte König Faschismus: Entstehung, Konsolidierung, Zusammenbruch und Aufarbeitung	143
Alessandra Dino Der Mezzogiorno und die organisierte Kriminalität	152
Corrado Bonifazi Italien – ein Einwanderungsland wider Willen?	160
Stefan Köppl Italiens Parteiensystem im Wandel	168
Mario Caciagli Die politische Kultur Italiens	178
Paolo Bellucci Berlusconi: ein umstrittener Politiker	185
Alexander Grasse Föderative Tendenzen in Italien: Politik, Wirtschaft und Regionalbewusstsein im Wandel	193
Günther Pallaver Südtirol und Padanien: Zwischen Verteidigung und Eroberung des Territoriums	202
Saveria Capecchi Frauenrollen in Gesellschaft, Politik und Medien	212
Dörte Dinger Italien und Deutschland zwischen Entfremdung und Beständigkeit	220
Sonja Haug Italiener in Deutschland – Migrations- und Integrationsgeschichte	228

THEMA IM FOLGEHEFT

Europa konkret

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Italien

Italien ist für viele Deutsche noch immer das Ziel romantischer Sehnsüchte und Urlaubsträume. Gleichzeitig besteht ein – teils vorurteilbehaftetes – Bild von einem chaotischen, instabilen und unzuverlässigen (politischen) Partner fort. Historisch betrachtet nahmen Deutschland und Italien eine beinahe parallele Entwicklung. Von der Zersplitterung in zahlreiche Kleinststaaten über die späte Nationswerdung, die faschistische – bzw. in Deutschland nationalsozialistische – Herrschaft bis zur Niederlage im Zweiten Weltkrieg. Nach dem Krieg erlebte auch Italien sein Wirtschaftswunder. Von Anfang an war es eines der Kernländer der europäischen Integration.

Dennoch nahm Italien eine Sonderrolle unter den europäischen Demokratien ein: 60 Regierungen in 63 Jahren sind ein Rekord und Indiz für die politische Instabilität des Landes. Bezeichnend für ein gleichzeitig gefestigtes und verkrustetes System ist die Tatsache, dass von 1945 bis 1993 dieselbe Partei, die *Democrazia Cristiana* (DC), ununterbrochen die stärkste Regierungsfraktion stellte. Das Verschwinden fast aller relevanten Parteien im Zuge der Korruptionsuntersuchungen „Mani Pulite“ Anfang der 1990er Jahre und das schnelle Aufkommen neuer politischer Formationen ist ein einmaliger Vorgang in der europäischen Demokratiegeschichte.

Ungeachtet der zahlreichen Reformen des Wahlrechts bleibt die Instabilität der Regierungen auch heute eine Kontinuität der italienischen Politik. Die zweite Regierung Silvio Berlusconi (2001–2006) war die erste Koalition, die eine gesamte Legislaturperiode überdauerte. Der umstrittene Populist Berlusconi prägt das Bild Italiens seit inzwischen 16 Jahren. Die Frage, wieso ein Mann, dessen verbale Entgleisungen und ausschweifendes Privatleben regelmäßig die Boulevardblätter füllen, 2008 erneut eine Parlamentswahl gewinnen konnte, ist für ausländische Beobachter nicht leicht zu beantworten. In Italien selbst ist das Verhältnis zur Person und zur Politik Berlusconi ambivalent, das Wahlvolk ist gespalten und der „Cavaliere“ heizt mit seinen Verbalattacken gegen die „rote“ Justiz die Polarisierung weiter an.

Gleichzeitig steht Italien vor großen Herausforderungen. Der rasante Wandel vom Auswanderungsland zu einem Haupteinwanderungsland Europas hat Politik und Gesellschaft überfordert. Die Staatsverschuldung ist hoch, der wirtschaftlichen Entwicklung fehlt es an Dynamik und die ökonomische Spaltung des Landes besteht unverändert

fort: Der rückständige Süden kämpft noch immer mit strukturellen Problemen und mafiösen Mentalitäten. Im Norden hat sich mit der Lega Nord eine politische Kraft etabliert, die polemisch die Abspaltung der reichen Regionen der Poebene von Rom fordert und die Föderalismusdebatte am Leben hält.

Autorinnen und Autoren aus Italien und Deutschland beleuchten diese und weitere Aspekte des Landes und nähern sich dem komplexen Bild Italiens an. Im einführenden Beitrag analysiert Horst-Günter Wagner die natur- und wirtschaftsgeographische Situation Italiens. Mit dem Wandel der Landwirtschaft hin zu modernen Produktionsweisen änderten sich neben den Anbausystemen auch die Eigentums- und Betriebsstrukturen. Auch das Wirtschaftssystem vollzog einen Strukturwandel; innovative industrielle Organisationsmodelle haben Italien einen vorderen Platz unter den ökonomisch leistungsfähigsten Staaten gesichert. Gleichzeitig weisen die Stichworte „Arbeitslosigkeit“, „Schattenwirtschaft“ und „Geburtenrückgang“ auf diverse Problemlagen hin.

Will man das heutige Italien politisch verstehen, so kommt man um eine Betrachtung der Nationalgeschichte nicht umhin – diese beginnt spät, mit dem so genannten *Risorgimento*. Der Begriff bezeichnet die verschiedenen Bewegungen, die ein unabhängiges und geeintes Italien anstrebten. Bis Anfang des 19. Jahrhunderts konnte von einem „italienischen Staat“ keine Rede sein. Die Apenninenhalbinsel wurde von europäischen Mächten beherrscht – allen voran Frankreich, Spanien und Österreich. Wolfgang Altgeld skizziert die politische Situation Italiens im 18. Jahrhundert, schildert die Phase der Restauration und des Widerstandes (1815–1848) sowie die 1848 beginnenden italienischen Unabhängigkeitskriege bis zur Nationswerdung als konstitutionelle Monarchie 1861. Italien blieb jedoch eine „unfertige“ Nation. Aufgrund der gewaltigen ökonomischen, kulturellen und sozialen Unterschiede stand die Mehrheit der Bevölkerung, vor allem im Süden, der nationalen Einheit eher gleichgültig gegenüber. Eine landesweite Akzeptanz des neuen Nationalstaates fand auch deswegen nie statt, weil der Vatikan und mit ihm die kirchentreuen Bevölkerungsschichten das neue Italien nie anerkannten.

Die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Ersten Weltkriegs verschärften schließlich die Unzufriedenheit mit dem System und begünstigten den Aufstieg der „Faschistischen Kampfbünde“ Beni-

to Mussolinis, die sich ab 1920/1921 zu einer Massenbewegung entwickelten. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten duldeten die Machtübernahme Mussolinis. Malte König zeichnet die Entwicklung des italienischen Faschismus – über den Gleichschaltungsprozess bis zur Konsolidierung des Regimes mit den Lateranverträgen – nach. Eine aggressive Außenpolitik und die Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland führten Italien in den Zweiten Weltkrieg. 1943 brach das Regime zusammen, in der Folge standen sich zwei italienische Staaten in einem Bürgerkrieg gegenüber. Die Verbrechen der faschistischen Ära gerieten nach 1945 rasch in Vergessenheit. Eine Generalamnestie, die „Resistenza“ als Gründungsmythos der Republik und relativierende Hinweise auf die NS-Barbarei führten zur kollektiven Selbstabsolution, welche die Aufarbeitung der faschistischen Verbrechen nach wie vor erschwert.

Die Mafia ist Klischee und Realität Italiens zugleich. Sie hat sich – so die Mafia-Expertin Alessandra Dino – wie ein Krebsgeschwür in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ausgebreitet. Die organisierte Kriminalität ist längst nicht mehr nur auf Italien begrenzt. Im Zuge der Globalisierung haben sich die kriminellen Organisationen anpassungsfähig gezeigt, flexible Netzwerke gegründet und transnationale Bündnisse geschlossen. Sie gleichen global operierenden Unternehmen, die sich gekonnt im Grenzbereich von Legalität und Illegalität bewegen und über kriminelle Verbindungen im internationalen Maßstab verfügen.

Eine nicht minder große Herausforderung stellt der Anstieg der Einwanderung dar: Anfang der 1990er Jahre lag der Ausländeranteil im klassischen Auswanderungsland Italien bei unter einem Prozent. Seitdem hat eine massive Zuwanderung die Zahl der Immigranten verzehnfacht. Die Zuwanderungsschübe erfolgten in einem eher ablehnenden politisch-gesellschaftlichen Kontext. Eine bewusste Steuerung legaler Immigration findet kaum statt. Die italienische Migrationspolitik ist gekennzeichnet von der Bekämpfung der illegalen Einwanderung, der man einerseits durch Legalisierungen bestimmter Gruppen, andererseits durch restriktive Maßnahmen begegnet. Corrado Bonifazi geht auf die Etappen der italienischen Einwanderungsgeschichte ein, benennt Schwierigkeiten der Integration und analysiert die wirtschaftliche und demographische Bedeutung der Zuwanderung.

Das Parteiensystem ist das Feld, auf dem die Umbrüche der italienischen Politik am augenfälligsten sind: Man hat es vor und nach der Umbruchphase der 1990er Jahre mit vollkommen unterschiedlichen Parteienlandschaften zu tun. Nach 1945 war Italien fast 50 Jahre von einer „blockierten Demokratie“ geprägt. Der Ausschluss der Kommunistischen Partei von der Macht bedingte das Fehlen eines zentralen Elements in Mehrparteiensystemen: Der (potenzielle) Austausch der Regierung durch Wahlen. Anfang der 1990er Jahre brach die Erste Republik zusammen. Die Ursachen dieses in der westeuropäischen Geschichte einmaligen Prozesses waren ein Gemisch langfristiger Entwicklungen und punktueller Ereignisse. Stefan Köppl analysiert die Umbruchphase, an deren vorläufigem Ende ein bipolares System mit zwei dominierenden Parteienbündnissen links und rechts der Mitte steht.

Trotz dieser Umwälzungen hat sich die politische Kultur nur bedingt verändert. Über viele Jahrzehnte wurden die politischen Einstellungen durch den Dualismus von Katholizismus und Kommunismus geprägt. Die Grenzen dieser Subkulturen sind heute unschärfer, haben sich jedoch nicht völlig aufgelöst. Bedeutsam für die subjektive Dimension der Politik ist auch ein ausgeprägter „Lokalismus“, der die nationale Politik in Rom mit Skepsis betrachtet. Mario Caciagli analysiert die Veränderungen der politischen Kultur sowie deren Kontinuitäten, zu denen – neben dem Nord-Süd-Gegensatz – sowohl die Polarisierung als auch die Politikdistanz der Bürger zu zählen sind.

Gerade die Polarisierung hat in den vergangenen Jahren einen Höhepunkt erreicht: Wie kaum ein Politiker vor ihm spaltet Silvio Berlusconi die italienische Gesellschaft. Der Erfolg des Medientycoons erklärt sich – so Paolo Bellucci – auch aus der Krise des Systems in den 1990er Jahren. Berlusconi präsentierte sich nach der Umwälzung der Parteienlandschaft als Alternative zur „alten“ Politikerkaste und nutzte das Machtvakuum gekonnt aus. Als „Mann der Tat“ verstand er es, aufgrund seiner Medienmacht und durch politisches Taktieren, inzwischen vier Regierungen vorzustehen. Dabei steht Berlusconi für eine Personalisierung und Vermarktung von Politik in bisher ungekannter Weise. Kritiker werfen ihm vor, das Gleichgewicht der staatlichen Gewalten empfindlich zu stören und durch seine Medienmacht die Meinungsfreiheit zu beeinflussen. Dessen ungeachtet und trotz unzähliger Affären ist Berlusconis Popularität in

großen Teilen der italienischen Bevölkerung ungebrochen.

Freilich reichte es auch für seine „Hauspartei“ Forza Italia (FI) nie zu mehr als 30 Prozent der Wählerstimmen – er ist angewiesen auf das Bündnis mit den (geläuterten) Postfaschisten Gianfranco Finis und der Lega Nord (LN) des charismatischen Parteiführers Umberto Bossi. Unter anderem durch die Stärke der LN kommt dem Thema Regionalismus bzw. Föderalismus im politischen Diskurs eine hohe Bedeutung zu.

Regionen bildeten schon immer einen Gegenpol zum Zentralstaat und galten als Orte der Identitätsbildung. Parteien spielen bei der Konstruktion regionaler Identitäten eine wesentliche Rolle. Günther Pallaver erörtert dies am Beispiel der Südtiroler Volkspartei, die für den „alten“ ethnischen Regionalismus steht und sich auf die Interessenvertretung der eigenen Sprachgruppe sowie auf die Verteidigung des eigenen Territoriums konzentriert. Der „neue“ Regionalismus hingegen, wie er von der Lega Nord propagiert wird, vertritt die politischen und ökonomischen Interessen des Nordens und beruft sich dabei auf das Konstrukt Padanien. Die symbolische Nutzung der Region als Bezugspunkt einer vermeintlichen politischen Gemeinschaft mit homogenen Interessen unterstellt eine Einheitlichkeit des Territoriums, die es nie gegeben hat.

Alexander Grasse geht der Frage nach, ob der Föderalismus für Italien ein geeignetes Modernisierungsinstrument ist. Tatsächlich wurden die Kompetenzen der Regionen spürbar erweitert. Durch die Verfassungsreformen 1999 und 2001 wurde Italien konstitutionell zu einem Mehrebenensystem im Zeichen des Subsidiaritätsprinzips. Ökonomische Ungleichgewichte sowie zentrifugal wirkende Entwicklungs- und Verteilungsprobleme sollen durch die Föderalisierung beseitigt werden. Gerade regionale Disparitäten und die Angst vor Entsolidarisierung machen den Prozess der Föderalisierung jedoch so schwer. Die bisherigen Reformen wurden oft nur zögerlich umgesetzt. Italiens Weg zum Bundesstaat dürfte auch weiterhin nur in kleinen Schritten verlaufen.

Einen kritischen Blick auf die italienische Gesellschaft und ihre Geschlechterrollen wagt Saveria Capecchi: Stimmt das Klischee von der männerdominierten Gesellschaft Italiens? Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass italienische Frauen noch immer vor allem über ihr äußeres Erscheinungsbild definiert werden. Obwohl die Gleichstellung der Geschlechter juristisch festgeschrieben ist, haben Frauen in der Berufswelt häu-

fig das Nachsehen. Führungspositionen in Politik, Medien und Wirtschaft besetzen sie nur unterproportional. Ein ausschlaggebender Grund ist das von den Massenmedien, aber auch von Teilen der politischen Eliten, geprägte Bild der jungen, schlanken Frau, die als schönes Beiwerk die männlichen Protagonisten schmückt.

Mit den Berührungspunkten zwischen Deutschland und Italien befassen sich die letzten beiden Beiträge. Dörte Dinger analysiert das ambivalente Verhältnis der beiden Länder. Nach 1945 dominierte auf der politischen Ebene die Übereinstimmung bezüglich der europäischen Integration und der transatlantischen Solidarität. Die deutsche Wiedervereinigung war eine Zäsur – sie weckte in Italien Ängste vor einer Übermacht Deutschlands in Europa bei gleichzeitiger Marginalisierung des eigenen Landes. Die Erosion der europäischen Solidarität führte auf der politischen Bühne zu einem Prozess der schleichenden Entfremdung. Auf die alltägliche gegenseitige Wahrnehmung hatte diese Auseinanderentwicklung kaum Auswirkungen. Die Deutschen assoziieren Italien mit Lifestyle, sie lieben das Italien der Antike und der Renaissance. Gleichzeitig reduzieren sie die italienische Gegenwart auf Mafia, Müll und Berlusconi.

Verbunden sind Deutschland und Italien auch durch eine mehr als 50-jährige Migrationsgeschichte. Italienische Arbeitsmigranten waren 1955 die Pioniere unter den „Gastarbeitern“. Das Verlassen des Heimatlandes wurde seither für mehr als vier Millionen Italiener eine prägende Erfahrung. Die Zuwanderung war von gesetzlichen Rahmenbedingungen, wirtschaftlichen Konjunkturphasen in beiden Ländern sowie von Migrationsnetzwerken beeinflusst. Italiener sind heute die zweitgrößte ausländische Bevölkerungsgruppe in Deutschland. Die Zuwanderungsgeschichte ist – so ein Fazit von Sonja Haug – insgesamt eine erfolgreiche Integrationsgeschichte. Der Migrationsprozess hat die Gesellschaften der beiden Länder geprägt und sie in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht weiter verknüpft.

Allen Autorinnen und Autoren sei an dieser Stelle gedankt. Ein besonderer Dank gebührt Boris Kühn, der mit seinem fachkundigen Rat und mit seinen italienischen Sprachkenntnissen wesentlich zur Konzeption des Heftes beigetragen hat. Dank gebührt auch dem Schwabenverlag für die stets gute und effiziente Zusammenarbeit.

Siegfried Frech

Italien – wirtschaftsgeographische Differenzierung des Strukturwandels

Horst-Günter Wagner

Ein Blick auf die Landkarte kann vieles vom Wesen, von der ökonomischen und sozialen Verfasstheit eines Landes offenbaren. Horst-Günter Wagner analysiert die natur- und wirtschaftsgeographische Situation Italiens sowie die wechselseitige Verflochtenheit geographischer Faktoren und ökonomischer Strukturen. Der Beitrag konzentriert sich auf vier Themenkomplexe: (1) Eingangs werden die natürlichen und anthropogenen – d.h. durch Menschen hervorgerufene – Ursachen der ökologischen Risiken der Apenninenhalbinsel erörtert. (2) Mit dem Strukturwandel der Landwirtschaft von der Tradition hin zur Moderne veränderte sich nicht nur die Eigentums- und Betriebsstruktur, sondern auch die gesamte Bandbreite der landwirtschaftlichen Anbausysteme. (3) Die stagnierenden Geburtenraten, eine massive Binnenmigration und die Einwanderungswellen der beiden letzten Jahrzehnte offenbaren die sozialen und demographischen Herausforderungen und letztlich die Dringlichkeit der Integration der Zugewanderten. Die Stichworte „Arbeitslosigkeit“ und „Schattenwirtschaft“ zeigen die Wechselwirkungen zwischen dieser sozialen Problemlage und Italiens Wirtschaftssystem. (4) Der erfolgreiche Strukturwandel der Wirtschaft, innovative und neue industrielle Organisationsmodelle haben Italien – auch außenwirtschaftlich – einen Platz in den vorderen Rängen ökonomisch leistungsfähiger Staaten gesichert. Die bereits genannten Stichworte „Arbeitslosigkeit“ und „Schattenwirtschaft“ weisen auf Problemlagen im Wirtschaftssystem hin, die insbesondere in Italiens Süden eklatant sind. |

Vorbemerkungen

Eine Analyse der natur- wie wirtschaftsgeographischen Situation der Apenninenhalbinsel verlangt sowohl einen Blick auf die innerstaatliche regionale Differenzierung Italiens als auch auf den gesamtmediterranen Rahmen. Dabei sind vier Fragenkreise zu beachten: Ökologische Risiken ergeben sich im Zentralbereich des mittelmeeischen Übergangsklimas aus natürlichen und den darauf fußenden anthropogenen Ursachen. Die Landwirtschaft der Apenninenhalbinsel durchläuft seit ca. vier Jahrzehnten einen schnellen Prozess

von der Tradition zur Moderne. In ähnlicher Weise wandelten sich seit dem Zweiten Weltkrieg die Bevölkerungsverhältnisse, die jedoch den Kulminationspunkt ihrer Dynamik bereits überwunden haben und sich – im mediterranen Vergleich – einem Zustand der Stagnation nähern, allerdings modifiziert durch die aktuell noch starke Zuwanderung. Die jüngere und jüngste Entfaltung der Industrie und ihrer bereits in den tertiären Sektor hinüberreichenden Neuerungen lässt erkennen, dass der Übergang von der großbetrieblichen Massenproduktion zu innovativen Milieus in hoch spezialisierten Mittelbetrieben nicht nur im Norden des Landes, sondern auch im bislang noch benachteiligten Südens erfolgt ist (Rother/Tichy 2008).

Ökologische Risiken – natürliche und anthropogene Ursachen

Italien liegt im zentralen Teil des mediterranen subtropisch-wechselfeuchten Klimas: Sommertrockenheit wechselt mit Niederschlagsperioden zwischen Herbst und Frühjahr. Die Regenmengen werden nach Süden nicht nur geringer, sondern sie weichen auch zunehmend vom langjährigen statistischen Mittelwert ab und bergen dadurch einen hohen Unsicherheitsfaktor

für die Landwirtschaft. Außerdem steigt südwärts der Starkregenanteil und damit die Bodenerosionsgefahr. Dadurch ergeben sich hohe Risiken für den Landschaftshaushalt. Im Zuge der fast zweitausend Jahre währenden intensiven landwirtschaftlichen Bodennutzung kam es zu starker Veränderung der Vegetation, gebietsweise zur Degradierung der Ökosysteme (Seuffert 2000). Den Mittelmeerraum und insbesondere die Apenninenhalbinsel umgreift ein unabwendbares Risiko wegen der geologischen Lage im Grenzbereich der eurasiatisch-afrikanischen Platten und davon ausstrahlender Bruchzonen. Die hier aktive tektonische Dynamik verursacht die räumliche Differenzierung der Apenninenhalbinsel in etwa sechs Relieftypen: Küstenebenen, Steilküsten, Bergland, Hochflächenreste, Gebirgsketten und von ihnen eingerahmten Beckenlandschaften. An den tektonischen Schwächezonen und Verwerfungslinien ist der Vulkanismus aktiv: Ätna, Stromboli, Vulcano und der 1944 letztmals ausgebrochene, aber nicht erloschene Vesuv sowie die westlich angrenzenden Flegräischen Felder bergen große Gefahren für die im Umkreis sehr dicht besiedelten Gebiete. Im Kontaktfeld der tektonischen Platten wurzelt auch die Initialkraft für häufige Erdbeben, die immer wieder menschliche Lebensräume



Durch Erdbeben 1982 zerstörte Bergstadt Calabritto östlich von Salerno in Kampanien.

Foto: H.-G. Wagner



Aufgelassener traditioneller landwirtschaftlicher Pachtbetrieb im Trockenfeldbau im Bergland Umbriens.

Foto: H.-G. Wagner

zerstören. Die dramatischsten: Messina 1908, Avezzano/Abruzzen 1915, in Westsizilien und Kampanien während der letzten Jahrzehnte mehrfach und 2009 im Umkreis von l'Aquila/Abruzzen. Da das Erdbebenrisiko in den tektonisch geprägten Küstengebieten am höchsten, hier aber auch die Verstädterung am stärksten ist, wächst hier der Schadensumfang überproportional. Viele der zerstörten Dörfer und Städte im Landesinneren lagen noch viele Jahre in Trümmern. Staatliche Hilfen versickern vielfach in falschen Kanälen, besonders im Süden des Landes. Folgeschwerer sind die psychischen Schäden nach Erdbebenkatastrophen, da sie den Mut zum Neubeginn lähmen (Geipel 1992). Umso positiver ist der sehr erfolgreiche Wiederaufbau der durch das Erdbeben von 1976 zerstörten Städte (Gemona, Venzone) und Dörfer im Norden Friauls im Nordosten Italiens hervorzuheben.

Der terrestrische Wasserhaushalt birgt einen weiteren Engpass. Die Wirksamkeit der Niederschläge wird durch Verdunstung und anthropogen beschleunigten Oberflächenabfluss erheblich reduziert. Zusätzlich belasten ihn die Bevölkerungszunahme, das geänderte Konsumverhalten, die Intensiv-Bewässerungswirtschaft und der durch den Tourismus steigende Wasserverbrauch in den Küstenniederungen (Margat 2008). Seit Beginn der Besiedlung unterlag die Vegetation nicht nur in Italien, sondern im gesamten Mittelmeerraum starker Veränderung. Die Degradierung des noch in der Antike bezeugten dichteren Waldes erfolgte durch Rodung zur Gewinnung von Baumaterial, zur Deckung des Energiebedarfes, zur Erschließung landwirtschaftlicher Flä-

chen und durch immer wieder aufgetretene Waldbrände. Sie steigern die Vegetationsdegradierung in oft dramatischer Weise. Ihr vermehrtes Auftreten resultiert aus der Zunahme der leicht entflammaren Macchien, die sich ausbreiten, wo die Landwirtschaft aufgegeben wurde und die bäuerliche Bevölkerung abgewandert ist (Neff 2000).

Für die Zukunft der Wirtschaft Italiens ist besonders in den küstennahen Gebieten von entscheidender Bedeutung, dass das empfindliche marine Ökosystem Mittelmeer keiner weiteren Belastung ausgesetzt wird (Giessner 2000). Vielfältige Schadstoffe gelangen über Flüsse direkt von den Küsten und aus den zunehmend verstärkerten, agrarisch intensiv genutzten, industrialisierten und zersiedelten Küstenniederungen ins Meer. Die von hier ausgehende Gefahr für das Mittelmeer erhöht sich, da sich die städtische Bevölkerung der Litoralzonen von 1960 bis 2008 mehr als verdoppelt hat und besonders in den südlichen Teilen des Mittelmeerraumes einer weiteren Zunahme bis 2025 entgegenzugehen wird.

Landwirtschaft – von der Tradition zur Moderne

Eigentums- und Betriebsstruktur

Wie der Mittelmeerraum insgesamt, so wird auch Italien flächenmäßig trotz starker Verstädterung und industriellen Wachstums noch immer dominant von der Landwirtschaft geprägt, obwohl ihre Wertschöpfung im Vergleich mit anderen Wirtschaftszweigen gering ist. Ihre Leistungsfähigkeit war stets von den unterschiedlichen naturräumlichen

Grundlagen in Gebirgen, Bergland und Küstenniederungen abhängig. Bis in die Gegenwart behinderten die komplizierten traditionellen Eigentums- und Betriebsstrukturen die Einführung moderner Anbausysteme: Großbetrieblicher Latifundienwirtschaft mit vielfältigen Pachtrechtssystemen und hohem Flächenanteil stehen Kleinbetriebe mit starker Flurzersplitterung gegenüber. Großeigentümer, oft städtische Bürger, verpachteten ihre Flächen seit Jahrhunderten über mehrere Stufen (Unterverpachtung) in viele kleine, vom Bodeneigentümer wirtschaftlich und sozial abhängige Betriebe. Dadurch entstand auch politische Abhängigkeit und damit ein Teil des für Italien noch heute gesellschaftlich bestimmenden Klientelsystems. Trotz vieler Ansätze zu Bodenreformen blieb der Grundcharakter der landwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse in Italien weitgehend erhalten.

Die Agrarreformen in Italien (1950–1960) waren nicht langfristig erfolgreich. Sie erreichten zwar den Anstieg der Agrarproduktion; aber die umfassende Zerschlagung des feudalistischen Großeigentums, das besonders im Süden der Halbinsel über Jahrhunderte strukturbestimmend war, zugunsten einer Zunahme bäuerlicher Familienbetriebe misslang. Die neu geschaffenen Betriebe waren meist zu klein und wurden deshalb wieder aufgegeben. Außerdem überholte der etwa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch in den ländlichen Räumen in Gang gekommene soziale Wandel die Agrarreformen. Er zeigte sich besonders in der Abwanderung der jüngeren Bevölkerung, in der daraus erwachsenen Arbeitsemigration und damit im Ausscheiden aus dem agrarischen Haupterwerb. Zahlreiche, auch erfolgreiche Reformmaßnahmen wurden damit wertlos. Viele Großeigentümer nahmen daraufhin die vormals enteigneten Flächen wieder an sich. Gleichwohl blieb in Italien die zahlenmäßige Dominanz der kleinen Betriebe und ihr geringer Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche erhalten (vgl. Tabelle 1). Auch wenn die Landwirtschaft Italiens nur noch einen geringen Beitrag zum nationalen Bruttoinlandsprodukt leistet, haben die Art und der Intensitätsgrad der agrarwirtschaftlichen Bodennutzung im Hinblick auf ihren großen Flächenanteil eine hohe ökologische Bedeutung (Tabelle 1). Aus der großen Bandbreite der landwirtschaftlichen Anbausysteme in Italien seien hier beispielhaft zwei ausgewählt und knapp skizziert. Auf die

Tabelle 1: Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe Italiens: Nutzflächen und Betriebe nach Größenklassen 2006

Größe	Flächenanteil	Betriebe
< 5 Hektar	14%	73%
5–10 Hektar	12%	12%
10–20 Hektar	13%	7%
20–50 Hektar	19%	5%
> 50 Hektar	42%	3%
	12,7 Millionen Hektar	1,4 Millionen Betriebe

Quelle: ISTAT, Rom, Agrarstatistik 2007.

große wirtschaftliche und landschaftliche Bedeutung von Weinbau und Fruchtbaumkulturen, insbesondere Oliven und Haselnüsse, kann hier nur verwiesen werden.

Getreidewirtschaft – traditionelle Ernährungsbasis und ihre Modernisierung

Sowohl im Norden als auch im Süden bestimmte historisch die Getreidewirtschaft ohne Bewässerung (2007 ca. 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche) teilweise in betrieblichem Zusammenhang mit Fruchtbaumkulturen und Weinbau die Landwirtschaft Italiens. Während der faschistischen Zeit wurde versucht, durch Ausdehnung, Intensivierung des Anbaus und Steigerung der Erträge eine weitgehende Unabhängigkeit von Getreideimporten zu erreichen („Getreideschlacht“). Nach dem Zweiten Weltkrieg profitierte die Landwirtschaft mit Schwerpunkt Getreideanbau durch folgende Neuerungen:

- Modernisierte Fruchtfolgen führten auf dem nicht bewässerbaren Trockenland zu höheren Erträgen. Die bisherigen Schwarzbrachen bepflanzte man mit verschiedenen Blattfrüchten, insbesondere Bohnen, Futterkräutern oder Klee. Gestiegene Kaufkraft, Änderung der Ernährungsgewohnheiten, vor allem die höhere Nachfrage nach Fleisch und Milch, machten die weitere Intensivierung des Feldfutterbaus (Futtermais, Luzerne, Soja) notwendig, um die Tierhaltung zu verbessern. Zuckerrüben, unterschiedliche Leguminosen und Ölsaaten erweiterten das Anbauspektrum je nach Bodenqualität, Feuchtedargebot und Innovationsbereitschaft der Bauern. Die modernen Fruchtfolgen lösten den jahrhundertalten Felderrhythmus der Getreide-Brach-Kultur ab.
- Die Mechanisierung des Regen- und Trockenfeldbaus brachte weitere Ertragssteigerungen. Sie begann – nach früheren Anfängen – etwa ab 1950 im Rahmen der Bodeneigentumsreformen. In den durch Trockenlegung und Melioration gewonnenen Neulandflächen, z.B. in den entsumpften Küsten-

landschaften der italienischen Marenmen und südlich von Rom, hielt die Agrartechnologie auf großbetrieblicher Grundlage Einzug. Von den modernen Agrarräumen sprang der Mechanisierungsfunkte auf die traditionellen Latifundien über. Auch hier wurden nun erneut Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt und es folgten neue Phasen der Abwanderung aus ländlichen Gebieten. Die Mechanisierung steigerte andererseits die Bodenerosion.

- Agrarökologisch günstigere Areale wurden nun bevorzugt genutzt. Von schwierigen Hanglagen zog man sich zurück. Viele alte Terrassen mit Feldern im Bergland wurden aufgegeben. Die geringe Rentabilität dieser Flächen ist tiefere Ursache, die Abwanderung aus den Gebirgen ist unmittelbarer Anlass. Viele der ehemaligen Getreideflächen an Hängen des Apennin sind heute längst von Macchien überwachsen und damit einem Wüstungsvorgang verfallen. In Italien schrumpfte die landwirtschaftliche Nutzfläche extrem stark von ca. 26 Millionen Hektar (1960) auf zwölf Millionen Hektar (2007).
- Durch Beregnung auf Trockenland konnten die Erträge der traditionellen Getreidefruchtfolgen gesteigert werden. Mit Fernwasser aus neu gebauten Stauseen und mobilem Beregnungsgerät konnte besonders in Italien und Spanien auch das Bergland erreicht werden. Marktgängige Produkte erweiterten deshalb auch hier das früher viel schmalere Anbauspektrum.
- Die umfassendste Leistungszunahme der Landwirtschaft ohne Bewässerung erfolgte in den verschiedenen Teilregionen der Poebene. Die Zunahme der Betriebsgrößen, Diversifizierung der Anbauprodukte gegenüber früheren einfachen Fruchtfolgen mit Mais, die Entfaltung höchst leistungsfähiger Tierhaltung und die Umwandlung ehemaliger Ackerflächen in Spezialobstkulturen für den Export oder Konservenindustrien sind die wesentlichen Merkmale der hier weit verzweigten Innovationen.

Bewässerung – Grundlage des Agrarexportes in erweiterte Märkte

Die Bewässerungslandwirtschaft bildet seit der Antike einen wichtigen Teil der agrarischen Nutzung. Von 1970 bis 2007 nahm die Bewässerungsfläche in Italien nochmals geringfügig von 2,4 Millionen Hektar auf 2,6 Millionen Hektar zu. Dennoch zeigen sich neben positiven auch negative Aspekte:

- Neue Anbau- und Bewässerungsflächen waren schon im Zuge der „Inneren Kolonisation“ seit ca. 1930 durch Melioration z.B. von Sumpfgebieten gewonnen worden, die heute zum Teil in Großbetrieben (Agrobusiness) bewirtschaftet werden.
- Mit dem Ausbau des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Union (EU) eröffneten sich zunehmend auch für die Kleinbetriebe größere Exportmöglichkeiten von Gemüse – teils in verschiedenen Konservierungsformen – und damit eine Steigerung der betrieblichen Existenzfähigkeit.
- Die traditionelle Bewässerung wurde durch vielfältige moderne Technik verbessert und effizienter. Auch viele Kleinbetriebe konnten somit der Konkurrenz von Großbetrieben und dem Flächenanspruch von urban-industriellen Nutzungen widerstehen.
- Durch Beregnungstechnik konnten auch auf den früher nur im Trockenfeldbau bewirtschafteten Flächen die Erträge gesteigert werden. Dadurch trat eine Aufwertung landwirtschaftlicher Standorte, auch im Bergland, ein (Bild 2).
- Durch den Bau großer Stauseen und Fernwasserleitungen konnten Agrargebiete mit bisherigem Feuchtemangel in Bewässerungsflächen umgewandelt werden.
- Die Verbesserung aller Grundlagen der Bewässerungswirtschaft erlaubte den Anbau neuer Produkte, die z.B. bisher nur in den neuen mitteleuropäischen Marktgebieten nachgefragt wurden. Ihre Innovation und Diffusion veränderte große Teile des ländlichen Raumes positiv.
- Negativ ist zu bewerten, dass der wirtschaftliche Erfolg der Bewässerung dort zu einer Übernutzung der Grundwasserhorizonte führte, wo Oberflächenwasser nicht ausreichend zur Verfügung steht und man zunehmend auf Tiefbrunnen angewiesen ist.
- Volkswirtschaftlich ist problematisch, dass der Neubau von Stauseen, Fernwasserleitungen und große Teile der technischen Infrastruktur durch staatliche Mittel und durch den Europäischen Regionalfonds der EU finanziert wurden. Somit basieren die Erfolge der modernen Bewässerungswirtschaft Italiens teilweise auf Subventionen, die



Ein durch Beregnung mit Stauseewasser modernisierter landwirtschaftlicher Kleinbetrieb im Bergland der Region Marken.
Foto: H.-G. Wagner

Ansiedlung moderner Industrie mit Arbeitsplätzen in peripherer Lage auch neue Existenzmöglichkeiten entstanden sind.

Entscheidender war jedoch die Veränderung des generativen Verhaltens, sowohl zeitlich als auch räumlich. Abbildung 2 zeigt, dass Italien innerhalb des Mittelmeerraumes einen ersten Zyklus des demographischen Wandels bereits vollständig durchlaufen hat. Es rangiert auf der letzten Position: Die Zahl der Gestorbenen ist größer als die der Geburten. Demgegenüber prägt die südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer ein starkes demographisches Wachstum mit allerdings bedeutenden Arbeitsmarktproblemen. Innerhalb Itali-

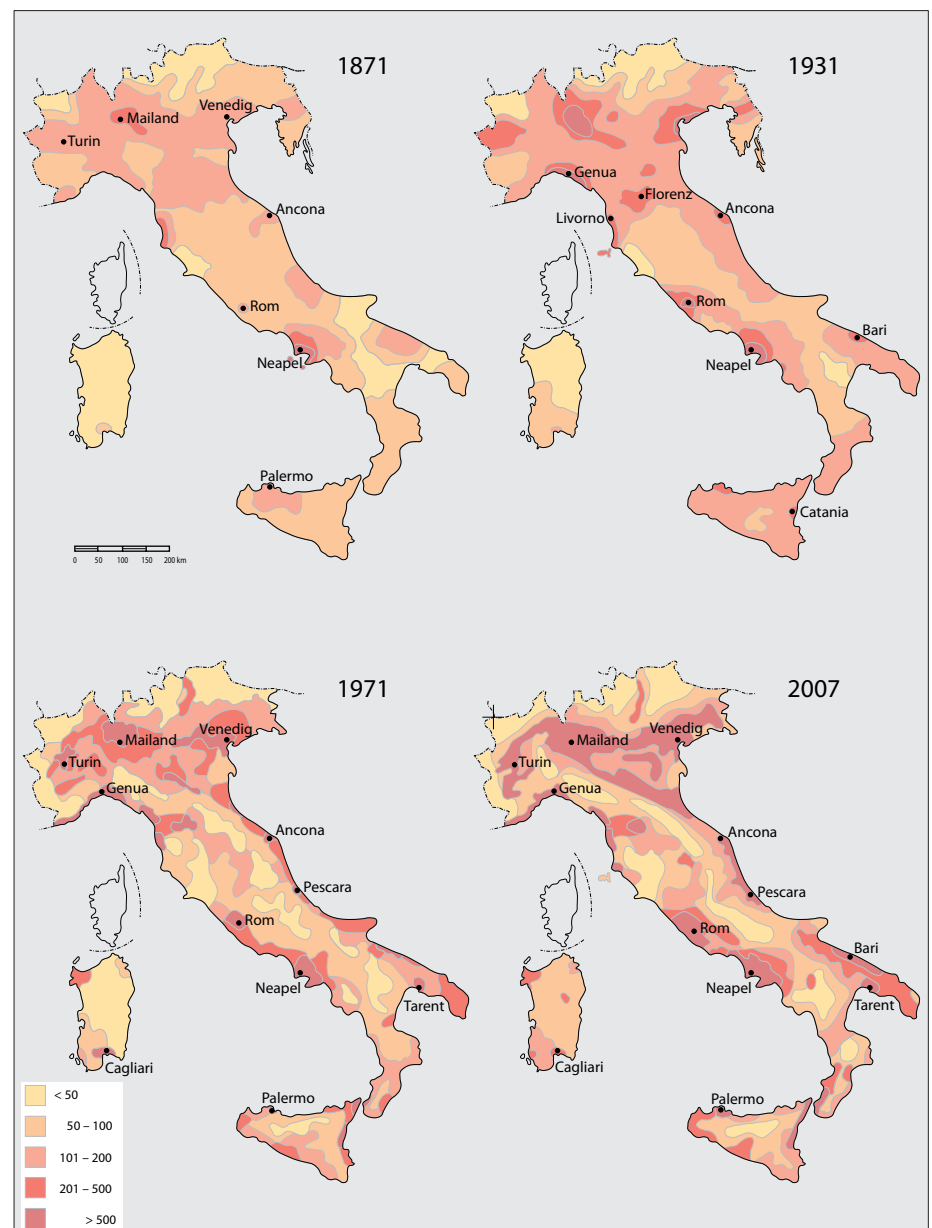
aus Steuermitteln der Allgemeinheit stammen und nicht nur auf betrieblichen Erfolgen.

■ Besonders prekär ist die Tatsache, dass die modernisierte Bewässerungswirtschaft Italiens in Konkurrenz zu anderen Mittelmeerländern steht, in denen die gleichen Gemüse- und Obstprodukte für den Export erzeugt werden. Zunehmend macht sich angesichts relativ sinkender Transportkosten ein weltweiter und existenzbedrohender, zugleich auch ökologisch bedenklicher Wettbewerb bemerkbar.

Bevölkerungsentwicklung: Von Dynamik zu Stagnation, von Auswanderung zu Einwanderung

Die Karte der Bevölkerungsdichte (vgl. Abbildung 1) lässt auf die räumlich unterschiedliche demographische Entwicklung in Italien schließen. 1871 hatten nur kleine Gebiete eine hohe Bevölkerungsdichte, so z.B. Mailand, ein Teil der toskanischen Küste und Neapel, Rom fiel kaum auf. Bis 1931 nahm infolge des generellen Bevölkerungswachstums die Dichte auch in einigen ländlichen Räumen zu. Deutlich stärker stieg sie jedoch industriebedingt in den wachsenden städtischen Agglomerationen. Seit 1971 sanken die Einwohnerzahl und Dichtewerte in vielen ländlichen Abwanderungsgebieten (Bergland, Gebirge), während die Umlandzonen der Ballungsräume und viele Küstenabschnitte eine steile Zunahme verzeichneten. Diese Gegensätze blieben bis fast zur Gegenwart erhalten, wie die Karten in Abbildung 1 zeigen. Erst in jüngster Zeit holten vereinzelte ländliche Räume wieder auf, weil durch

Abbildung 1: Bevölkerungsdichte Italiens 1871, 1931, 1971, 2007 (Einw./km²)

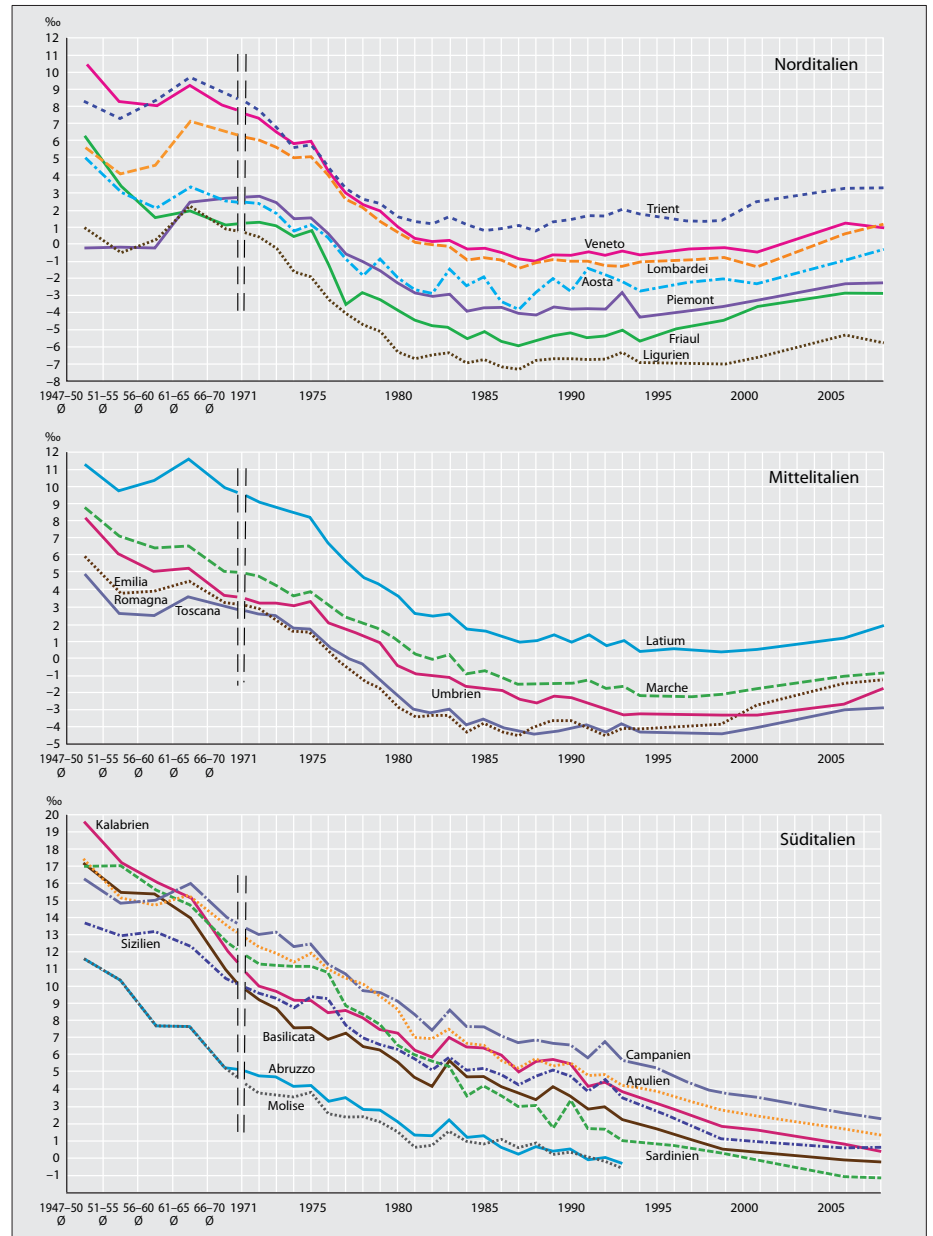


Quelle: Verändert und ergänzt nach ISTAT (Istituto Centrale di Statistica) | Grandi Comuni.

ens gibt es jedoch erhebliche regionale Unterschiede der natürlichen Bevölkerungsdynamik zwischen dem Norden und dem Süden. Abbildung 3 zeigt den Verlauf der Geburtenüberschüsse (Bilanz von Geburten und Todesfällen) seit 1950, die zwar in allen Landesteilen abgesunken sind. In Süditalien gab es jedoch bis auf wenige Teilgebiete stets mehr Geburten als Sterbefälle. In Norditalien und in einigen mittellitalienischen Regionen war die Bilanz ab etwa 1970 negativ. Allerdings setzte in Norditalien seit ca. 2000 wieder eine Zunahme der Kinderzahlen ein. Mit dem generativen Verhalten korreliert die Altersstruktur. Aus Abbildung 4 wird der große Unterschied zwischen Italien und Spanien einerseits und Ägypten und der Türkei andererseits auch im Hinblick auf die mögliche Entwicklung der Arbeitsmärkte und der Versorgung der älteren Menschen bis 2025 sichtbar.

Die Wanderungsbewegungen in Italien sind in vier Typen zu erfassen: (1) Die Abwanderung aus peripheren Gebieten, dem Apennin und aus Teilen der Bergländer erreichte ihr Maximum zwischen 1960 und 1980. Größere landwirtschaftliche Flächen wurden aufgegeben, Gebüschvegetation (Macchien) überwucherten sie, Flur- und teilweise Ortswüstungen entstanden. (2) Wichtigstes Ziel dieser Binnenmigration waren die Küstenniederungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Resten der Malariabelastung befreit und infrastrukturell hervorragend erschlossen worden waren. Innerhalb dieser Zielgebiete nahm die Siedlungsbebauung und Verstädterung zuwanderungsbedingt und – weil sich überwiegend jüngere Bevölkerungsgruppen ansiedelten – auch generativ zu. (3) Die Auswanderung hatte bereits um 1880 begonnen

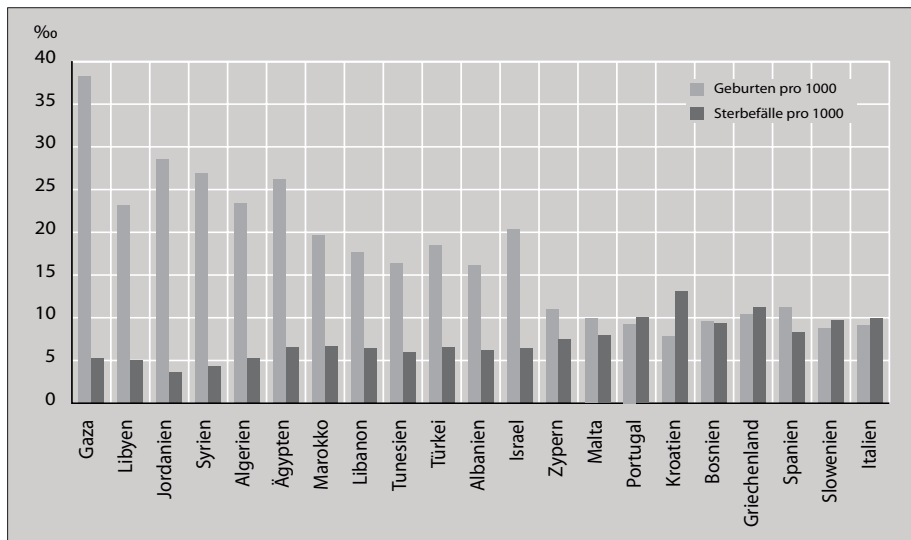
Abbildung 3: Geburtenüberschüsse der Regionen Italiens 1947–2008



Quelle der Daten: Eurostat, ISTAT. Entwurf: H.-G. Wagner 2009.

Grafik: W. Weber

Abbildung 2: Geburten- und Sterberate der Mittelmeerländer als Durchschnittswert 2005/2008

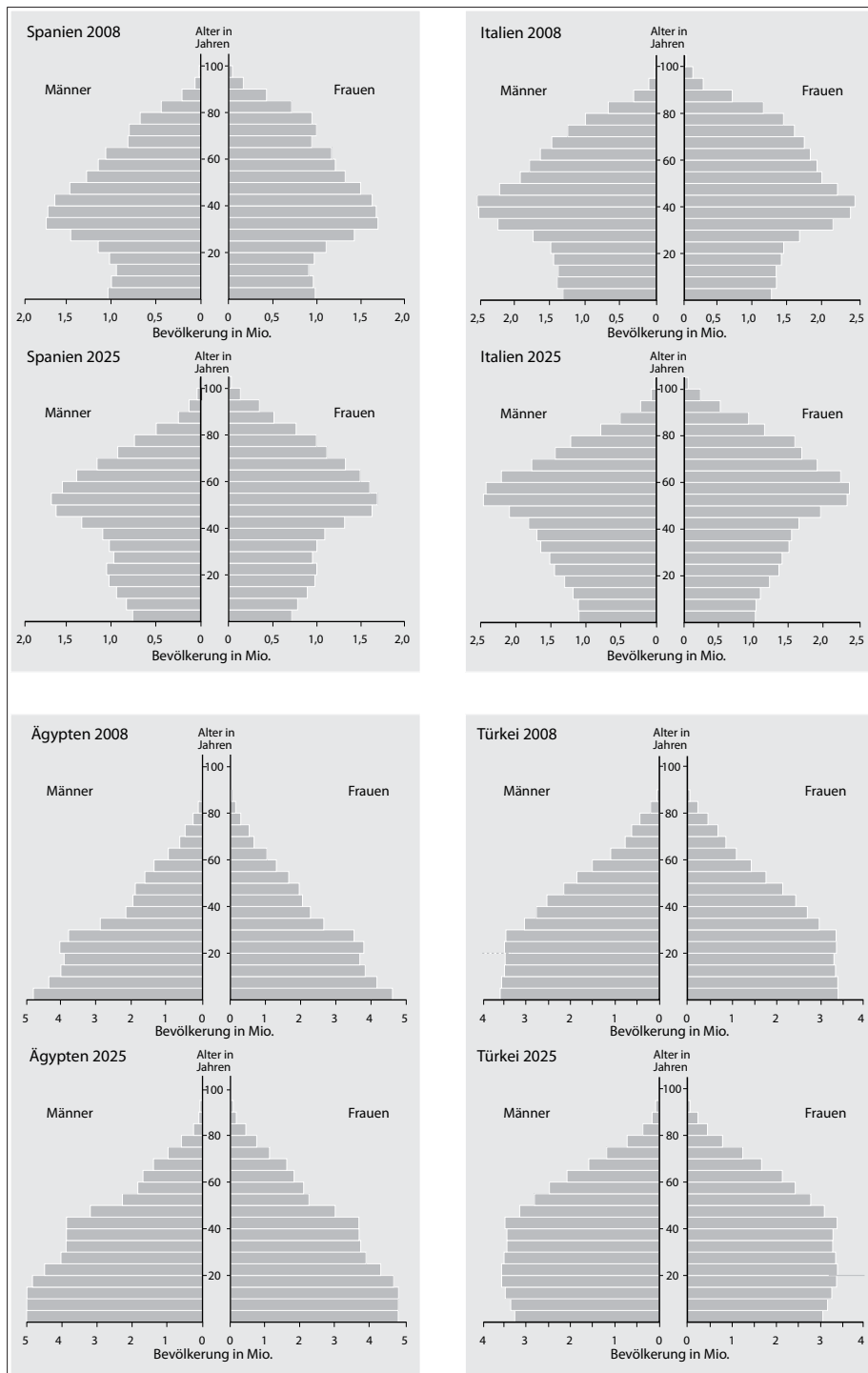


Quelle: UN World Population Prospects 2009. Entwurf: H.-G. Wagner 2009.

Grafik: W. Weber

und erreichte kurz vor dem Ersten Weltkrieg ein erstes, 1920/25 ein zweites und ab 1950 im Zuge der „Gastarbeit“ ein drittes, lang anhaltendes Maximum. (4) Als Gegenbewegung fanden Rückwanderungen zwar ständig im Sinne einer Wechselsmobilität der stets mit ihrer Heimat eng verbunden gebliebenen Arbeitsmigranten und deren Familien statt. Aber seit Mitte der 1970er Jahre gibt es bis heute mehr Rück-, besonders aber Einwanderer in Italien als Auswanderer (Hillmann/Krings 1996; Wagner 2001, S. 109; Rother/Tichy 2008, S. 86). Ursachen hierfür waren die verschiedenen Rezessionsphasen in den Zielländern, aber auch der industrielle Strukturwandel in Italien selbst: die Wirtschaft bot nicht nur im Industriedreieck Piemont–Lombardei–Ligurien Arbeitsplätze in zwar auslaufenden Staatsbetrieben, sondern auch in zunächst

Abbildung 4: Vergleich der Altersstruktur Italiens, Spaniens, Ägyptens und der Türkei 2008 und 2025



Quelle: US Bureau of Census, International Data Base 2009. Entwurf: H.-G. Wagner 2009.

Grafik: W. Weber

kleinen, aber aufstrebenden privaten Unternehmen in Mittelitalien. Zu den Rückkehrern zählen heute auch die Emigranten der 1970er Jahre, die jetzt als Rentner ihren Lebensabend in Italien verbringen möchten.¹

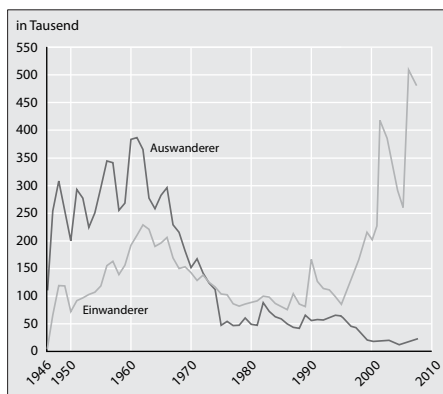
Schrittweise entwickelte sich Italien von einem Auswanderungs- zu einem Einwanderungsland.² Ursache hierfür ist auch die kontrastreiche Unausgewogenheit des Arbeitsmarktes: (1) Einer hohen Arbeitslosigkeit steht eine steigende Nachfrage nach Arbeitskräften in anderen Branchen gegenüber, nicht

nur in der Landwirtschaft, sondern auch in Teilen der Industrie und in vielen Dienstleistungen. (2) Die weit verzweigte Schattenwirtschaft (sekundärer Arbeitsmarkt; *economia sommersa*) bietet variantenreiche Spielarten der bis in höchstqualifizierte Berufe reichenden Doppel- und Mehrfachbeschäftigung. Der Agrarsektor nimmt Arbeitssuchende – wie früher saisonale Erntehelfer aus Albanien – nun aus Nordafrika auf, weil Einheimische landwirtschaftliche Arbeit zugunsten anderer Aktivitäten meiden. Trotzdem ist gegenwärtig die Arbeitslo-

sigkeit in Italien hoch, wenn sie im EU-Vergleich auch nicht die extremen Werte von Ost- und Südosteuropa erreicht. Als dramatisch ist allerdings die Jugendarbeitslosigkeit zu sehen. Die von Eurostat im Internet publizierten Karten und Statistiken geben hierzu vielseitige Einblicke.

Die Zu- und Rückwanderung nach Italien wuchs im letzten Jahrzehnt ständig. 1995 lebten ca. eine Million in Italien offiziell registrierte Ausländer (SOPEMI/OECD 1997, S. 228; Fargues 2009). Nach der Aufhebung des Eisernen Vorhangs wanderten Polen, Rumänen, Albaner, Serben, Kroaten ein, später folgten Ukrainer. Migranten aus Nord- und Westafrika sowie aus Ostasien bilden seit Mitte der 1980er-Jahre wachsende, Südamerikaner kleinere außereuropäische Herkunftsgruppen (*extracomunitari*). Marokkaner und Tunesier sind wegen der Nähe zum Herkunftsland oft „Saisonpendler“, besonders im Süden Italiens. Ab 2001 stieg, beschleunigt durch neue Verordnungen von 2006, einschließlich der heimlich Eingewanderten „*clandestini*“, die Zahl der Ausländer in Italien jährlich steil auf ca. 4,5 Millionen an (vgl. Abbildung 5). Die größte Gruppe bilden gegenwärtig die Rumänen mit knapp 800.000, gefolgt von den Albanern und Marokkanern (je ca. 400.000), ferner Chinesen, Ukrainer, Philippinen, Tunesier und Polen. Bislang wurden fünf Legalisierungsprogramme erlassen, die bis 2005 ca. 1,5 Millionen illegal Eingewanderten eine Aufenthaltserlaubnis ermöglichten. Die starke Zuwanderung, meist mit hoher Geburtenrate, trug wesentlich zum Wachstum der Einwohnerzahl Italiens auf 60 Millionen bei, die im Frühjahr 2009 erreicht wurden. Das staatliche Statistik-Institut ISTAT stellte dazu fest, dass ohne Zuzug von meist jungen Ausländern heute nur 55 Millionen Menschen in Italien leben würden. Mit der etwa zu 60 Prozent in den industriereichen Norden gerichteten Immigration verschärfen sich die sozialen Konflikte mit den Einheimischen bis in die Wohnquartiere. Politische Parteien, wie die mehrfach an der Regierung beteiligte Lega Nord, hatten bereits gegen die früher aus Süditalien Zugewanderten Emotionen und Vorurteile geschürt. Umso stärker formte sich die Abwehr gegen den im letzten Jahrzehnt angeschwollenen Zustrom von Ausländern. Trotz der durch verschiedene Einwanderungsgesetze ermöglichten „Legalisierung“ blieb ihre Integration in die italienische Gesellschaft gering und war wohl auch

Abbildung 5: Registrierte Aus- und Einwanderung 1946–2008



Quelle der Daten: ISTAT. Entwurf: H.-G. Wagner 2009. **Grafik: W. Weber**

nicht beabsichtigt. Zudem fanden die Einwanderer häufig umfangreiche eigene soziale Netzwerke früherer Immigranten aus ihrem Heimatland vor, in die sie sich gut einordnen konnten (Hillmann/Krings 1996).

Industrie: Fordistische Massenproduktion und innovative Milieus.

Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts herrschte in den Städten Norditaliens noch das traditionelle, durch Manufakturen geprägte, hoch spezialisierte Gewerbe. Aus ihm entwickelte sich etwa ab 1850 in einzelnen Teilregionen der ligurischen Küste, der Lombardei, Piemonts, in Mailand und Turin schrittweise die moderne Industrialisierung. Ihre Wurzeln waren: Überlieferte Arbeitserfahrung, historisch akkumulierte Kenntnisse zu Betriebsorganisation sowie Marktzugang, die seit der Renaissance in den norditalienischen Städten erfolgte Konzentration von Kapital und Finanzpolitik sowie die bereits vorhandene, relativ hohe Kaufkraft der Bevölkerung. Auf dieser Basis entwickelten sich Textilbranchen, Leder- und Metallverarbeitung und darauf aufbauend der Maschinenbau. Im Unterschied zur klassischen Schwerindustrie auf Kohlebasis in England, Belgien und im Ruhrgebiet fehlte der norditalienischen Industrie zunächst die Energie. Sie wurde erst langsam durch Wasserkraftwerke in den Alpentälern und nach dem Zweiten Weltkrieg durch Erdgasfunde in der Poebene, später durch Erdölimporte erschlossen und ausgebaut.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zielte die großbetriebliche, „fordistische“ Massenproduktion auf schnelle Produktivitätssteigerung, hoch spezialisierte Arbeitsteilung sowie Zusammenfassung der vor- und nachgelagerten Produktionsstufen einschließlich Forschung, Entwicklung und Vermarktung unter einem

übergreifenden Konzerndach. Die räumliche Konsequenz waren große urban-industrielle Verdichtungsräume mit starkem Bevölkerungswachstum. Später tendierten die Unternehmen dazu, zuliefernde Zweigbetriebe in peripheren Gebieten zu gründen, teils staatlichen Vorschriften und Auflagen folgend, teils um dort gewährte Subventionen und Steuervergünstigungen wahrzunehmen. Eine weitere Verlagerung der industriellen Produktion aus den Verdichtungsräumen in periphere Regionen bewirkte die Regionalpolitik. Sie sollte bereits während der 1960er Jahre in den nördlichen Staaten des Mittelmeerraumes die wirtschaftsräumlichen Unterschiede der Arbeitsmärkte und Einkommensniveaus verringern und folgte damit den frühen Leitbildern der Europäischen Gemeinschaft (EG), die vorhandenen, historisch

entstandenen wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zu vermindern. Seit 1992 versucht die EU durch ihre Euro-Mediterrane Politik („Barcelona-Prozess“) die Unterschiede des Lebensstandards im gesamten Mittelmeerraum durch umfassende Programme zu mildern. Seit 2008 soll die neu gegründete „Union für das Mittelmeer“ (auch „Mittelmeer-Union“ genannt) diese Ausgleichsziele auch hinsichtlich Nordafrika und Nahost befördern.

Mit dem Ausbau der Industrie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stärkte Italien seine Rolle als wichtigstes mediterranes Industrieland. Infolge der schnellen Entfaltung stark subventionierter großer Staatsbetriebe und privater Konzerne der Fahrzeug-, Maschinenbau- und Chemieindustrie sowie Elektrotechnik und später Elektronik zur diffe-



renziertesten industriellen Produktionspalette um Mailand und Turin entstanden seit ca. 1970 jedoch große Probleme der Überproduktion. Sie entwickelten sich zu gesellschaftlichen und arbeitspolitischen Krisen mit vielen Gewerkschaftsprotesten und Streiks. Dennoch stieg die industrielle Konzentration im Norden des Landes weiter an. Die kontinuierliche Zunahme von Arbeitsplätzen bewirkte die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Süditalien, aus dem Mezzogiorno. Durch ausufernde Verstädterung wuchsen die Ballungsgebiete in ihre ehemals landwirtschaftliche Umgebung. Der spontane Arbeitskräftezufluss erleichterte es der Industrie des Nordens, die raumordnungspolitischen Vorschriften zu umgehen und in Süditalien arbeitsintensive Firmen zu gründen.

Beträchtlich waren die jüngeren Veränderungen der alten Industrie im Norden Italiens, in der Lombardei und in Piemont (Fahrzeugbau, Textilindustrie, Maschinenbau) ab ca. 1985: Ihre Bedeutung ist heute nach wie vor unangetastet hoch. Aber organisatorische Umstrukturierungen ihrer betrieblichen Funktionen hatten räumliche Konsequenzen. Mit dem Ziel einer „lean production“ wurden die großen Konzerne verkleinert, flexibler organisiert und räumlich dezentralisiert. Ausgegliederte Betriebsteile stellen höherwertige Produkte in räumlicher Nähe her, für geringwertige, standardisierte Erzeugnisse wurden neue dezentrale Zweigwerke, teilweise weltweit die kostengünstigsten Zulieferer (z. B. Kabelbäume in Tunesien) zuständig. Die Zentrale des Unternehmens behält ihre Verantwort-

tung für Forschung, Marktanalyse und Absatz. Insgesamt also blieb die starke vertikale Integration bei stärkerer räumlicher Streuung der einzelnen Produktionsschritte unverändert. Hierzu einige Beispiele: Der Autokonzern Fiat gründete vor zwei Jahrzehnten bei Sulmona in den Abruzzen, 120 Kilometer östlich von Rom, und in Melfi, 100 Kilometer östlich von Neapel – im alten Armenhaus Italiens – und in Termini Imerese/Sizilien östlich von Palermo (2010 wieder geschlossen), hochmoderne Fertigungsstätten. In der Umgebung siedelten sich jeweils Zulieferbetriebe mit ca. 3.000 Arbeitsplätzen im Autobereich, 1.000 in der Elektronik und weitere in der Metallverarbeitung an. In der Nähe dieser Orte sank zwar die Bedeutung der Landwirtschaft, aber andere Gewerbe und Dienstleistungen profitierten von der neuen Kaufkraft. Aufstrebende industrielle Arbeitserfahrung wurde zu einem neuen Entwicklungsimpuls und trug zur sinkenden Abwanderung junger Menschen bei (Wagner 1992, S. 150).

Hervorragendes Image erlangte Mailand seit 1950 auch als Steuerungszentrum der gesamten Wirtschaftsentwicklung Italiens. Alle großen privaten Konzerne richteten hier ihre Hauptverwaltungen ein (Montedison, Pirelli, Falck, Borlatti, Phillips). In Mailand verbinden sich bis heute High-Tech-Innovationen mit weltweit bedeutendem Industrie- und Modedesign. Der Wirtschaftsraum Mailand-Turin bildet die südlichste Flanke des europäischen Industriebandes, das sich nach Norden über die Rhôneachse und die Rheinschiene bis nach Belgien, in die Niederlande und nach Südengland erstreckt. Das Pro-Kopf-Einkommen lag 2002/2006 in der Lombardei und Südtirol um 40–50 Prozent, in den Regionen Piemont, Veneto, Emilia-Romagna um 30–40 Prozent über dem Durchschnitt der 27 EU-Staaten. Kalabrien, Apulien und Sizilien lagen 30 Prozent unter diesem Mittelwert (Hamburg 100 Prozent über dem Mittelwert, Teilbereiche Polens, Rumäniens, Bulgariens 70 Prozent unter dem 27-EU-Durchschnitt (vgl. <http://epp.eurostat>).

An den Küsten Süditaliens 1960–1970 errichtete petrochemische Industrien erreichten meist keine Ansiedlung von weiterverarbeitenden Betrieben, wie das Bild von Augusta/Siracusa/Sizilien von 2009 zeigt.

Foto: H.-G. Wagner



Mezzogiorno – regionaler Lebenszyklus?

Auch die Entwicklung der Industrie im Mezzogiorno verlief seit 1960 zunächst nach dem Muster der Schwerindustrie und erzeugte besonders scharfe Formen des ökonomischen und sozialen Dualismus'. Es entstand ein kontrastreiches Nebeneinander traditioneller, arbeitsreicher Kleinbetriebe und kapitalintensiver, hoch automatisierter Großbetriebe. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte die italienische Staatsführung, den Entwicklungsrückstand des noch stark agrarisch geprägten Südens der Apenninhalbinsel durch umfassende Förderung zu vermindern. Starthilfe leistete auch der Europäische Regionalfonds der Europäischen Gemeinschaft (EG). Es entstanden überwiegend kapitalintensive Produktionsstätten der petrochemischen Grundstoffindustrie an den Küsten z.B. in Brindisi, bei Augusta/Syrakus, Ragusa und Gela in Sizilien, Sarroch, Porto Torres in Sardinien – allerdings für relativ wenige, jedoch hoch spezialisierte Arbeitskräfte, die aus Norditalien zuzogen. Man erwartete jedoch von diesen ersten „Schlüsselindustrien“ spontane Ansiedlungen weiterverarbeitender Betriebe mit breitem Arbeitsplatzangebot. Aber diese erhoffte Kettenreaktion blieb weitgehend aus.

Allerdings ist deutlich zu sagen: Im Verlaufe der letzten vier Jahrzehnte wurde die technische Infrastruktur Süditaliens durch Straßen und Autobahnen, Wasser-, Energieversorgungs- und Kommunikationsnetze sowie Bildungseinrichtungen entscheidend verbessert und zum Teil gegenwärtig schon wieder in einer zweiten Phase grundlegend saniert und erneuert. Aus der Sicht des Jahres 2010 ist zu bestätigen, dass der Mezzogiorno Italiens den gleichen Infrastrukturstandard besitzt wie der Norden des Landes.

Sozioökonomisch ist der Abstand des Mezzogiorno jedoch noch immer beträchtlich (Schröder 2004; Loda 2008). Die Bedeutung der statistisch nicht erfassbaren Schattenwirtschaft (*economia sommersa*), in die viele Gewerbetreibende und Handwerker flüchten, um den steigenden Forderungen des Fiskus zu entgehen, stieg an. Besonders in Süditalien wuchern Korruption und Schutzgeldsysteme, auch über Kooperation mit einzelnen Vertretern des Staates und der offiziellen Wirtschaft, getragen von den Mafiaorganisationen (Camorra, Ndrangheta, Cosa Nostra). Viele Subventionen aus Rom und Brüssel verschwinden in dunklen Kanälen: über internationalen Drogenhandel, Waffenschmuggel sowie darauf folgende Geldwäsche in der Bauindustrie, in der Abfallwirtschaft, in Tou-

risasmuszentren und in Supermärkten. Die darüber vorliegenden Berichte zeigen auch Verbindungen bis nach Deutschland und Osteuropa auf (Saviano 2006; Reski 2009). Deshalb strebten politische Gruppen und Parteien des Nordens, z.B. die Lega Nord, eine Abkoppelung des wirtschaftlich erfolgreichen Nordens („Padania“) von dem als rückständig gebrandmarkten Süditalien an.³ Es sollte dennoch Hoffnung geben, im Sinne regionaler Lebenszyklen Süditalien wieder in einen Aufwärtstrend zu lenken. Könnten historische Beispiele ermutigen? Sizilien und Unteritalien standen während der Normannen- und Staufferherrschaft (bis 1250) und insbesondere unter Friedrich II. wirtschaftlich, kulturell und staatsrechtlich den meisten anderen europäischen Regionen voran. Erst danach folgte ein schneller Abstieg. Heute bieten sich die Anfänge der erwähnten eigenständigen neuen „industriellen Distrikte“ an. Sie zeigen, dass bei Nachlassen zentralistischer Dirigismen Erfolge durch mehr Freiheit für Entscheidungen auf der unteren Ebene, für gewinnorientiertes Handeln lokaler Unternehmer möglich sind. Wichtige Impulse dafür gehen von kleineren und mittleren Unternehmen aus, die flexibel und innovativ auf Marktänderungen reagieren und neue wirtschaftliche Milieus aufbauen.

Neuere industrielle Organisationsformen und Raumstrukturen

Aus neuen Industriezweigen in neuen Standorten entwickelten sich Industriedistrikte. Italien liefert hier mit seinen

klassischen Erzeugnissen Textilien, Bekleidung, Leder, Möbel und Keramik vielfältige Beispiele. Anlass waren der schnelle Nachfragewandel, die steigenden Ansprüche an hohe Qualität und die zügige Anpassung der Produktion an gesteigerte Konsumstandards. Der Aufschwung kleiner und mittlerer Betriebe begann nach der großen Auseinandersetzung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften in der Mitte der 1970er Jahre zunächst in der Lombardei und Piemont. Danach griff die Expansion dieser industriellen innovativen Milieus auf Venetien und Friaul im Nordosten Italiens, ferner auf die Region Emilia-Romagna, auf die Toskana und sogar auf den Mezzogiorno über. Wichtige neue Ansiedlungskriterien waren nicht nur ökonomische Faktoren, sondern Vertrauen und Verlässlichkeit, Innovationspotential, Wissensweitergabe, Qualitätsstreben und ständig erneuerte, vielfältige Bereitschaft zu Kooperationen. Daraus entstanden in Italien ca. 100 neue regionale Produktionsnetzwerke außerhalb der alten Ballungsräume mit etwa einer Million Arbeitskräften, also 20 Prozent der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes. Diese neuen Industriedistrikte können nach Giocchino Garofoli (1998) folgendermaßen definiert werden: Die hohe Unternehmensdichte basiert auf der räumlichen Nähe kleiner und mittlerer Unternehmen. Sie stellen Produkte der gleichen Sparte her oder sind daran durch Dienstleistungen, Kapitalbeschaffung, Logistik und Marketing beteiligt. Jeder Industriedistrikt umfasst oft mehr als tausend hoch spezialisierte Betriebe, die in flexibler Arbeitsteilung, gleichwohl in einem starken qualitätsfördernden Wettbewerb zueinander stehen. Auch die sozialen Umfeldler sind entscheidend – sowie die Bereitschaft der Beschäftigten zu hohem Engagement und ständigem Lernen. Der Erfolg des Distriktmodells liegt darin, dass die Vorteile kleiner Betriebe (Fähigkeit zu schneller Reaktion auf Marktänderungen) und großer Unternehmen (sinkende Produktionskosten) kombiniert werden. Im Prinzip liegt ein Großkonzern vor, der in kleine, höchst anpassungselastische, aber stark getrennte Teilbereiche in räumlicher Nähe untergliedert ist. Es gibt nur keine darüber stehende Holding.

Die Regionen mit einer Häufung dieser neuen Industriedistrikte werden als „Drittes Italien“ bezeichnet (Pohl 1995; Bathelt 1998; Schröder 2004; Loda 2008; Rother/Tichy 2008, S. 159, 171). Hierfür einige Beispiele: Die Provinz Modena ist heute eine der wohlhabendsten Provinzen Italiens. 4.000 kleine und mittlere Betriebe für Wollwaren und Keramik entstanden hier in den letzten 30 Jahren und erlangten welt-



UNSER AUTOR

Prof. Dr. em. Horst-Günter Wagner war Professor für Wirtschaftsgeographie an den Universitäten Kiel und Würzburg. Seine regionalen Arbeitsschwerpunkte sind der Mittelmeerraum, Nord- und Westafrika sowie die Kaukasusregion. Als zusammenfassende Darstellung erschien 2001: Mittelmeerraum. Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), 2. Aufl. in Vorbereitung.

weite Bedeutung. In Venetien und Friaul blühten leistungsfähige Industriedistrikte der Metallverarbeitung auf. In der Toskana lebten die alte Lederverarbeitung und Textilindustrie auf Grundlage ihrer jahrhundertalten Arbeitserfahrung, aber in modern organisierten, flexibel agierenden Klein- und Mittelbetrieben mit hohem Exportanteil wieder auf. Auch an der Ostküste Italiens entfaltete sich zwischen Ancona und Pescara ein dichtes Netz von zahlreichen kleineren Textil- und Lederunternehmen, deren Umsatzwert diejenigen der alten Großbetriebe gleicher Branchen im Nordwesten Italiens übersteigt. Auch in Süditalien, z.B. in Apulien (Matera, Bari-Barletta), sogar in kleinen Städten des Binnenlandes sowie am Rande oder sogar außerhalb der größeren Agglomerationen, wie westlich und nordöstlich Neapels (Nola, S. Giuseppe), entstanden solche innovativen Milieus durch ständig marktangepasste Zusammenarbeit teilweise traditioneller Betriebe, oft im weiten Grenzbereich zwischen Schattenwirtschaft und Großunternehmen. Allerdings siedelten sich hier bereits auch chinesische Unternehmer an. In gewissem Umfang folgt man hier den Erfahrungen lokaler Produktionssysteme im Nordosten Italiens. Aber es lebten auch ältere Organisationsformen traditionsreicher Fertigungsketten wieder auf, wie im Gebiet des Ledergerbes von Solofra bei Avellino/Kampanien oder in den vielen Zweigen der Lebensmittel- und Konservenindustrie des Südens.

Zusammenfassung

Zieht man ein Fazit, so ist vom erfolgreich begonnenen Strukturwandel der Industrie Italiens auszugehen. Dieser Strukturwandel sicherte Italien auch außenwirtschaftlich, d. h. im weltweiten Vergleich, einen Platz in den vorderen Rängen der sozioökonomisch leistungsfähigsten Staaten. Moderne industrielle Entwicklungsimpulse prägen jedoch

nicht nur den Norden Italiens, sondern sind vereinzelt mit innovativen Betriebsformen bereits in den Süden vorgedrungen, der allerdings insgesamt und für die Mehrheit der Bevölkerung noch keine dem Norden gleichwertigen Lebensbedingungen bietet. Hohe Arbeitslosigkeit und trotzdem bereits Mangel an gut qualifizierten Arbeitskräften zeigen die wechselschichtartig ineinander verzahnte demographisch-soziale Problematik der italienischen Wirtschaft. Ökologisch ist Italien einer Fülle von zunehmend anthropogenen Risiken ausgesetzt, die durch natürliche Gefährdungen potenziert werden.

LITERATUR

- Bathelt, Harald (1998): Regionales Wachstum in vernetzten Strukturen: Konzeptioneller Überblick und kritische Bewertung des Phänomens „Drittes Italien“. In: *Die Erde*, 129, S. 247–271.
- Eurostat: Statistisches Jahrbuch der Regionen. Jährlich.
- Fargues, Philippe (2009): *Migrations Méditerranéennes. Rapport 2008/2009*. Florenz.
- Garofoli, Giocchino (1998): Industriedistrikte. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16.6.1998.
- Geipel, Robert (1992): Naturrisiken und Katastrophen im sozialen Umfeld. Darmstadt.
- Giessner, Klaus (2000): Tiefenstruktur, Genese, Dynamik und marin-ökologische Belastungsprobleme des Mittelmeeres. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 144, S. 6–19.
- Hillmann, Felicitas/Krings, Thomas (1996): Einwanderer aus Entwicklungsländern nach Italien und ihre Integration in den informellen Arbeitsmarkt am Beispiel der „domestica“ und „vucorumpra“. In: *Die Erde*, 127, S. 127–143.
- ISTAT (Istituto Statistico Italiano, Rom): *Annuario Statistico Italiano*. Jährlich.
- ISTAT (Istituto Statistico Italiano, Rom): *I Grandi Comuni*. Rom 1998.
- Loda, Mirella (1997): Neue regionale Entwicklungsstrategien für den Mezzogiorno. In: *Geographische Zeitschrift*, 85, S. 174–186.
- Loda, Mirella (2001): Süditalien zwischen Deindustrialisierung und der Entstehung lokaler Produktionssysteme. In: *Geographische Rundschau*, 53, S. 28–32.
- Loda, Mirella (2008): Südfrage und Mezzogiornopolitik. In: *Rother, Klaus/Tichy, Franz: Italien*. Darmstadt, S. 213–216.
- Margat, Jean (2008): *L'eau des Méditerranéens*. Paris.

- Medagri (2006): *Annuaire des Agronomies Agricoles et Alimentaires des Pays Méditerranéens et Arabes*. Institute Agronomique Méditerranéen de Montpellier.
- Neff, Christophe (2001): Der rezente Landschaftswandel im westlichen Mittelmeerraum – Herausforderung für Natur- und Landschaftsschutz. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 145, S. 72–83.
- Pohl, Jürgen (1995): Italien dreigeteilt? Wirtschaftliche, politische und soziokulturelle Disparitäten südlich der Alpen. In: *Geographische Rundschau*, 47, S. 150–155.
- Rentmeister, Bernd (2001): Lokale Produktionssysteme in der italienischen Schuhindustrie. In: *Geographische Rundschau*, 53, S. 34–39.
- Reski, Petra (2009): *Mafia*. München.
- Rother, Klaus (2000): Stand und Probleme der Bewässerungswirtschaft im Mittelmeerraum. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 144, S. 52–61.
- Rother, Klaus/Tichy, Franz (2008): *Italien*. Darmstadt.
- Rother, Klaus (2001): *Italien am Beginn des 21. Jahrhunderts*. In: *Geographische Rundschau*, 53, S. 4–9.
- Saviano, Roberto (2007): *Gomorra. Reise ins Land der Camorra*. München.
- Schröder, Frank (2004): *Mezzogiorno. Der ewige Patient*. In: *Geographische Rundschau*, 56, S. 30–37.
- Seuffert, Otmar (2000): Von der Kultivierung zur Degradierung. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 144, S. 36–47.
- SOPEMI / OECD: *Trends in International Migration*. Annual Report. Paris.
- Wagner, Helga/Wagner, Horst-Günter (1992): Die Veränderung der Bewässerungswirtschaft im nördlichen Süditalien 1960–1990. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 136, S. 139–154.
- Wagner, Horst-Günter (1991): *Mezzogiorno (Problemräume Europas 10)*. Köln.
- Wagner, Horst-Günter (2001): *Mittelmeerraum*. Darmstadt.
- Wagner, Horst-Günter (2001): *Italien – räumliche Differenzierung von Strukturwandel und Risiken*. In: *HGG-Journal 16/Heidelberger Geographische Gesellschaft*, Band 16, S. 73–88.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. den Beitrag von Sonja Haug in diesem Heft.
- 2 Vgl. den Beitrag von Corrado Bonifazi in diesem Heft.
- 3 Vgl. den Beitrag von Günther Pallaver in diesem Heft.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.
 Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick
 Redaktion: Siegfried Frech, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99–77.
 Herstellung: Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),
 Telefon (07 11) 44 06–0, Telefax (07 11) 44 23 49
 Vertrieb: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt,
 Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 70 01 53 10.
 Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.
 Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.
 Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Risorgimento: Nationalbewegungen, Nationalstaatsgründung, Nationswerdung

Wolfgang Altgeld

Der Begriff Risorgimento ist die Bezeichnung der vielschichtigen politischen und sozialen Bewegungen, die einen unabhängigen italienischen Nationalstaat anstrebten. Die politische Einigung Italiens und die Nationswerdung vollzogen sich in mehreren Etappen. Bis Anfang des 19. Jahrhunderts war Italien ein geographischer Begriff, von einem „italienischen Staat“ konnte keine Rede sein. In Italien dominierte die direkte Einflussnahme europäischer Mächte – allen voran Frankreich, Spanien und Österreich. Die italienischen Klein- und Kleinststaaten galten den europäischen Mächten nach dem Sieg über Napoleon als eine Garantie für das Gleichgewicht der europäischen Staatenwelt. Wolfgang Altgeld skizziert die politische Situation Italiens im 18. Jahrhundert, schildert die Phase der Restauration und des Widerstandes (1815–1848) sowie die 1848 beginnenden italienischen Unabhängigkeitskriege bis zur Nationalstaatsgründung als konstitutionelle Monarchie 1861. Er beleuchtet dabei auch die Rolle der Protagonisten der italienischen Einheitsbewegung: Giuseppe Mazzini, Giuseppe Garibaldi und Camillo Benso von Cavour. Italien blieb nach 1861 eine unfertige Nation. Aufgrund der gewaltigen ökonomischen, kulturellen und sozialen Unterschiede stand die Mehrheit der Bevölkerung – vor allem im rückständigen und strukturschwachen Süden – der nationalen Einheit zumeist gleichgültig gegenüber. |

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts indessen hat sich der Begriff Risorgimento als geläufige Bezeichnung der vielschichtigen Bewegungen zur italienischen Nationalstaatsgründung von 1861 mitsamt ihren territorialen Abrundungen 1866 und 1870 durchgesetzt. Darüber hinaus mutierte er allmählich zum Epochenbegriff für einen viel größeren Abschnitt der italienischen Geschichte, indem die geistigen Aufbrüche in der Spätaufklärung sowie besonders

die beiden Jahrzehnte französisch-revolutionärer und französisch-napoleonischer Umgestaltung als Ausgangsmomente der politischen Nationalbestrebungen ins historische Gesamtbild einbezogen wurden. Diese Karriere verdankte sich aber nur zum geringen Teil der einstigen Namenswahl für eine Zeitung, deren Redaktion den großen Staatsmann der Nationalstaatsgründung zuerst bekannt gemacht hatte. Vielmehr spiegelte die Namenswahl

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Das Risorgimento

Risorgimento – Wiederauferstehung, Wiedererhebung, auch Wiedergeburt. „Risorgimento“ war der Titel einer von Camillo Benso di Cavour mit gleichgesinnten Freunden gegründeten, von ihm selbst redigierten Turiner Zeitung zur Verfechtung liberal-konservativer und propiemontesischer-monarchistischer Überzeugungen gegen starke andere italienische Nationalideen. Nach Vorausnummern zwischen Dezember 1847 und Februar 1848 ist sie als Tagesblatt erschienen und hat im Revolutionsjahr für den noch recht neuen nationalen Führungsanspruch des Königreichs Sardinien-Piemont im Kampf gegen Österreich geworben.

von 1847 wie die historiographische Durchsetzung des Begriffs die fundamentale Überzeugung nicht nur der allermeisten italienischen, sondern genauso der allermeisten europäischen Nationalisten des 19. Jahrhunderts und dann von Generationen nationalbewusster Historiker, dass die Nation seit alters her oder gar seit allen Zeiten schon da sei, dass aber ihr Wesen in langen kraftlosen Epochen verfremdet und verschüttet worden wäre, dass es in einer Nationalbewegung also um nichts mehr, aber auch nichts weniger gehen müsse als um die Rückbesinnung und Wiederauferstehung der Nation, um dadurch zur Nationalstaatsgründung fortschreiten und endlich zu geschichtlicher Größe wieder aufsteigen zu können: Risorgimento!

Die Nationalismusforschung sagt heutzutage anderes, ja, gewissermaßen

das genaue Gegenteil: Die heutigen Nationen waren wie die Nationalstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts moderne Schöpfungen, waren neuartige Konstruktionen, erwachsen nicht zuletzt aus dem Denken und Handeln der Nationalisten vor den Hintergründen der krisenhaften Umbrüche von der Agrar- zur Industriegesellschaft, vor den Hintergründen des massiven Bevölkerungswachstums, der sozialen Mobilisierung und Urbanisierung, der Säkularisierung. Die schöpferische Leistung der Nationalisten reichte von der Definition nationaler Hochsprachen in lexikalischen Großunternehmen oder auch in der hohen Literatur – so in Italien Alessandro Manzoni mit seinem Roman „Die Verlobten“ – bis hin zur Ausprägung nationaler Geschichtsbilder – dies vor allem durch selektive Umdeutungen der vornationalen Vergangenheiten, genauso aber durch

ihre eigenen Taten, Niederlagen und Siege, welche zu zentralen Momenten der neuen nationalen Geschichtsbilder geworden sind. Und diese schöpferische Leistung reichte bis hin zur Forderung und schließlichen Durchsetzung von partizipatorischen nationalen Verfassungen, von infrastrukturellen Großbauten zur Erschließung eines neuen, eben national verstandenen weiten Wirtschaftsraumes, vom Aufbau Massen erfassender Schulsysteme zwecks nationaler Integration und zwecks Eröffnung von Mobilitätschancen im neuen großen nationalen Kommunikationsraum: nationbuilding, mit Nationswerdung nicht sonderlich gut übersetzt. Solches nationbuilding endet keineswegs mit einer gelungenen Nationalstaatsgründung, sie tritt bloß in ein neues Stadium, um in mancherlei Hinsicht nie wirklich abgeschlossen werden zu können. Es wird freilich durch die nunmehrige Bestimmung von Regierung als nationale Regierung erleichtert, aber auch erschwert, weil im neuen nationalen Staat neue Maßstäbe politischer Effizienz und darüber der Legitimität von Herrschaft gelten, zugleich aber unterschiedliche Vorstellungen des Nationalen aus verschiedenen Interessengruppen konfliktträchtig um die konkrete Ausrichtung von nationaler Regierung konkurrieren. Einige italienische Historiker – so Benedetto Croce und Adolfo Omodeo – haben diesen Sachverhalt an der Geschichte Italiens und der Italiener sehr früh erkannt, viel früher als die internationale Nationalismusforschung, und sie haben deswegen den Epochenbegriff Risorgimento bis auf Italiens Beteiligung am Ersten Weltkrieg hin ausgedehnt – provoziert durch die eklatanten Defizite des nationbuildings in den Jahrzehnten nach der Nationalstaatsgründung von 1861.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

1848 begannen die italienischen Unabhängigkeitskriege. Mailand zwang in fünftägigen Straßenkämpfen, in den „cinque giornate vom 18. bis 23. März 1848, die österreichischen Truppen zum Abzug. Das Gemälde findet sich im Museo del Risorgimento in Mailand.
picture alliance/dpa

Italien im 18. Jahrhundert

Die politische Karte Italiens war in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts nach mehreren längeren Kriegen vor allem in Bezug auf die Herrschaftsverhältnisse, zum geringen Teil auch in Bezug auf Grenzverläufe gründlich verändert worden. Über das neue Königreich Neapel mit Sizilien herrschte eine Nebenlinie der spanischen Bourbonen. Die einst aus Savoyen in den Nordwesten – nach Piemont mit der Hauptstadt Turin – herabgestiegenen Carignans hatten ihre Herrschaft bis an den Gardasee nach Osten ausdehnen und mit dem Er-

werb Sardinien die Königswürde erringen können. Die österreichischen hatten mit der Lombardei das Erbe der spanischen Habsburger im Norden angetreten und in der Mitte durch Gewinn der separat regierten Toskana ein Übergewicht über die dortigen sonstigen kleinen Fürstentümer gewonnen – nach Süden begrenzt durch den päpstlichen Kirchenstaat, der Fläche nach groß, als Machtfaktor nur durch Roms Rolle als geistliches Zentrum der katholischen Kirche von Belang. Venedigs langer Abstieg als Macht im östlichen Mittelmeer hatte sich schon anfangs des Jahrhunderts vollendet, es blieb die nordöstliche festländische Herrschaft; und das genauso herabgesunkene Genua musste das rebellierende Korsika 1768 an Frankreich verkaufen. Die italienische Halbinsel mitsamt den beiden großen Inseln war ein Feld größerer europäischer Konflikte gewesen und eine Masse zur Austarierung der europäischen Machtverhältnisse zumal zwischen, verkürzt gesagt, Frankreich und Österreich, letzteres meist unterstützt von England. Kein italienischer Staat konnte eigenständig auf dieser Ebene mitspielen, und das würde bis zur Nationalstaatsgründung so bleiben. Immerhin wurden die Menschen für fast zwei Generationen, bis 1792, von weiteren verwüstenden Kriegszügen verschont. Manche Regionen prosperierten wirtschaftlich, solche nämlich, in denen im Verlauf des Jahrhunderts die Agrarproduktion hatte erweitert oder durch Anwendung modernerer Anbaumethoden beziehungsweise biologischer Erkenntnisse verbessert werden können. Indessen stagnierten die einst so bedeutenden gewerblichen Wirtschaftsbereiche. Sie verloren Märkte in Konkurrenz mit den immer schneller aufsteigenden nordwesteuropäischen und insbesondere britischen Produkten und fielen zurück. Frühere, langwirksame Umstellungen im Investitions- und Konsumverhalten der so verschiedenartigen, aber sehr einheitlich urbanisierten landbesitzenden Schichten werden für solche Ungleichgewichte verantwortlich gemacht. Andere große Regionen im Süden, auf den Inseln und im Kirchenstaat verharrten in elenden Situationen, unerreichbar auch von den Innovationsversuchen zum Beispiel in Bezug auf die Verkehrsverhältnisse und die überkommenen Steuer- und Abgabensysteme durch aufgeklärt-absolutistische Regierungen in den meisten italienischen Ländern. Vieles scheiterte schließlich am Widerstand adeliger und patrizischer Machtgruppen und der Kirche mit ihren angehäuft Besitztungen aus allzu vielen Schenkungen. Am weitesten sind in diesen friedlichen Jahrzehnten die Lombardei und die Toskana vorangekom-

men. Die Gesamtbevölkerung der italienischen Lande wuchs im 18. Jahrhundert von etwas mehr als 11 auf rund 18 Millionen Menschen an, weiter im 19. Jahrhundert, um das vorwegzunehmen, auf 25 Millionen (1861) und, trotz nunmehr massiver Auswanderungen nach Übersee und in andere europäische Länder, auf etwa 32 Millionen Italiener (1901).

Nationalistische Historiker haben dieses 18. Jahrhundert als langen Höhepunkt italienischer Dekadenz bewertet. Das hat die neuere Forschung sowohl im Hinblick auf deren Maßstäbe als auch im Hinblick auf die empirisch ermittelbaren Realitäten verworfen. Indessen hat es schon um 1770 eine Debatte um die italienische Dekadenz gegeben, initiiert von nordeuropäischen Publizisten, ausgerichtet an der frühnationalen Idee eingepprägter Nationalcharaktere. Sie lief für diese Kritiker darauf hinaus, letztlich den Italienern, wiewohl nach Staaten und Regionen differenziert, Unfähigkeit zur nördlich der Alpen angebrochenen Moderne zu attestieren: Unfähigkeit wegen eklatanter individueller moralischer Defizite von Faulheit über finstere Religiosität bis hin zu Untreue und deshalb Unfähigkeit, einmal moderne Bürger im Sinne von Staatsbürger zu werden. Das wurde von italienischen Autoren vehement zurückgewiesen, wirkte aber außerhalb Italiens fortdauernd nach. Viele Reisende kamen dann weniger wegen des klassischen Italiens, sondern weil sie das der Moderne abgestorbene Land zur Erholung sehen wollten; und die gelungene Nationalstaatsgründung würde die dabei immer noch verspäteten Deutschen übermäßig erstaunen. Indessen ist dieses Fremdbild ein beachtliches Stück weit ja auch ins Selbstbild der italienischen Nationalbewegten des nächsten Jahrhunderts eingegangen, ihre Erwiderung auf das Bild italienischer Dekadenz war die Forderung eines Risorgimento. Tatsächlich aber hatten die aufgeklärten Intellektuellen in der Auseinandersetzung mit den Zuständen ihrer italienischen Länder und der internationalen Gegenwart ganz erhebliche Beiträge zur europäischen Aufklärung geleistet, von der Mitbegründung moderner Geschichtsschreibung, Rechtswissenschaft und Nationalökonomie bis hin zu naturwissenschaftlichen Fundamentalerkenntnissen. Viele von ihnen haben die 1792, als die französischen Revolutionstruppen Nizza und Savoyen errichteten, und erst recht die mit Napoleons Siegen 1796 aufbrechenden Chancen zur politischen und sozialen Modernisierung erkannt und ergriffen. Sie sind damit zu Brückenbauern hinüber in die Zeit des neuen politischen Nationalismus geworden.

Zwischen den großen Revolutionen: Anfänge und Aufstieg der Nationalbewegung

Unter napoleonischer Herrschaft

Es können nur wenige Momente der französischen Zeit notiert werden. Offensichtlich ist, dass es in Italien seit 1799, festgeschrieben dann im Friedensvertrag von Lunéville, für den Ersten Konsul der Französischen Republik, dann für den Kaiser Napoleon anders als im deutschsprachigen Mitteleuropa alternativlos um völlige Beherrschung und Kontrolle gegangen ist: weil die Halbinsel von ihm als Basis der kontinentaleuropäischen französischen Hegemonie überhaupt begriffen wurde! Wichtige Zonen wurden unter Vertreibung der jeweiligen angestammten Herrscher und bei Auslöschung der Republiken Venedig und Genua direkt an Frankreich angeschlossen, andere wichtige Territorien – insbesondere die Lombardei und das Veneto – als Königreich Italien von Napoleon in Personalunion beherrscht und von seinem Stiefsohn Eugène Beauharnais als Vizekönig verwaltet, noch andere über Verwandte angebunden, so das (festländische) Königreich Neapel seit 1806 unter seinem Bruder Joseph, seit 1808 unter seinem Schwager Murat. Schließlich ist 1809 der Papst interniert, der Kirchenstaat Frankreich eingegliedert, Rom symbolträchtig zur zweiten Hauptstadt des französischen Kaiserreichs erhoben worden. Im so beherrschten Italien gab es auch kein Zögern in der Durchsetzung der administrativen Reformen nach französischem Muster, des Code Napoléon und anschließender Gesetzeswerke: der Handelsgesetzgebung und der Strafprozessordnung zum Beispiel. Die rigorosen Säkularisierungen kirchlichen Grundbesitzes etablierten besitzbürgerliche anstelle der alten feudalen Oberschichten. Obendrein eröffneten die napoleonischen Herrschaften neue Aufstiegschancen in Regierungen, Verwaltungen und, nicht zuletzt, im Militär. Das alles stieß auf breite bürgerliche Zustimmung und begründete lange Zeit weit überwiegenden Konsens in den Mittelschichten. Dies wiederum würde sich in frankophonen Grundorientierungen der italienischen – in doch sehr deutlichem Unterschied zu den dominierenden deutschen – Nationalideen auswirken.

Neues politisches Selbstbewusstsein der Eliten

Indessen zögerte Napoleon auch nicht, aus der Halbinsel noch viel mehr als aus dem je zugänglichen deutschen Raum herauszuholen, an menschlichen Res-

sources für seine Kriegsführung in ganz Europa und an Steuern. Wegen solcher Beschwerden bildeten sich in mehreren Teilen der Halbinsel verschiedene oppositionelle Geheimgesellschaften, unter ihnen als berühmteste die in und um Neapel verwurzelte Carboneria, übersetzt: die Köhlerei, mit exklusiven Hierarchisierungen, bedrohlichen Riten und programmatischen Verhüllungen. Bedeutende Wirksamkeit erreichten sie doch erst in den Konflikten mit der restaurativen und repressiven nachnapoleonischen Ordnung. Sie waren jedenfalls von Beginn an Symptome eines neuen politischen Selbstbewusstseins in den Eliten mit gelegentlichen nationalen Zügen – eines Selbstbewusstseins, wie es aus den Mitwirkungen an den großen Umwälzungen der beiden französischen Jahrzehnte, aus dem großen militärischen Einsatz von Italienern in den Feldzügen des Kaisers, aus den ideellen Implikationen der Namensgebung „Regno d’Italia“ mit der lombardischen Hauptstadt Mailand, endlich auch aus der Artikulation von Enttäuschungen über die Realität des Empire nach allen großen Hoffnungen beim Vordringen der Revolutionsarmeen erwachsen ist. Spürbar war das in der Literatur, in den Dichtungen und Romanen zuerst Alfieris und Foscolos, alsbald Leopardis und Manzonis. Auf politischem Feld wurde es spürbar während des Mailänder Umsturzes im April 1814, als Kreise um den jungen Grafen Federico Confalonieri für eine autonome, eine italienische Fortsetzung des Regno d’Italia und gegen dessen Übernahme durch Österreich anzugehen versuchten. Confalonieri würde weiter opponieren und dafür viele Jahre in österreichischer Haft leiden. Und es wurde auch spürbar im Aufruf Murats zu einem italienischen Freiheitskampf, geführt von ihm als selbsterhobenen König Italiens, als er während der „Hundert Tage“ angesichts der sicheren Entthronung die Flucht nach vorn: in eine rasche Niederlage angetreten hat. Die politische Idee „Italien“ war da, aber äußerst vage in ihrer Reichweite und Bezweckung. Mehrheiten interessierte sie zu dieser Zeit nicht einmal in den neuen Eliten: Ihre selbstbewussten Ansprüche auf Wahrung der errungenen bürgerlichen Rechtsgleichheit, politischen Partizipationschancen, des erworbenen Besitzes gegen die reaktionären Absichten der nach dem Sturz Napoleons wieder eingesetzten Fürsten samt ihren aristokratischen und klerikalen Anhängern verfochten sie auf der einzelstaatlichen Ebene. In tiefere soziale Schichten war die nationale Idee nirgends eingedrungen. Die Massen jubelten den heimkehrenden früheren Herrschern zu, allerorten dem Papst auf dem Wege nach Rom,

dem Habsburger Großherzog Ferdinand in Florenz, in Neapel dem Bourbonen Ferdinand bei der Rückkehr von Sizilien, das ihm die britische Flotte fast zehn Jahre lang erhalten hatte, und dem König Viktor Emanuel zu Turin.

Österreich als Hegemonialmacht

Die großen Linien der Neuordnung der italienischen Halbinsel sind schon im ersten Pariser Frieden (30. Mai 1814) festgelegt worden, Einzelheiten wurden während des Wiener Kongresses ausgehandelt, Murats misslungener Vorstoß löste im März 1815 das freilich inoffiziell bereits entschiedene Problem der völligen Wiederherstellung der bourbonischen Herrschaft, fortan „Königreich beider Sizilien“ genannt. Entscheidend war die dem Habsburger Reich zugewachsene Rolle: Das Königreich Italien fiel dem österreichischen Kaiser nach kleineren territorialen Veränderungen in Personalunion zu, mehrere habsburgische Sekundogenituren sicherten den Einfluss auf Mittelitalien. Österreich war somit massiver denn je auf der Halbinsel präsent und als einer der fünf europäischen Großmächte natürlicherweise die Hegemonialmacht im gesamten italienischen Raum – mit der Konsequenz allerdings, dass das Habsburger Reich nunmehr von dieser Stellung als gewichtiges Element der internationalen Gleichgewichtsordnung von 1814/15 auch mehr denn je in seiner Großmachtgeltung abhängig wurde. Entscheidend für den Aufbruch der Nationalbewegung wurde das von der Wiener Politik entwickelte Interventionsprinzip, beruhend auf dem Grundsatz, dass die Wahrung der inneren untrennbar mit der Wahrung der äußeren Ordnung verbunden sei, die Wahrung der inneren Ordnung anders als in England und teils in Frankreich überall sonst aber unbedingt an der postrevolutionären Sicherung des monarchischen Prinzips hinge, demzufolge alles Politische in der Entscheidungsfreiheit der legitimen Fürsten zu verbleiben, politische Partizipation der Untertanen die gnädigenfalls gewährte Ebene bloßer Beratung nimmer überschreiten dürfte: In einer Serie von internationalen Konferenzen um 1820 hat Staatskanzler Metternich vorerst auch die Zustimmung des europäischen Mächtekonzernts für seine Schlussfolgerung gewonnen, dass sich aus diesem Grundsatz eine direkte Interventionspflicht ergeben müsste, insbesondere dann, wenn ein Fürst durch reformistische oder gar revolutionäre Kräfte, zwischen denen die Wiener Politik übrigens kaum unterschieden hat, zur Erweiterung bürgerlicher politischer Partizipation durch Verfassungsschöpfung gedrängt oder gar gezwungen

wurde. An der Umsetzung dieses Prinzips scheiterten sämtliche auf Antriebs gelungenen Versuche der einzelstaatlichen Oppositionen, die eigenen politischen Ansprüche gegen die reaktionären Umwälzungen von oben zu verteidigen und das jeweilige Land auf den Weg fortschrittlicher Reformen zurückzuführen. Österreich warf 1821 die Revolutionsversuche in Neapel und Piemont militärisch nieder, 1831/32 im nördlichen Kirchenstaat, und danach ging es dort jeweils noch viel repressiver und reaktionärer weiter denn zuvor. Die so geschützten Regime konnten es sich leisten, Ermahnungen aus Wien zu Modernisierungen unterhalb der politischen Ebene, orientiert etwa an der wenigstens gut verwalteten Lombardei, zu überhören: Sie wussten ja, dass Österreich im eigenen Machtinteresse gegebenenfalls erneut intervenieren würde. Über die Jahrzehnte wurden die italienischen Zustände – ungeachtet an sich nötiger Differenzierungen: die Stagnationen auf fast sämtlichen staatlichen Handlungsebenen, die fortwährenden Verfolgungen oft bloß gemäßigt-reformerisch gesinnter Untertanen, die Tötungen und massenhaften Inhaftierungen wirklicher Verschwörer – zu einem Skandal zumal in der westeuropäischen öffentlichen Meinung, angeheizt von der Publizistik des anschwellenden italienischen politischen Exils. Veränderungen waren offensichtlich nicht durch partikulares, einzelstaatliches oppositionelles Handeln möglich. Der italienweit „fremde“ Faktor Österreich erzwang geradezu den Ansatz auf dessen Augenhöhe – auf der gesamtitalienischen Ebene – und erzwang nationale Bewegung bei aller Verschiedenheit der Herkunft und sonstigen Ziele vereint durch diesen einen Gegner. Nach dem Willen der Wiener Politik hätte Italien für alle Zeit nichts weiter als ein geographischer Begriff bleiben sollen. Sie trug mitentscheidend dazu bei, dass Italien zu einem politischen Begriff geworden ist.

Giuseppe Mazzini und die nationaldemokratische Bewegung

Angesichts solcher Umstände musste die erste Nationalbewegung republikanisch und nationaldemokratisch sein: gegen die fremde Habsburger Monarchie gewiss, aber genauso gegen die kollaborierenden Fürsten aller italienischer Staaten, ja, gegen den Fortbestand dieser einzelnen Staaten überhaupt ausgerichtet. Geprägt worden ist

sie von Giuseppe Mazzini, der sie fast vierzig Jahre lang, die meisten davon im Exil, nach vielen Fehlschlägen immer wieder reorganisiert und angefeuert und sie oft mit anderen nationaldemokratischen Bewegungen in Europa zu verbrüdern versucht hat. Begonnen hatte er als Mitglied eines carbonaristischen Geheimbundes. Die dabei erlittenen Erfahrungen von Unterwanderung und Verrat, Ineffizienz bei der Mobilisierung von Anhängern, der eigenen Inhaftierung ließen ihn über neue Wege nachdenken. Im Juli 1831 hat Mazzini im Marseiller Exil nach einer misslungenen Verschwörung in Piemont das „Junge Italien“ („Giovine Italia“) gegründet. Die Organisation erlebte alsbald größeren, angeblich tausendfachen Zustrom aus italienischen Exilkreisen in Frankreich und in der Schweiz, später in England, auch daheim in Nord- und Mittelitalien, darunter seit 1833 Giuseppe Garibaldi. Die Anziehungskraft ergab sich, erstens, aus der neuartig radikalen Konzentration auf die Nation: Jedes Mitglied hatte alles für den Glauben zu geben, dass Italien dazu berufen ist, eine Nation zu sein, und dass es sich mit eigener Kraft dazu erheben kann. Und sie ergab sich, zweitens, aus der enthusiastischen Totalität des Appells an die ganze italienische Jugend: „Nichts ist verloren, wenn der Mut nicht verloren ist. Legt eure Hand aufs Herz, ihr werdet fühlen, wie gewaltig es schlägt. Seid also stark! Wenn ihr wollt, könnt ihr!“ Sie war aufgerufen zur Nationalisierung der Massen mit Wort und Schrift, endlich zur Auslösung der nationalen Revolution durch immer neue opferbereite Aufstände. Zugleich aber würde diese Jugend das schon sein, was ihr Handeln für alle Italiener erst noch heraufführen sollte: Nation im idealistischen Sinne Mazzinis, ihres Propheten.

„Ich liebe Italien, nicht die Italiener“, hat Mazzini geschrieben. Das von ihm geliebte war das von ihm entworfene Italien, ein Konstrukt nicht nur gegen die anationale politische Ordnung von 1815, sondern ein Konstrukt gegen die gesamte Gegenwart des Landes einschließlich der jetzt darin lebenden „Leute“ (gente) – ausgenommen seine Anhängerschaft. Die „Leute“ würden Italiener werden, zum geringen Teil durch die nationale Erziehungsarbeit

Während der italienischen Unabhängigkeitskriege wurde Giuseppe Garibaldi (Foto um 1875) aufgrund seiner revolutionären Rastlosigkeit und seines Engagements bei den Aufständen ein Teil der nationalen Mythologie. In beinahe jeder italienischen Stadt findet sich ein nach ihm benannter Platz oder eine Straße, die seinen Namen trägt. **picture alliance/dpa**

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

seiner Anhänger, größtenteils in der dereinstigen nationalen Volkserhebung, ganz und gar im einmal erkämpften Nationalstaat. Auf ihn würde in der Nationswerdung alles ankommen, zuerst auf sein politisches System als demokratisch-parlamentarische Republik, unitarisch und nicht, alte Besonderheiten fortsetzend, föderalistisch, alles ankommen darüber auf die dann allfällige Bildung von „Leuten“ zu Italienern nicht nur durch die Schulen, sondern genauso durch nationale Sozialpolitik, Rechtsgleichheit und Rechtsstaatlichkeit, vor allem aber durch die gleichberechtigte und -verpflichtete Partizipation aller Bürger.

Entwürfe eines zukünftigen Nationalstaates

Ein Dutzend Jahre lang beherrschte das mazzinianische Konstrukt Nationaldemokratie das Feld, dann erst, um die Mitte der 1840er Jahre, wurden liberale nationale Alternativen veröffentlicht, welche einen Kompromiss mit bestehenden Gewalten favorisierten, um mit ihnen das Hauptproblem: die fremde Herrschaft und Hegemonie Österreichs, lösen zu können. Entscheidend war die Notwendigkeit, die lastenden italienischen Zustände zu verändern, Anschluss an die vielschichtigen Modernisierungen besonders in Westeuropa zu gewinnen. Aber mitentscheidend für die nationale Wende der Liberalen war auch die nationaldemokratische Herausforderung – einesteils, indem die fortwährenden Aufstandsversuche die reaktionäre Repression erst recht provozierten, so reformistische Chancen beschnitten, und weil sich überhaupt nicht erkennen ließ, wie damit jemals die österreichische Übermacht ausgeschaltet werden könnte; andernteils, weil die reformwilligen adeligen und besitzbürgerlichen Eliten den demokratischen Revolutionarismus als generelle Bedrohung der eigenen politisch-sozialen Ansprüche begriffen haben. Vincenzo Gioberti, Priester, Theologe, eine Zeit lang Mitarbeiter Mazzinis, entwickelte die Idee eines italienischen Bundes unter Vorsitz des Papstes als Ausgangspunkt nationaler Einigung, aber angeführt von Sardinien-Piemont und eingeleitet vorerst von zoll- und sonstigen wirtschaftspolitischen Vereinbarungen. Er verband das mit der Vision eines gemeinsamen Risorgimentos von italienischer Nation und Katholizismus. Das bedeutete einen dezidierten Widerspruch zum von Mazzini und anderen nationaldemokratischen Protagonisten vertretenen Antipapalismus und Antiklerikalismus, wurde aber für manche Italiener plausibler, als 1846 mit Pius IX. ein Papst aufgetreten ist, dessen

Handlungen bis ins Revolutionsjahr 1848 als liberal, ja, sogar national missdeutet werden konnten. Realistischer als Gioberti propagierten Cesare Balbo, Massimo D'Azeglio und andere die Ausschaltung Österreichs durch ein Bündnis der sonstigen Staaten unter Führung Piemonts, das dafür das lombardo-venetianische Königreich der Habsburger gewinnen sollte, um darüber zu einer italienischen Einigung vorzustößen. Wenig in der Gegenwart des sardisch-piemontesischen Königreichs schien auf eine solche Rolle hinzuweisen. Sein König Karl Albert regierte ein Staatswesen, welches nach 1814 in beinahe singulärer Weise hinter die Errungenschaften der französischen Zeit zurückgefallen war. Und die Verfolgung jedweder Opposition war kaum weniger schroff als im maroden Königreich beider Sizilien. Indessen erinnerten sich wohlwollende Leser an die jahrhundertlangen Traditionen der Turiner Macht- und Annexionspolitik, betrachteten die Carignans als einzige italienische Dynastie auf der Halbinsel, schätzten Piemonts Adel als ungleich weniger parasitär als im übrigen außerösterreichischen Italien und die Armee als einzig nennenswerte militärische Kraft gegenüber den österreichischen Truppen. Beginnende innenpolitische Lockerungen und dann Karl Alberts Eintreten für eine italienische Zollunion gegen den Widerstand Metternichs schürten 1847 die Erwartungen, wiewohl er noch gezögert hat, die nationale Frage als Chance piemontesischer Machtpolitik zu nutzen. Die Konstellationen des Revolutionsjahres zeichneten sich ab, die Wege zur Einigung bis 1861 auch. Und Balbo, Gioberti, D'Azeglio würden 1848/49 nacheinander Ministerpräsidenten Sardinien-Piemonts sein.

Die Nationalstaatsgründung

1848 – der Beginn der italienischen Unabhängigkeitskriege

Italien war schon in Bewegung, bevor mit der französischen Februar- die europäische Revolution von 1848/49 ausgelöst worden ist. Im Januar hatte auf Sizilien eine erfolgreiche Erhebung stattgefunden und den Bourbonen Ferdinand II. gezwungen, eine Verfassung zu gewähren und eine liberale Regierung einzusetzen. Dies hatte schon angefangene Öffnungen anderswo beschleunigt, so dass in Turin, in Rom, in Florenz bis Anfang März 1848 Verfassungen

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

gegeben oder versprochen und gemäßigt-liberale Regierungen eingesetzt waren. Damit ist zugleich die Spannung in der nationalen Bewegung gewachsen, sie griff über ins lombardo-venetianische Königreich, obwohl die Wiener Politik das alles aufzuhalten versuchte und sogar nochmals in den nördlichen Kirchenstaat einmarschieren ließ.

Das Übergreifen der deutschen Märzrevolution auf Österreich, der Sturz Metternichs am 13. März 1848 und das Verfassungsversprechen mit dem Antritt einer liberalen Regierung in Wien ließen die Entwicklung im Lombardo-Venetio explodieren. Mailand zwang in fünfzügigen Straßenkämpfen, in den „cinque giornate“ vom 18. bis zum 23. März, die österreichische Truppe zum Abzug. Venedig gelang dies weniger blutig am 22. März 1848. An der Spitze standen gemäßigte Demokraten, welche in den beiden Provisorischen Regierungen den Kompromiss mit den Liberalen suchten und ihnen, allerdings nach längeren Verzögerungsversuchen, im wichtigsten Punkt nachgaben: im Votum für einen Anschluss an Sardinien-Piemont. Das befürwortete in diesem Moment auch Mazzini. Piemonts König Karl Albert entschloss sich am 23. März 1848 zum Krieg gegen Österreich, ein paar Tage später begann der Vormarsch – von Mailand und Venedig um Hilfe gebeten, ermutigt durch neapolitanische Beistandszusagen und in der Illusion befangen, dass die österreichische Italienarmee unter Radetzky nicht mehr kampffähig und -willig wäre.

Die gegenläufigen Tendenzen versteiften sich indessen bereits Ende April 1848. Zunächst wandte sich Pius IX. gegen den antiösterreichischen Nationalkrieg: Das Oberhaupt der universalen Kirche konnte sich unmöglich als geistige Galionsfigur des nationalitalienischen Kampfes vereinnahmen lassen und die Teilnahme von Soldaten, welche ihm als regierendem Oberhaupt eines italienischen Staates unterstanden, verantworten. Dann gelang es Ferdinand II. Mitte Mai 1848, Gegenrevolution zu machen, Verfassung und liberale Regierung zu kassieren: Das neapolitanische Expeditionskorps wurde vom norditalienischen Schauplatz zurückbefohlen. Entscheidend war, dass sich das Habsburger Reich genau in den Auseinandersetzungen an den Peripherien des Vielvölkerstaats, im Kampf mit den nationalen Autonomie- und Freiheitsbewegungen der Tschechen, Ungarn und Italiener regenerierte, indem hierher die Militärs den konservativen Konsens daheim im Zeichen von österreichischem Patriotismus und Militarismus neu mobilisiert haben. Im Juni 1848 ging Radetzky zum Angriff über, mit dem großen Sieg von Custoza (25. Juli

1848) war dieser Krieg gegen Piemont und die nationale Bewegung Italiens entschieden, waren die Lombardei und das Veneto mit Ausnahme der Lagunenstadt Venedig zurückerobert, war Karl Albert gezwungen, um Waffenstillstand zu bitten. Der König hat im nächsten Frühjahr unter viel ungünstigeren Umständen nochmals das Kriegsglück herausgefordert. Binnen weniger Tage erneut schwer geschlagen, kostete ihn das den Thron und Piemont einen harten Friedensvertrag mit enormen Kontributionen. Radetzky ging mit besonderer Härte gegen das nationalliberale Bürgertum im lombardo-venetianischen Königreich vor, indessen er die Landbevölkerung durch Steuererleichterungen und anderes für Österreich und den neuen Kaiser Franz Joseph zu gewinnen suchte. Abertausende von Lombarden und Venetianern gingen jetzt und im folgenden Jahrzehnt ins piemontesische Exil – was die Identifikation von Italien und Piemont vielleicht weiter als alles Bisherige vorangebracht hat.

Camillo Benso von Cavour und Piemonts nationale Führungsrolle

Damit wäre Sardinien-Piemonts erst angedachte, im Revolutionsjahr angenommene nationale Führungsrolle für alle absehbare Zeit erledigt gewesen, zumal die schweren Niederlagen gegen Radetzky doch angeschlagene Armee und die schnellen Waffenstillstände in den nationaldemokratischen und nationalliberalen Lagern als blamabel beklagt worden sind. In Turin drängten konservative Kreise den neuen König Viktor Emanuel II. dazu, den eingeschlagenen Weg zu verlassen, an die Seite der konterrevolutionären Mächte im übrigen Italien zu treten, Presse- und Versammlungsfreiheiten zurückzunehmen und vor allem die Verfassung – das Statuto Albertino vom März 1848 – aufzuheben: Der König schwankte. Dass es so nicht gekommen ist, das war in höchstem Maße Cavour zu verdanken. Er stammte aus altem Adel, aber er war ein überzeugter Liberaler und dazu ein brillanter Politiker, der ein breites parlamentarische Bündnis von gemäßigten liberalen und demokratisch-gemäßigten Abgeordneten zusammenbrachte: Eine Mehrheit, später genannt die „*destra storica*“, die „historische Rechte“, aufgrund derer ihn der König, fast widerwillig noch, im November 1852 zum Ministerpräsidenten berufen hat. Und eben diese Berufung bedeutete die Bewahrung des Statuto als einzige all der im Frühjahr 1848 gewährten Verfassungen und jenseits des Verfassungswortlauts den Durchbruch zum faktischen parlamentarischen Regierungssystem, dessen nationale Attraktivität Piemont

so sehr zugute gekommen ist. Möglich wurde dieses Bündnis in einer sozial sehr homogenen zweiten Kammer, unter Honoratioren, gewählt aufgrund eines extremen Zensuswahlrechts klassisch-liberalen Zuschnitts von knapp 2,5 Prozent Wahlberechtigten in der Gesamtbevölkerung.

Piemonts Anspruch auf die Führung zu einem Nationalstaat wurde durch rasche politische Modernisierungen unterstrichen:

- durch die massive Beschneidung des in Piemont besonders großen politischen und gesellschaftlichen Einflusses der Kirche mit dem Höhepunkt der Klöstersäkularisierung 1855;
- mit der Durchsetzung liberaler Freihandelspolitik, zunächst in Verträgen mit Frankreich, England und Belgien, also mit jenen westeuropäischen Ländern, bei denen sowohl die weltanschaulichen als auch außenpolitischen Präferenzen Cavour lagen;
- durch Ausdehnung der bürgerlichen Freiheitsrechte und durch die Öffnung des Landes für (fast) alle politischen Flüchtlinge;
- durch Gründung der Società nazionale, des auf Piemonts Führungsrolle eingeschworenen Nationalvereins 1857 als Sammelbecken für Nationalisten aller Richtungen überall in Italien.

Der zweite italienische Unabhängigkeitskrieg

Die zweite Chance zur Herausforderung der Habsburger Monarchie eröffnete sich mit dem Krimkrieg: Im Frühjahr 1855 stellte sich Piemont an die Seite der Westmächte und nahm dann an den Friedensverhandlungen in Paris teil. Zu diesem Prestigegewinn gelang es Cavour, das Thema Italien in die Kongressdiskussion über friedensgefährdende europäische Unruheherde einzubringen. Wichtiger war die Auflockerung der internationalen Mächteverhältnisse durch die Niederlage der konservativen Vormacht Russland, vitaler Rückhalt Österreichs noch 1848/49, und durch die im Krieg gesteigerten Ambitionen Napoleons III., die europäische Ordnung von 1815 zu revidieren. Wenn der Kaiser der Franzosen in der Situation Italiens und im Gegensatz zwischen Piemont und Österreich einen Ansatzpunkt für eine Machtsteigerung Frankreichs sah, so erkannte Cavour in Napoleon den möglichen Verbündeten zur Durchsetzung Piemonts in Italien. Es entwickelte sich ein geheimes Verhandlungsspiel mit vertraglichen Fixierungen Ende 1858: Diese sahen die Vertreibung der Österreicher durch einen gemeinsamen Angriff unter dem Oberbefehl Napoleons vor, die Vergrößerung

Piemonts um die Lombardei, Venetien und Teile Mittelitaliens, die Errichtung eines italienischen Staatenbundes; dafür sollte Piemont Savoyen und Nizza an Frankreich abtreten. Am Ende gelang es Cavour obendrein, die Österreicher zur Kriegserklärung zu provozieren. Nach etlichen Gefechten führte die erste „Monsterschlacht“ bei Magenta am 4. Juni zur Einnahme Mailands durch die Verbündeten, die zweite bei Solferino am 24. Juni zum Einschluss der österreichischen Armee im Festungsviereck Mantua-Peschiera-Verona-Legnano. Wenige Tage später herrschte Waffenstillstand; am 11. Juli schlossen Napoleon III. und Kaiser Franz Joseph den Vorfrieden von Villafranca, welcher Piemont nur die Lombardei gebracht hat und die rasante Anschlussbewegung der mittelitalienischen Bevölkerungen nach Vertreibung der Fürsten aufhalten sollte. Cavour erfuhr erst nachträglich von der Zustimmung Viktor Emanuels und erklärte seinen Rücktritt, kehrte aber schon im Januar 1860 ins Amt zurück. Es gelang ihm recht bald, die mittelitalienischen Fragen im Zusammenspiel mit den dortigen liberalen Eliten zu lösen; die Zustimmung Napoleons III. wurde durch die Abtretung Nizzas und Savoyens gesichert, obwohl der Kaiser den Krieg vorzeitig beendet hatte. Garibaldi verursachte am 12. April 1860 im Turiner Parlament einen nichts mehr nützenden Aufruhr, um die Preisgabe Nizzas, seiner Heimatstadt, im letzten Augenblick zu verhindern. Danach war das Verhältnis zwischen Cavour und dem Volkshelden heillos zerrüttet.

Giuseppe Garibaldi – ein nationaler Mythos

1860 waren Garibaldi und die Taten der von ihm geführten Freischaren und Truppenverbände längst Teil der entstehenden nationalen Mythologie geworden, begründet in den Kämpfen um die Freiheit Uruguays im langen südamerikanischen Exil, heimgekehrt 1848 und wieder 1859, diesmal in piemontesischer Uniform, in den oberitalienischen Kriegen gegen die Österreicher, vor allem aber in der legendären Verteidigung der Römischen Republik im Frühjahr 1849: Sie war nach der Flucht des Papstes vor den nationalistischen Radikalisierungen im Kirchenstaat ausgerufen, dann von den Demokraten zur Einberufung einer italienischen Nationalversammlung und zugleich zum Fluchtpunkt aller noch Kampftschlossenen bestimmt worden. Mazzini hatte an der Spitze eines Triumvirats Politik und Verfassungsarbeiten dominiert, Garibaldi aber den unvermeidlichen Kampf – unvermeidlich, weil der Papst aus seinem neapolitanischen Exil die katholischen

Mächte zu Hilfe gerufen hat und weil diese sowieso entschlossen waren, die Republik mitsamt allen mittelitalienischen Relikten des Umbruchs vom vergangenen Jahr auszulöschen. Die heranrückenden Neapolitaner haben die Freischaren zurückschlagen können. Den doppelt überlegenen regulären französischen Truppen lieferten sie dreimonatigen Widerstand mit dem einen heroischen Höhepunkt der Kämpfe um den Gianicolo am 3. Juni, in denen auch der Dichter Goffredo Mameli gefallen ist, der 1847 den Text der italienischen Nationalhymne (seit 1946: unter dem Titel „Fratelli d’Italia“, einer Textzeile; von den damaligen Milizionären als „Il canto degli italiani“ gesungen) zur so schwungvollen Komposition von Michele Novaro verfasst hatte, und mit dem anderen Höhepunkt des nach der Kapitulation von Garibaldi geführten „Langen Marsches“ der überlebenden Freischärler hinüber an die Adria. Seither waren Garibaldi, sein Charisma, seine Verehrung in weitesten Kreisen des Volkes, sofern sie nur erfasst waren von der Idee der Nation, beachtliche politische Größen, und Cavour hatte sehr gut gewusst, welchen Gewinn gerade der Beitritt des „Helden zweier Welten“ zum Nationalverein für die piemontesische Sache bedeutet hatte. Eben deshalb wusste er auch um die Gefahr, die der piemontesischen, der liberalen, monarchischen Lösung der nationalen Frage durch die Aktionen eines Garibaldi erwachsen konnte.

Garibaldi wollte die so prosaisch unterbrochene Einigung Italiens vollenden – auch durch Eroberung Roms und Vertreibung des von Napoleon III. beschützten Papstes, der sich seit 1849 als unversöhnlicher Feind der italienischen wie jeder Nationalbewegung, darüber hinaus jeder modernen politischen Strömung verhielt und noch viel heftiger verhalten würde. Nachrichten über Unruhen auf Sizilien indessen brachten ihn dazu, Rom über das dann gleich mit zu erledigende bourbonische Königreich anzugreifen! Das Unternehmen begann in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai mit der Kaperung zweier Dampfer im Hafen von Genua und mit der „Einschiffung der Tausend“, schlecht bewaffnet und fast ohne sonstige Mittel. Am 11. Mai gelang die Landung im äußersten Westen Siziliens. Vier Tage später schlugen sie eine überlegene Truppe bei Calatafimi und zwangen am 30. Mai Palermo zur Kapitulation. In den folgenden Wochen wuchs die Freischar auf 10.000 Mann an, die gegen Ostsizilien vorgingen und den Gegner erneut am 20. Juli schlugen. Garibaldi konnte am 19. August über die Straße von Messina setzen. In Kalabrien brachen Aufstände aus. Der weitere Vormarsch der zuletzt

fast 50.000 Mann umfassenden Verbände Garibaldis glich mehr einem Triumph- als einem Feldzug. Am 7. September ritt er in Neapel ein. Erst danach leistete die bourbonische Armee ernsthaften Widerstand, aber in der Schlacht am Voltorno bewiesen Garibaldis Truppen, dass sie auch große Schlachten gewinnen konnten.

Garibaldi hatte sich zum Diktator Siziliens ernannt, die Diktatur dann auf Süditalien ausgedehnt. Ihr Zweck war, den nationalrevolutionären Krieg zur Eroberung Roms ungestört von Interventionen Cavours fortführen zu können. Er beabsichtigte nie, im Süden eine demokratisch-republikanische Alternative zum piemontesischen Nationalstaat zu entwickeln, wovon ihn einige Nationaldemokraten hatten überzeugen wollen. Als Diktator, so sah er es selbst, vertrat er Viktor Emanuel, und so zögerte er nicht, am 26. Oktober seine Macht dem König zu übergeben. Als wirkliche Niederlage empfand Garibaldi die Beendigung seines Siegeszuges vor Erreichen des höchsten Zieles: Denn Cavour war zu einer Verständigung mit Napoleon gelangt, welche Piemont erlaubte, Umbrien und die Marken zu annektieren, aber den somit auf Latium verkleinerten Kirchenstaat garantierte.

Die unfertige Nation

Am 17. März 1861 ist das Königreich Italien im ersten gesamtitalienischen Parlament zu Turin ausgerufen worden. Die piemontesische Kontinuität verdeutlichte sich in der Beibehaltung des Königstitels: Viktor Emanuel II. – mit Recht, denn dieses Italien war durch je einzelstaatliches Anschlussbegehren an Sardinien-Piemont, einzelstaatliches Plebiszit, einzelstaatlichen Anschluss zustande gekommen mit dem Effekt zum Beispiel, dass es einer neuen Verfassungsschöpfung nicht bedurfte und das Statuto Albertino mit all seinen Zweideutigkeiten die Verfassung des Nationalstaats wurde und es bis 1946 blieb. Cavour hat die Gründung nur um wenige Wochen überlebt.

Der neue Nationalstaat hatte vorderhand mit dem Problem seiner territorialen Unfertigkeit zu tun, welches wenig glorios in Bezug auf das Veneto 1866 im Kriegsbündnis mit Preußen, 1870/71 in Bezug auf Rom nach Abzug der französischen Schutztruppe wegen des großen Krieges im Norden durch Besetzung und, wie üblich, Plebiszit gelöst wurde. Und er hatte fast durch die ge-

samen 1860er Jahre mit der Herausforderung des Brigantenaufstandes im Süden zu schaffen: ein sozialrevolutionärer Aufstand jener verarmten Landbevölkerungen, die durch den liberalen Nationalstaat nichts gewannen, aber unter rasch steigenden Steuerlasten elend gelitten haben. Phasenweise waren bis zu 100.000 Soldaten einzusetzen, um diese Aufstände zu unterdrücken – teils mit Methoden, welche an koloniale Unterwerfungskriege erinnern.

Wegen der eklatanten infrastrukturellen Lücken blieben große Landschaften im Süden und auf den Inseln abgeschieden. Deren wirtschaftliche und soziokulturelle Distanz beim Anschluss an den Nationalstaat verschärfte sich aufgrund der Überlegenheit frühindustrieller norditalienischer Zonen und mit der in Piemont begründeten Außenwirtschaftspolitik des Freihandels. Von Übergängen zu einer modernen Industriegesellschaft kann man erst für die Zeit um 1900 sprechen – und muss dabei den Süden außer Betracht lassen. Auf der Halbinsel gab es 1861 gerade 2.000 Kilometer Schienenwege, Dreiviertel davon im Norden. 1880 waren es dann rund 8.000 Kilometer. Weiterhin musste ein Großteil des Materials dafür importiert werden, ausländisches Kapital blieb entscheidend, obwohl die von Turin 1864 über Florenz 1871 nach Rom verlegte Regierung gerade auf diesem Feld viel Geld ausgab. Die Einigungskriege, zu denen finanziell auch der Krimkrieg zählte, und der massive Militäreinsatz zur Unterwerfung des Südens hatten enorme Staatsschulden verursacht. Deren Abbau und die Kosten nötigster nationalstaatlicher Ausgaben ließen die Regierung die Steuer-schraube immer fester anziehen, bis die Steuerbelastung die höchste aller gemessenen europäischen Staaten geworden war. Weil das besonders die Verbrauchssteuern erhöhte, verschlechterten sich die Lebensverhältnisse in den Unterschichten. Zahlreiche lokale und regionale Sozialaufstände, bis dahin öfters als Teil der nationalen Bewegung reklamiert, verdeutlichten das Ausmaß der Problematik.

Die Nationalbewegung hatte sich lediglich in den größeren Städten Nord- und Mittelitaliens von einer Eliten- zur Massenbewegung entwickelt. Der Prozess moderner Nationswerdung in der zwischen 1859 und 1871 vereinten Bevölkerung verlief dagegen langsam – schon wegen weithin sehr niedriger Alphabetisierungsquoten, Folge eines auch im neuen Nationalstaat in der Tiefe äußerst mangelhaften Volksschulwesens. Am nationalkulturellen Aufbruch, manifest in großartigen Schöpfungen der Poesie und Literatur von Monti über Foscolo zu Manzoni, in den Opern Ver-

dis, in der Kulturgeschichtsschreibung De Sanctis, nahm nach wie vor der Nationalstaatsgründung nur eine kleine Minderheit teil. Das eng beschränkte Wahlrecht begrenzte die nationale Integrationsfunktion des politischen Systems. Es sorgte allerdings auch für die Geschlossenheit der nationalen politischen Klasse, ebenso deren fundamentaler Laizismus, begründet im Ringen um moderne entklerikalisierte Staatlichkeit, eingeschärft im 1870 beendeten Kampf um Rom und in der nachherigen Konfrontation mit dem Widerstand der Päpste und der nationalen Verweigerung kirchentreuer Katholiken. „Wir haben Italien gemacht. Jetzt geht es darum, Italiener zu machen“, soll D’Azeglio im Turiner Parlament zur Ausrufung des Königreichs gesagt haben. Das würde sich als langwierigere Aufgabe als die Nationalstaatsgründung erweisen.

LITERATUR

- Altgeld, Wolfgang (2004): Das Risorgimento (1815–1876). In: Altgeld, Wolfgang/Lill, Rudolf (Hrsg.): Kleine italienische Geschichte. 2. Auflage, Stuttgart.
- Baumgart, Winfried (1999): Europäisches Konzert und nationale Bewegung. 1830–1878 (Handbuch der Geschichte der internationalen Beziehungen, Bd. 6). Paderborn.
- Finlay, Moses I./Mack Smith, Denis/Duggan, Christopher (2006): Geschichte Siziliens und der Sizilianer. 3. Auflage, München, S. 219–334.
- Gruner, Wolf D./Trautmann, Günter (Hrsg.) (1991): Italien in Geschichte und Gegenwart. Hamburg.
- Hausmann, Friederike (2005): Garibaldi. Die Geschichte eines Abenteurers, der Italien zur Einheit verhalf. 3. Auflage, Berlin.

- Lill, Rudolf (1986): Geschichte Italiens in der Neuzeit. 3. Auflage, Darmstadt.
- Petersen, Jens (1999): Italienbilder – Deutschlandbilder. Gesammelte Aufsätze. Köln.
- Reden-Dohna, Armgard von (Hrsg.) (1979): Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons. Wiesbaden.
- Seibt, Gustav (2001): Rom oder Tod. Der Kampf um die italienische Hauptstadt. Berlin.
- Stadler, Peter (2001): Cavour. Italiens liberaler Reichsgründer. München.

Es sind bewusst nur deutschsprachige Werke und Übersetzungen ins Deutsche ausgewählt worden. Alle bieten reiche Hinweise auf die Leistungen italienischer sowie englischer, amerikanischer und französischer Historiker in der Erforschung des Risorgimento.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Wolfgang Altgeld, geb. 1951, nach dem Studium (Geschichte, Politische Wissenschaften, Philosophie und Pädagogik) und Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Köln 1978–1991 Assistent und Oberassistent an den Lehrstühlen für Neuere und Neueste Geschichte in Passau, Karlsruhe (Promotion zum Dr. phil. 1982, Habilitation 1990). Professor für Neueste und Neuere Geschichte an der Universität Würzburg 1991–1996, für Zeitgeschichte in Mainz 1996–2000, seit 2000 Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte wieder an der Universität Würzburg.

Faschismus: Entstehung, Konsolidierung, Zusammenbruch und Aufarbeitung

Malte König

Das faschistische Regime Italiens hatte Vorbildcharakter und fand im Laufe des 20. Jahrhunderts Anhänger und Nachahmer. Malte König zeichnet die historische Entwicklung des italienischen Faschismus nach. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen des Ersten Weltkriegs begünstigten den Aufstieg der von Benito Mussolini 1919 gegründeten „Faschistischen Kampfbünde“, die sich ab 1920/1921 zu einer Massenbewegung entwickelten. Akteure der italienischen Gesellschaft (Krone, Finanz- und Wirtschaftseliten, Militär sowie Staatsbürokratie) reagierten auf die Krise des politischen Systems, indem sie die Machtübernahme Mussolinis 1922 duldeten und stützten. Nur drei Jahre später begann der Gleichschaltungsprozess, der in die Diktatur mündete. Die Konsolidierung des Regimes fand ihren Abschluss mit den Lateranverträgen, die die Aussöhnung von Staat und Kirche besiegelten. Die aggressive Außenpolitik sowie die Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland – die so genannte „Achse Rom-Berlin“ – ebneten Italiens Weg in den Zweiten Weltkrieg. 1943 brach das faschistische Regime zusammen. Dies führte zu zwei, sich verfeindet gegenüber stehenden italienischen Staaten. Der Sieg der Alliierten beendete 1945 den knapp zweijährigen Bürgerkrieg. Die Verbrechen der faschistischen Ära gerieten danach rasch in Vergessenheit. Die 1946 erfolgte Generalamnestie, die „Resistenza“ als Gründungsmythos der Ersten Republik und relativierende Hinweise auf die menschenverachtende Brutalität des NS-Regimes führten zu einem Prozess der kollektiven Selbstabsolution, welcher die Aufarbeitung der faschistischen Verbrechen nach wie vor schwierig macht. |

Der „Marsch auf Rom“ – Inszenierung eines Staatsstreichs

Die Regierungsübernahme der Faschisten begann mit einem Bluff. In den letzten Oktobertagen 1922 besetzten faschistische Kohorten die italienische Hauptstadt. Mit dem so genannten „Marsch auf Rom“ wurde ein revolutionärer Staatsstreich inszeniert, für den keinerlei Notwendigkeit mehr bestand. Die Regierungsumbildung war bereits im Vorfeld ausgehandelt worden. Als

Benito Mussolini am 29. Oktober mit dem Nachtzug aus Mailand anreiste, waren die Verhandlungen abgeschlossen. Propagandistisch aber war die Inszenierung ein voller Erfolg – und das nicht nur innenpolitisch. Adolf Hitler sollte die italienische „Machtergreifung“ rückblickend als einen „Wendepunkt der Geschichte“ bezeichnen: Allein die Tatsache, dass man das machen könne, habe der nationalsozialistischen Bewegung Auftrieb gegeben.¹ So umstritten die Definition und Spannweite des Begriffs „Faschismus“ auch ist² – es steht außer Frage, dass die italienische Bewegung und das faschistische Regime Vorbildcharakter hatten und auf andere Länder ausstrahlten.

Entstehung und Aufstieg: die faschistische Bewegung

Es war der Erste Weltkrieg, der die Grundvoraussetzungen für die Entstehung und den Aufstieg des Faschismus lieferte. Schon vor dem Ausbruch des Krieges war Italien keine gefestigte Nation gewesen. Durch das Risorgimento war der Staat erst 1870 vereinigt worden. Der Verschmelzungsprozess der sehr unterschiedlich strukturierten Landesteile war 1914 noch längst nicht abgeschlossen. Der Krieg sollte die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme deutlich verschärfen. Ein erdrückender Schuldenberg führte zu enormen Steuererhöhungen und einer fortschreitenden Entwertung der Lira. Die Umstellung auf Kriegsproduktion hatte zur Folge, dass die Agrarwirtschaft vernachlässigt worden war; die Arbeitslosenzahlen stiegen.³ Für zusätzliche Unruhe sorgte die Legende vom „verstümmelten Sieg“ (vittoria mutilata), die zu recht als „italienische Variante der deutschen Dolchstoßlegende“ bezeichnet worden ist.⁴ An sich gehörte Italien zu den Siegermächten des Ersten Weltkriegs. Doch erst im Mai 1915 war es in den Krieg eingetreten und hatte zunächst verheerende Niederlagen erlitten; zum Schlagwort sollte in dieser Hinsicht die „Schlacht von Caporetto“ werden. Bei den Pariser Friedensverhandlungen schätzten die Alliierten Italiens Beitrag daher als zweitrangig ein und setzten sich über die Wünsche der Italiener hinweg. Diese erinnerten sich

aber vornehmlich an ihren Sieg bei Vittorio Veneto, den sie zuletzt gegen die Österreicher errungen hatten. Ausschlaggebend für den Kriegseintritt war zudem der Londoner Vertrag von 1915 gewesen, in dem Italien umfangreiche Gebietsgewinne zugesichert worden waren. Angesichts der hochgespannten Erwartungen konnten die territorialen Gewinne, die Italien mit dem Trentino und Südtirol, mit Triest, Julisch-Venetien, Istrien und Teilen Dalmatiens einstrich, den italienischen Nationalisten daher nicht genügen. Der Sieg galt als verstümmelt, Italien sei gedemütigt worden – was insbesondere der Linken vorgeworfen wurde.⁵ Der berühmte Dichter Gabriele D'Annunzio, der das Schlagwort vom „verstümmelten Sieg“ geprägt hatte, besetzte daraufhin mit einem Freikorps das dalmatische Fiume, das Italien in den Verhandlungen nicht zugesprochen worden war, obwohl es überwiegend von Italienern bewohnt wurde. Mehr als 15 Monate konnten D'Annunzio und seine Truppen die Stadt halten und von dort aus die nationalen Gefühle der Italiener anfachen.⁶ Vor dem Hintergrund dieser tiefen Staats- und Gesellschaftskrise gründete Benito Mussolini am 23. März 1919 die „Faschistischen Kampfbünde“. Ursprünglich hatte Mussolini zunächst in der sozialistischen Partei Karriere gemacht. Seit 1912 nahm er dort als Chefredakteur des Parteiorgans „Avanti!“ eine Schlüsselrolle ein und führte den revolutionären Flügel der Partei an. Durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs aber kam es zum Zerwürfnis. Anfangs noch linientreuer Kriegsgegner wandelte sich Mussolini im Laufe des Jahres 1914 zum überzeugten Interventionisten – eine Position, die er ab Oktober auch im „Avanti!“ vertrat, was letztlich zu seinem Parteiausschluss führte. Seiner Popularität tat dies keinen Abbruch. Vielfach bezeugt, verfügte Mussolini schon in jungen Jahren über ein ungewöhnliches journalistisches sowie rednerisches Talent und verstand es, Anhänger zu gewinnen. Er benötigte nur eine neue Plattform, von der aus er agieren konnte. Bereits im November 1914 lancierte er mithilfe von Geldern aus der Industrie und aus dem Ausland die neue Tageszeitung „Il Popolo d'Italia“ und wurde zum Sprachrohr der Interventionisten.⁷ Von seinen sozialisti-

schen Wurzeln entfernte sich Mussolini dabei zusehends. Als er 1917 wegen einer Verwundung vorzeitig von der Front heimkehrte, änderte sich der Tonfall seiner Artikel. Der Untertitel „sozialistische Zeitung“ verschwand, doch die neue Richtung war nicht klar zu fassen. Die Zusammensetzung der ersten faschistischen Kampfverbände fiel 1919 entsprechend bunt, ja widersprüchlich aus: Enttäuschte Sozialisten und ehemalige Gewerkschaftler trafen hier auf Intellektuelle und Künstler, die mit dem Futurismus sympathisierten, sowie auf demobilisierte Offiziere und Unteroffiziere, die einst Eliteeinheiten angehört hatten. Erste Sympathisanten fanden die Faschisten in den grenznahen Gebieten zu Jugoslawien, als ihre Kampfgruppen brutal gegen die sozialistische Bewegung und die slawische Minderheit vorgingen. Die sogenannten Squadristen (auch Schwarzhemden) wurden nicht nur vom Staat geduldet, sie wurden von den Großgrundbesitzern sogar finanziell unterstützt, da sie offenkundig halfen, die „schädliche“ Arbeiterbewegung und ihre „antinationalistischen“ Gedanken zu bändigen. Wie auch in anderen Ländern hatte die Russische Revolution die Furcht vor einem kommunistischen Umsturz erweckt. In den Augen der verunsicherten Mittelschicht und der Landbesitzer gelang es der faschistischen Bewegung daher leicht, sich als Gegenspieler zu profilieren.⁸ Während der Zeit der großen Streiks und der Fabrikbesetzungen in Norditalien, als ein revolutionärer Umsturz seitens der Arbeiter tatsächlich denkbar erschien, wurde die Ausübung von Gewalt zum Kennzeichen der faschistischen Bewegung.⁹ Sozialistische Parteizentralen und Ortsgruppen wurden überfallen, Führungskräfte entführt, gedemütigt und teilweise getötet. Nahe daran, einen Bürgerkrieg zu provozieren, entwickelte sich der Faschismus im Winter 1920/21 zu einer Massenbewegung und breitete sich in ganz Italien aus. Der Erfolg machte attraktiv und bot die Möglichkeit, ehemalige Gegner für sich zu vereinnahmen. Aus der Sicht der Bevölkerung schienen die Squadristen zudem die bürgerliche Ordnung zu sichern. Als Ministerpräsident Giovanni Giolitti im Mai 1921 einzelne Faschisten in seine Wahlliste aufnahm, öffnete er der neuen politischen Gruppe den Weg ins Parlament. Im November 1921 wandelte Mussolini daraufhin die Bewegung formal in eine Partei um – vornehmlich mit dem Ziel, die regionalen Anführer an sich zu binden. Er hatte erkannt, dass der Radikalisierung des Squadristismus Einhalt geboten werden musste. Denn langfristig war zu befürchten, dass der zunehmende Terror zu einem Stimmungsumschwung führen wür-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

de. Auf lange Sicht benötigte die faschistische Bewegung die Unterstützung der traditionellen Eliten. Mussolini schlug fortan daher eine Art Doppelseite ein: Auf der einen Seite präsentierte er sich als staatsreuer Politiker, der die Schwarzhemden zu kontrollieren vermochte und der legal an die Regierung gelangen wollte, auf der anderen Seite ließ er diese im Hintergrund ihre Macht demonstrieren. Der tatsächliche Spielraum Mussolinis war dabei verschwindend gering, denn die wahre Macht lag bei den einzelnen „Provinzfürsten“, die Mussolinis Führungsanspruch kaum respektierten. In der Praxis aber ging die Strategie auf: Als sich die Regierungskrise 1922 zuspitzte und es dem bürgerlichen Lager im raschen Wechsel der Kabinette nicht mehr gelang, eine stabile Regierung zu bilden, erhöhten die Squadristen den Druck auf der Straße und gingen hart mit den Sozialisten ins Gericht, die kurz zuvor den

Generalstreik ausgerufen hatten. In diesem Chaos war Mussolini der Mann der Stunde. Er schien der einzige Garant für Ordnung zu sein. Unzählige faschistische Kämpfer standen angeblich vor Rom, an eine große antifaschistische Koalition war aufgrund des Generalstreiks nicht mehr zu denken. Obwohl die Faschisten mit gerade 35 Abgeordneten im Parlament vertreten waren, beauftragte König Vittorio Emanuele III. Mussolini mit der Regierungsbildung.¹⁰

Machtübernahme und Konsolidierung: die faschistische Regierung

Obwohl der „Marsch auf Rom“ von den Faschisten später als „nationale Revolution“ bezeichnet wurde, war die Machtübernahme legal erfolgt – der König ernannte Mussolini zum Ministerpräsidenten, das Parlament sprach ihm das Vertrauen aus. Um die Lage zu beruhigen

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Ein Aufmarsch in Rom zur Feier des Jahrestages der faschistischen Machtergreifung (undatiert). Mit dem „Marsch auf Rom“, einem inszenierten revolutionären Staatsstreich, begann in Italien die Konsolidierung des Faschismus, die nur drei Jahre später in die Diktatur mündete.
picture alliance/dpa

Mitgliederzahl von rund 300.000 auf fast 783.000 an. Gestärkt wurde durch diesen Zustrom eher der gemäßigte Flügel der Faschisten – sehr zum Leidwesen von radikalen Führern wie Roberto Farinacci. Intern war die Partei zu diesem Zeitpunkt völlig zerrissen und stellte für die Regierung ein größeres Problem dar als die politische Opposition.¹²

Beendet wurde dieser Balanceakt zwischen „Legalisierung“ und „Radikalisierung“ durch die Matteotti-Krise 1924/25. Was die faschistische Regierung zunächst fundamental erschütterte, öffnete ihr kurz darauf den Weg in die Diktatur. Die Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti löste im Parlament und in der Öffentlichkeit heftige, nicht kontrollierbare Reaktionen aus. Matteotti war der unbestrittene Wortführer der parlamentarischen Opposition gewesen und hatte sich nicht geschämt, den Wahlbetrug der Faschisten öffentlich anzuprangern: Die Stimmen seien durch Gewaltandrohung erpresst worden, die Wahl müsse annulliert werden. Unnachgiebig und aggressiv meldete sich die Opposition mit dieser Rede zurück. Doch am 10. Juni 1924 bezahlte Matteotti seine Worte mit dem Leben. Knapp zwei Monate nach seiner Entführung fand man die misshandelte Leiche in der Nähe des Tibers. Auch wenn eine direkte Verantwortung Mussolinis nie nachgewiesen werden konnte, fiel der Verdacht augenblicklich auf ihn. Die Oppositionsparteien verließen geschlossen das Abgeordnetenhaus; der Großteil der Presse wandte sich gegen die Faschisten und klagte sie an.¹³ Fast sechs Monate stand das Schicksal der Regierung auf der Kippe. Mussolini musste feststellen, dass er die Angelegenheit nicht einfach aussitzen konnte. Im Gegenteil, während die öffentliche Empörung – allen Zugeständnissen zum Trotz – weiterhin hohe Wellen schlug, begann der radikale Flügel der Partei, an seiner Durchsetzungskraft zu zweifeln. Erst am 3. Januar 1925 stellte sich Mussolini diesem Zerfallsprozess entgegen und übernahm in einer Rede die Verantwortung für das politische und moralische Klima, das die Tat ermöglicht hatte. Es handelte sich um ein klares Bekenntnis zum revolutionären, radikalen Faschismus und seiner „produktiven Gewalt“. Die Rede markierte einen Richtungsentscheid, der geradewegs in den „totalitären Staat“, in die Diktatur wies.¹⁴ Alle Versuche, der Regierung einen legalen Anstrich zu geben, wurden fallengelassen; die Rede bildete den Auftakt zu einem

gen und seine Herrschaft zu stabilisieren, schlug Mussolini daraufhin den Weg einer „Normalisierung“ ein und suchte den Schulterchluss mit den alten Eliten: Nur wenige Faschisten erhielten in seinem Kabinett einen Ministerposten. Stattdessen band der neue Regierungschef Liberale, Demokraten, Nationalisten und Konservative aus dem bürgerlichen Lager ein und übernahm selbst das Ressort des Innen- und Außenministers. Die Kammer wurde gegen den Rat radikaler Faschisten nicht aufgelöst, die Verfassung blieb in Kraft. Beruhigend wirkte sicherlich, dass die Squadristen formal in eine Sicherheitspolizei umgewandelt wurden, in die Milizia Volontaria per la Sicurezza Nazionale (MVSN). Für den April 1924 setzte Mussolini zudem Neuwahlen an, offenkundig um die Regierung nachträglich zu legitimieren. Misstrauisch stimmen musste in dieser Hinsicht allerdings die Wahlrechtsreform, welche die Faschis-

ten kurz zuvor im Parlament durchsetzten: Anders als im ursprünglich geltenden Verhältniswahlrecht sollte fortan die Partei, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, zwei Drittel der Mandate erhalten. Notwendig gewesen wäre diese Reform nicht, denn die Faschisten erlangten in der Wahl ohnehin knapp 65 Prozent der Stimmen – was nicht zuletzt dem Druck geschuldet war, den die Squadristen auf die Wähler ausübten.¹¹ Hinzu kam aber auch, dass es Mussolini gelungen war, anerkannte Politiker wie Antonio Salandra oder Vittorio Emanuele Orlando für seine Liste des „Nationalen Blocks“ zu gewinnen. Durch eine gezielte Assimilierungspolitik, in der vor allem die Fusion mit konkurrierenden Parteien im Süden vorangetrieben wurde, und durch den freiwilligen Zulauf zahlreicher Opportunisten und Karrieristen hatte die faschistische Partei zudem einen deutlichen Schub erfahren. Allein im Jahr 1923 stieg die

Gleichschaltungsprozess, in dem die Bevölkerung diszipliniert und die Opposition unterdrückt werden sollte.

Eine Repressionswelle überzog das Land: Antifaschistische Gruppen wurden aufgelöst, Zeitungen beschlagnahmt – Polizei, Miliz und Verwaltung arbeiteten Hand in Hand. Durch die Ernennung Farinaccis zum Parteisekretär wurde der radikale Flügel der Partei eingebunden und gezähmt. Ein Gesetzesdekret erweiterte die Führungskompetenzen des Regierungschefs erheblich. Begünstigt wurden die einschneidenden Maßnahmen durch verschiedene Attentate, die in den Jahren 1925/26 auf Mussolini verübt wurden. Vor diesem Hintergrund konnten 1926 regimiekritische Parteien verboten und die Pressefreiheit deutlich beschnitten werden. Gewählte Bürgermeister wurden durch regierungstreue *podestà* (per Dekret ernannte Bürgermeister) ersetzt, die Stellung der Präfekten wurde gestärkt. Dem „Schutz des Staates“ sollte außerdem ein Gesetz dienen, welches die Todesstrafe wieder einführt; ein gesonderter Gerichtshof übernahm die Verurteilung der staatsfeindlichen Delikte. Gleichgeschaltet wurden außerdem die wirtschaftlichen Interessenverbände. Allein faschistische Gewerkschaften durften fortan die Arbeiterschaft vertreten und Verträge aushandeln, das Streikrecht wurde abgeschafft. Umgekehrt musste sich der Industriellenverband *Confindustria* staatlich unterordnen; das Zusammenspiel von Kapital und Arbeit sollte künftig durch das neu gegründete Korporationsministerium geregelt werden.¹⁵ Durch die Schaffung der nationalen Organisationen *Balilla* und *Dopolavoro* wurde Einfluss auf die Freizeitgestaltung der Jugend und der Erwachsenen genommen. Im „totalitären Staat“ sollte kein Bereich der staatlichen Kontrolle entzogen sein.¹⁶

Schlusspunkt dieses Stabilisierungsprozess bildet das Jahr 1929. Die Lateranverträge, die das angespannte Verhältnis zwischen Staat und Kirche endgültig bereinigten, waren ohne Zweifel ein großer Erfolg für das faschistische Regime. In einem Land, in dem 98 Prozent Katholiken lebten, war der Faschismus zwangsläufig auf die Unterstützung des Vatikans angewiesen. Mussolini hatte dies früh erkannt und seit 1921 versucht, seinen antiklerikalen Ruf abzuschütteln. Durch prokatholische Maßnahmen bemühte sich die faschistische Regierung, die Sympathien des zögernden Klerus zu gewinnen: der Religionsunterricht wurde obligatorisch, die Kruzifixe kehrten zurück in die Klassenräume, die faschistische Familien- und Bevölkerungspolitik gab sich konservativ. Als die vatikanische *Banco di Roma* vor dem Konkurs stand, griff der Staat helfend ein.

Schon während der Matteotti-Krise trug diese Annäherungspolitik Früchte. In deutlichem Gegensatz zur allgemeinen Tagespresse wiegelte der katholische „*Osservatore Romano*“ ab und spielte die Affäre herunter. Die Lateranverträge besiegelten schließlich die Aussöhnung von Kirche und Staat. Seit dem *Risorgimento* schwelte dieser Streit, seit den Jahren 1870/71, als die Einigungsbewegung den Kirchenstaat eingenommen und die weltliche Herrschaft des Papstes beendet hatte. Nun kompensierten die Faschisten diesen Verlust, indem sie dem Vatikanstaat volle Souveränität nach innen wie außen zugestanden. Durch ein Konkordat wurde die kirchlich geschlossene Ehe zivilrechtlich anerkannt, die Freiheit von Seelsorge und Verkündigung garantiert und der Katholizismus zur Staatsreligion erhoben. Der Vereinigung *Azione cattolica* wurde völlige Autonomie gewährt, solange sie sich unpolitisch verhielt. Die Zugeständnisse der Faschisten waren beträchtlich, aber der Prestigegewinn auf nationaler und internationaler Ebene machte den Verlust wett: In den Augen der Katholiken konnte sich Mussolini fortan als Mann der Versöhnung präsentieren, durch den Segen der Kirche wurde der Faschismus salonfähig.¹⁷

Repression und Konsens: die faschistische Diktatur

Dass es innenpolitisch gelang, die Bevölkerung hinter dem Regime zu einen, lag nicht allein im Ausbau des repressiven Polizeistaates begründet. Tatsächlich schafften es die Faschisten in den Zwanzigerjahren, einen wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten: Die Lira konnte stabilisiert werden, die Arbeitslosigkeit sank. Sozialpolitische Reformen wurden möglich, und dies kam der Arbeiterschaft zugute. Die faschistische Regierung vermittelte ihre Maßnahmen zudem über eine ausgefeilte Propaganda, in der die Verteidigung eines niedrigen Wechselkurses (*Quota novanta*), die Steigerung der Getreideproduktion (*Battaglia del grano*) oder die Urbarmachung der Sumpfgebiete publikumswirksam vermarktet wurden.¹⁸ Um die Diktatur Mussolinis wurde der „*Duce*“-Mythos aufgebaut. Filme, Postkarten und Monumente zeugten von der Allgegenwart und Potenz dieses „neuen Cäsars“, der über die Geschicke des Landes wachte. Grundannahme Mussolinis war es, dass bei den Massen die Emotion vorherrsche und nicht die Vernunft; um die Kontrolle zu erlangen, müsse man daher an die Gefühle der Bevölkerung appellieren. Ebenso wie die Person des „*Duce*“ wurde auch der Faschis-

mus verklärt und mit religiösen Zügen ausgestattet. Faschistische Riten beschworen die „Neugeburt“ der Nation aus dem Blut faschistischer Märtyrer. Seit 1921 beging die Hauptstadt den Festtag „*Natale di Roma*“; der Rom-Mythos wurde vereinnahmt. Faschistische Bauten gaben den Städten ein neues Gesicht. Ähnlich wie in der französischen Revolution führte die Partei zudem einen faschistischen Kalender ein, der durch seine Jahreszählung unterstreichen sollte, dass 1922 eine neue Ära begonnen hatte.¹⁹ Einen eindrücklichen Höhepunkt dieser Symbolpolitik bildete die „*Giornata della fede*“, der Tag des Eherings, der am 18. Dezember 1935 zelebriert wurde. Alle Ehepaare waren aufgerufen, ihre goldenen Trauringe dem „Vaterland“ zu spenden, um dadurch ihre Treue zu beweisen und Italien im Abessinienkrieg zu unterstützen. Mobilisiert wurden durch diese Aktion insbesondere Frauen.²⁰ Mitte der Dreißigerjahre erreichte das faschistische Regime aufgrund dieser propagandistischen Maßnahmen ein Höchstmaß an Zustimmung unter der Bevölkerung.

Die nationale Aufbruchstimmung, die seit der Besetzung Fiumes im Keim vorhanden war, wurde durch das faschistische Expansionsstreben aufgegriffen und befeuert. Die neue italienische Regierung entpuppte sich außenpolitisch als äußerst aggressiv. Seit Beginn der faschistischen Herrschaft führte das Land fast permanent Krieg: 1923 wurde Korfu besetzt, zwischen 1923 und 1932 wurden die nordafrikanischen Vorkriegskolonien Tripolitanien und Cyrenaica zurückerobert. Ziel war die Schaffung eines „*mare nostrum*“, das Mittelmeer sollte unter italienischer Kontrolle stehen und freier Zugang zu den Weltmeeren gewährleistet sein. Am 3. Oktober 1935 überfiel Italien das Kaiserreich Äthiopien (auch Abessinien), den einzigen afrikanischen Staat, der bis dahin seine Unabhängigkeit bewahrt hatte. Wie Italien war jedoch auch Äthiopien Mitglied des Völkerbunds, was dazu führte, dass dieser wenige Tage später wirtschaftspolitische Sanktionen gegen Italien verhängte. Das Handelsembargo verpuffte aber wirkungslos, da sich zum einen Österreich, Ungarn und Albanien von dem Beschluss distanzieren, zum anderen die USA und Deutschland keine Mitglieder des Völkerbunds waren. Trotz einer brutalen Kriegsführung, bei der Flugzeuge und Giftgas gegen ein Heer von Reitern und Stammeskriegern eingesetzt wurden, zog sich der Krieg unverhältnismäßig in die Länge. Nachdem das Land 1936 schließlich erobert war, hob die Staatengemeinschaft die Sanktionen auf. Vergeblich prangerte der entmachtete Kaiser Haile Selassie die Völkerrechts-

verletzungen an. Die Weltgemeinschaft blieb untätig, und bis 1938 erkannten alle europäischen Nationen außer der Sowjetunion die Annexion an.²¹

Für die Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland war der Abessinienkrieg ein wichtiger Schritt. Durch verschiedene Handelsabkommen band man die beiden Wirtschaften in diesen Jahren enger aneinander.²² Im Spanischen Bürgerkrieg unterstützten sowohl Italien als auch Deutschland die republikfeindlichen Franquisten mit Waffen und Soldaten. Macht- und bündnispolitische Erwägungen trieben die beiden Regime unweigerlich aufeinander zu. Schon in den Zwanzigerjahren hatte Hitler Italien als Wunschpartner des Deutschen Reiches bezeichnet. Mussolinis Weg zum Bündnis hingegen war länger und verschlungener; lange Zeit hatte er mit seinem deutschen „Schüler“ wenig anfangen können.²³ Am 1. November 1936 aber war es dann der „Duce“, der die Gründung einer „Achse“ zwischen Rom und Berlin offiziell verkündete.²⁴ Die ideologische Nähe der beiden Partner wurde fortan betont und mit Bedeutung aufgeladen. Im Mai 1939 gipfelte dieser Annäherungsprozess im Abschluss des „Stahlpakts“ – eines Abkommens, in dem sich die Vertragschließenden für den Fall eines militärischen Konflikts uneingeschränkt und unbedingt gegenseitige Hilfe zusicherten. Der damit vereinbarte Automatismus war höchst ungewöhnlich; hatte er doch zur Folge, dass man dem Partner auch beistehen musste, wenn dieser selbst einen Krieg erklärte. In Gefahr begaben sich mit dem Vertrag vor allem die Italiener, die für einen großen Krieg gar nicht gerüstet waren. Tatsächlich glaubten sie, inoffiziell auch eine Friedenszeit von vier bis fünf Jahren vereinbart zu haben. Auf dem Papier aber stand nichts dergleichen, und schon einen Tag nach der Unterzeichnung veranlasste Hitler die deutsche Wehrmachtsführung, den Angriff auf Polen vorzubereiten. Nur mit Mühe gelang es den überraschten Italienern daraufhin, sich den Verpflichtungen des „Stahlpakts“ zu entziehen. Ende August übergaben sie den Deutschen eine ungeheure Materialliste, die all die Rohstoffe aufzählte, die Berlin zunächst liefern müsse; andernfalls könne Italien nicht in den Krieg eintreten. Die Forderungen waren in ihrem Ausmaß unerfüllbar, sodass Hitler schließlich resignierte und Italien öffentlich aus der Beistandspflicht entließ.²⁵

Italiens Weg in den Zweiten Weltkrieg war nun aber vorgezeichnet. Seine wichtigsten Handelspartner – Deutschland, Großbritannien, Frankreich – erklärten sich aufgrund des deutschen Polenfeldzugs den Krieg. Da die Halbinsel

kaum über Rohstoffe verfügte und in hohem Maße von Importen abhängig war, verengte sich der Handlungsspielraum der faschistischen Regierung zusehends. Ein handelspolitisches Tauziehen begann, bei dem die Briten versuchten, Italien zur militärischen Neutralität zu verpflichten, während die Deutschen den italienischen Kriegseintritt ermöglichen wollten. Vollmundig hatte Mussolini nach dem Angriff auf Polen die Nonbelligeranza verkündigt: Italien sei nicht „neutral“, sondern „nichtkriegführend“. Wirtschaftspolitisch aber war es Anfang 1940 sowohl mit Frankreich und Großbritannien als auch mit Deutschland eng verbunden. Die bekundeten Sympathien für das Deutsche Reich hatten wenig Bedeutung, wenn gleichzeitig die Handelsbeziehungen mit dessen Gegnern ausgebaut wurden. Italien lavierte zwischen den kriegführenden Großmächten. Als die Briten schließlich drohten, die Verkehrswege durch das Mittelmeer zu blockieren, geriet Rom endgültig in Zugzwang. Im Februar 1940 vereinbarte man mit den Deutschen ein Handelsabkommen, mit dem sich Italien erstmals in die Abhängigkeit von allein einem Lieferanten begab, dem Deutschen Reich. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war der Expansionsdrang des faschistischen Regimes, der sich nur auf Seiten der Deutschen verwirklichen ließ. Mitte März sagte Mussolini zu, bald in den Krieg einzutreten.²⁶

Partnerschaft und Rivalität: die „Achse Rom-Berlin“ im Krieg

Der Kriegsverlauf sollte zeigen, dass die Realität dem Mythos des Achsenbündnisses nicht gerecht werden konnte. Anders als die faschistische Propaganda erwarten ließ, sollte es Deutschland und Italien nie gelingen, die potentielle Kraft, welche die Koalition im Grunde bot, zum Einsatz zu bringen. Misstrauen und Konkurrenzdenken prägten die Absprachen. Bereits der Kriegseintritt Italiens missglückte gründlich. Nach der Zusage Mussolinis hatte Hitler die italienischen Truppen für den Westfeldzug fest eingeplant und auf enge Abstimmung mit dem italienischen Oberkommando (Comando supremo) gedrängt. Wie schon im Falle des „Stahlpakts“ wurde dabei jedoch deutlich, dass den Italienern nur eine untergeordnete Rolle zugedacht war. In Rom reagierte man daher entsprechend zögerlich, zumal sich die militärische Führung bewusst war, dass Italien für einen langwierigen Krieg nicht gerüstet war. Die Westoffensive begann schließlich ohne Beteiligung Italiens, und der rasche Erfolg ließ das ursprüngliche Interesse an italieni-

scher Unterstützung schwinden. Mussolini hingegen sah seine Felle davon schwimmen. Überrascht von der Geschwindigkeit des deutschen Vorstoßes erklärte er den Westmächten am 10. Juni den Krieg. Mindestens 1.000 Tote benötigte er, um sich an den Friedensverhandlungen beteiligen zu können, herrschte Mussolini seine Generale an. Doch die Mobilisierung nahm zu viel Zeit in Anspruch, sodass Frankreich gegenüber Deutschland kapituliert, ehe es zu ernsthaften Kampfhandlungen mit Italien gekommen war. Dass sich Italien später trotzdem zu den Siegern zählen konnte, verdankte es Hitler. Aus Gründen der Achsenpolitik hatte dieser verfügt, dass ein Waffenstillstand mit Frankreich erst wirksam werde, wenn sich dieses auch Italien ergebe – sehr zum Unwillen der deutschen Militärs, wo man über die „Erntehelfer“ zu spotten begann.²⁷

Mit dem Kriegseintritt Italiens drehte sich die Interessenslage innerhalb der „Achse“: Hatten zuvor die Deutschen um die Italiener gebuhlt und auf engere Zusammenarbeit bestanden, so forcierten nun die Italiener die Kooperation und drängten auf verbindliche Absprachen. Wirtschaftlich wie militärisch strebte Rom jetzt offenen Informationsaustausch und gegenseitige Unterstützung an. Doch die deutsche Führung reagierte auf dieses Streben nach Gleichwertigkeit mit dem Unwillen des Stärkeren, der sich nicht binden lässt. Für deutsch-italienische Wehrmachtsbesprechungen sah man in Berlin keinen Anlass mehr, die Treffen wurden verschleppt bzw. abgesagt. Die italienische Planung eines Jugoslawienfeldzugs stieß auf ein klares Veto, Informationen zu den Grenzbefestigungen wurden nicht geliefert, jegliche Unterstützung wurde verweigert. Auf wirtschaftlicher Ebene legten sich die deutschen Verhandlungsführer auf nichts fest und gewährten auch keinen Einblick in die eigenen Pläne. Selbst auf die angebotene taktische Unterstellung italienischer U-Boote verzichtete man, da Berlin keine Gelegenheit für Gegenforderungen bieten wollte.²⁸

Im Herbst 1940 ging Rom daher wieder eigene Wege und verzichtete auf engere Absprachen: In Nordafrika starteten die Italiener einen Angriff auf Ägypten, auf dem Balkan griffen sie Griechenland an. Keine der Offensiven verlief erfolgreich. Im Gegenteil, der Vormarsch in Nordafrika geriet schon nach wenigen Tagen ins Stocken, und der Griechenlandfeldzug entwickelte sich zu ei-

nem Desaster. Schon nach wenigen Wochen vertrieb die griechische Armee die Italiener aus dem Land; die Kämpfe fanden fortan auf albanischem Boden statt. Kurz zuvor hatten britische Doppeldecker der italienischen Marine zudem einen spektakulären Schlag versetzt. In der Nacht vom 11. auf den 12. November gelang es ihnen, im Hafen von Tarent fast die Hälfte der schweren Schlachtschiffe Italiens kampfunfähig zu machen. Die Zusammenarbeit der Achsenpartner war zu diesem Zeitpunkt hoffnungslos blockiert. In einem ineffektiven Angebot und Nachfrage-Spiel boten und forderten die Koalitionspartner über Monate stets die Unterstützung, die nicht gefragt oder genehmigt wurde. Statt den Wünschen nach Waffen und Rohstoffen zu entsprechen, erklärte sich Berlin zumeist nur bereit, Truppen in den italienischen Kriegsschauplatz zu entsenden. Diese aber konnte und wollte die italienische Regierung nicht akzeptieren, da sie durch den „Parallelkrieg“ in Ägypten und Griechenland auch ihre Unabhängigkeit in der „Achse“ beweisen wollte. Ende Dezember war die Not schließlich so groß, dass die Italiener militärische Hilfe akzeptieren mussten. Im Februar 1941 entsandte die deutsche Regierung das Afrikakorps unter Erwin Rommel nach Tripolis, im April 1941 marschierten deutsche Truppen in Griechenland und Jugoslawien ein.²⁹ Der Eingriff der deutschen Truppen auf italienischen Kriegsschauplätzen besiegelte die Unterordnung Italiens in der „Achse“. Durch den rapide gestiegenen Rüstungsbedarf hatte sich die wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland zudem empfindlich verschärft. Ab Februar 1941 nutzten die Nationalsozialisten dies als Druckmittel und forderten im Austausch gegen Waffen- und Rohstofflieferungen über 204.000 italienische Arbeitskräfte für den Einsatz in der deutschen Rüstungsindustrie an. Brachliegende italienische Fabriken sollten außerdem deutsche Aufträge bearbeiten. Durch eine geschickte Nutzung des deutsch-italienischen Clearing-Abkommens, laut dem Waren und Dienstleistungen nicht bezahlt, sondern auf dem Papier miteinander verrechnet wurden, gelang es Berlin, einen Großteil der daraus entstehenden Kosten auf Italien abzuwälzen. Das Defizit würde nach dem Krieg ausgeglichen werden, hieß es.³⁰ Auch außerhalb der „Achse“ wurde die überraschende Schwäche Roms wahrgenommen. Bis zum Sommer 1941 hatten die Briten noch auf einen Teilfrieden mit Italien spekuliert. In einer Radioansprache an das italienische Volk hatte Winston Churchill am 23. Dezember 1940 dem „Duce“ die gesamte Verantwortung für den britisch-italienischen Krieg zugesprochen und damit

die italienische Nation – und etwaige Verhandlungsführer – von jeglicher Schuld freigesprochen. Mitte 1941 hielt die britische Regierung es nicht mehr für möglich, Italien aus dem Achsenbündnis zu lösen; die Deutschen würden den Staat sofort besetzen. Ab den Sommermonaten nahmen die Luftangriffe auf italienische Städte daher erheblich zu, der Zusammenbruch Roms sollte jetzt militärisch erzwungen werden.³¹ Im Laufe der Jahre 1941–43 zeigte sich, dass Mussolini eine untergeordnete Rolle innerhalb der „Achse“ nicht akzeptierte. Insbesondere in der Aufteilung und Verwaltung der gemeinsamen Besatzungsgebiete schlug dies zu Buche: Sowohl in Kroatien als auch in Griechenland traten die Bundesgenossen weniger als Partner denn als Konkurrenten in Erscheinung. Ein Machtkampf um die Ressourcen vor Ort entspann sich; jeder versuchte, die eigenen Wirtschaftsinteressen zu sichern.³² Am Russlandfeldzug nahmen italienische Truppen teil, obwohl Hitler auf das Angebot ablehnend reagierte. Mussolini bestand auf eine Mitwirkung Italiens.³³ Im Inland erließ die italienische Regierung Dekrete, um die exzessiven Einkäufe durch deutsche Truppen und Touristen zu unterbinden. Die Rationalisierungsmaßnahmen waren verspätet eingeführt worden, ein „Ausverkauf“ des Landes drohte.³⁴ Deutsche Lieferrückstände wurden hingegen mit harschem Protest eingefordert. Da Hitler Wert darauf legte, dass die Souveränität des italienischen Staates und damit die politische Außenwirkung der „Achse“ unangetastet blieben, stießen die Möglichkeiten der deutschen Einflussnahme schon 1942 an ihre Grenzen. Innerhalb der „Achse“ schwelte auch nach dem Wendepunkt 1940/41 ein Machtkampf und lähmte die Zusammenarbeit der Partner auf Dauer.

Erschöpfung und Zusammenbruch: das Ende des faschistischen Regimes

Unblutig und unspektakulär brach das faschistische Regime im Juli 1943 in sich zusammen. Die Luftangriffe, die Inflation und der Mangel an Nahrungsmitteln hatten die italienische Bevölkerung erschöpft. Eine resignative Haltung breitete sich aus, selbst an einen deutschen Endsieg mochte niemand mehr recht glauben. Im November 1942 waren die Alliierten in Nordafrika gelandet, im Mai 1943 ging der letzte Brückenkopf in Tunesien verloren. Am 10. Juli nahmen angloamerikanische Truppen Sizilien ein, und am 19. Juli erreichte die harte Realität des Zweiten Weltkrieges die Hauptstadt Rom, als der erste alliierte Bombenangriff auf das Arbeiterviertel

San Lorenzo niederging.³⁵ Wirtschaftlich wie militärisch konnte sich Italien weder den Krieg noch das Bündnis mit dem Deutschen Reich weiterhin leisten. Mussolinis Ausstrahlungskraft war verbraucht, nicht nur in den Augen des Königs, der Militärs und der Hochfinanz. Auch in der eigenen Partei wuchs der Widerstand; es war der Faschist Dino Grandi, der für den 24. Juli 1943 eine Sitzung des faschistischen Großrates beantragte. Grandi sorgte auch für die entscheidende Abstimmung, bei welcher der militärische Oberbefehl wieder auf den König übertragen und der Regierung das Vertrauen entzogen wurde. Schon am nächsten Tag enthob Vittorio Emanuele III. Mussolini seines Amtes und ließ ihn verhaften.³⁶ Als Nachfolger ernannte er Marschall Pietro Badoglio, der ehemals Chef des Generalstabs gewesen war und Ende 1940 als Sündenbock für den gescheiterten Griechenlandfeldzug hatte herhalten müssen. Die italienische Bevölkerung, die im darauffolgenden Begeisterungstaumel landesweit die faschistischen Symbole zerschlug, irrte jedoch, wenn sie glaubte, der Krieg sei damit beendet. Die neue Regierung führte den Kampf an der Seite Hitlers fort, zu groß war die Angst vor einer deutschen Invasion. Erst am 8. September erfolgte nach Abstimmung mit den Alliierten der Kriegsausritt Italiens. Der König, Badoglio sowie Teile des Hofes und der militärischen Führung flohen nach Brindisi, während von Norden die Deutschen und von Süden aus die Angloamerikaner das Land einnahmen.³⁷ Ab Herbst 1943 standen sich zwei italienische Staaten verfeindet gegenüber: die Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana) und das Königreich des Südens (Regno del Sud). Italien wurde zum Kriegsschauplatz. Am 12. September hatten deutsche Fallschirmspringer Mussolini aus der Festungshaft auf dem Gran Sasso befreit, und am 23. September übernahm der „Duce“ die Regierung des neuen faschistischen Staats, der nie mehr als ein Satellit des Deutschen Reiches sein sollte. Im Süden wiederum gelang es der geflohenen Badoglio-Regierung, die Souveränität beizubehalten. Genauso wie die Deutschen Mussolini benötigten, um Einfluss auf die Italiener zu nehmen, brauchten die Alliierten Badoglio. Es war erheblich unkomplizierter, das Land von Italienern regieren zu lassen – zumal man sich dadurch ihre Unterstützung sicherte: Ab Februar 1944 kämpften italienische Truppen in der sogenannten Cobelligeranza auf Seiten der Alliierten.³⁸ Der Antifaschismus, der vom faschistischen Regime brutal unterdrückt worden war, lebte seit dem Sturz Mussolinis wieder auf. Die Republik von Salò hatte

bald mit Widerstand auf allen Ebenen zu kämpfen: Militärische Partisanengruppen verursachten zahlreiche Attentate und minderten nicht nur den Kooperationswillen der Bevölkerung, sondern verunsicherten auch die deutsche Wehrmacht. Politischer Widerstand sammelte sich in den städtischen Befreiungskomitees (Comitati di Liberazione Nazionale); hier hoffte man auf einen demokratischen Neubeginn. Der zivile Protest der Resistenza nahm viele Formen an. Er spiegelte sich wider in einer illegalen Presse, die rasant zunahm, in Sabotageakten und vor allem in den größten politischen Streiks, die das nationalsozialistisch besetzte Europa erleben sollte.³⁹

Zwanzig Monate lang befand sich Italien praktisch im Bürgerkrieg. Erst im April 1945 gelang den Alliierten der entscheidende Angriff, der das Ende des Krieges und des italienischen Faschismus besiegelte. Der „Duce“ wurde auf der Flucht von Partisanen erschlagen und auf dem Mailänder Piazzale Loreto kopfüber aufgehängt. In einem Referendum entschied sich die Bevölkerung 1946 gegen die Monarchie; die Savoyer Dynastie musste das Land verlassen.⁴⁰

Aufarbeitung und Erinnerung: Faschismus als Vergangenheit

Der Resistenza-Mythos, die Cobelligeranza und die Tatsache, dass die Italiener Mussolini auf eigene Faust gestürzt hatten, führten dazu, dass die Verbrechen der faschistischen Ära rasch in Vergessenheit gerieten. In der italienischen Öffentlichkeit wurde das Thema bis weit in die 1990er Jahre gemieden, zum Teil ist dies heute noch der Fall. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde in der Erinnerung hingegen überhöht, ja nahezu sakralisiert. Antifaschismus und Resistenza entwickelten sich zum „Gründungsmythos des neuen Staates“; auf diesem Sockel wurde 1946/47 das neue Grundgesetz errichtet. In der zeithistorischen Forschung wurde die Erforschung der Resistenza zum Kernthema – und das, obwohl es sich lediglich um einen Zeitraum von knapp zwei Jahren handelte. Studien zur Kollaboration mit den Besatzern gab es lange Zeit kaum. Die Schuld am Faschismus und am Bündnis mit den Deutschen lasteten die meisten Italiener allein Mussolini an.⁴¹ Aufgebrochen wurde diese einseitige Geschichtsschreibung Mitte der Siebzigerjahre, als der umstrittene Historiker Renzo De Felice im vierten Band seiner monumentalen Mussolini-Biographie behauptete, in den Anfangsjahren des Regimes habe ein „Konsens“ zwischen Bevölke-

rung und Regime bestanden. Diese Behauptung rief heftigen Widerspruch hervor, sorgte aber auch dafür, dass die Erforschung des Faschismus zunehmend ins Zentrum der italienischen Zeitgeschichtsforschung rückte.⁴²

Eine politische Säuberung hatte nach dem Untergang des Faschismus nur kurzzeitig und unvollständig stattgefunden. Die Regierung Badoglio war selbst zu sehr in die Ereignisse verstrickt, als dass sie energische Maßnahmen gegen ehemalige Faschisten ergreifen konnte. Im Zuge der Befreiung kam es 1945 zwar zu einer blutigen Vergeltungswelle, doch diese verschreckte durch ihre unkontrollierte Vehemenz

selbst eingefleischte Antifaschisten und diskreditierte die Idee einer Abrechnung mit dem Faschismus nachhaltig. Im Sommer 1946 einigte man sich in der Regierung auf eine Generalamnestie.⁴³ Zum Teil erklärt dies auch den nachlässigen, ja laxen Umgang mit den faschistischen Symbolen; eine Aufarbeitung fand nie statt. Noch heute findet man überall im Land faschistische Reliefs und Wandmotive. Ein Obelisk mit der Aufschrift „Mussolini Dux“ steht bis zum

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Die Schuld am Faschismus und am Bündnis mit den Deutschen lasteten die meisten Italiener allein Mussolini an. Aufgebrochen wurde diese einseitige Geschichtsschreibung erst Mitte der 1970er Jahre. Ab diesem Zeitpunkt wurde erstmals die Frage, ob in den Anfangsjahren des Regimes ein „Konsens“ zwischen Bevölkerung und Regime bestand, kontrovers diskutiert.

picture alliance/dpa

heutigen Tag in der Nähe des römischen Olympiastadions und wird dort allabendlich angestrahlt. Die Bodenmosaiken, die den Weg zum Stadion säumen, hat man 1990 sogar restauriert, obwohl sie ausschließlich dazu dienten, den faschistischen Sieg über Äthiopien zu feiern.⁴⁴ Die eigenen Kriegsverbrechen sind erfolgreich aus dem Gedächtnis verdrängt worden. Als 1965 die erste wissenschaftliche Untersuchung zum Abessinienkrieg erschien, in welcher der systematische Giftgaseinsatz ausführlich belegt wurde, musste sich der Autor der Verleumdung bezichtigen und als Vaterlandsverräter beschimpfen lassen.⁴⁵ Dabei hatte der Feldzug durch die Massaker, Massenumsiedlungen und den kalkulierten Einsatz von Hungersnöten Dimensionen eines Völkermords angenommen. Ab 1942 kam auf dem Balkan die antislawische Komponente des italienischen Rassismus zum Ausbruch. Drastische Maßnahmen wie Geiselnahmen, die Zerstörung und Niederbrennung ganzer Dörfer, Repressalien gegenüber Familien politisch Verdächtigter, Deportationen und die Einrichtung von Konzentrationslagern, in denen viele der Eingekerkerten zugrunde gingen⁴⁶, gründeten in einer faschistischen Propaganda, laut der die Slawen barbarische „Untermenschen“ waren.⁴⁷ Dass die Italiener schon 1938 Rassengesetze erlassen und Juden verfolgt hatten – daran wollte sich nach dem Krieg kaum jemand erinnern.⁴⁸ Wer sich erinnerte, verwies relativierend auf das Deutsche Reich und den Holocaust.⁴⁹ Angesichts der deutschen Kriegsverbrechen fiel es leicht, den italienischen Faschismus zu verharmlosen: Mussolini wurde als Witzfigur abgetan und die Massenloyalität heruntergespielt, wenn nicht gar geleugnet. Rassismus und Antisemitismus galten entweder als deutsche Importe oder waren nicht so schlimm gewesen wie im Nationalsozialismus.⁵⁰ Nicht die Täter, sondern die Opferrolle der Italiener wurde betont. Begünstigt wurde dieser Prozess kollektiver Selbstabsolution durch das Ausbleiben von Kriegsverbrecherprozessen. Italien fehlte es an einem „Nürnberg“, in dem die Gräueltaten des faschistischen Regimes öffentlich aufgearbeitet und verurteilt wurden. Ganz bewusst stellte man auch die Prozesse gegen deutsche Kriegsverbrechen in Italien⁵¹ zurück. Die demokratische Regierung fürchtete einen „Bumerang-Effekt“: Eine Verurteilung und Bestrafung deutscher Kriegsverbrecher – durch die italienische Justiz – würde den Blick automatisch auf die italienischen Täter lenken.⁵²

Ebenso wenig wie der Faschismus ist Mussolini historisiert worden. Die Emo-

tionen, mit denen die Person des „Duce“ über zwei Jahrzehnte aufgeladen wurde, wirken bis heute nach. Hunderttausende von Besuchern ziehen jährlich nach Predappio, um die Geburts- und Grabstätte des Diktators zu sehen. Die neofaschistische Partei Movimento Sociale Italiano wählte als Symbol einen stilisierten Sarg, aus dem die Flammen der Tricolore lodern. Im Jahre 1995 ging Gianfranco Fini, Chef der Nachfolgepartei Alleanza Nazionale, gar so weit, Mussolini in einem Interview als den „größten Staatsmann des 20. Jahrhunderts“ zu bezeichnen. Umgekehrt hat die Diktaturerfahrung die Ausbildung einer starken Exekutive lange Zeit behindert und damit die Stabilität der Regierung.⁵³ Zusammenfassend kann man sagen: Eine neue Ära der Geschichtsschreibung hat in Italien bereits begonnen; wann sich deren Resultate jedoch im öffentlichen Bewusstsein widerspiegeln, bleibt noch abzuwarten.

ANMERKUNGEN

1 Woller, Hans (1999): Rom, 28. Oktober 1922. Die faschistische Herausforderung. München, S. 7–19; Nützenadel, Alexander (2000): Faschismus als Revolution? Politische Sprache und revolutionärer Stil im Italien Mussolinis. In: Dipper, Christof/Klinkhammer, Lutz/Nützenadel, Alexander (Hrsg.): Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder. Berlin, S. 21–40, hier: S. 21–29; Albanese, Giulia (2006): La marcia su Roma. Rom/Bari; Lyttelton, Adrian (1988): The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919–1929. Princeton (1973), S. 77–93; Picker, Henry (1965): Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/42. Hrsg. v. Percy E. Schramm, Stuttgart, S. 133 f.; zur Rezeption in der Weimarer Republik vgl.: Schieder, Wolfgang (2008): Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland. Göttingen, S. 149–184.



Dr. Malte König studierte Geschichte, Philosophie und Französisch an den Universitäten Köln, Berlin, Liège und Aachen. Schwerpunkt seiner Forschung ist die europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, insbesondere Italiens, Deutschlands und Frankreichs. Seit April 2007 arbeitet er als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Neuere Geschichte und Landesgeschichte der Universität des Saarlandes.

UNSER AUTOR

- 2 Vgl. weiterführend: Schieder 2008 (s. Anm. 1), S. 7–28; Wippermann, Wolfgang (2009): Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute. Darmstadt, S. 7–14.
- 3 Woller 1999 (s. Anm. 1), S. 20–25; zum Risorgimento und der Vorgeschichte des Faschismus vgl.: Lill, Rudolf (1988): Geschichte Italiens in der Neuzeit. Darmstadt, S. 91–300.
- 4 Schieder 2008 (s. Anm. 1), S. 33.
- 5 Vgl.: Burgwyn, H. James (1993): The Legend of the Mutilated Victory. Italy, the Great War, and the Paris Peace Conference, 1915–1919, Westport/London.
- 6 Vgl.: Gumbrecht, Hans Ulrich (1996): I redentori della vittoria. Über Fiumes Ort in der Genealogie des Faschismus. In: Gumbrecht, Hans Ulrich / Kittler, Friedrich/Siegert, Bernhard (Hrsg.): Der Dichter als Kommandant. D'Annunzio erobert Fiume. München, S. 83–115; Vogel-Walter, Bettina (2004): D'Annunzio – Abenteurer und charismatischer Führer. Propaganda und religiöser Nationalismus in Italien von 1914 bis 1921. Frankfurt a. M.; Woodhouse, John (1998): Gabriele D'Annunzio. Defiant Archangel. Oxford, S. 315–352.
- 7 Bosworth, Richard J. B. (2002): Mussolini. London, S. 100–112; Petersen, Jens (1983): Mussolini: Wirklichkeit und Mythos eines Diktators. In: Bohrer, Karl Heinz (Hrsg.): Mythos und Moderne. Begriff und Bild einer Rekonstruktion. Frankfurt a. M., S. 242–260.
- 8 Woller 1999 (s. Anm. 1), S. 30–36; Mantelli, Brunello (1999): Kurze Geschichte des italienischen Faschismus. Berlin, S. 33–47; De Felice, Renzo (1965): Mussolini: il rivoluzionario 1883–1920. Turin, S. 405 f. u. S. 506–513; de Luna, Giovanni (1993): Benito Mussolini. Reinbek bei Hamburg, S. 27–42.
- 9 Zum Squadrismus und zur Bedeutung von Gewalt in der faschistischen Bewegung vgl.: Reichardt, Sven (2002): Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA. Köln/Weimar/Wien; Franzinelli, Mimmo (2003): Squadristi. Protagonisti e tecniche della violenza fascista 1919–1923. Mailand.
- 10 Reichardt, Sven (2007): Der Zusammenbruch des Parlamentarismus in Italien nach dem Ersten Weltkrieg 1919 bis 1929. In: Wirsching, Andreas (Hrsg.): Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie. Die Weimarer Republik im europäischen Vergleich. München, S. 61–86, hier: S. 70–81; Woller 1999 (s. Anm. 1), S. 36–40; Franzinelli 2003 (s. Anm. 9), S. 139–166.
- 11 Tranfaglia, Nicola (1995): La prima guerra mondiale e il fascismo. Turin, S. 309–317 u. 321–336; Woller 1999 (s. Anm. 1), S. 40–44; Lill 1988 (s. Anm. 3), S. 305–309.
- 12 Zum Strukturwandel der faschistischen Partei vgl.: Schieder 2008 (s. Anm. 1), S. 73–97; zum Anstieg der Mitgliederzahl: Ebd., S. 86.
- 13 Galassi, Stefania (2008): Pressepolitik im Faschismus. Das Verhältnis von Herrschaft und Presseordnung in Italien zwischen 1922 und 1940. Stuttgart, S. 122–128; Canali, Mauro (2004): Il delitto Matteotti. Bologna; Caretti, Stefano (2004): Il delitto Matteotti. Storia e memoria. Manduria (Tarent), Lyttelton 1988 (s. Anm. 1), S. 237–268.
- 14 Mussolini, Benito: Opera Omnia, Bd. XXI: Dal delitto Matteotti all'attentato Zaniboni (14 giugno 1924 – 4 novembre 1925). Hrsg. v. Edoardo u. Duilio Susmel. Florenz 1960 (1956), S. 235–241; Tranfaglia 1995 (s. Anm. 11), S. 361 f.; Woller 1999 (s. Anm. 1), S. 44–50.
- 15 Tranfaglia 1995 (s. Anm. 11), S. 356–392; Galassi 2008 (s. Anm. 13), S. 147–162 u. 204–209; Lill 1988 (s. Anm. 3), S. 311–315.
- 16 Vgl.: Liebscher, Daniela (2009): Freude und Arbeit. Zur internationalen Freizeit- und Sozialpolitik des faschistischen Italien und des NS-Regimes. Köln; Petersen, Jens (1999): Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien. In: Jesse, Eckhard (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Baden-Baden, S. 95–117.
- 17 Kuß, Stephan (1995): Römische Kurie, italienischer Staat und faschistische Bewegung. Der

- Vatikan und Italien in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis zur totalitären „Wende“ des Mussolini-Regimes (1919–1925). Frankfurt a. M., S. 123–164 u. 215–226; Lill, Rudolf (2002): Die katholische Kirche im faschistischen Italien. In: Luks, Leonid (Hrsg.): Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts: Rußland, Deutschland, Italien und Polen im Vergleich. Köln/Weimar/Wien, S. 205–216; Repgen, Konrad (1979): Pius XI. und das faschistische Italien: die Lateranverträge von 1929 und ihre Folgen. In: Pöls, Werner (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im politischen Wandel. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart, S. 331–359.
- 18** Tranfaglia 1995 (s. Anm. 11), S. 397–406; Nützenadel, Alexander (1997): Landwirtschaft, Staat und Autarkie. Agrarpolitik im faschistischen Italien (1922–1943). Tübingen, S. 109–157 u. 211–253; Spiegel, Daniela (2009): Die neuen Städte in den Pontinischen Sümpfen. Zu Stein gewordene Architekturpolemik des Faschismus. In: Mattioli, Aram/Steinacher, Gerald (Hrsg.): Für den Faschismus bauen. Architektur und Städtebau im Italien Mussolinis. Zürich, S. 111–136.
- 19** Gentile, Emilio (2007): Il culto del littorio. La sacralizzazione della politica nell'Italia fascista. Rom/Bari; Gentile, Emilio (1998): Der Liktorenkult. In: Dipper, Christof/Hudemann, Rainer/Petersen, Jens (Hrsg.): Faschismus und Faschisten im Vergleich. Köln, S. 247–261; Petersen 1983 (s. Anm. 7); zum faschistischen Totenkult vgl.: Suzzi Valli, Roberta (2008): Il culto dei martiri fascisti. In: Janz, Oliver/Klinkhammer, Lutz (Hrsg.): La morte per la patria. La celebrazione dei caduti dal Risorgimento alla Repubblica. Rom, S. 101–117; zur faschistischen Architektur: Mattioli/Steinacher 2009 (s. Anm. 18); Nicoloso, Paolo (2008): Mussolini architetto. Propaganda e paesaggio urbano nell'Italia fascista. Turin; Gentile, Emilio (2007): Fascismo di pietra. Rom/Bari; Bauer, Franz J. (2009): Rom im 19. und 20. Jahrhundert. Konstruktion eines Mythos. Regensburg, S. 197–298.
- 20** Terhoeven, Petra (2003): Liebespfand fürs Vaterland. Krieg, Geschlecht und faschistische Nation in der italienischen Gold- und Eheringsammlung 1935/36. Tübingen; Terhoeven, Petra (2006): Die „Giornata della Fede“ oder die innere Mobilisierung der italienischen Gesellschaft während des Äthiopienfeldzuges 1935/36. In: Asserate, Asfa-Wossen/Mattioli, Aram (Hrsg.): Der erste faschistische Vernichtungskrieg. Die italienische Aggression gegen Äthiopien 1935–1941. Köln, S. 73–89; zu Frauen im Faschismus vgl.: De Grazia, Victoria (1992): How Fascism Ruled Women. Italy, 1922–1945. Berkeley.
- 21** Mattioli, Aram (2005): Experimentierfeld der Gewalt. Der Abessinienkrieg und seine internationale Bedeutung 1935–1941. Zürich; Mattioli, Aram (2006): Das Versagen der Weltgemeinschaft. In: Asserate/Mattioli 2006 (s. Anm. 20), S. 109–115; Brogini Küenzi, Giulia (2006): Italien und der Abessinienkrieg 1935/36. Kolonialkrieg oder Totaler Krieg? Paderborn.
- 22** Mantelli, Brunello (1998): Vom „bilateralen Handelsausgleich“ zur „Achse Berlin-Rom“. Der Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf die Entstehung des deutsch-italienischen Bündnisses 1933–1936. In: Petersen, Jens/Schieder, Wolfgang (Hrsg.): Faschismus und Gesellschaft in Italien. Staat – Wirtschaft – Kultur. Köln, S. 253–279.
- 23** Woller, Hans (1993): Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Mussolini und Hitler vor 1933. In: Benz, Wolfgang/Buchheim, Hans/Mommsen, Hans (Hrsg.): Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Frankfurt a. M., S. 42–63, hier: S. 44–46; Petersen, Jens (1971): Italien in der außenpolitischen Konzeption Hitlers. In: Jürgensen, Kurt/Hansen, Reimer (Hrsg.): Historisch-politische Streiflichter. Geschichtliche Beiträge zur Gegenwart. Neumünster, S. 206–220; Bosworth 2002 (s. Anm. 7), S. 327–333.
- 24** Vgl.: Petersen, Jens (1973): Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933–1936. Tübingen.
- 25** König, Malte: Der Stahlpakt. In: 10010 Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Online-Projekt der Universität Erlangen-Nürnberg und der Bayerischen Staatsbibliothek; URL: http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0007_sta&object=context&st=&l=de
- 26** König, Malte (2007): Kooperation als Machtkampf. Das faschistische Achsenbündnis Berlin-Rom im Krieg 1940/41. Köln, S. 89–96; vgl.: Siebert, Ferdinand (1962): Italiens Weg in den Zweiten Weltkrieg. Frankfurt a. M./Bonn.
- 27** König 2007 (s. Anm. 26), S. 19–26.
- 28** Ebd., S. 26–34 u. 97–102.
- 29** Ebd., S. 34–71.
- 30** Mantelli, Brunello (1997): Zwischen Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt und Kriegswirtschaft. Die Anwerbung der italienischen Arbeiter für das „Dritte Reich“ und die „Achse Berlin-Rom“ 1938–1943. In: Bernani, Cesare/Bologna, Sergio/Mantelli, Brunello: Proletarier der „Achse“. Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937 bis 1943. Berlin, S. 253–391; König 2007 (s. Anm. 26), S. 102–138.
- 31** Varsori, Antonio (1978): Italy, Britain and the problem of a separate peace during the Second World War 1940–43. In: Journal of Italian History 1 (1978), S. 455–491; Bonacina, Giorgio (1970): Obiettivo: Italia. I bombardamenti aerei delle città italiane dal 1940 al 1945. Mailand.
- 32** König 2007 (s. Anm. 26), S. 177–226.
- 33** Schlemmer, Thomas (2005): Das königlich-italienische Heer im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Kriegführung und Besatzungspraxis einer vergessenen Armee 1941–1943. In: Reichardt, Sven/Nolzen, Armin (Hrsg.): Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich. Göttingen, S. 148–175; Die Italiener an der Ostfront 1942/43. Dokumente zu Mussolinis Krieg gegen die Sowjetunion. Herausgegeben u. eingeleitet v. Thomas Schlemmer. München 2005.
- 34** König 2007 (s. Anm. 26) S. 251–272.
- 35** Zur Hauptstadt im Krieg vgl.: Piccioni, Lidia (Hrsg.) (2004): Roma in guerra, 1940–43. Rom.
- 36** Woller, Hans (1996): Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948. München, S. 9–21; Bosworth 2002 (s. Anm. 7), S. 382–402.
- 37** Woller 1996 (s. Anm. 36), S. 20–24 u. 43–45; Klinkhammer, Lutz (1993): Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943–1945. Tübingen, S. 28–62; Schröder, Josef (1969): Italiens Kriegsausritt 1943. Die deutschen Gegenmaßnahmen im italienischen Raum: Fall „Alarich“ und „Achse“. Göttingen/Zürich/Frankfurt a. M.
- 38** Woller 1996 (s. Anm. 36), S. 46–51.
- 39** Klinkhammer 1993 (s. Anm. 37), S. 266–303 u. 422–488.
- 40** Bosworth 2002 (s. Anm. 7), S. 413–415; Woller 1996 (s. Anm. 36), S. 257–264; Smith, Denis Mack (1989): Italy and its Monarchy. New Haven/London, S. 330–342.
- 41** Vgl.: Klinkhammer, Lutz (1997): Der Resistenza-Mythos und Italiens faschistische Vergangenheit. In: Afflerbach, Holger/Cornelißen, Christoph (Hrsg.): Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945. Tübingen/Basel, S. 119–139; Petersen, Jens (1995): „Mythos Resistenza“. In: Zibaldone 19/1995, S. 5–17; Petersen, Jens (1992): Der Ort der Resistenza in Geschichte und Gegenwart Italiens. In: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 72 (1992), S. 550–571.
- 42** Zu den von De Felice ausgelösten Historikerstreiten vgl.: Petersen, Jens (1998): Der Faschismus in Italien im Urteil der Historiker. In: Dipper/Hudemann/Petersen 1998 (s. Anm. 19), S. 39–58; Painter, Borden W. (1990): Renzo de Felice and the Historiography of Italian Fascism. In: American Historical Review 95 (1990), S. 391–405; Schieder, Wolfgang (1990): Faschismus als Vergangenheit. Streit der Historiker in Italien und Deutschland. In: Pehle, Walter H. (Hrsg.): Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen. Frankfurt a. M., S. 135–154; Bosworth, Richard J.B. (1993): Explaining Auschwitz and Hiroshima. History Writing and the Second World War 1945–1990. London/N.Y., S. 134–141.
- 43** Vgl. dazu Woller 1996 (s. Anm. 36).
- 44** Schieder, Wolfgang (2006): Die Verdrängung der faschistischen Tätervergangenheit im Nachkriegsitalien. In: Asserate/Mattioli 2006 (s. Anm. 20), S. 177–197, hier: S. 184 f.
- 45** Mattioli 2005 (s. Anm. 21), S. 179.
- 46** Rodogno, Davide (2003): Il nuovo ordine mediterraneo. Le politiche di occupazione dell'Italia fascista in Europa (1940–1943). Turin, S. 416–431 u. 493; Capogreco, Carlo Spartaco (2004): I campi del duce. L'internamento civile nell'Italia fascista, 1940–1943. Turin, S. 135–152; Osti Guerazzi, Amadeo/Di Sante, Costantino (2005): Die Geschichte der Konzentrationslager im faschistischen Italien. In: Reichardt/Nolzen 2005 (s. Anm. 33), S. 176–200.
- 47** Mantelli, Brunello (2000): Die Italiener auf dem Balkan 1941–1943. In: Dipper/Klinkhammer/Nützenadel 2000 (s. Anm. 1), S. 57–74, hier: S. 72–74.
- 48** Vgl.: Wildvang, Frauke (2008): Der Feind von nebenan. Judenverfolgung im faschistischen Italien 1936–1944. Köln; Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (2005): Der italienische Faschismus und die Juden. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53,2 (2005), S. 165–201.
- 49** So vertrat auch Renzo De Felice die These, dass Antisemitismus bzw. Rassismus zwar für den Nationalsozialismus konstitutiv gewesen, dem italienischen Faschismus aber letztlich fremd geblieben sei. Vgl.: De Felice, Renzo (1980): Die Deutungen des Faschismus. Göttingen/Zürich, S. 255; De Felice, Renzo (1981): Mussolini il duce. Lo Stato totalitario, 1936–1940. Turin, S. 312 f.; De Felice, Renzo (1988): Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo. Turin.
- 50** Vgl.: Focardi, Filippo (2006): Die Unsitte des Vergleichs. Die Rezeption von Faschismus und Nationalsozialismus in Italien und die Schwierigkeiten, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen. In: Rusconi, Gian Enrico/Woller, Hans (Hrsg.): Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000. Berlin, S. 107–139.
- 51** Vgl.: Schreiber, Gerhard (1996): Deutsche Kriegsverbrechen in Italien: Täter – Opfer – Strafverfolgung. München.
- 52** Focardi, Filippo (2006): Das Kalkül des „Bumerangs“. Politik und Rechtsfragen im Umgang mit deutschen Kriegsverbrechen in Italien. In: Frei, Norbert (Hrsg.): Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Göttingen, S. 536–566; Klinkhammer, Lutz (2006): Die Ahndung von deutschen Kriegsverbrechen in Italien nach 1945. In: Rusconi/Woller 2006 (s. Anm. 50), S. 89–106.
- 53** Petersen, Jens (2000): Der Ort Mussolinis in der Geschichte Italiens nach 1945. In: Dipper/Klinkhammer/Nützenadel 2000 (s. Anm. 1), S. 505–524; Bosworth 2002 (s. Anm. 7), S. 410–428; Luzzatto, Sergio (2008): Il Duce. Das Leben nach dem Tod. Frankfurt a. M.

Der Mezzogiorno und die organisierte Kriminalität

Alessandra Dino

Die Mafia hat sich – so Alessandra Dino – wie ein Krebsgeschwür in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ausgebreitet. Die organisierte Kriminalität ist längst nicht mehr nur auf Italien begrenzt. Im Zuge der Globalisierung haben sich die kriminellen Organisationen anpassungsfähig gezeigt, flexible Netzwerke gegründet und transnationale Bündnisse geschlossen, um nunmehr weltweit operieren zu können. Sie gleichen global operierenden Unternehmen und bewegen sich gekonnt in den Grenzbereichen zwischen Legalität und Illegalität. Die Verknüpfungen mit Politik und Wirtschaft sind für den Erfolg und den Fortbestand der Mafia essentiell. Die gezielte Infiltration von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ist deshalb so gefährlich, weil sie die Fundamente demokratisch verfasster Staaten untergräbt und rechtsfreie Räume schafft. Die Autorin plädiert im Schlussteil ihres Beitrags eindringlich für supranationale Rechts- und Strafinstrumente sowie für eine konsequente Ahndung und Verfolgung jeglicher Form von organisierter Kriminalität. |

Das globale System organisierter Kriminalität

Bei der Untersuchung krimineller mafiöser Phänomene müssen die Analyseparadigmen ständig verglichen, überprüft und aktualisiert werden. Es ist normal, dass jedes soziale Phänomen, das innerhalb eines bestimmten Kontextes untersucht und erklärt wird, eine sorgfältige Überprüfung verdient, um festzustellen, ob sich seine spezifischen Merkmale verändert haben, wenn sich der Referenzkontext verändert und wenn der Gegenstand der Untersuchung unterschiedliche Konnotationen annimmt.¹ Eine erste methodische Überlegung führt uns daher zu einer ziemlich banalen Feststellung: Wie jedes andere soziale Phänomen kann auch die organisierte Kriminalität nur im ständigen Vergleich mit den Gegebenheiten des gesellschaftlichen Umfelds untersucht werden, in dem dieses Phänomen in Erscheinung tritt. Trotz der gängigen Vorliebe für die mikrosoziologische Perspektive, die die alltäglichen Merkmale dieses Phänomens sorgfältig registriert, dürfen wir den globalen Rahmen, der

den Hintergrund für die organisierte Kriminalität bildet, nicht ignorieren. Die globale Perspektive erlaubt es, jene Veränderungen zu identifizieren, denen die organisierte Kriminalität aufgrund des Wandels sozialer Kontrollsysteme² sowie des Wirtschafts- und Produktionssystems unterworfen ist und mit denen sich auch die Art und Weise des Erwerbs illegalen Reichtums ändert. Es ist lohnenswert, auf dieses überaus komplexe Thema ausführlicher einzugehen. Wir beschränken uns hier auf einen kurzen Hinweis auf die Makrofaktoren, die auf die Entwicklung der kriminellen Strukturen der Mafia im Mezzogiorno und auf dem europäischen Kontinent zu spürbaren Auswirkungen geführt haben.

Kriminelle Organisationen sind überaus anpassungsfähig

Kriminelle Organisationen wie die 'Ndrangheta, die Camorra oder die Cosa Nostra haben ihre Wurzeln in den ländlichen Gebieten Süditaliens. Im 19. Jahrhundert herrschte in Süditalien eine unüberbrückbare Kluft zwischen reichen Großgrundbesitzern und der armen Landbevölkerung. Im Falle sozialer Konflikte (z.B. Bauernaufstände) nahmen die Großgrundbesitzer die Dienste von „Bruderschaften“ in Anspruch, um die Konflikte mit Gewalt zu regeln. Die meisten Großgrundbesitzer sicherten mit dem militärischen Arm dieser Bruderschaften ihr Eigentum und ihre Herrschaft über die bitter armen Bauern. In Süditalien entwickelte sich so eine „mafiöse Bourgeoisie“ (Falanga 2010, S. 87) – Bankiers, Großgrundbesitzer und nicht zuletzt Politiker – für „die es seit Jahrzehnten Gewohnheit war, die ‚Dienste‘ der Mafiosi für die Verwaltung und Sicherung ihrer Geschäfte und Vermögen sowie für die Kontrolle des Territoriums und die Schaffung eines politischen Konsenses in Anspruch zu nehmen“ (ebd.).

Einen ersten einschneidenden Wandel vollzogen diese Organisationen im Zuge der Urbanisierungsprozesse während des großen Wiederaufbaus in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Zeit ist durch den zunehmenden Bedeutungsverlust des Großgrundbesitzes und den allmählichen Aufstieg ei-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

nes neuen städtischen Bürgertums gekennzeichnet. Die Städte werden zu privilegierten Standorten für neue (legale) Geschäfte des Bürgertums; gleichzeitig beginnen die mafiösen Gruppen, die die an das Land gebundenen Ressourcen kontrollieren, sich dem Schmuggel von Drogen und Tabakwaren sowie der Immobilienspekulation zu widmen. Es werden erhebliche Investitionen im Immobiliensektor und im Baugewerbe getätigt, mit deren Hilfe plötzliche Bereicherungen und Kapitalbewegungen wirksam verschleiert werden können. Mitglieder der Mafia, bzw. deren Verwandte oder Mittelsmänner, kontrollieren – direkt oder indirekt – die städtischen Bebauungspläne, die Ausstellung von Baugenehmigungen und den Verkauf der für den Bau von Großprojekten bestimmter Grundstücke. Über die „Mafiawirtschaft“³ dringen illegale Investitionen in die Verwaltung, in große öffentliche Infrastrukturmaßnahmen

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Eine italienische Polizistin zeigt das Bild eines gesuchten Chefs der Camorra – einem in Neapel ansässigen Arm der Mafia. Die Mafia hat sich wie ein Krebsgeschwür in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ausgebreitet. Die organisierte Kriminalität untergräbt die Fundamente demokratisch verfasster Staaten, indem sie rechtsfreie Räume schafft.
picture alliance/dpa

und in die Gestaltung der sich ausdehnenden Städte ein. Im Mezzogiorno versuchen sich die Mafiaorganisationen mit einer scheinbar „sauberen“ Rolle anzudienen, indem sie einen Prozess der engmaschigen Unterwanderung des Wirtschafts- und Finanznetzes einleiten, der in den folgenden Jahren zu erheblichen – auch internationalen – Auswirkungen führte.

Die Entscheidung, in die neue Rolle des Unternehmers zu schlüpfen, setzte voraus, dass die Mafia auch einen weit reichenden und engen Pakt mit Politikern und Vertretern wichtiger staatlicher Institutionen einging: In dieser Zeit wurden die mafiösen Organisationen in vielen Gebieten Italiens zu Instrumenten zur Beschaffung von – an Bedingungen geknüpfte – Wählerstimmen; ihnen kam die Aufgabe zu, das Vorankommen der Linksparteien einzudämmen und zu bekämpfen – auch auf illegale Weise.

Transnational organisierte Kriminalität

In den Jahren des Wirtschaftsbooms festigten sich auch die Beziehungen zwischen 'Ndrangheta, Cosa Nostra, Camorra und den Mafia-Familien in Übersee. Zwischen den süditalienischen Regionen des Mezzogiorno und den USA wird ein bereits 1957 auf einem Gipfeltreffen in Palermo zwischen US-amerikanischen und sizilianischen Familien geplanter, groß angelegter Handel mit Rauschmitteln auf den Weg gebracht. Zu dieser Zeit kann die Mafia bereits auf eine absolut effiziente und effektive Organisationsstruktur zurückgreifen. Nachdem sie die Einfuhr von Morphin aus dem Mittleren Osten auf direktem Wege organisiert hatten, richteten die Mafia-Familien Raffinerielabore in Sizilien, in Kampanien und in Kalabrien ein, in denen große Mengen an Heroin hergestellt und gegen beachtliche Bargeld-

summen auf die internationalen Märkte gebracht wurden. Ein Teil dieser Gelder wird zu einem späteren Zeitpunkt unter allen Familien und den Mitgliedern der Organisation aufgeteilt, ein weiterer Teil wird zur Refinanzierung des Drogenkreislaufs oder für andere Geschäfte verwendet (Dino 2002b; Lupo 2008).

Schon in diesen Jahren wird erstmals von transnational organisierter Kriminalität gesprochen. Parallel dazu entwickeln sich mit Hilfe illegaler Praktiken erste große multinationale Wirtschaftsaktivitäten. Die kriminellen Organisationen, die auf internationaler Ebene agieren, profitieren von ihren systematischen Verknüpfungen, von ihrem Aktionsradius, aber auch vom politischen Schutz und den wirtschaftlichen Ressourcen, über die sie verfügen (Dino/Pepino 2008).

Im Jahr 1975 sprechen auch erstmals die Vereinten Nationen angesichts eines komplexen Netzwerks aus Bündnis-

sen und Partnerschaften, die zwischen traditionellen kriminellen Organisationen, korporativen Strukturen und korporativen Funktionen abgeschlossen wurden, von organisierter transnationaler Kriminalität.

Die neue Flexibilität mafiöser Netzwerke

Betrachtet man das Szenario nach dem Fall der Berliner Mauer ein gutes Jahrzehnt später, so präsentiert sich das weltweite Netz der Wirtschaftsverbindungen, das Ausmaß der Geschäfte und der immer schneller ablaufenden Transaktionen zunehmend komplexer. Beim Versuch, im globalen Kontext zu agieren und gleichzeitig die Verwurzelung im lokalen Gebiet beizubehalten, nähern sich die Zielsetzungen der sogenannten „traditionellen“ kriminellen Organisationen und der Akteure der Wirtschaftskriminalität allmählich immer mehr an, bis sie sich in einigen Fällen überlappen.

Wie Zygmunt Baumann (1998) anschaulich dargelegt hat, halten die Globalisierungsmechanismen mit den Lokalisierungsmechanismen Schritt; und die Globalisierungsprozesse gehen einher mit Prozessen der Isolierung und des Ausschlusses aus den Wirtschaftsräumen. Das geht so weit, dass von Glokalisierung⁴ oder auch – mit Blick auf die unterschiedliche Verteilung der Vorteile auf den Weltmärkten – von „westernisation“ (Verwestlichung) (Ruggiero 2002) gesprochen wird. Genau diese Veränderungen der sozio-ökonomischen Strukturen, die den neuen Märkten und der globalen Entwicklung geschuldet sind, haben in der Organisation der kriminellen Systeme tiefgreifende Veränderungen erzeugt.

Aus Analysen geht hervor, dass der Anspruch weltweiter Einflussnahme mit zentralisierten hierarchischen Strukturen, mit homogenen Organisationen und Institutionen unvereinbar geworden ist. Effizienter sind stattdessen verzweigte Strukturen, die sich aus Zusammenschlüssen und funktionalen Netzwerken zusammensetzen.⁵ Eine solche Entwicklung haben demnach die kriminellen Mafiaorganisationen genommen, die – vor allem im internationalen Maßstab mittlerweile seit über einem Jahrzehnt (Dino 2002a, 2003; Sciarro-ne 2002, 2005) – Netzwerk-Führungssysteme vorweisen, bei denen die Führung auswechselbar und an Kriterien der Funktionalität und der Effizienz geknüpft ist. Ebenso sind die Bündnisse zwischen kriminellen Vereinigungen weniger fest; der wechselseitige „Austausch“ von Ressourcen wie Gewalt, Kontrolle und Kompetenz kann sich von Fall zu Fall verändern.

Mit dem Zurückweichen der lokalen politischen Souveränität (Armao 2009; Beck 2000; Castells 2000) und der Krise der Nationalstaaten, die nach dem Fall der großen politischen Blöcke eingetreten ist, verliert auch das zentralisierte und hierarchische Modell der organisierten Kriminalität seine Funktionsfähigkeit: Es passt sich an das neue und effizientere Machtsystem an und geht von der einheitlichen und selbstbezogenen Struktur auf eine umfassende systemische Dimension über: von der kriminellen Organisation zum kriminellen System (Dino/Pepino 2008).

Wenn wir die Analyse vom engen Kontext des italienischen Staatsgebiets auf den europäischen und internationalen Rahmen auszuweiten, können wir deutliche Indizien für eine „Partnerschaft“ erkennen, die sich in der Legalität bewegende und kriminelle Akteure zusammenschweißt hat. Dazu schreibt Vincenzo Ruggiero (2002, S. 182): „Der Begriff der Partnerschaft impliziert die Tatsache, dass die organisierten kriminellen Gruppen von ihrer jeweiligen Gegenpartei im Wirtschaftssystem lernen und diese von ihnen. Beispielsweise lernen sie durch die Investition ihrer illegalen Gewinne in die offizielle Wirtschaft die Techniken und die Prozesse der Rationalisierung, die von den Angestellten (...) und den Kriminellen, die in korporativen Systemen tätig sind, angewendet werden; in diesem Fall sind sie diejenigen, die vom Wirtschaftssystem korrumpiert werden und nicht diejenigen, die das System korrumpieren“.⁶

Bündnisse zwischen Legalität und Illegalität

Auf diese Weise stehen wir vor einer paradoxen Wirklichkeit, in der die organisierte Kriminalität und das „offizielle“ Wirtschaftssystem sich nicht als zwei gänzlich unvereinbare Bereiche gegenüberstehen, sondern sich ein Bündnis zweier Welten abzeichnet, die beide außerhalb der Rechtsordnung agieren. Die Globalisierung generiert und erhöht gleichzeitig die Mobilität und den Wettbewerb. Beides wiederum erhöht den Anreiz für Bündnisse, die immer öfter die Grenzen der Legalität überschreiten. Um sich an die wechselnden Rahmenbedingungen anzupassen und institutionelle Kontrollen zu verhindern, bilden die kriminellen Vereinigungen flexibel vernetzte Systeme und Strukturen aus, in denen sich die Methoden und Verfahren überkreuzen, verwässern und die Arbeit der Polizei- und Rechtsorgane erschweren, die eindeutige Grenzen zwischen legalen und illegalen Aktivitäten abstecken wollen.

Betrachtet man die Analysen von Claire Sterling (1990) und Phil Williams (1998), wird offenkundig, dass die organisierte Kriminalität und die Wirtschaftskriminalität langfristig nicht mehr als zwei voneinander getrennte Organisationsformen angesehen werden sollten, die sich aus homogenen Gruppen zusammensetzen und mit eigenen Codes und Strukturen versehen sind. Daher sollte der Blick weniger auf einzelnen Organisationen liegen als vielmehr auf dem System existierender oder denkbarer Netzwerke (Ruggiero 2002). Wo in der Vergangenheit unüberwindbare Differenzen vermutet wurden, sind inzwischen gemeinsame Interessen, Ähnlichkeiten und Überlagerungen hervorgetreten.

Der Wandel der internationalen Kriminalität ist ausschlaggebend für merkliche Veränderungen der einzelnen kriminellen Organisationen und zwingt ihnen die Erneuerung der Organisationsform auf, wenn sie nicht von der Dynamik der Märkte ausgeschlossen werden wollen. Es handelt sich um einen Prozess der „natürlichen Selektion“, bei dem sich internationale Schauplätze nur für solche Mafiaorganisationen eröffnen, die es geschafft haben, sich an die veränderten Märkte anzupassen. Organisationen hingegen, die es nicht schaffen, die neuen und komplexeren Anforderungen, die sich aus den veränderten internationalen Rahmenbedingungen ergeben, zu bewältigen, werden verdrängt.

Der gelungene Eintritt in das System der kriminellen Netze ändert bei den Mafiaorganisationen nicht nur die Organisationsordnung und diversifiziert ihre Geschäfte, sondern – und dieser Punkt ist von entscheidender Bedeutung – wirkt sich auch auf ihr Bild in der Öffentlichkeit aus. In der Tat vermehren sich die Beziehungen zur Zivilgesellschaft. Durch „legale“ Arbeitsplatzangebote entstehen „legale“ Beschäftigungsmöglichkeiten für Berufskriminelle. Und es entstehen Produkte und Dienstleistungen, die unterschiedslos für alle Bürger bestimmt sind. Im Übrigen ist das Zusammenwachsen mit dem legalen System dort viel einfacher, wo feste Bündnisse mit der politischen und wirtschaftlichen Sphäre bestehen (Dino 2009a).

Mit der Zeit konvergieren die Komponenten des vernetzten Systems sowohl hinsichtlich der Aktivitäten als auch der Praktiken und machen es immer schwieriger, die legalen Märkte von den illegalen Märkten zu unterscheiden. Diese neue vernetzte Ordnung birgt eine weitere Gefahr in sich: Sie überträgt auf die Aktivitäten der traditionellen kriminellen Organisationen dieselbe Straffreiheit, in deren Genuss – historisch gesehen – schon immer die sogenannte

„Weiße-Kragen-Kriminalität“ (z. B. Steuerrückzahlung) gekommen ist; und zwar sowohl im Hinblick auf die Justizordnung (Pepino/Nebiolo 2006; Dino 2006a) als auch im Hinblick auf das Urteil der öffentlichen Meinung.⁷ Wer die Macht besitzt, hat, wie wir von Michel Foucault gelernt haben, auch die Instrumente, mit denen die Definitionen von Recht und Unrecht formuliert und die Grenzen zwischen Legalität und Illegalität festgelegt werden. Dies erfolgt über eine subtile und oftmals nicht wahrnehmbare symbolische Gewalt, die nicht auf die Verhaltens-, sondern direkt auf die Wahrnehmungsweisen der Wirklichkeit einwirkt. Die Kontrolle wird nicht länger zur Schau gestellt und ist nicht länger obligatorisch, sondern unsichtbar und erfolgt über die Beteiligung und die Zustimmung der Kontrollierten (Garland 2004).

Was also ist die Mafia?

Unsere Hypothese – für die es zahlreiche interessante Anhaltspunkte gibt⁸ – formuliert einen Zusammenhang zwischen Globalisierungsprozessen und dem Wandel der organisierten Kriminalität.

In letzter Zeit verzeichnen wir eine außergewöhnliche Zahl von Publikationen über die Mafia. Allein zwischen Ende 2006 und Anfang 2007 sind Dutzende von Büchern erschienen, welche italienische Mafiaorganisationen zum Thema haben (vor allem die 'Ndrangheta und die Cosa Nostra, aber auch die Camorra). Denken wir nur an den außergewöhnlichen Erfolg des Buches von Roberto Saviano „Gomorra“. Einige dieser Bücher – vornehmlich diejenigen wissenschaftlichen Formats – bringen die Schwierigkeit zum Ausdruck, verlässliche Quellen für eine wissenschaftlich fundierte und glaubhafte Argumentation aufzufinden.

Manchen Autoren fehlt es an konkreten Anhaltspunkten und sie frönen den spekulativen Aspekten erheblich mehr als den deskriptiven. Andere Bücher haben ein journalistisches Format, das sich oftmals darauf beschränkt, Gerichtsunterlagen wiederzugeben und zu dokumentieren, Entscheidungen der Gerichte zu befürworten und zu unterstützen, Paradigmen und Szenarien zu veröffentlichen, die dem Leser hinlänglich bekannt sind und ihm gelegentlich als parteiisch erscheinen. In beiden Fällen scheint es, als ob den Überlegungen etwas Wichtiges fehlen würde. Auch die Berichterstattung der Presse, die den Verflechtungen zwischen Mafia, Politik und Wirtschaft immer weniger Aufmerksamkeit widmet, verwendet eine Betrachtungsweise, in der streng zwischen dem

militärischer Arm der Mafia und der von der Mafia praktizierten „Weiße-Kragen-Kriminalität“ unterschieden wird. Während über erstere ausgesprochen häufig geschrieben wird, wird über letztere nur vereinzelt und oberflächlich berichtet.

Was unserer Ansicht nach Not tut, ist eine Aktualisierung des Analyseparadigmas. Es nützt nichts, überkommene Modelle zu verwenden, die dem Phänomen Mafia nicht mehr gerecht werden. Es nützt nichts, Vorstellungen anzuhängen, die einen bereits erfolgten Wandel kaschieren. Natürlich erfolgt die Anpassung der Mafia an veränderte Rahmenbedingungen unter dem Deckmantel einer scheinbaren Kontinuität mit der Vergangenheit – dort nämlich, wo diese Kontinuität nützlich ist und den Zwecken der Organisation dient. Die starke kriminelle Präsenz auf internationaler Ebene schließt eine regionale Verwurzelung und starke Kontrollmacht über das ursprüngliche Herkunftsgebiet nicht aus. Der Rekurs auf Traditionen und kulturelle Werte kann zum Rückhalt in bestimmten sozialen und gesellschaftlichen Gruppen führen (Dino 2008; Scarpinato/Lodato 2008).

Es geht hier nicht darum, eine fortschrittsgläubige Sichtweise des Mafia-Phänomens anzubieten; wer die Mafia als eine andere Entität beschreibt, als die, die sie scheint, endet letzten Endes damit, ein apologetisches Bild zu zeichnen. Ebenso wenig darf man sich von – nicht bewiesenen – Hypothesen oder Verschwörungstheorien über „globale Superregierungen der Kriminalität“ verführen lassen, die als unheimliche und allmächtige Entitäten dargestellt werden.

Unser Ziel besteht darin, an das Phänomen der organisierten Kriminalität ein Paradigma anzulegen, das den aktuellen Wandlungen gerecht wird, das die Auswirkungen der Makrofaktoren auf die lokalen Szenarien sorgfältig prüft und das vor allem die Auswirkungen dieses Wandels auf die Beschaffenheit der kriminellen Organisationen berücksichtigt.

Die derzeit glaubwürdigste Entwicklung ist die allmähliche Überlappung der organisierten Kriminalität und der Wirtschaftskriminalität auf transnationaler Ebene (aufgrund von endogenen Wandlungsprozessen der kriminellen Organisationen, aber auch aufgrund der geänderten Regeln der internationalen Märkte), in deren Folge sich – durch gegenseitige Beeinflussung und Anpassung – auch die Beschaffenheiten und die Aktionsweisen des ein oder anderen sozialen Akteurs ändern werden.

Wenn man zu einer schlüssigen Definition gelangen will, ist es – unter wissenschaftlichem und heuristischem Ge-

sichtspunkt – weder nützlich noch vorteilhaft, die Unterscheidung zwischen einem militärischen und einem politischen Zweig der Mafia in der Überzeugung beizubehalten, man habe es dabei mit zwei separaten Entitäten zu tun, um in der Folge zu bestimmen, welche der beiden „besser dastehe“ als die andere⁹. Wir müssen uns von diesen antiquierten Ansichten befreien. Seit diese Unterscheidung in Sozialstudien und in juristischen Analysen erschienen ist, sind mehr als 150 Jahre vergangen.¹⁰ Vielmehr müssen wir das Phänomen mit Hilfe von Paradigmen betrachten, die aus der internationalen fachwissenschaftlichen Diskussion über kriminelle Netze stammen.

Mafiaorganisationen, globale Szenarien und internationale Connections

Die transnationale Dimension der Mafiaorganisationen ist Kriminologen und Juristen gut bekannt. Seit Ende der 1970er Jahre schuf Stefano Bontate, Boss der mächtigen Mafiafamilie von S. Maria del Gesù (Palermo) nicht nur Unternehmenszusammenschlüsse mit einigen Familien der neapolitanischen Camorra und Gruppen der kalabrischen 'Ndrangheta, sondern wickelte über ein Netz aus Verbindungen, das sich von der „Fratellanza Corsa“ über Marseille bis zum Goldenen Dreieck und der türkischen Hochebenen spannte (Dino 2003), beeindruckende illegale Geschäfte ab, bei denen er griechische und zypriotische Geschäftemacher beteiligte.

In den folgenden Jahren haben die neuen Generationen der Ehrenmänner (uomini d'onore), Camorristi und 'Ndranghetisti ihre Beziehungen zu ausländischen kriminellen Organisationen durch ein dichtes Netz von professionellen Beratern, die bei der Geldwäsche an der Börse und auf dem internationalen Immobilienmarkt behilflich waren, erweitert. Sie haben die Übertragung der Geldmittel und der Vermögen mit modernen elektronischen Mitteln geplant und Investitionen in multinationale Konzerne und Unternehmen mit weltweiter Bedeutung getätigt¹¹.

Die Modernisierung der Kriminalität wurde durch die Virtualisierung der Finanzkreisläufe und durch die Entwicklung von Computertechnologien begünstigt. Die illegalen Aktivitäten der Mafiaorganisationen haben ein neues und größeres Ausmaß angenommen, wodurch ihre Möglichkeiten zur Teilha-

be an der „legalen Gesellschaft“ sowie ihre Bündnismöglichkeiten vervielfacht werden. Sie haben sich mit Verbindungen, Mitteln und Organisationsstrukturen versehen, die den Ermittlungen der Justiz- und Strafrechtsapparate Italiens und der europäischen Länder trotzen (Davigo 2004; Ruggiero 1996; Savona/ Mezzanotte 1998).

In einem Umfeld, das durch transnationale kriminelle Netze gekennzeichnet ist, besteht kein Gegensatz zwischen der lokal verwurzelten Organisation – wie den traditionellen Mafiaorganisationen – und dem flexiblen Geschäftsgebaren, das auf dem internationalen Spielfeld auf dem Gebiet anderer europäischer Staaten an den Tag gelegt wird. Die Vereinbarungen sind variabel und können auf der Grundlage der unterschiedlichen Kräfteverhältnisse, die von Gebiet zu Gebiet und von krimineller Aktivität zu krimineller Aktivität je anders sind, von einem Moment zum anderen verändert werden. Die Transnationalität wird als „ein Geschäftsmodus“ (Longo 2004) verstanden, um den herum Bündnisse geschmiedet und Vereinbarungen getroffen werden, die hinreichend flexibel sind, um Kontrollen und Strafen zu entgehen.

Wir müssen von der Annahme ausgehen, dass die wichtigsten kriminellen Strukturen des süditalienischen Mezzogiorno – zusammen mit ihren Bezugspersonen in der Wirtschaftswelt und der Politik – schon lange eine bedeutende Rolle in der globalisierten illegalen Wirtschaft spielen. Der Grund dafür liegt in der Widerstandsfähigkeit und der Beständigkeit ihres Organisations- und Interaktionsmodells, das sich im Laufe der Zeit gegenüber dem Modell anderer, weniger strukturierter und weniger verwurzelter Formen internationaler Kriminalität erfolgreich bewährt hat (Dino/Pepino 2008).

Seit Anfang der 1990er Jahre haben die Cosa Nostra, die Camorra und die 'Ndrangheta damit begonnen, eigene wirtschaftliche Interessen mit im Ausland beheimateten kriminellen Organisationen zu teilen. Anders als in der Vergangenheit streben sie nun Bündnisse zwischen verschiedenen – auf dem internationalen Spielfeld agierenden – kriminellen Organisationen an.

Diese „neue“ Ordnung garantiert den Transfer bisher illegaler Vermögenswerte in die Sphäre der geschützten Legalität. Dieser Prozess wurde durch die Gründung neuer ausländischer krimi-

neller Konsortien in Italien unterstützt, die unter anderem durch die illegale Einwanderung gespeist werden.

Internationale Verbindungen

Das beschriebene Szenario ist nicht vollkommen unglaubwürdig, hat doch Salvatore Riina bereits Ende der 1980er Jahre Überlegungen angestellt, Mörder mit Kamikaze-Terroristen zu planen, die ihm von terroristischen Organisationen aus dem Mittleren Orient „geliefert“ werden und mit deren „Kooperation“ er sich hätte brüsten können. Darüber spricht der Kronzeuge aus Trapani, Francesco Milazzo, der sich sehr gut an eine Unterhaltung erinnert, in der Riina Folgendes gesagt haben soll: „Für die Attentate könnte ich die niuri (die schwarzen) Kamikaze-Kämpfer einsetzen“. Ausgehend von dieser Enthüllung hat Milazzo auch über die Vereinbarungen der Mafiafamilie aus Mazara del Vallo und die kriminellen Organisationen aus Libyen, dem Libanon und Algerien gesprochen („Gazzetta del Mezzogiorno“, 7.6.2004). Vereinbarungen und Verbindungen, die durch den Drogen- und Waffenschmuggel zustande kamen, der über die Fischkutter aus Mazara (Sizilien) erfolgte. Auch der Kronzeuge Pietro Scavuzzo bezieht sich in seinen beiden Aussagen auf einige Gesellschaften, die zwischen Sizilien und Nordafrika gegründet wurden, um den Fischfang zu unterstützen und die Beschlagnahme der Boote aus Mazara zu verhindern. In Algerien seien einige dieser Gesellschaften von der Cosa Nostra benutzt worden, um Zugriff auf die Ölquellen und die Raffinerien zu bekommen (ebenda).

In Bezug auf die internationalen Verbindungen der sizilianischen Mafiaclans lohnt es sich, einen Ermittlungsbericht aus dem Jahr 1996 aufzugreifen, der von Mitarbeitern des Vizepolizeipräsidenten von Trapani, Giuseppe Linares, verfasst wurde und in dem wiederholte Goldaufkäufe in der Schweiz berichtet und ein abgehörtes Telefongespräch geschildert wird, in dem von 45 Kilogramm Uran die Rede ist, die in der Provinz Trapani angeliefert werden sollten. Dasselbe Dokument berichtet über die Gründung eines Wirtschaftszusammenschlusses, der eine Ferien- und Tourismusanlage auf Malta hätte verwirklichen sollen; dieses Vorhaben hat sich dann aber wegen der Festnahme einiger Gesellschafter, die zu den Mafiaclans gehörten, in Rauch aufgelöst (ebenda). In jüngerer Zeit hat der Mafiaboss Antonino Giuffré, der 2002 zum Kronzeugen der Justiz geworden ist, die wichtige Rolle bestätigt, die von Mafiafamilien auf dem globalen Spielfeld

Die organisierte Kriminalität ist längst nicht mehr nur auf Italien begrenzt. Mafiöse Organisationen gleichen global operierenden Unternehmen und bewegen sich gekonnt in den Grenzbereichen zwischen Legalität und Illegalität. Eine junge italienische Familie trauert vor einem Restaurant in Duisburg (2007). Mafia-Ermittler konnten den Haupttäter rund zweieinhalb Jahre nach dem Sechsfach-Mord in Italien fassen.
picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

der organisierten Kriminalität eingenommen wird: „Derzeit – hat Giuffré in einem an die Ermittler aus den USA ausgestellten Rechtshilfeersuchen erklärt – ist Trapani einschließlich Castellammare für die Mafia eines der wichtigsten Gebiete. Mehr noch: Es ist auch das intakteste Gebiet, das von den Ordnungskräften am wenigsten heimgesucht wird und ein Treffpunkt zwischen den arabischen Ländern und Amerika. Die Küste Trapanis ist die Tür zu Afrika, Europa und Amerika (...). Treffpunkt zwischen Freimaurerei, Geheimdiensten und Terrorismus. Ich kann ganz gelassen sagen, dass es zwischen Mafia und Terroristen Beziehungen gibt. Die Cosa Nostra schließt ihre Türen vor niemandem: Wenn ihre Interessen zusammenlaufen, kommt es zu Bündnissen“ („La Sicilia“, 18.3.2003).

Die erneuerte und immer weniger sichtbare Kraft der Mafiaorganisationen rührt daher, dass diese nicht mehr auf isolierter nationaler Ebene agieren, sondern – zumindest die gegenwärtig aufstrebenden Organisationen – strukturell in die Maschen eines umfassenden und weit verbreiteten kriminellen Netzes eingebunden sowie durch wirtschaftliche Ressourcen und Handelskapazitäten stark sind. Sie unterhalten keine von außen kommenden Beziehungen mehr mit der Politik und der Wirtschaft, sondern sind mit eigenem „Personal“ nun selbst in Politik und Wirtschaft vertreten. Mit diesem „Personal“ muss man nicht verhandeln. Ihm wird lediglich ein Auftrag übertragen, der – in illegalen oder legalen Wirtschaftssektoren – ohne Einschränkung verwirklicht wird.

Schenkt man unserer Hypothese Glauben, so bedeutet das, dass sich auch die Identität der Cosa Nostra verändert, die dem Prozess des globalen Wandels unterworfen ist. Die Cosa Nostra beteiligt sich an der Neuordnung und Neuverteilung globaler Kriminalitätsmärkte. Eine Identität, von der wir schon heute einige besondere Merkmale erkennen können, wenngleich sie mit Relikten aus der Vergangenheit vermischt sind. Eine Identität, die sich nicht länger in einer starren Organisationsform, sondern immer in einer vernetzten, systemischen Dimension bewegt.

Von der Organisation zum System

Eine komplexe und globale Betrachtungsweise des Mafiaphänomens kann dabei helfen, die unangemessenen Interpretationen zu verdeutlichen, die dazu neigen, die Mafia auf Randbereiche der Gesellschaft zu begrenzen; sie als Produkt einer kulturellen und wirtschaftlichen Rückständigkeit, gar als archaischen Überrest zu bewerten.

Heute ist es nötiger denn je, das Mafiaphänomen unter dem Aspekt der „bürgerlichen Normalität“ zu betrachten, in der die Gewalt Unterschleup gefunden hat und immer noch findet. Man muss die im Schatten verborgene Illegalität beleuchten, jenen Bereich, in dem Mafia, politische Eliten und Wirtschaftskräfte aufeinander treffen, ihre Macht potenzieren und so die systemische und transnationale Dimension schaffen, die es den Mafiaorganisationen ermöglicht hat, die aus Italien auf das internationale Spielfeld „exportierten“ kriminellen Potenziale unverändert beizubehalten.

Mafia und Politik – eine unrühmliche Beziehung

Die Beziehungen zwischen Mafia und politischen sowie wirtschaftlichen Eliten waren niemals sporadisch und isoliert, sondern immer ein grundlegendes und wesentliches Element für das Überleben der Mafia in Italien – in Kalabrien ebenso wie in Sizilien und im Rest des Landes: „Eine Mafiagruppe braucht unbedingt Beziehungen des heimlichen Einverständnisses und der Komplizenschaft, um sich im Laufe der Zeit und räumlich zu erweitern. Ohne ein nach außen offenes engmaschiges Beziehungsgeflecht hätte die Mafia nicht die Kraft, die sie hat. (...) Im ‚Raum der Normalität‘ unterscheiden sich die Clans dagegen durch ihre Fähigkeiten des Networking, ohne die weder eine vollständige Kontrolle des Gebiets, noch die Ausübung der Gewalt möglich wäre“ (Sciarrone 2002, S. 546).

In der Cosa Nostra – um nur ein Beispiel anzuführen – haben wir viele Ehrenmänner, die im täglichen Leben ihre Rolle als Mafioso mit dem bürgerlichen Beruf eines Arztes oder Chirurgen, eines Ingenieurs oder Rechtsanwalts, eines Finanziers oder Bankiers oder eines Politikers getauscht haben (Bianchi/Nerazini 2005; Scarpinato/Lodato 2008). Mafiaorganisationen reagieren und agieren als politische Subjekte, die in der Lage sind, Gewalt politisch einzusetzen, um in den institutionellen Vertretungen und in der Politik eine – direkte und indirekte – aktive Präsenz sicherzustellen¹², eine Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit und der politisch-administrativen Tätigkeit (bei der Abwicklung von Ausschreibungen und von betrügerischen Praktiken) auszuüben. Nur so gelingt es ihnen, Macht über Leben und Alltag der Bürger zu gewinnen und die Regionen bzw. Territorien zu beeinflussen, über die sie eine Herrschaft der Gewalt und der erzwungenen Zustimmung ausüben (Lupo 2004; Mastropaulo 1996; Padrut 2010a/b).

In diese Sichtweise reiht sich auch die Argumentation von Raimondo Catanzaro ein (2004, 2009), der unlängst von den Mafiosi als „politischen Vermittlern“ gesprochen hat, weil es eben die politischen Eingriffe und Infiltrationen seien, die den Grundstein für eine Macht gelegt haben, die mehr auf einer engmaschigen Kontrolle des Territoriums als auf den illegalen Geschäften im eigentlichen Sinne ruht.

Gefährden mafiöse Strukturen die Demokratie?

Nachdem die Verbindung zwischen Mafia und Politik betrachtet worden ist, muss auch die Beziehung zwischen Mafia und Demokratie noch einmal überdacht werden, um zu begreifen, welche Nischen Mafiaorganisationen in demokratischen Systemen haben (Allum/Siebert 2003) – in Italien ebenso wie im Rest Europas. In diesem Sinne ist von den Mafiaorganisationen als „Strukturen im Dienst der offiziellen Mächte“ gesprochen worden, wobei auch behauptet wurde, dass ein gewisser Anteil der Illegalität funktional mit den offiziellen Machtstrukturen verbunden ist.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, zu glauben, das System der Mafia stelle eine Art Gegenstaat dar. Vielmehr stimmt es, dass die Mafia staatliche Institutionen – natürlich im Sinne ihrer eigenen Zwecke instrumentalisiert – braucht, um gedeihen und erfolgreich Geschäfte tätigen zu können. Es ist nicht die Abwesenheit des Staates, aus der sich die Vitalität der Mafia speist, sondern die Anwesenheit eines unaufmerksamen bzw. gleichgültigen Staates, der in juristischer und strafrechtlicher Hinsicht wenig effizient oder – schlimmer noch – Mitwisser ist. Wie sieht die Beziehung zwischen organisierter Kriminalität und Demokratie aus, fragen sich Felia Allem und Renate Siebert im Vorwort ihres Buches „Organized Crime and the Challenge to Democracy“ (Allum/Siebert 2003)? Beide zeigen schlüssig auf, dass die liberale und rechtsstaatliche Politik demokratischer Systeme sowie eine Politik der Liberalisierung der Wirtschaft und der daraus folgende Verlust der Fähigkeit, die Legalität von Transaktionen wirksam kontrollieren zu können, als „perverse“ Nebenwirkung die Entwicklung krimineller Organisationen innerhalb westlicher Demokratien begünstigen und ermöglichen.

Die Ausbreitung der organisierten Kriminalität in demokratischen Systemen hat dazu geführt, dass sich die Spielregeln der Demokratie schleichend verändern, vor allem dort, wo es der Mafia gelungener ist, in die Sphäre der Politik vorzudringen. Eine von Mafiaorganisationen infiltrierte Politik führt zu Korruption, zur Inbesitznahme der öffentlichen Sphäre und zu einem Regierungshandeln, das auf stiller und verborgener Mitwisserschaft basiert, statt auf offener und transparenter Debatte. Eine Politik, die mithin zum Verlust der Glaubwürdigkeit und zum Verlust des Vertrauens in die Politiker und in die Politik geführt hat.

Kontroverse Einschätzungen

In letzter Zeit hat eine „revisionistische“ Perspektive – allerdings nicht ohne politische Nebeneffekte und Auswirkungen – von sich reden gemacht, die die Geschichte der kriminellen Mafiaverbindungen neu interpretieren will, wobei die militärische Komponente der Mafia mit Nachdruck betont und die Rolle des komplexen Systems an politischen und wirtschaftlichen Beziehungen verharmlost wird. Diese Debatte ist nicht neu. Die Kontrolle über die gesellschaftliche Wahrnehmung des Mafiaphänomens war schon immer Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen einer politisch dominierenden Klasse, die daran interessiert war, die Auswirkungen der Mafia auf den Alltag zu minimieren, und denjenigen gesellschaftlichen Kräften, die versucht haben, den täuschenden Charakter dieser Argumentation zu entlarven, mit der letztlich ein regimetreues und geschöntes Weltbild vermittelt werden soll (Dino 2009b).

„Revisionistische“ Ansichten dieser Art sind häufig anzutreffen. Ebenso zahlreich sind aber auch die Untersuchungen, die eine enorme Menge an empirischen Daten und eine Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Analysen liefern, in denen an die politische Verantwortung der Eliten für die Vitalität der Mafia erinnert wird (Catanzaro 2004; Dino 2002b; Mastropaolo 1996; Ruggiero 1992; Santino 2006; Sciarro-ne 2002, 2009).

Abschließende Überlegungen

Die Präsenz der Mafia ist also weniger wahrnehmbar und durchdringend als es scheinen mag. Der „Feind“ ist kaum wahrnehmbar, seine Kraft wird durch unsere Schwächen, durch unseren Wunsch nach einem friedlichen Miteinander und unser Bedürfnis nach Normalität gespeist. Es gehört schon eine gehörige Portion Mut dazu, jegliches

Zugeständnis an die Mafia in demokratisch verfassten Systemen abzulehnen und zu verbieten. Wir müssen lernen, nicht zu unfreiwilligen Handlangern der Mafiosi zu werden.

Wir stehen heute einer veränderten mafiosen Machtstruktur gegenüber, die in der Lage ist, sich anzupassen und die Unterscheidung zwischen Legalität und Illegalität zu verwässern. Mit dem Vorhaben der Neudefinition der Legalitätsbereiche durch eine Gesetzesreform (Pepino 2003) ist in Italien beispielsweise der Versuch mehr als aktuell, die Grenzen zwischen Legalität und Illegalität aufzuweichen. Ein Beispiel dafür ist die von der Regierung Berlusconi forcierte Reform der Rechtsvorschrift, die das Abhören von Telefongesprächen regelt. Diese Maßnahme, die mit der Notwendigkeit des Schutzes der Privatsphäre begründet wird, wird dazu führen, ein äußerst nützlich Ermittlungsinstrument abzuschaffen, das – wie wenige andere – in der Lage ist, kriminelle Machenschaften der Mafia sowie die „Weiße-Kragen-Kriminalität“ empfindlich zu treffen.

Von einem Rückgang oder gar Niedergang der Mafia zu sprechen, nur weil eklatante Anzeichen (Morde, Gewalttaten) fehlen, weil sich die äußeren Erscheinungsformen geändert haben oder weil der Mafiaboss nicht mehr anmaßend seine Runde dreht und die öffentliche Ehrbezeugung einfordert, scheint ein wenig naiv. Was aus wissenschaftlichen und kriminologischen Untersuchungen eindeutig hervorgeht, ist die Tatsache, dass wir mit einer kriminellen Organisation konfrontiert sind, die die Fähigkeit besitzt, Wirtschaft, Politik und öffentliche Institutionen gezielt zu unterwandern. Eine Organisation, die durch politische Infiltration ihren Interessen Geltung verschafft, die illegal erworbenes Kapital in die legale Wirtschaft überführt und damit eine „historische“ Phase ihrer kriminellen Organisation abschließt und eine neue Epoche einläutet, in der offene Gewalt und militärisches Kalkül immer weniger zählen und stattdessen der Steuer-, Bank- und Unternehmensberatern eine immer größere Bedeutung zukommt.

Es gibt heute keinen europäischen Staat, der sich in innerhalb der engen Grenzen des eigenen Hoheitsgebiets vor Unterwanderungen durch die Mafia in Sicherheit wiegen kann. Es gibt keine Barrieren, keine Grenzen, keine Zollstationen mehr. Aus diesem Grund ist es wichtig und dringend geboten, dass Europa sich mit supranationalen Rechts- und Strafinstrumenten ausstattet, mit denen die Mafia in ihren unterschiedlichen Facetten bekämpft werden kann. Länder ohne eine angemessene spezielle Antimafia-Gesetzgebung, in denen es schwierig ist, auf das

Abhören von Telefongesprächen, auf die Überwachung mit Mikrofonen und Videokameras zurückzugreifen, in denen keine Eilverfahren zur Beschlagnahme von Waren illegaler Herkunft vorgesehen sind, sind bereits heute ideale Orte für den Transithandel mit Waren und Kapital, mit denen die Reichtümer der Mafia gespeist werden.

LITERATUR

- Allum, Felia/Siebert, Renate (2003): *Organized Crime and the Challenge to Democracy*. London und New York.
- Armao, Francesco (2009): *La rivincita dei „robber barons“: la criminalità organizzata come sfida alla democrazia*. In: Dino, Alessandra (Hrsg.): *Criminalità dei potenti e metodo mafioso*. Mailand, S. 509–523.
- Bauman, Zygmunt (1998): *Globalization. The Human Consequences*. Cambridge und Oxford.
- Beck, Ulrich (2000): *La società del rischio*. Rom.
- Bianchi, Stefano M./Nerazzini, Alberto (2005): *La mafia è bianca*. Mailand.
- Castells, Manuel (2000): *Materials for an Exploratory Theory of the Network Society*. In: *British Journal of Sociology*, 1/2000, S. 5–24.
- Catanzaro, Raimondo (2004): *Criminalità economica e criminalità organizzata*. In: Selmini, Rosella (Hrsg.): *La sicurezza urbana*. Bologna, S. 177–185.
- Catanzaro, Raimondo (2009): *L'impresa mafiosa*. *Appunti su un concetto problematico*. In: Dino, Alessandra (Hrsg.): *Criminalità dei potenti e metodo mafioso*. Mailand, S. 351–360.
- Davigo, Piercamillo (2004): *La giubba del re*. *Intervista sulla corruzione*. Rom und Bari.
- Dino, Alessandra (2002a): *La mano tesa: nuovi scenari dei rapporti tra istituzioni, opinione pubblica e organizzazioni mafiose*. In: *Questione Giustizia*, 3/2002, S. 507–524.
- Dino, Alessandra (2002b): *Mutazioni*. *Etnografia del mondo di Cosa Nostra*. Palermo.
- Dino, Alessandra (2003): *Cosa Nostra tra le mafie del nuovo millennio*. In: *Segno*, Jahrgang XXIX. 242/2003, S. 73–88.



UNSERE AUTORIN

Prof. Dr. Alessandra Dino lehrt Rechtssoziologie und „Gesellschaftlichen Wandel“ an der Università degli Studi di Palermo. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Mafia, ihrer Struktur und Entstehung, ihren Transformationsprozessen und Symbolen, insbesondere: die Verbindung von Mafia und Religion; die Rolle der Frau in der organisierten Kriminalität; die Cosa Nostra und ihre Beziehungen zur Politik. Sie ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift „Narcomafia“, der Redaktion der Zeitschrift „Meridiana“ sowie im Leitungskreis der Zeitschrift „Historia Magistra“.

Dino, Alessandra (Hrsg.) (2006a): La violenza tollerata. Mafia, poteri, disobbedienza. Mailand.

Dino, Alessandra (Hrsg.) (2006b): Pentiti. I collaboratori di giustizia, le istituzioni, l'opinione pubblica. Rom.

Dino, Alessandra (2008): La mafia devota, Chiesa, religione, Cosa Nostra. Rom und Bari.

Dino, Alessandra (Hrsg.) (2009a): Criminalità dei potenti e metodo mafioso. Mailand.

Dino, Alessandra (Hrsg.) (2009b): Un racconto allo specchio. La costruzione del mito mafioso attraverso le sue immagini. In: Studi sulla Questione Criminale, 3/2009, S. 57–83.

Dino, Alessandra/Pepino Livio (Hrsg.) (2008): Sistemi criminali e metodo mafioso. Mailand.

Di Maggio, Paul J./Powell, Walter W. (1983): The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields. In: American Sociological Review, 2/1983, S. 147–160.

Falanga, Gianluca: Italiani. Ein Kompass durch das geliebte Chaos. Berlin 2010.

Garland, David (2004): La cultura del controllo. Crimine e ordine sociale nel mondo contemporaneo. Mailand.

van der Hulst, Renée C. (2009): Introduction to Social Network Analysis (SNA) as an investigative tool. In: Trends in Organized Crime, 12/2009, S. 101–121.

Longo, Francesca (2004): Criminalità organizzata transnazionale: problemi di definizione. In: Grotius, 1/2004, S. 12–22.

Lippens, Ronnie (2001): Rethinking organizational crime and organizational criminology. In: Crime, Law & Social Change, 35/2001, S. 319–331.

Lupo, Salvatore (2004): Una risposta alla mafia invisibile. In: Segno, Jahrgang XXX, 251/2004, S. 9–16.

Lupo, Salvatore (2008): Quando la mafia trovò l'America. Storia di un intreccio intercontinentale, 1888–2008. Turin.

Mastropaolo, Alfio (1996): La Repubblica dei destini incrociati. Saggio sui cinquant'anni di democrazia in Italia. Rom.

Melossi, Dario (2002): Stato, controllo sociale, devianza. Mailand.

Meyer, John W./Rowan, Brian (1977): Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony. In: American Journal of Sociology, 83/1977, S. 340–363.

Padrut, Franco (2010a): Storia del voto a Palermo. In: Segno, Jahrgang XXXVI, 313/2010, S. 20–30.

Padrut, Franco (2010b): Il voto a Palermo tra mafia e teocrazia popolare. In: Segno, anno XXXVI, 314/2010, S. 8–99.

Pepino, Livio (2003): Attacco ai diritti. Giustizia, lavoro, cittadinanza sotto il governo Berlusconi. Rom und Bari.

Pepino, Livio/ Nebiolo, M. (2006): Mafia e potere. Turin.

Powell, Walter W. (1990): Neither Market nor Hierarchy: Network Forms of Organizations. In: Research on Organizational Behavior, 12/1990, S. 295–336.

Powell, Walter W./Di Maggio, Paul J. (Hrsg.): Il neoinstituzionalismo nell'analisi organizzativa. Turin.

Ruggiero, Vincenzo (1996): Economie sporche. L'impresa criminale in Europa. Turin.

Ruggiero, Vincenzo (2002): Introduction – Fuzzy criminal actors. In: Crime, Law & Social Change, 37/2002, S. 177–190.

Santino, Umberto (2006): Dalla mafia alle mafie. Scienze sociali e crimine organizzato. Soveria Mannelli.

Savona, Ernesto U./Mezzanotte, Laura (1998): La corruzione in Europa. Rom.

Scarpinato, Roberto/Lodato, Saverio (2008): Il ritorno del principe. Mailand.

Sciarrone, Rocco (2002): Mafia e imprenditori in tempi di globalizzazione. In: Questione Giustizia, 3/2002, S. 525–546.

Sciarrone, Rocco (2005): Forza di attrazione della mafia e classi dirigenti. In: Segno, Jahrgang XXXI, 267–268/2005, S. 8–25.

Sciarrone, Rocco (2006): Il potere delle reti mafiose: nodi, intrecci, connessioni. In: Pepino, Livio/ Nebiolo, Marco (Hrsg.): Mafia e potere. Turin, S. 61–82.

Sciarrone, Rocco (2009): Mafie vecchie, mafie nuove. Radicamento ed espansione. Rom.

Sterling, Claire (1990): Cosa non solo nostra. Mailand.

United Nations: Fifth United Nations Congress on the Prevention of Crime and Treatment of Offenders. Report Prepared by the Secretariat (Genf, 1.–2. September 1975).

Vaughan, Diane (2002): Criminology and the sociology of organizations. Analogy, comparative social organization, and general theory. In: Crime, Law & Social Change, 37/2002, S. 117–136.

White, Harrison C. (1992): Identity and Control. A Structural Theory of Social Action. Princeton.

White, Harrison C. (2008): Notes on the Constituents of Social Structure. In: Sociologica, 1/2008, S. 1–15.

Williams, Phil (1998): The Nature of Drug-Trafficking Networks. In: Current History, 1998, S. 155–156.

Williams, Phil/Godson, Roy (2002): Anticipating organized and transnational crime. In: Crime, Law & Social Change, 37/2002, S. 311–355.

ANMERKUNGEN

- 1 Je komplexer und umfangreicher sich das Szenario abzeichnet, desto zahlreicher werden auch die sozialen Akteure, die an der Definition des Szenarios mitwirken; je unbegrenzter und veränderlicher die Grenzen des Szenarios festgelegt werden, desto mehr wird die Beachtung des „Neuen“ zu einer Notwendigkeit, wenn sich die eigene Forschungstätigkeit nicht auf das bloße Registrieren eines statischen Bildes begrenzen soll. Ein solches Paradigma mag in der Vergangenheit effizient gewesen sein. Gegenüber neu aufkommenden Einflussfaktoren ist es aber veraltet und unangemessen. Philosophisch betrachtet, können wir nach Nietzsches Lehre der ewigen Wiederkehr des Gleichen auch in der Gegenwart eine Wiederholung der Vergangenheit unter offensichtlich anderen Formen sehen. All das ist zwar auf metaphysischer Ebene ungemein faszinierend, sagt uns aber wenig über die Phänomenologie des konkreten Seins, der vollendeten sozialen Tatsachen. In dieser Sichtweise stellt die Veränderung eines sozialen Phänomens einen für das Verständnis unabhängigen Faktor dar.
- 2 Eine genaue Analyse der Veränderungen der organisierten Kriminalität auf transnationaler Ebene in Bezug auf die geänderten sozialen Kontrollmechanismen findet sich in Ruggiero (2002). Mit den Beziehungen zwischen sozialer Kontrolle und dem Entstehen abweichenden Verhaltens hat sich Melossi (2002) umfassend beschäftigt, gestützt auf die Untersuchung „der sozialen Mechanismen, die zu Erzeugern einer als sozialen Tatsache verstandenen Kriminalität werden“ (ebenda, S. 3).
- 3 Das umstrittene Konzept der „Mafiawirtschaft“ war mehrmals Gegenstand von Untersuchungen und Recherchen. Insbesondere Raimondo Catanzaro (2009) hat in seinem jüngsten Beitrag auf die Ungenauigkeit dieses Begriffs hingewiesen und geltend gemacht, dass korrekter von der „Wirtschaft der Mafiosi“ anstatt von der „Mafiawirtschaft“ gesprochen werden sollte. Catanzaro gesteht den Mafiosi in der Tat eine spezielle Kompetenz in dem Aufbau von Beziehungen, in der Reparatur von „Lücken in den sozialen Netzen“ zu. Wenn auch die Fähigkeit, „strukturelle Lücken“ zu schließen, typisch für die mafiose Wirtschaft und die mafiose Organisation ist, hat sich die Mafia in Wirklichkeit auf die „Erschaffung“ von strukturellen Lücken spezialisiert, die sie dann – in Ermangelung eines wirkungsvollen Handelns der Politik und der Institutionen – zu schließen anbietet.
- 4 Globalisierung ist ein aus „Globalisierung“ und „lokal“ zusammengesetzter Begriff für die Koexistenz oder das Zusammenwirken von Globalisierung und gleichzeitiger Bedeutungszunahme der lokalen Ebene.
- 5 Viele haben die Auswirkungen des durch die Globalisierung verursachten Wandels der wirtschaftlichen Märkte auf die kriminellen Verbindun-

gen und auf die Bündnisse zwischen organisierter Mafiakriminalität und der Kriminalität der Mächtigen analysiert. Hier können keine umfassenden Hinweise angeführt werden. Wir verweisen deshalb lediglich auf einige Beiträge, in denen der strategische Wert der Netzwerke innerhalb der globalisierten Szenarien und die Auswirkungen dieses Wandels innerhalb der organisierten Dimensionen ausführlich untersucht wird. Vgl. Allum/Siebert (2003); Sciarrone (2002, 2006); Williams/Godson (2002). Mit den Vorteilen der Anwendung von Instrumenten der Organisationssoziologie auf die kriminologischen Untersuchungen hat sich Diane Vaughan in einem Essay 2002 beschäftigt. Zum Netzwerk-Begriff und seiner Anwendung auf dem Feld der Organisationssoziologie vergleiche auch White (1992 und 2002), van der Hulst (2009), Lippens (2001). Nützliche Hinweise finden sich diesbezüglich auch in den Untersuchungen der Neoinstitutionalisten; vgl. Meyer/Rowan (1977), DiMaggio/Powell (1983), Powell/DiMaggio (2000), Powell (1990).

6 Übersetzung der Autorin.

7 Eines der beunruhigendsten Ergebnisse, die sich aus einer Umfrage ergeben, die wir in den neun sizilianischen Provinzen durchgeführt haben (Dino 2006b) und in der wir den Zusammenhang zwischen Mafia und Politik untersucht haben, betrifft die Resignation, mit der die Befragten die Existenz einer beinahe natürlichen Beziehung zwischen Politik und einem heimlichen Einverständnis mit den Mafiaorganisationen akzeptiert. Einige Befragte bringen sogar anerkennende Urteile über Politiker zum Ausdruck, die bewiesen haben, dass sie illegale Taten begehen können, ohne mit den dafür gesetzlich vorgesehenen Strafen belangt zu werden.

8 Die in den letzten Berichten des italienischen Kriminalamts zur Bekämpfung der Mafia („Direzione Investigativa Antimafia“) und in den Dokumenten der italienischen Finanzpolizei („Guardia di Finanza“) oder in den Berichten der beiden letzten parlamentarischen Mafiabekämpfungsausschüssen gemeldeten Fälle krimineller Verflechtungen zwischen lokalen Mafiaorganisationen und ausländischen Mafiaorganisationen auf transnationaler Basis sind überaus zahlreich.

9 Wir beziehen uns insbesondere auf eine Reihe von Artikeln, die im Herbst 2006 in „l'Unità“ erschienen sind und in denen – ausgehend von aktuellen Nachrichten – der „Gesundheitszustand“ der Mafia sowie etwaige neue Charakterzüge untersucht wurden. Siehe dazu die Interviews mit dem Staatsanwalt von Palermo Francesco Messineo und mit seinem Vertreter Sergio Lari („l'Unità“, 20.10.2006) sowie das Interview mit dem stellvertretenden Staatsanwalt Roberto Scarpinato („l'Unità“, 2.11.2006). Beispiele gibt es allerdings zur Genüge und die Versuchung, die verschiedenen Mafiaorganisationen in unrealistische Kategorien der Gefährlichkeit einzustufen, ist in den diesbezüglichen Debatten stets vorhanden.

10 Ein genauer Vergleich der Zweiteilung und der Unterscheidung zwischen „niederer“ (d.h. militärischer/ausführender) und „hoher“ (d.h. politischer) Mafia, die weit zurückgeht und beinahe rituell wiederholt wird, ergibt sich aus der Untersuchung, die Natascha Laura Fernandez Franco über Verfahrensunterlagen und Fachzeitschriften durchgeführt hat (vgl. L'evoluzione dell'immagine della mafia attraverso le pagine della „Rivista Penale“ 1874–1982, Università degli Studi di Palermo, Facoltà di Scienze della Formazione, Tesi di Laurea a. a. 2004–2005).

11 Vgl. Tribunale di Palermo, Ufficio del Giudice per le Indagini Preliminari, Ordinanza di custodia cautelare in carcere, Proc. pen. n. 1623/99 R.G.G.I.P.

12 Dies geschieht u. a. durch das „Voto di scambio“ – eine Stimmabgabe, die vom Austausch (scambio) klientelistischer Leistungen vom Gewählten an den Wähler abhängig ist – oder durch die Präsenz in den Parteien selbst.

Italien – ein Einwanderungsland wider Willen?

Corrado Bonifazi

Noch Anfang der 1990er Jahre lag der Ausländeranteil im klassischen Auswanderungsland Italien bei unter einem Prozent. Seitdem hat eine ungewöhnlich starke und anhaltende Zuwanderung die Zahl der Immigranten mehr als verzehnfacht. Diesem Anstieg waren – im Gegensatz zur zahlenmäßig ähnlichen Entwicklung in der Bundesrepublik der 1960er Jahre – keine politischen Entscheidungen vorausgegangen. Im Gegenteil: Die Zuwanderungsschübe erfolgten in einem eher ablehnenden politisch-gesellschaftlichen Kontext. Eine bewusste Steuerung legaler Immigration findet auch heute kaum statt. Die italienische Migrationspolitik ist gekennzeichnet von der Bekämpfung der illegalen Einwanderung, der man einerseits durch Legalisierungen bestimmter Gruppen, andererseits durch restriktive Maßnahmen zu begegnen versucht. Corrado Bonifazi zeichnet die einzelnen Etappen der italienischen Einwanderungsgeschichte nach, benennt Schwierigkeiten bei der Integration und analysiert die wirtschaftlich und demographisch nicht zu unterschätzende Bedeutung der Zuwanderung. Die Herkunftsländer der Zuwanderer haben sich in den letzten Jahren gewandelt: Nicht zuletzt durch die Erweiterung der Europäischen Union (EU) gewinnen mehr und mehr die (ost-)europäischen Einwanderer an Gewicht. |

Vorzeichenwechsel in der italienischen Migrationsbilanz

Über ein Jahrhundert lang ist Italien eines der führenden Auswanderungsländer Europas gewesen. Seit einigen Jahren ist es nun eines der maßgeblichen Einwanderungsländer der EU. Dieser Wandel hat sich in weniger als drei Jahrzehnten in einem eher ablehnenden politischen Kontext vollzogen und die Rolle Italiens im europäischen Migrationsgeschehen radikal verändert. Die Anzahl der legal in Italien lebenden Ausländer ist – vor allem aufgrund der wiederholten Legalisierungskampagnen – gestiegen und hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das vor einigen Jahren nur schwer vorstellbar war.

Erst zu Beginn der 1970er Jahre hat Italiens Migrationsbilanz einen positiven Wanderungssaldo erreicht. Damals kehrten mehr Italiener aus der Emigration nach Italien zurück, als Auswanderungen registriert wurden. Dieser Ein-

schnitt fiel mit dem Ende einer Phase außergewöhnlich hohen Wirtschaftswachstums zusammen, von dem das Land in den vorausgegangenen zwei Jahrzehnten geprägt war. Zwischen 1951 und 1963 ist die italienische Wirtschaft durchschnittlich um 5,8 Prozent pro Jahr gewachsen und zwischen 1964 und 1973 hielt das Wirtschaftswachstum mit durchschnittlich fünf Prozent pro Jahr weiter an, während die Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum unter 5,5 Prozent lag (Ciocca 2007). Von ebenso großer Bedeutung ist der Strukturwan-

del, der sich in diesem Zeitraum vollzogen hat: So ist der Anteil der Beschäftigten im Landwirtschaftssektor von 43,9 Prozent im Jahr 1951 auf 16,6 Prozent im Jahr 1973 zurückgegangen, während der Anteil der Beschäftigten in der Industrie im gleichen Zeitraum von 29,5 Prozent auf 38,3 Prozent gestiegen ist.

Der Vorzeichenwechsel in der italienischen Wanderungsbilanz fiel mit dem Beginn einer komplexen Um- und Neugestaltung der europäischen Migrationsprozesse als Folge der Ölkrise 1973

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

zusammen (Bonifazi 2008). In der Tat wurde nach dem Ende eines außergewöhnlichen Wirtschaftswachstums, das in den Nachkriegsjahren begonnen hatte, ein langer und tiefgreifender Umstrukturierungsprozess der Wirtschaft eingeleitet. Im Verlauf dieses Strukturwandels veränderte sich der Stellenwert, den die Ausländerbeschäftigung bis dahin im wirtschaftlichen Gefüge hatte, von Grund auf. Die offiziellen Anwerbestellen wurden geschlossen. Die Regierungen der klassischen Einwanderungsländer mussten jedoch zur Kenntnis nehmen, dass die Zuwanderung – die bis dahin von allen Beteiligten als ein im Wesentlichen vorübergehendes Phänomen betrachtet wurde – die gesellschaftliche Wirklichkeit der Aufnahmegesellschaften verändert hatte. Der Anwerbestopp forderte z.B. in Deutschland den Familiennachzug geradezu

heraus und führte dazu, dass diejenigen, die bereits in der Bundesrepublik waren, auf Dauer blieben.

Die Auswirkungen des Wirtschaftswachstums im eigenen Land und der Einwanderungsstopp in den Aufnahmeländern haben in Italien dazu geführt, dass die Zahl der Einwanderungen aus dem Ausland größer wurde als die Zahl der Abwanderungen. Damit fand ein Migrationszyklus seinen Abschluss, der vor nahezu einem Jahrhundert begonnen hatte. Gegen Ende der 1970er Jahre setzten die ersten größeren Einwanderungsströme ausländischer Zuwanderer ein: in Sizilien tunesische Arbeitskräfte im Fischereisektor und in der Landwirtschaft, im Friaul jugoslawische Arbeitskräfte im Baugewerbe und in den Großstädten Haushaltshilfen von den Kapverdischen Inseln und den Philippinen.

Diese Einwanderung fand vor der Fülle einer im Grunde nicht vorhandenen entsprechenden Gesetzgebung statt. Diese unzureichende Gesetzgebung war in diesem Zeitraum typisch für die Mittelmeerländer der EU, und nicht wenige Beobachter sahen darin einen ausschlaggebenden Faktor für den Beginn der Zuwanderung in die Mittelmeerstaaten. Der überaus schwierige Zugang zu den kaum vorhandenen regulären Einreisekanälen führte letztlich dazu, dass ein großer Teil der damaligen Einwanderung illegal erfolgte. Dieser Aspekt wurde, neben den regelmäßig wiederkehrenden Legalisierungen, zu einer Konstante in der Ge-

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Immigranten aus Afrika verdingen sich als Saisonarbeiter bei der Orangenernte in Kalabrien. Italien hat sich in den letzten drei Jahrzehnten vom klassischen Auswanderungsland zu einem maßgeblichen Einwanderungsland der EU entwickelt.
picture alliance/dpa

schichte der Einwanderung nach Italien.

Die Ursache dieser ersten Zuwanderungsströme war einerseits, dass die politischen und wirtschaftlichen Beweggründe der Auswanderung in vielen Anrainerstaaten des Mittelmeers und in den Entwicklungsländern immer zahlreicher wurden, während andererseits der Zuwanderungsstopp in den klassischen Einwanderungsländern Italien zu einem alternativen Einwanderungsziel werden ließ. Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass die Segmentierung des Arbeitsmarktes, die in der durch einen hohen Anteil an Schwarzarbeit gekennzeichneten Wirtschaft Italiens von besonderer Bedeutung ist, in einigen Produktionssektoren und in einigen Gebieten Italiens bereits zu einem Arbeitskräftemangel geführt hatte, und dies trotz einer immer höheren Arbeitslosenquote, die von 6,2 Prozent im Jahre 1973 auf 11,8 Prozent im Jahre 1989 angestiegen ist.

In den 1980er Jahren war die Haltung gegenüber der Zuwanderung im Großen und Ganzen wohlwollend. Das erste italienische Zuwanderungsgesetz, das Gesetz Nr. 943 von 1986, wurde daher mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Dieses Gesetz war noch stark auf die Arbeitsplatzfrage fokussiert, sah aber bereits Möglichkeiten der Legalisierung vor. Im darauf folgenden Jahrzehnt veränderte sich das Klima gravierend – vor allem in Folge der durch den Fall der Berliner Mauer ausgelösten Entwicklungen. Der Wandel vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland hat sich also zwischen den Ökrisen der 1970er Jahre (1973 und 1979) und dem Ende der 1980er Jahre vollzogen. Zunächst äußerte sich dieser Wandel darin, dass mehr italienische Emigranten wieder nach Italien zurückkehrten und weniger Italiener abwanderten. Mit dem Anstieg ausländischer Einwanderer in den 1980er Jahren wurde das relativ neue Phänomen der Zuwanderung nach Italien zum bestimmenden Element des dortigen Migrationsgeschehens.

Die 1990er Jahre: Ein Jahrzehnt des Übergangs

Die allgemeine Akzeptanz der Zuwanderung und die wohlwollende Haltung gegenüber Einwanderern begannen nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs und nach dem Ende der sozialistischen Regime zu bröckeln. In der Tat kam es bereits Anfang 1990 während der parlamentarischen Diskussion über die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes Nr. 39 – das „Martelli-Gesetz“ – zu einem Bruch zwischen

dem „Movimento Sociale Italiano“¹ und dem „Partito Repubblicano“² auf der einen Seite und einem großen politischen Lager, das dieses Gesetz befürwortete. Das letztgenannte Lager umfasste die Mehrzahl der politischen Parteien und wurde von den Gewerkschaften und der katholischen Kirche unterstützt. Die Einwanderungsproblematik gelangte zwischen März und August des Jahres 1991 auf dramatische Weise wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit, als mehrere Flüchtlingswellen aus Albanien die Küsten Italiens erreichten.

Die Dramatik der Ereignisse verdeutlichte und verstärkte zugleich die tiefgreifende Änderung, die sich mittlerweile in der öffentlichen Meinung der italienischen Gesellschaft vollzogen hatte. Die Presse hatte ihren Fokus im Laufe der Zeit von den Herausforderungen der Aufnahme und Integration auf die Frage der Einwanderungskontrolle gerichtet. Diskutiert wurden nun die Instrumente zur Abschwächung des Migrationsdrucks, der als unaufhaltsam und immer bedrohlicher beschrieben wurde. Die Einwanderung wurde in den Medien vorwiegend als eine „Bedrohung“ dargestellt, und es wurde das Bild des „zum Überfall bereit stehenden Invasionsheeres“ benutzt oder von der „Festung, die es zu verteidigen gelte“ gesprochen; die Einwanderer wurden als „Illegale“, als „Personen ohne Aufenthaltsrecht“, als „Ungelesene“ oder als „die ohne Dokumente“ angesehen (Walter 1995). Dagegen wurde der Rolle der ausländischen Arbeitskräfte im Wirtschaftssystem kaum mehr Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl dieser ökonomischen Funktion in den kommenden Jahren eine immer größere Bedeutung zukommen sollte (Sciortino/Colombo 2004).

Eine ähnliche Richtung hatte auch die politische Debatte eingeschlagen: In den Parteien gewannen diejenigen Kräfte immer mehr Raum, die der Einwanderung entschiedenen Widerstand entgegenbrachten.

Aus Meinungsumfragen geht deutlich hervor, dass die anfangs offene und hilfsbereite Haltung auch in der Bevölkerung im Laufe des Jahres 1991 einer Haltung der Angst und der Abwehr gewichen war (Bonifazi 1996). So kam es, dass die erzwungene und nach einigen Tagen der Isolierung im Stadion von Bari mittels einer Täuschung umgesetzte Rückführung von 21.000 Albanern, die im August 1991 an den Küsten Apuliens gelandet waren, quasi ohne Widerspruch in einem Klima außergewöhnlicher und in vielerlei Hinsicht unerwarteter Übereinstimmung der öffentlichen Meinung mit den Maßnahmen der Regierung stattfand (Pittau/Reggio 1992).

Zum Druck der öffentlichen Meinung, die von den Massenlandungen albanischer Flüchtlinge an den Küsten Apuliens im Laufe des Jahres 1991 schockiert war, kam die Notwendigkeit, die konkrete Handhabung der Einwanderung an die Regularien anzupassen, die in den anderen Mitgliedstaaten der EU galten. Italien hatte im Juni 1990 dem Schengener Abkommen zugestimmt, in dem genaue Bedingungen für die Sicherung der EU-Außengrenzen festgelegt wurden, um damit den Weg für eine Abschaffung der Binnengrenzen frei zu machen. Gleichzeitig wurde im Jahr 1992 der Vertrag von Maastricht unterzeichnet, der 1993 in Kraft trat und einen weiteren Schritt für das Zusammenwachsen Europas darstellte.

Das so genannte Martelli-Gesetz ermöglichte es Italien jedoch nicht, einen Ausweg aus der bis dato geltenden Migrationspolitik – die letztlich zu dieser Ausnahmesituation beitrug – zu finden. Notwendige Fragen der Integration wurden in vollkommen unangemessener Weise vernachlässigt. Das Gesetz beschränkte sich praktisch auf die Einrichtung von Aufnahmelagern. Die Kontrolle der illegalen Einwanderung, die von den EU-Partnern, bei denen Italien als Schwachstelle der Außengrenzen galt, angemahnt worden war, erwies sich aufgrund fehlender Instrumente zur Abschiebung illegaler Einwanderer als völlig unzureichend (Zincone/Di Gregorio 2002).

In den 1990er Jahren verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum, während die Arbeitslosenquote in diesem Jahrzehnt zumeist über elf Prozent lag – in Süditalien sogar bei 20 Prozent. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass Italien 1992 eine dramatische politische Krise erlebte, die zum Verschwinden bzw. zu einer tiefgreifenden Umwandlung fast aller bestehenden Parteien führte (Ginsborg 1998). Diese Krise hatte ebenfalls einen nicht unerheblichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Migrationspolitik: Es dauerte nämlich mehrere Jahre, bis 1998 mit dem Zuwanderungsgesetz Nr. 40 – mit dem „Turco-Napolitano-Gesetz“³ – die erste grundsätzliche legislative Maßnahme verabschiedet wurde, obwohl die unzulängliche Gesetzeslage seit Jahren offensichtlich war.

Kontinuierlicher Anstieg des Ausländeranteils

Anfang 2000 lebten mehr als anderthalb Millionen Ausländer rechtmäßig in Italien. Die politische Diskussion über die Einwanderungsfrage nahm einen immer schärferen Ton an: 1999 reichte die Lega Nord einen ersten Antrag auf

ein Referendum zur Aufhebung des neuen Gesetzes ein, der vom Verfassungsgericht als unzulässig beurteilt wurde. Die anschließende Vorlage des Gesetzes „Bossi-Berlusconi“ für ein Volksbegehren wurde im März 2000 während des Wahlkampfs für die Regionalwahlen eingebracht (Zincone 2001).

Die Änderung der politischen Mehrheitsverhältnisse im Jahr 2001 brachte eine Mitte-Rechts-Regierung an die Macht und hatte in Form des neuen Zuwanderungsgesetzes Nr. 189 vom Juli 2002, das als „Bossi-Fini-Gesetz“ bekannt wurde, spürbare Auswirkungen auf die Migrationspolitik. Im Einklang mit dem Wahlprogramm der Partei „Casa delle libertà“ („Haus der Freiheiten“) zielte das Gesetz darauf ab, „die Einwandererströme besser zu steuern und die illegale Einwanderung bestmöglichst zu bekämpfen“ (Nascimbene 2003, S. 532). Der zweite Aspekt ist mit Sicherheit der wichtigere, auch wenn die ursprüngliche Absicht dahinter eine andere gewesen war: In dem Gesetz war die Legalisierung der als Haushaltshilfen und als Pflegekräfte beschäftigten Zuwanderer vorgesehen. Das Gesetz wurde von einer Gesetzesverordnung vom September desselben Jahres zur Legalisierung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit von Zuwanderern in Wirtschaftsbetrieben begleitet. Im Zuge dieser Verordnungen wurden 702.000 Anträge eingereicht und etwa 650.000 Einwanderer „legalisiert“. Damit haben diese Verordnungen – die bei weitem größte gesetzliche Legalisierungsmaßnahme dieser Art in der Geschichte Italiens – entscheidend zum Anstieg der Zahl gemeldeter Ausländer auf knapp 2,8 Millionen Personen Anfang 2006 beigetragen.

Der Beitritt von zehn neuen Ländern zur EU im Mai 2004 hatte gewichtige Auswirkungen und zwar sowohl auf die politischen Aspekte der Zuwanderung und den Umgang mit dem Thema, als auch auf die Zuwanderungsströme selbst. Nach der Osterweiterung der EU hatte Italien die in den Beitrittsverträgen vorgesehene Klausel – mit Ausnahme von Zypern und Malta – in Anspruch genommen, die den EU-Mitgliedstaaten einen Übergangszeitraum zugestand, bevor sie Arbeitnehmern aus den neu hinzugekommenen Mitgliedstaaten das Recht auf Freizügigkeit zusichern.

Das nach den Wahlen vom April 2006 regierende Mitte-Links-Bündnis von Romano Prodi leitete zum Thema Zuwanderung eine Reihe von Initiativen in die Wege. Im Einzelnen erließ die Regierung eine zweite Zuwanderungsverordnung, mit der die Aufnahme von weiteren 350.000 Zuwanderern ermöglicht wurde; sie schaffte die eben erwähnten

Einschränkungen des Rechts auf Freizügigkeit für acht der neuen EU-Mitgliedstaaten ab; sie setzte die Richtlinien der EU zur Familienzusammenführung und für langfristig Aufenthaltsberechtigte mit neuen Vorschriften um, die für die Zuwanderer vorteilhafter waren, als die bis dahin geltenden Regularien. Mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur EU Anfang 2007 folgte im Februar desselben Jahres eine Verordnung, mit der die nationalen Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen für Bürger von EU-Mitgliedstaaten an die Richtlinien der Gemeinschaft von 2004 angepasst wurden.

Nach dem Sturz der Regierung Prodi Anfang 2008 und dem Sieg des Mitte-Rechts-Bündnisses bei den Wahlen im April 2008 sind die Themen Sicherheit und Kontrolle der illegalen Zuwanderung auf der politischen Tagesordnung wieder ganz nach oben gerückt. Konkret hat die Regierung Berlusconi eine Doppelstrategie verfolgt: einerseits die Reduzierung des Anteils der illegalen Zuwanderer durch eine erneute Legalisierung (allerdings beschränkt auf Haushaltshilfen und Pflegekräfte) und andererseits die effizientere Ausgestaltung der Vorschriften zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung (Codini 2010). Die neue Legalisierung hat mit ihren etwa 300.000 Anträgen sicherlich dazu beigetragen, die Anzahl der illegalen Zuwanderer zu reduzieren, konnte das Problem der Illegalität freilich nicht lösen, unter anderem auch deshalb, weil sie sich lediglich auf einen bestimmten Arbeitssektor beschränkte. Der andere Teil der Doppelstrategie umfasst als Neuerungen die Einführung des Straftatbestands „Illegaler Aufenthalt“ (der mit Geldbuße bestraft wird); die Verlängerung der Gewahrsamsdauer für die bevorstehende Ausweisung auf sechs Monate; die Einführung mehrerer Hindernisse für die Inanspruchnahme einiger Rechte seitens der illegalen Zuwanderer und die Vereinbarung mit Libyen, Immigranten noch auf dem Meer zurückzuschicken. Im Hinblick auf die praktische Effizienz und die Verfassungsmäßigkeit der ersten drei Maßnahmen wurden bereits zahlreiche Zweifel angemeldet. Diese Maßnahmen haben den Eindruck verstärkt, dass sich im Laufe der Jahre ein für Zuwanderer nachteiliges Sonderrecht entwickelt hat, „wobei die Anwendung der Ausweisung aus Sicherheitsgründen abnorm ausgeweitet worden ist“ (Caputo 2009, S. 103). Auch die Vereinbarung mit Libyen hat starke Bedenken hervorgerufen. In diesem Fall betreffen die Maßnahmen größtenteils Asylbewerber. Da Libyen nicht zu den Unterzeichnerstaaten der Genfer Konvention gehört, ist nicht gewährleistet,

dass dort die Menschenrechte auch der Migranten eingehalten werden – was durch die Medien bereits in mehreren Fällen auf tragische Weise dokumentiert wurde.

Mit all diesen Verordnungen wurde allerdings das Problem einer fehlenden politischen Strategie, mit der eine legale Einreise effizient gestaltet werden könnte, nicht gelöst. Durch die Wirtschaftskrise wird dieses Problem zwar abgeschwächt, als gelöst kann es allerdings noch lange nicht angesehen werden. In der Tat besteht kein Zweifel daran, dass die Nachfrage der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften – unabhängig von den unterschiedlichen politischen Positionen zur Einwanderungsfrage – ganz eindeutig gestiegen ist. Der merkliche Anstieg der sich legal in Italien aufhaltenden Ausländer geht – vor allem im letzten Jahrzehnt – auf die Konsolidierung zahlreicher Immigrantengemeinschaften und auf das Wirken der Migrationsnetzwerke zurück. Die steigende Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften, die in unterschiedlichen Wirtschaftssektoren und in privaten Haushalten Beschäftigung finden, ist aber letztendlich auf demographische, wirtschaftliche und soziale Ursachen zurückzuführen (Bonifazi/Rinesi 2010).

Die Einwanderung in Zahlen

Eben der Einfluss dieser unterschiedlichen Faktoren erklärt auch den offensichtlichen Widerspruch zwischen einer immer restriktiveren Migrationspolitik und dem kontinuierlichen Anstieg der Zuwanderung. Nach Schätzungen des italienischen Statistikinstitutes Istat ist die Zahl der in Italien ansässigen Ausländer Anfang 2010 auf 4,3 Millionen gestiegen (Istat 2010), wohingegen in der Volkszählung im Jahr 1991 gerade einmal 356.000 und in der Volkszählung von 2001 1,3 Millionen in Italien lebende Ausländer registriert worden sind. Der Ausländeranteil ist in 18 Jahren also von 0,6 Prozent der Bevölkerung auf 7,1 Prozent angestiegen. Zählt man zu dieser Zahl die legal in Italien lebenden, aber nicht im Einwohnermeldeamt registrierten Ausländer (Anfang 2009 auf 521.000 geschätzt) und die illegal in Italien lebenden Ausländer (Anfang 2009 auf 422.000 geschätzt) hinzu, dürfte die Zahl der insgesamt in Italien lebenden Ausländer mittlerweile bei über fünf Millionen liegen (Blangiardo 2010).

Tabelle 1: Ausländeranteile in Deutschland (1955–1974) und in Italien (1992–2010) (absolute Werte in Tausend; Anteile auf die Gesamtbevölkerung in Prozent; Indizes)

Deutschland				Italien			
Jahr	Ausländische Bevölkerung			Jahr	Ausländische Bevölkerung		
	Abs. Werte	%	Ind. (1955=100)		Abs. Werte	%	Ind. (1992=100)
1955	492,9	0,9	100	1992 (a)	356,2	0,6	100
1961	686,2	1,2	139	1998	991,7	1,7	278
1967	1806,7	3,0	367	2004	1990,2	3,4	559
1973	3966,2	6,4	805	2009	3900,0	6,5	1095
1974	4127,4	6,7	837	2010	4279,0	7,1	1201

Anmerkungen: (a) Zahl aus der Volkszählung Oktober 1991.

Quelle: Für Deutschland Frey und Mammy (1996), für Italien Angaben des italienischen Statistikamts Istat.

Dieser enorme Anstieg hat sich im Gegensatz zu der Entwicklung in den klassischen europäischen Einwanderungsländern in den 1950er und 1960er Jahren vor einem ungünstigen gesellschaftlich-politischen Hintergrund und insbesondere ohne jegliche konkrete Politik zur Steuerung der Zuwanderung vollzogen. Vergleichen wir die Entwicklung der Einwanderung in Italien seit Anfang der 1990er Jahre bis heute mit derjenigen in Deutschland – beginnend mit den Anwerbeprogrammen im Jahr 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 –, so überrascht die Ähnlichkeit des Verlaufs (vgl. Tabelle 1). Dies umso mehr, wenn man in Betracht zieht, dass der Anstieg der Zuwanderung in Italien sowohl in absoluten als auch in relativen Zahlen zwar stärker war als in Deutschland, dieser Anstieg aber vor dem Hintergrund einer vollkommen anderen Migrationspolitik stattgefunden hat. In Deutschland ist mithilfe von bilateralen Verträgen eine aktive Anwerbepolitik verfolgt worden, wohingegen der Anstieg des Ausländeranteils in Italien durch wiederholte Legalisierungen und ohne eine bewusst befürwortende Haltung zur Frage der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte stattgefunden hat.

Auch das wirtschaftliche Umfeld, in dem sich der Anstieg des Ausländeranteils vollzog, war ein gänzlich anderes. So betrug zwischen 1951 und 1972 die durchschnittliche Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf in Deutschland 5,1 Prozent pro Jahr, wohingegen diese Kennzahl in Italien im Zeitraum von 1990 bis 2007 um lediglich 1,2 Prozent jährlich gestiegen ist und derzeit aufgrund der Wirtschaftskrise einen herben Rückgang erleidet. In Italien ist der ausländische Bevölkerungsanteil also stärker angestiegen als in Deutschland während der „Goldenen Jahre“ der Arbeitsmigration, obwohl in diesen Jahren nur ein abgeschwächtes oder sogar ein

negatives Wirtschaftswachstum zu verzeichnen war und obwohl keine aktive Anwerbepolitik betrieben wurde. Dies zeigt deutlich, dass es zu einer solchen intensiven Migration, wie sie in den Industriegesellschaften in Phasen eines starken Wirtschaftswachstums und in einem weitgehend akzeptierenden politischen Umfeld erreicht worden ist, in postfordistischen Ökonomien auch ohne diese beiden Elemente kommen kann.

Das Verhältnis zwischen Einwanderungsfaktoren und Migrationsströmen ist komplizierter und weniger direkt geworden. Die Auswirkungen haben deshalb aber keine geringere Tragweite. Eine wirkliche Kontrolle des Ausmaßes der Migration kann nur durch die Überwindung oder die Reduzierung struktureller Faktoren erreicht werden, die ursächlich für die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften verantwortlich sind. Hinzu kommt, dass diese Nachfrage auch in Zeiten einer mittelmäßigen Konjunktur bzw. einer ausgesprochen ungünstigen Wirtschaftslage wie der jetzigen auf hohem Niveau anhält.

Hierin zeigt sich ein weiterer Unterschied zu den traditionellen Einwanderungsländern. Diese konnten die Zuwanderung neuer Arbeitskräfte durch einen Anwerbestopp derart wirksam reduzieren, dass der in den folgenden Jahren verzeichnete Anstieg des Ausländeranteils im Wesentlichen auf Familienzusammenführungen und auf den Übergang von einem nur vorübergehend gedachten zu einem dauerhaften Aufenthalt zurückgeht. Für die neuen Einwanderungsländer ist es wegen der schwächeren Bindung an die Konjunkturentwicklung und weil sie keine aktive – und damit auch regulierende – Anwerbepolitik betreiben weitaus problematischer, die Zuwanderung von Arbeitskräften zu bremsen. Gleichzeitig sind eine Zunahme der Familienzusammenführungen und die Stabilisierung

einer mehr oder weniger hohen Einwanderungsquote so gut wie unvermeidlich. Folglich ist keinesfalls auszuschließen, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Italien in einigen Jahren größer sein wird als in den klassischen Einwanderungsländern, und dies ohne dass jemals eine explizite Politik zur Steuerung der Zuwanderung betrieben worden ist. Die Entscheidung der italienischen Regierung für eine erneute Legalisierung von Pflegekräften und Haushaltshilfen zeigt, wie strukturelle Ursachen für die Einwanderung auch bei einer starken öffentlichen Ablehnung der Zuwanderung und in Zeiten wirtschaftlicher Rezession fortbestehen und zu weiteren Zuwanderungen führen können.

Die „Europäisierung“ der Immigration

Abgesehen vom Ausmaß haben sich in den letzten Jahren auch einige strukturelle Merkmale der Migration geändert. So konnte vor allem ein starker Anstieg von Zuwanderern aus den ehemaligen sozialistischen Ländern Europas beobachtet werden. Der außerordentliche Anstieg der Zahl der in Italien ansässigen Staatsbürger aus den Ländern Ostmitteleuropas ist ein signifikantes Ergebnis der Umwälzungen in Europa in den 1990er Jahren. In nicht einmal zwanzig Jahren ist diese von 50.000 Personen, die in der Volkszählung von 1991 gezählt worden waren, um das 37-fache auf 1,9 Millionen Personen, die Anfang 2009 in den Einwohnermeldeämtern registriert waren, angewachsen. Dieser Anstieg ist dreimal so hoch wie das bereits hohe Gesamtwachstum der Zuwanderung und hat dazu geführt, dass sich der Anteil an Ausländern osteuropäischer Herkunft an der Gesamtzahl der in Italien ansässigen Ausländer von 14 Prozent auf 48,6 Prozent erhöht hat. Diese Entwicklung ist ganz offensichtlich die direkte Folge der Freiheit, die die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder nach dem Fall der Berliner Mauer wiedererlangt haben; sie ist aber auch das Ergebnis immer leichterer Einreise in die (alte) EU, insbesondere im Vergleich zu potenziellen Mitbewerbern aus anderen Herkunftsregionen. Die Bürgerinnen und Bürger der ostmitteleuropäischen Staaten, die der EU beigetreten sind, genießen mittlerweile das Freizügigkeitsrecht und machen von dieser Möglichkeit auch Gebrauch. Aufgrund der EU-Erweiterung und der neuen Zuwanderungsströme ist die Zahl der in Italien ansässigen Ausländer aus EU-Mitgliedstaaten angewachsen. Belief sich die Zahl aus den damaligen zwölf Mitgliedstaaten der EU im Jahr 1991 auf circa 75.000 Personen, ist sie

im Jahr 2009 auf 1.132.200 Personen, die nunmehr aus den derzeit 27 Mitgliedstaaten kommen, angewachsen. Im Ergebnis sind mehr als ein Viertel der legalen Zuwanderer mittlerweile Personen, deren Rechtsstatus von EU-Vorschriften gewährleistet wird. Deren Situation ist damit in vielerlei Hinsicht der rechtlichen Stellung der italienischen Bürgerinnen und Bürger ähnlicher als derjenigen Rechtslage, die bei Nicht-EU-Ausländern Anwendung findet.

Auch unter diesem Gesichtspunkt wäre es angemessen, die Migrationspolitik und den praktischen Umgang mit der Zuwanderung an die Rechtslage anderer europäischer Staaten anzupassen. Dabei könnte man von den Erfahrungen, die in den alten Einwanderungsländern – wie zum in Deutschland – gewonnen wurden, profitieren. Es handelt sich nämlich nicht nur um eine bloße Änderung der Zuwanderungszahlen, sondern um eine grundlegende Veränderung in der nationalen Herkunft der Immigranten. Ein Indikator dafür ist die Tatsache, dass die Zugewanderten aus anderen EU-Mitgliedstaaten in wirtschaftlicher Hinsicht erstmals Funktionen ausüben, die im Wesentlichen den Funktionen der Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern entsprechen, wobei die Zuwanderer aus EU-Ländern jedoch das Recht der Freizügigkeit genießen. Dieser Unterschied kann gewichtige Folgen für die Entwicklung der Einwanderung haben und zu einer größeren Freiheit in der Steuerung der Migrationsrouten von Einzelpersonen und Familien bei gleichzeitiger Reduzierung des Spielraums für Maßnahmen des Aufnahmelandes führen.

Schätzungen (Istat 2010) zufolge stellten Anfang 2010 Rumänen mit 953.000 Personen die mit Abstand größte Gruppe, gefolgt von Albanern (472.000), Marokkanern (433.000), Chinesen (181.000), Ukrainern (172.000), Philippinern (120.000) und Moldawiern (109.000). Seit den 1990er Jahren hat das Profil der Zuwanderung allmählich immer festere Umrisse bekommen und zu einem deutlichen Übergewicht dreier Gruppen (Rumänen, Albaner und Marokkaner) sowie zur Konsolidierung zahlreicher anderer Nationalitäten in beachtlicher Größe geführt. In den letzten zwanzig Jahren sind die Einwanderergruppen unterschiedlich angewachsen. Die Gruppe der Rumänen ist im Vergleich zum durchschnittlichen Anstieg des Ausländeranteils beispielsweise schon immer stärker gewachsen. Außergewöhnlich ist die Zunahme des ukrainischen Bevölkerungsanteils in den letzten Jahren: die Zahl der Ukrainer ist von 8.600 in Italien ansässigen Personen im Jahr 2001 auf 172.000 Personen im Jahr 2010 angewachsen. Gleiches gilt für die

Moldawier, deren Anteil im selben Zeitraum um das 26-fache auf 109.000 Personen angewachsen ist. Es ist bezeichnend, dass diese beiden Gruppen aus zwei osteuropäischen Ländern kommen, die der EU nicht beigetreten sind. Dies zeigt, dass sich das europäische Migrationsgeschehen auf einem weitaus größeren Gebiet abspielt als das von der EU-Erweiterung direkt betroffene.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Immigration

In den letzten Jahren ist die Einwanderung für die italienische Wirtschaft und für die demographische Entwicklung des Landes immer wichtiger geworden. Der Beitrag, den die ausländischen Arbeitnehmer für die Wirtschaft des Landes leisten, beläuft sich auf etwa zehn Prozent des BIP, und die in der Arbeitskräfteerhebung gezählten zwei Millionen ausländische Arbeitnehmer machen 8,5 Prozent der Gesamtbeschäftigung des Landes aus.⁴ Diese ausländischen Arbeitnehmer sind vornehmlich in der Industrie, im Baugewerbe, im Dienstleistungssektor, in privaten Haushalten und in der Landwirtschaft beschäftigt. Dabei sind sowohl regionale als auch geschlechtsspezifische Unterschiede feststellbar. Männliche Zuwanderer finden in Mittelitalien und in Norditalien hauptsächlich in der Industrie und im Baugewerbe Beschäftigung, in Süditalien dominieren die Sektoren Handel und Baugewerbe. Zuwandererinnen finden fast überall im Land vornehmlich als Haushaltshilfen Beschäftigung.

Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte in der Industrie (404.000 Personen im Jahr 2009) spielt in der Entwicklung der Zuwanderung eine wichtige Rolle. Im industrialisierten Nord- und Mittelitalien hat die wirtschaftliche Entwicklung nämlich seit geraumer Zeit die lokalen Arbeitskräfte reserven erschöpft – Reservens, die auch wegen der geringen Geburtenrate begrenzt sind. Betriebe haben deshalb in verstärktem Maße Zuwanderer als Arbeitskräfte eingestellt. Dadurch ist es in den zentralen Wirtschaftssektoren Italiens zu einer beträchtlichen Ausweitung der Nachfrage nach Einwanderern gekommen.

Das Baugewerbe scheint einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren für den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte zu sein; es zeichnet sich vor allem als eine Branche für den ersten Zugang zum Arbeitsmarkt aus – oft auch unabhängig von den beruflichen Qualifikationen der Zuwanderer oder der Rechtmäßigkeit ihres Aufenthaltsstatus. Die Arbeit in privaten Haushalten und in der Pflege bleibt nach wie vor einer der zentralen Sektoren für Zuwandererinnen. Der

schon seit den 1960 Jahren zu beobachtende starke Rückgang italienischer Arbeitnehmerinnen, die bereit sind, diese niedrig entlohnten Arbeiten auszuüben, und die Unzulänglichkeit der Sozialsysteme, die nicht angemessen auf die Bedürfnisse der Familien reagieren (und dies in einer Zeit, die sowohl durch den Anstieg der Beschäftigungsquote von Frauen als auch durch den Anstieg von unterstützungsbedürftigen Senioren gekennzeichnet ist), sind die ausschlaggebenden Ursachen für die Beschäftigung von Zuwandererinnen.

Die Arbeit in den niedrig qualifizierten Bereichen des Dienstleistungssektors stellt eine weitere entscheidende Komponente der Zuwanderung dar. In diesem Fall hat Italiens Wirtschaft einen Verlauf genommen, der im Wesentlichen mit der Entwicklung in anderen europäischen Ländern vergleichbar ist: Bei Beschäftigungen dieser Art erweist sich die Einführung von technischen Innovationen, mit denen die Produktionskosten reduziert werden können, als schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Gleichzeitig handelt es sich um Tätigkeiten, die nicht ins Ausland ausgelagert werden können. Den einfachsten und effizientesten Ausweg sehen die Betriebe deshalb in der Reduzierung von tarifrechtlichen Gewährleistungen und der Verringerung der Arbeitskosten durch die Vergabe von zeitlich befristeten Arbeitsverträgen anstelle von festen Arbeitsplätzen.

Die Arbeit in der Landwirtschaft macht im Jahr 2009 einen Anteil von 3,5 Prozent der ausländischen Beschäftigung aus, erreicht in Süditalien jedoch 11,3 Prozent. Diese Zahlen zeigen, dass die Zuwanderung für diesen Sektor in hohem Maße relevant ist. In Süditalien werden die zugewanderten Arbeitskräfte hauptsächlich für Erntetätigkeiten eingesetzt, außerdem leisten sie all jene für die Landwirtschaft des Mittelmeerraums typischen Arbeiten mit einem saisonal hohen Arbeitskräftebedarf. In der Regel handelt es sich dabei um irreguläre Beschäftigungsverhältnisse. In Mittel- und Norditalien hingegen werden die Zuwanderer meistens regulär eingestellt und nach Mindestlohnverträgen bezahlt. Von Bedeutung ist in diesen Regionen auch die dauerhafte Beschäftigung von Zuwanderern in der Viehzucht.

Demographische Auswirkungen

Selbstverständlich wirkt sich die verstärkte Zuwanderung auf eine stagnie-

rende Bevölkerungsentwicklung, wie wir sie für Italien konstatieren können, in beträchtlichem Maße aus. Dies zeigt allein schon die Tatsache, dass die Zunahme der Bevölkerung im Zeitraum zwischen der Volkszählung im Jahr 1991 und Anfang 2010 um 3,4 Millionen Einwohner ausschließlich dem Anwachsen der ausländischen Bevölkerung zuzuschreiben ist. Dieses Wachstum hat den Rückgang der einheimischen Bevölkerung, der im gleichen Zeitraum verzeichnet wurde, mehr als ausgeglichen. Dieser Prozess betraf fast ausschließlich Mittel- und Norditalien, wo nahezu 90 Prozent des Bevölkerungswachstums verzeichnet wurden. Es ist offensichtlich, dass die Zuwanderung im genannten Zeitraum für die Wirtschaft Mittel- und Norditaliens den Flexibilitätssfaktor dargestellt hat, den natürliche Bevölkerungsentwicklung und Binnenmigration nicht gewährleisten konnten: Ohne die Zuwanderung hätte die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den reichsten und produktivsten Gebieten Italiens einen historisch einmaligen Rückgang und eine Überalterung erfahren, was zu erheblichen Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftssystem Italiens geführt hätte.

Der Gesamtanteil der in Italien ansässigen Ausländer beläuft sich 2010 zwar auf 7,1 Prozent der Bevölkerung, die Verteilung auf die verschiedenen Altersgruppen sieht dagegen vollkommen anders aus. Tatsächlich ist der Ausländeranteil in der Gruppe der 15- bis 39-Jährigen mit 12,9 Prozent am höchsten und in der Gruppe der Senioren mit 0,8 Prozent am niedrigsten. Die ausländische Bevölkerung weist eine noch junge Altersstruktur auf, bei der die Minderjährigen einen Anteil von 22 Prozent und die Altersgruppe zwischen 18 und 39 Jahren einen Anteil von 47,6 Prozent ausmachen.

Im demographischen Wandel Italiens ist die ausländische Bevölkerung inzwischen ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Der Beitrag zur Geburtenrate ist von erheblicher Bedeutung, wohingegen der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Sterberate vorerst eine nur nebensächliche Rolle spielt und weiterhin insgesamt unter einem Prozent liegt. In Bezug auf die Geburtenrate können dagegen auf Landesebene 16,4 Prozent aller Geburten ausländischen Müttern zugeschrieben werden, die entweder einen anderen Ausländer (13 Prozent) oder einen Italiener (3,4 Prozent) als Partner haben. Die regionalen Unterschiede sind beachtlich: In den nördlichen Gebieten kann nahezu eine von vier Geburten einer ausländischen Mutter zugerechnet werden, in Süditalien kommt dagegen gerade mal eine

von zwanzig Geburten auf eine ausländische Mutter.

Auf ausländische Frauen entfallen zwölf Prozent der Geburten in Italien, mit Höchstwerten von 19 Prozent im Nordosten und 17 Prozent im Nordwesten. Ihre Fertilitätsrate wird auf 2,05 Kinder pro Frau geschätzt, gegenüber einem Wert von 1,33 Kindern pro Italienerin. Die Differenz ist gegenwärtig noch spürbar, wird jedoch in den kommenden Jahren eine Nivellierung erfahren. Vor allem dann, wenn man berücksichtigt, dass in anderen Ländern bei der Geburtenrate zugewanderter Frauen eine Tendenz zum Rückgang festgestellt werden konnte, je länger die Anwesenheit im Aufnahmeland andauerte (Toulemon 2004). Tatsache ist, dass die Zuwanderinnen unter denselben sozialen Defiziten (Mangel an Einrichtungen für Kleinkinder, Fehlen einer angemessenen Familienpolitik, hohe Wohnkosten und mangelnde Maßnahmen im öffentlichen Wohnungsbau) leiden wie die Italienerinnen, deren Geburtenrate davon seit Jahren erheblich beeinträchtigt wird. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die Zunahme der Zuwanderung aus den Ländern Ostmitteleuropas zu einem Anstieg des Anteils von Frauen geführt hat, deren generatives Verhalten sich von italienischen Frauen nicht stark unterscheidet.



UNSER AUTOR

Dr. Corrado Bonifazi ist wissenschaftlicher Direktor des Istituto di Ricerche sulla Popolazione e le Politiche Sociali del Consiglio Nazionale delle Ricerche (Institut des Nationalen Forschungsrats für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik). Er war Leiter der Arbeitsgruppe „International Migration in Europe“ der European Association for Population Studies und ist Autor zahlreicher Publikationen zur internationalen und innerstaatlichen Migration sowie zur demographischen Entwicklung.

Dies erklärt, weshalb die Geburtenrate ausländischer Frauen nicht ausreicht, um die Rate auf den Schwellenwert von 2,1 Kindern pro Frau zu bringen, bei der die Stabilität der Bevölkerungsgröße gewährleistet wird. Nichtsdestoweniger haben die ausländischen Frauen einen wichtigen Beitrag zur Zunahme der Geburtenrate geleistet: Der Anstieg von 1,19 auf 1,41 Kinder pro Frau, der bei diesem Indikator zwischen 1995 und 2008 zu verzeichnen war, kann Schätzungen des Istat (2009) zufolge zu einem Drittel den Zuwanderinnen zugeschrieben werden.

Herausforderungen der Integration

Es wurde bereits erwähnt, dass die Minderjährigen einen Anteil von beinahe 22 Prozent aller in Italien ansässigen Ausländer ausmachen. Die Zunahme des Anteils Minderjähriger ist ein wichtiger Indikator für die Konsolidierung der Zuwanderung. Kinder, die im Gastgeberland geboren werden oder dort einen Großteil ihrer Schulzeit verbringen, sind die ausschlaggebende Ursache, dass sich der Aufenthalt im Einwanderungsland verlängert oder gar endgültig wird. Dieser Indikator variiert in den einzelnen Landesteilen kaum.

Erheblich sind jedoch die Abweichungen, wenn man sich den Anteil der ausländischen Minderjährigen an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe ansieht. In diesem Fall schwanken die Werte nämlich zwischen 2,7 Prozent in Süditalien und 14,1 Prozent im Nordosten des Landes. Die zweite Generation, also die in Italien geborene Generation, macht auf Landesebene einen Anteil von 13,3 Prozent des gesamten Ausländeranteils aus (Istat 2009). Dieser beachtliche Anteil zeigt, wie die soziale Lage und wirtschaftliche Teilhabe der zweiten Generation – unabhängig davon, ob in Italien geboren oder nicht – zu einem zentralen Bezugspunkt für die Bewertung einer gelingenden bzw. misslingenden Integration wird.

Je mehr sich die Lebensumstände der zweiten Generation den Lebensverhältnissen der italienischen Bevölkerung angleichen, um so erfolgreicher ist die Integration verlaufen und um so größer sind die Chancen für die italienische Gesellschaft, aus der Ressource, die die Kinder der Zuwanderer darstellen, Nutzen zu ziehen. Je mehr sich aber die Lebensverhältnisse der zweiten Generation von der restlichen Bevölkerung unterscheiden, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit der sozialen Ausgrenzung und der Isolation: Auf diese Weise kehrt sich eine potentielle Ressource in ihr Gegenteil um und wird zu einem ernst zu nehmenden Problem.

Zu einer solchen Situation ist es in den Ländern, die im Gegensatz zu Italien schon immer klassische Einwanderungsländer waren, recht häufig gekommen. Man denke nur an Frankreich, wo sich Ende der 1990er Jahre die Arbeitslosenquote bei den einheimischen Jugendlichen auf 10,1 (männliche Jugendliche) und 15,1 Prozent (weibliche Jugendliche) belief, die entsprechenden Arbeitslosenquoten für die in Frankreich geborenen Kinder der marokkanischen Zuwanderer dagegen 27,2 bzw. 38,7 Prozent betragen (Simon 2003). Diese Unterschiede markieren die starke soziale Benachteiligung, unter der Jugendliche der zweiten Generation zu leiden haben, obwohl sie als Nachkommen ehemaliger Zuwanderer nach französischem Recht mit ihrer Geburt die Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes erworben haben.

In Italien zeigen Umfrageergebnisse des Bildungsministeriums (2008) eine schon jetzt problematische Situation. Der größere Anteil an ausländischen Schülerinnen und Schülern, die nicht über ihrem Alter entsprechende Kompetenzen verfügen, und der höhere Anteil an „Sitzenbleibern“ sind deutliche Indikatoren für die Kluft, die ausländische und italienische Jugendliche trennt. Im Schuljahr 2006–2007 hatte ein Drittel der ausländischen Schülerinnen und Schüler am Ende der Grundschule das reguläre Alter, welches das Ende der Grundschulzeit markiert, überschritten, während derselbe Anteil bei den italienischen Schülern gerade einmal 2,5 Prozent betrug. Bei den Versetzungsraten belief sich der Abstand zwischen ausländischen und italienischen Schülern im Schuljahr 2005–2006 auf 3,6 Prozent in den Grundschulen, stieg in den Mittelschulen auf fast sieben Prozent an und erreichte in den höheren Schulen 11,5 Prozentpunkte. Dieser Abstand wird sich in den kommenden Jahren auf den Arbeitsmarkt – und letztlich auch auf die Gesellschaft – auswirken, d.h. ein nicht zu vernachlässigender Anteil der zweiten Generation läuft Gefahr, gegenüber italienischen Kindern über erheblich schlechtere Kompetenzen und damit über schlechtere Teilhabechancen zu verfügen. Diese Problematik konnte durch eine weitere Studie bestätigt werden, die 2006 in 48 Provinzen durchgeführt wurde und bei der über 20.000 ausländische und italienische Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I befragt wurden. Diese Studie hat gezeigt, dass „die Kinder der Ausländer – über den Wettbewerbsnachteil, den sie mit den Kindern von Italienern aus den benachteiligten Gesellschaftsklassen teilen, hinaus – weitere Hindernisse überwinden müssen, die in direktem Zusammenhang mit ih-

rem Migrationshintergrund stehen.“ (Dalla Zuanna et al. 2009, S. 136). Was den Umgang mit Zuwanderung und Integration im heutigen Italien so schwierig macht, ist das, was als „Wegfall des Rassismus-Tabus“ (Maciotti/Pugliese 2010) definiert worden ist. Dazu beigetragen haben nach Ansicht von Maria Maciotti und Enrico Pugliese „die Massenmedien, die eine mangelnde Sicherheit in den Städten betonen und diese mit der Anwesenheit der Zuwanderer in Zusammenhang gebracht haben (...). Noch ausschlaggebender waren allerdings die feindseligen Erklärungen, die Verhöhnungen und die deutlichen Beleidigungen gegenüber den Zuwanderern, die von einigen Teilen der Presse und von einigen Personen des öffentlichen Lebens vorgetragen wurden“. Dadurch haben fremdenfeindliche Positionen ein politisches Gewicht erhalten, die in der politischen Debatte in anderen europäischen Ländern kaum Fuß fassen konnten. Trotzdem hat dies die Mehrheit der Zuwanderer und ihrer Kinder in den vergangenen Jahren nicht daran gehindert, auf ihrem mühsamen Weg der Integration in die italienische Gesellschaft um wichtige Schritte voranzukommen.

LITERATUR

- Blangiardo, Gian Carlo (2010): La presenza straniera in Italia: dal quadro di riferimento agli scenari evolutivi. In: Ismu: Quindicesimo rapporto sulle migrazioni 2009. Mailand.
- Bonifazi, Corrado (1996): Gli italiani e l'immigrazione straniera. In: Bonifazi, Corrado/Menniti, Adele/Palomba, Rosella (Hrsg.): Bambini, anziani e immigrati. Le opinioni degli italiani in un'indagine dell'Istituto di ricerche sulla popolazione. Scandicci.
- Bonifazi, Corrado (2008): Evolution of Regional Patterns of International Migration in Europe. In: Bonifazi, Corrado/Okólski, Marek/Schoorl, Jeanette/Simon, Patrick (Hrsg.): International Migration in Europe. New Trends and new Methods of Analysis. Amsterdam.
- Bonifazi, Corrado (1998): L'Italia del tempo presente: famiglia, società civile, Stato, 1980–1996. Turin.
- Bonifazi, Corrado/Rinesi, Francesca (2010): I nuovi contesti del lavoro: l'immigrazione straniera. In: Livi Bacci, Massimo (Hrsg.): demografia del capitale umano. Bologna.
- Caputo, Angelo (2009): Immigrazione e politiche del diritto del testo unico 1998 ai recenti interventi sulla sicurezza. In: Naletto, Grazia (Hrsg.): Rapporto sul razzismo in Italia. Rom.
- Ciocca, Pierluigi (2007): Ricchi per sempre? Una storia economica d'Italia (1976–2005). Turin.
- Codini Ennio (2010): Gli aspetti normativi. In: Ismu: Quindicesimo rapporto sulle migrazioni 2009. Mailand.
- Dalla Zuanna, Gianpiero/Farina, Patrizia/Strozza, Salvatore (2009): Nuovi italiani. I giovani immigrati cambieranno il nostro paese? Bologna.
- Frey, Martin/Mammey, Ullrich (1996): Impact of Migration in the Receiving Countries: Germany, CICRED/IOM. Genf.
- Istat (2009): La popolazione straniera residente in Italia al 1° gennaio 2009, Statistiche in breve, 8 ottobre; URL: www.istat.it (August 2009).

ITALIEN – EIN EINWANDERUNGSLAND WIDER WILLEN?

- Istat (2010): Indicatori demografici. Anno 2009, Nota informativa, 18 febbraio; URL: www.istat.it (Februar 2010).
- Maciotti, Maria Immacolata/Pugliese, Enrico (2010): L'esperienza migratoria. Immigrati e rifugiati in Italia. Bari.
- Ministero della pubblica istruzione (2008): La scuola in cifre 2007. Rom; URL: www.istruzione.it (September 2009).
- Nascimbene, Bruno (2003): Nuove norme in materia di immigrazione. La legge Bossi-Fini: perplessità e critiche. In: Corriere Giuridico, 4.
- Pittau, Franco/Reggio, Macro (1992): Il caso Albania: immigrazione a due tempi. In: Studi Emigrazione, 29, 106.
- Sciortino, Giuseppe/Colombo, Asher (2004): The Flows and the Flood: the Public Discourse on Immigration in Italy, 1969–2001. In: Journal of Modern Italian Studies, 9, 1.
- Simon, Patrick (2003): Challenging the 'French Model of Integration': Discrimination and the Labour Market Case in France. In: Bonifazi, Corrado/Strozza, Salvatore (Hrsg.): Integration of Migrants in Europe: Data Sources and Measurement in old and new Receiving Countries, numero speciale di Studi Emigrazione, 40, 152.
- Walter, Jessica (1995): The Social Representation of Immigrants in Italian Press Discourse. Vortrag auf: International Conference "Immigration, Stereotypes and Prejudice". Rom, 5.–7. April 1995.
- Toulemon, Laurent (2004): Fertility Among Immigrant Women: New Data, a New Approach. In: Population & Sociétés, 400.
- Zinccone, Giovanna (2001): Introduzione e sintesi. Utili, uguali, dissimili. In: Zinccone, Giovanna: Secondo rapporto sull'integrazione degli immigrati in Italia. Bologna.
- Zinccone, Giovanna/Di Gregorio, Luigi (2002): Il processo delle politiche di immigrazione in Italia: uno schema interpretativo integrato. In: Stato e Mercato, 66.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Bewegung Movimento Sociale Italiano (MSI) war eine neofaschistische Partei, die 1995 in der Alleanza Nazionale aufging, welche Anfang 2009 mit Berlusconi's Forza Italia zum Popolo della Libertà fusionierte.
- 2 Der Partito Repubblicano ist die Italienische Republikanische Partei, die 1895 gegründet wurde.
- 3 Das „Turco-Napolitano-Gesetz“ beruht auf drei Fundamenten. Es sieht (1) eine Quotenregelung vor, soll (2) die illegale Einwanderung bekämpfen sowie (3) die bisher Zugewanderten integrieren.
- 4 Die Angaben aus der Arbeitskräfteerhebung beziehen sich auf das dritte Quartal 2009.

Italiens Parteiensystem im Wandel

Stefan Köppl

Das Parteiensystem ist das Feld, auf dem die Umbrüche der italienischen Politik am augenfälligsten sind – und wohl auch die tiefstgreifenden Folgen hatten, weshalb man es vor und nach der Umbruchphase der 1990er Jahre mit vollkommen unterschiedlichen Parteienlandschaften zu tun hat. Nach dem Krieg war Italien fast 50 Jahre von einer „blockierten Demokratie“ geprägt. Der Ausschluss der Kommunistischen Partei von der Macht bedingte das Fehlen eines zentralen Elements in Mehrparteiensystemen: der (potenzielle) Austausch der Regierung durch Wahlen. Anfang der 1990er Jahre brach die so genannte „Erste Republik“ zusammen. Die Ursachen dieses in der westeuropäischen Geschichte einmaligen Prozesses waren ein Gemisch langfristiger Entwicklungen und punktueller Ereignisse. Ein wichtiger Faktor des Wandels waren Veränderungen des Wahlrechts: Neben kleineren Änderungen¹ gab es 1993 und 2005 zwei umfassende Wahlrechtsreformen, die gravierende Auswirkungen auf die Entwicklung des Parteienwettbewerbs hatten. Stefan Köppl analysiert die Umbruchphase, an deren vorläufigem Ende ein bipolares System mit zwei dominierenden Parteienbündnissen links und rechts der Mitte steht. Die Darstellung hat dabei die Schwierigkeit zu meistern, dass unterschiedliche Regularien der Wahl und der ständige Wandel der Parteienlandschaft es kaum ermöglichen, Ergebnisse einzelner Parteien bei einem bestimmten Urnengang in Relation zu ihrem Stimmanteil bei früheren Wahlen zu setzen. Eine langfristige Betrachtung der Stärke der Parteien über Jahrzehnte hinweg, wie z.B. in Deutschland, ist daher im italienischen Fall kaum möglich.

Das Parteiensystem bis in die 1990er Jahre: die „blockierte Demokratie“

Die italienische Nachkriegspolitik² war über Jahrzehnte geprägt von der Dominanz einer Partei: der christdemokratischen Democrazia Cristiana (DC). Sie pendelte bei Wahlen zwischen 30 und 42 Prozent³, war von 1946 bis 1993 immer in der Regierung vertreten und stellte im gleichen Zeitraum 46 von 50 Regierungschefs. Dabei wurde sie stets von den gleichen Koalitionspartnern (in wechselnder Zusammensetzung) unterstützt, vor allem von den drei sogenannten laizistischen Parteien: Sozialdemokraten (PSDI), Liberale (PLI) und Republi-

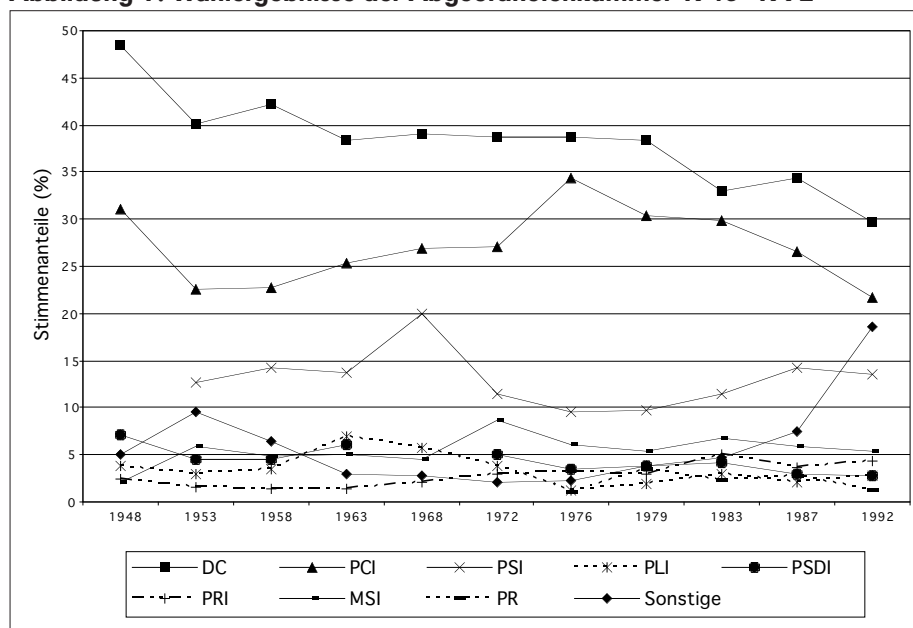
kaner (PRI). Hinzu kamen die Sozialisten (PSI), nachdem sie sich von den Kommunisten distanziert und zur Mitte gewendet hatten. Sie blieben stets die drittstärkste Kraft und hatten somit als wichtigster Mehrheitsbeschaffer für die DC eine zentrale Position inne. Eine derartige Kontinuität der regierenden politischen Parteien ist im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien einzigartig.

Um so befremdlicher wird das Bild, wenn man bedenkt, dass dabei die nach Stimmenanteilen zweitgrößte Partei (zwischen 22 und 34 Prozent; vgl. Wahlergebnisse in Tabelle 1) – die Kommunistische Partei Italiens (PCI) – permanent von der Regierungsteilnahme ausgeschlossen und zur Daueropposition verurteilt war. Italien galt so als „blockierte Demokratie“. ⁴ Grundlage für diese Konstellation war das Übereinkommen der gemäßigten Parteien der Mitte, Kräfte von den Rändern des politischen Spektrums – wie auch die neofaschistische Sozialbewegung (MSI) und Monarchisten – von der Regierung fernzuhalten. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass die italienischen Kommunisten wirklich eine Gefahr für die Demokratie waren, nachdem sie sich nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 von Moskau abgewandt und spätestens Ende der 1970er Jahre mit dem

bestehenden System arrangiert hatten. Ihre nach wie vor revolutionäre Rhetorik diente den Gegnern aber als willkommenen Vorwand zur fortdauernden Ausgrenzung.

Die durch das Kartell der Mitte von der Regierung ferngehaltenen großen Randparteien PCI und MSI kamen zusammen auf 27 bis 40 Prozent der Stimmen. Folglich repräsentierten die für die Regierungsbildung zur Verfügung stehenden gemäßigten Parteien nur noch zwischen 60 und 73 Prozent der abgegebenen Stimmen, die sich wiederum vor allem auf die genannten fünf Parteien verteilten. Darunter war die DC mit dem permanent höchsten Stimmenanteil die unangefochten führende Kraft, wodurch sich sowohl ihre Dauerregierungs-beteiligung als auch ihr bis in die 1980er Jahre währendes Dauerab-nement auf den Posten des Regierungschefs erklärt. So liegen die Gründe für die große Kontinuität bei der Zusammensetzung der Regierungskoalitionen auf der Hand: Wollte man eine Minderheitsregierung vermeiden (was nicht immer glückte), standen für die Christdemokraten nur vier potentielle Koalitionspartner zur Verfügung, von denen man oft fast alle in Anspruch nehmen musste. Der mehrfache Minister und Regierungschef Giulio Andreotti brachte diese Situation wie folgt auf den Punkt:

Abbildung 1: Wahlergebnisse der Abgeordnetenkammer 1948–1992



Quelle: Daten des italienischen Innenministeriums (<http://politiche.interno.it/>; Stand: 23.03.2010); eigene Berechnungen und Zusammenstellung; vgl. Erläuterungen zu Tabelle 1. Monarchisten und Leghe unter Sonstige subsumiert.

„Zehn Parteien sind auf dem politischen Feld, aber nur fünf – Christdemokraten, Sozialisten und die drei laizistischen Parteien – dürfen Tore schießen.“⁵

Die Einschränkung der Möglichkeiten der Regierungsbildung spielte besonders den drei kleinen Parteien PSDI, PRI und PLI eine besondere Einflussposition zu, die weit über die Größe ihrer Stimmanteile hinausging. Obwohl sie an der Wahlurne oft nur wenige Prozent erreichten, spielten sie eine wichtige Rolle, da es in dem bis 1993 geltenden Verhältniswahlrecht (siehe Kasten) keine Sperrklauseln gab, die Splitterparteien aus dem Parlament fernhielten. Die in der ideologischen und regionalen Zerklüftung Italiens angelegte und durch das Wahlrecht begünstigte starke Parteienzersplitterung hatte zur Folge, dass – obwohl die drei größten Parteien von 1953 bis 1987 bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung zwischen 75 und 83 Prozent der Stimmen erhielten – im selben Zeitraum zwischen acht und zwölf Parteien im Parlament vertreten waren. Dabei blieb das Wahlverhalten der Italiener über Jahrzehnte hinweg relativ konstant. Breite Wählerschichten waren subkulturell katholisch bzw. kommunistisch gebunden⁶. Gegen die Regierung zu stimmen, hieß de facto die Kommunisten zu unterstützen, weshalb man oft das kleinere Übel wählte. Außerdem banden die Parteien Wähler durch Klientelismus an sich, d.h. sie gewährten staatliche Wohltaten im Austausch gegen politische Unterstützung.

Das Wahlrecht von 1948

Wegen der Erfahrungen mit dem Faschismus zielte man bei der Erarbeitung des Wahlrechts weniger auf effiziente Mehrheiten als auf eine möglichst gerechte Repräsentation aller politischen Kräfte nach dem Wählerwillen. Resultat war ein Verhältniswahlrecht, das die Hürden für den Einzug in das Parlament sehr niedrig legte.

Für die Abgeordnetenversammlung mit 630 Sitzen wurde in 32 (also großen) Wahlkreisen per Listenwahl gewählt. Die Wähler stimmten für eine Parteiliste, konnten aber darüber hinaus drei bzw. vier Präferenzstimmen vergeben. Die in den einzelnen Wahlkreisen zu verteilenden Mandate wurden nach Proporz den Parteien zugewiesen und darin wiederum den Kandidaten mit den meisten Präferenzstimmen, so dass man innerhalb einer Parteiliste Kandidaten von hinteren Plätzen nach vorne wählen konnte. Kleine Parteien, die in den Wahlkreisen scheiterten, kamen oft in einem Ausgleichsverfahren auf nationaler Ebene zum Zuge, das dafür sorgte, dass der landesweit erhaltene Stimmenanteil und die Sitze in der Abgeordnetenversammlung sich möglichst genau entsprachen.

Das Wahlverfahren für den Senat unterschied sich davon, führte aber zu denselben Effekten. Die 315 Sitze sollten eigentlich in Einerwahlkreisen nach Mehrheitswahl vergeben werden. Doch galt dies nur, wenn der siegreiche Kandidat mindestens 65 Prozent der Stimmen erhielt. Anderenfalls – und damit de facto immer – wurden die Mandate nach dem Verhältnisprinzip vergeben. Dies und die Regel, dass man für die Senatswahlen erst ab 25 statt schon mit 18 Jahren stimmberechtigt war (und auch nach den Reformen bis heute noch ist), waren die einzigen Unterschiede zur Abgeordnetenversammlung.

Faktisch wurden die beiden Kammern also nach fast demselben Modus bestellt, was eine sehr ähnliche Zusammensetzung zur Folge hatte. Die wichtigste Eigenheit war das Fehlen einer wirksamen Sperrklausel, so dass ca. 1,5 Prozent Stimmenanteil für den Einzug einer Partei ins Parlament reichten. Das Wahlrecht wurde daher schon früh für die Parteienzersplitterung verantwortlich gemacht und war Gegenstand ständiger Reformüberlegungen.

Tabelle 1: Wahlergebnisse bei der Wahl zur Abgeordnetenversammlung 1948–1992 (Stimmenanteile in %)

Partei	1948	1953	1958	1963	1968	1972	1976	1979	1983	1987	1992
DC	48,5	40,1	42,2	38,3	39,1	38,7	38,7	38,3	32,9	34,3	29,7
PCI	31,0	22,6	22,7	25,3	26,9	27,1	34,4	30,4	29,9	26,6	21,7
PSI		12,7	14,2	13,8	19,9	11,5	9,6	9,8	11,4	14,3	13,6
PLI	3,8	3,0	3,5	7,0	5,8	3,9	1,3	1,9	2,9	2,1	2,8
PSDI	7,1	4,5	4,6	6,1		5,1	3,4	3,8	4,1	2,9	2,7
PRI	2,5	1,6	1,4	1,4	2,0	2,9	3,1	3,0	5,1	3,7	4,4
MSI	2,0	5,9	4,8	5,1	4,5	8,7	6,1	5,3	6,8	5,9	5,4
PR							1,1	3,5	2,2	2,7	1,2
Monarchisten	2,8	6,9	4,8	1,7	1,8						
Lega lombarda										3,0	8,7
Sonstige	2,3	2,6	1,7	1,3	1,0	2,0	2,3	3,9	4,7	4,5	9,8

PLI 1948 als Blocco nazionale; PSDI 1948 als Unità Socialista; PCI 1948 zusammen mit PSI als Fronte Democratico Popolare; Monarchisten: PNM (1948, 1953), PNM+PMP (1958), PDIUM (1963, 1968), ab 1972 mit MSI vereinigt; PSI 1968 und 1972 incl. Stimmen der erfolglosen Abspaltung PSIUP (1968 4,4%, 23 Sitze; 1972 1,9%, keine Sitze); PSI 1968 zusammen mit PSDI als PSU; MSI 1972 als MSI-PDIUM (Zusammenschluss MSI-Monarchisten); MSI 1976 bis 1986 als MSI-DN; Lega lombarda und Lega veneta 1987 zusammengerechnet (werden später zur Lega Nord); PCI 1992: PDS und RC zusammengerechnet (PDS 16,1%, 107 Sitze; RC 5,5%, 35 Sitze); PR 1992 als Lista Pannella; Sonstige: u.a. SVP, UV, DP; 1992 auch La Rete (1,9%) und Verdi (2,8%)

Quelle: Daten des italienischen Innenministeriums (<http://politiche.interno.it/>; Stand: 23.03.2010); eigene Berechnungen und Zusammenstellung.

Im Ergebnis war die Entscheidung, welche Parteien für eine Regierungsbeteiligung in Frage kamen, dem Wähler faktisch entzogen. Auf die Bestellung der Regierung hatten die Wähler daher höchstens indirekten Einfluss: Koalitionsaussagen im Wahlkampf waren nicht üblich, ebenso wenig gab es Spitzenkandidaten für den Posten des Regierungschefs; Parteiprogramme spielten eine geringere Rolle als lokale Kandidaten und Wahlempfehlungen. Der zentrale Punkt in demokratischen Zwei- oder Mehrparteiensystemen, nämlich die Existenz einer Entscheidungsalternative und folglich die elektorale „Verwundbarkeit“ der Regierung, war in Italien aufgrund dieser Konstellation jahrzehntlang nicht gegeben.

Die Kontrolle der Regierung durch den Wähler war also de facto außer Kraft gesetzt, doch auch die Opposition erfüllte diese Funktion nur begrenzt. Denn vor allem die Kommunisten wurden trotz der öffentlichen Ausgrenzung von Regierungsämtern im politischen Alltagsgeschäft eng eingebunden – nicht zuletzt, weil sich die Regierung nicht unbedingt auf die eigene Parlamentsmehrheit verlassen konnte und die italienische Verfassung in vielen Fällen auch der Minderheit Möglichkeiten bietet, Sand ins Getriebe zu streuen.

Als Problem kam noch hinzu, dass in den italienischen Parteien, vor allem in der DCI und im PSI, starke unterschiedliche Flügel, die sogenannten „correnti“ (Strömungen), existierten, die auf persönliche klientelistische Loyalitäts- und Austauschbeziehungen einerseits zwischen Parteigrößen und Wählerschaft sowie andererseits zwischen Parteigrößen und Hinterbänklern basierten. Damit stellten die Parteien selbst quasi kleine Parteiensysteme in sich dar, was einer kohärenten Politik und politischer Führung entgegenstand und die Organisation von Mehrheiten extrem erschwerte. So stürzten z.B. einige Kabinette nicht aufgrund von Differenzen unter den einzelnen Koalitionsparteien, sondern vielmehr wegen interner Grabenkämpfe zwischen einzelnen correnti der DC.

Außerdem führte das Ausbleiben eines Wechselspiels von Opposition und Regierung zu einer Monopolisierung politischer Macht in den Parteien bzw. den Parteizentralen, was als „partitocrazia“ (Parteiherrschaft) bezeichnet wurde: Die Logik der Partei- und correnti-Interessen breitete sich über den gesamten staatlichen Bereich und auch einige gesellschaftliche Bereiche aus, und das Spannungsverhältnis zwischen Regierung und den sie stützenden Parteien wurde stets zugunsten der Parteiinteressen aufgelöst.

Eine turbulente Umbruchphase

Die Strukturen der „blockierten Demokratie“ fanden zu Beginn der 1990er ein plötzliches Ende, das seinesgleichen sucht: Parteien, die jahrzehntlang die Politik geprägt hatten, verschwanden abrupt von der Bühne, andere benannten sich um oder zerfielen in viele Spaltprodukte, wieder andere entstanden völlig neu. Die Ursachen dafür waren ein Gemisch langfristiger Entwicklungen, punktueller Ereignisse, äußerer Einwirkungen und institutioneller Veränderungen, die für ein tieferes Verständnis als quasi gleichzeitig und wechselwirkend gedacht werden müssen.

Gesellschaftlich führten Individualisierung und Säkularisierung zu einer Erosion der beiden großen Subkulturen; Katholizismus und kommunistische Ideologie verloren immer mehr an Identifikationskraft. Für die entsprechenden Parteien bedeutete dies die schleichende Abnahme ihrer Stammwählerschaft. Bei der Democrazia Cristiana (DC) führte der Abwärtstrend von stabil über 40 Prozent in den 1940er und 1950er Jahren bis zur erstmaligen Unterschreitung der 30-Prozent-Marke 1992. Die Stimmanteile der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) fielen vom Höhepunkt in den 1970er Jahren mit gut 34 Prozent auf knapp 22 Prozent 1992⁷ zurück. Kehrseite des sinkenden Anteils der Stammwähler war die Vermehrung der Wechselwähler. Erst so wurden die massiven Wählerwanderungen, die Anfang der 1990er Jahre zum rapiden Untergang alter und dem ebenso rasanten Aufstieg neuer Parteien führten, möglich.

Eine weitere, sich langsam immer weiter verschärfende Hintergrundbedingung war die wachsende politische Unzufriedenheit der Italiener und das daraus entstehende Potential für Protest. Bereits Anfang der 1980er Jahre tauchten in Norditalien erste regionalistische Ligen auf, die sich schließlich zur Lega Nord (LN) unter der Führung von Umberto Bossi zusammenschlossen. 1992 gelang ihr der nationale Durchbruch mit über acht Prozent der Stimmen. In einigen Gebieten Norditaliens wurde sie zur stärksten Partei. Neben der Anprangerung der angeblichen Ausbeutung des „fleißigen“ Nordens durch den „faulen“ Süden und ihrer Fremdenfeindlichkeit ist bis dato die Selbstdarstellung als Anti-Parteien-Bewegung, die mit der Misswirtschaft und den Kungeleien der etablierten Parteien aufräumen werde, ihr Erfolgsrezept.

Auch der Zusammenbruch des Kommunismus hatte gravierende Auswirkungen, weil er Anlass für einen offiziellen Kurswechsel der italienischen Kommunisten Richtung Mitte wurde. 1991 en-

dete die Geschichte des PCI mit der Gründung einer Nachfolgepartei, der Demokratischen Linkspartei (PDS; später Linksdemokraten, DS). Die orthodoxen Hardliner spalteten sich als „Partei der Kommunistischen Wiedergründung“ (PRC) ab, die sich seither als linkes Gewissen versteht. Die kommunistische Bedrohung der italienischen Demokratie – wie ernsthaft sie auch immer gewesen sein mochte – war damit weggefallen und folglich auch das zentrale Argument gegen die Wahl der linken Opposition. Parallel zu diesen Entwicklungen gab es auch bei den Neofaschisten eine Umorientierung: Unter dem Etikett Postfaschismus strebte MSI-Chef Gianfranco Fini eine demokratische Rechtspartei auf dem Boden der Verfassung an. 1995 löste sich die neofaschistische Sozialbewegung (MSI) offiziell auf und die Nachfolgepartei Nationale Allianz (AN) wurde gegründet. Auch hier spalteten sich Hardliner mit einer eigenen Partei ab, die allerdings weitgehend bedeutungslos blieb. Mit der Umorientierung dieser beiden Oppositionsparteien fiel ein wesentliches Problem weg: der Ausschluss zweier, einen Großteil der Wählerschaft repräsentierender Parteien von der (möglichen) Teilhabe an der Regierung.

Zu diesen eher langfristigen und strukturellen Ursachen der Krise des italienischen Parteiensystems trat ab Februar 1992 die lawinenartige Aufdeckung weitreichender Korruption, vor allem bei der DC und den Sozialisten (PSI). Dadurch stieg die ohnehin schon vorhandene Antipathie den etablierten Parteien gegenüber exponentiell an. Weite Kreise der politischen Eliten persönlich und die meisten alten Parteien als Ganzes waren gründlich diskreditiert. Das führte zu zahlreichen Rücktritten und zu Umbenennungen oder Auflösungen alter Parteien, da unter deren alten Namen kein Blumentopf mehr zu gewinnen war. Die Nachfolger des PCI waren als „ewige Opposition“ und mit ihren neuen Parteinaamen davon weniger betroffen. Vor dem Hintergrund der völligen Diskreditierung und massiven Zerfallerscheinungen löste sich die DC 1994 offiziell auf. In der Folge zerfiel das katholische Zentrum völlig in zahlreiche Einzelteile, die sich teilweise mehrmals vereinigten und wieder trennten und heute in unterschiedlicher Gestalt in beiden großen Lagern wiederzufinden sind.⁸ Ähnlich erging es dem PSI, der sich nur etwas später auflöste. Auch die drei kleinen laizistischen Regierungsparteien PSDI (Sozialdemokraten), PRI (Republikaner) und PLI (Liberalen) gingen unter. Allerdings sind aus diesem Teil des politischen Spektrums bis dato zahlreiche Nachfolgeparteien und Neugründungen aktiv.

Der Zerfall der Regierungsparteien bot für interessierte Personen eine Gelegenheit, als Führer neuer politischer Bewegungen ihr Glück zu versuchen. Mitte der 1990er Jahre entstanden zahlreiche Bewegungen, die aber größtenteils schnell wieder von der Bühne verschwanden, z.B. die Anti-Mafia-Bewegung La Rete (Das Netz) des ehemaligen (Ex-DC-)Bürgermeisters von Palermo Leoluca Orlando. Auch der ehemalige Staatsanwalt und die treibende Kraft bei den Korruptionsermittlungen Antonio Di Pietro stieg 1994 in die aktive Politik ein, gründete allerdings erst im Jahre 2000 seine Partei, die heute als „Italien der Werte“ (IldV) eine feste Größe der italienischen Politik ist. Die wichtigste neue Partei aus dieser Zeit ist jedoch ohne Zweifel die Forza Italia (FI) des Medienunternehmers Silvio Berlusconi.⁹

Schließlich kam es 1993 zur ersten tiefgreifenden Reform des Wahlrechts. Eine Volksabstimmung hatte deutlich gezeigt, dass die Italiener im Verhältniswahlrecht eine Ursache der bisherigen Probleme sahen und sich künftig klare Mehrheiten wünschten. Dementsprechend beschlossen die Parlamentarier – mitten in den beschriebenen Wirren – die Einführung eines durch Verhältnisanteile abgemilderten Mehrheitswahlrechts (siehe Kasten).

Das Wahlrecht von 1993

Das neue Wahlrecht für beide Parlamentskammern stellte eine Kombination aus Mehrheits- und Verhältniswahl dar. Bei der Wahl zur Angeordnetenversammlung konnten die Wähler zwei Stimmen vergeben. Mit der ersten Stimme wählten sie einen Kandidaten in ihrem jeweiligen Einerwahlkreis. Dort erhielt nach dem Prinzip der relativen Mehrheitswahl der Kandidat mit den meisten Stimmen das Mandat, die anderen gingen leer aus. So wurde über 475 der insgesamt 630 Sitze (also ca. drei Viertel) entschieden. Die restlichen 155 Sitze wurden nach Proporz vergeben, wobei die Zweitstimme maßgeblich war, die die Wähler Parteien oder Parteienbündnissen in ihren Wahlbezirken gaben. Dabei wurde jedoch erst den Parteien(bündnissen) die Anzahl der Stimmen abgezogen, die ihre erfolgreichen Direktkandidaten in den Wahlkreisen zum Sieg benötigt hatten. Erst dann wurden die Stimmen auf nationaler Ebene addiert und danach die Mandate an die Parteien verteilt,

die national mindestens vier Prozent der Stimmen erreichten. Die jeder einzelnen Partei zustehenden Sitze wurden dann wieder auf der Ebene der Wahlbezirke nach der Reihenfolge auf den (starrten) Kandidatenlisten verteilt.

Bei den Wahlen zum Senat hatten die Wähler nur eine Stimme, mit der sie für einen Kandidaten und gleichzeitig für dessen Partei stimmten. 232 der 315 Senatsitze (also ca. drei Viertel) wurden so in den Einerwahlkreisen nach relativer Mehrheit vergeben; der Kandidat mit den meisten Stimmen erhielt das Mandat. Die restlichen 83 Sitze wurden auf regionaler Ebene nach Proporz auf die Parteien verteilt, wobei vorher jeder Partei oder jedem Parteienbündnis so viele Stimmen abgezogen wurden, wie deren jeweils siegreiche Kandidaten in den Einerwahlkreisen erhalten hatten (hier lag ein – geringer – Unterschied zur Abgeordnetenversammlung). Bei der Verteilung der 83 Proporzmandate an die Parteien(bündnisse) kamen jeweils diejenigen in den Wahlkreisen unterlegenen Kandidaten zum Zuge, welche die meisten Stimmen erringen konnten. Es konnte also auch mehr als ein Kandidat aus einem Wahlkreis in den Senat einziehen, wenn ein im Rennen um das Direktmandat Unterlegener eines der Proporzmandate erhielt. Eine Sperrklausel war nach diesen Regelungen nicht nötig. Eine zuweilen recht hohe Hürde ergab sich automatisch durch die Anzahl der in der jeweiligen Region zu verteilenden Proporzmandate.

Auch in den Bestimmungen von 1993 sind die Parallelen für die beiden Kammern nicht zu übersehen: Im Grundsatz handelte es sich um eine Mehrheitswahl, allerdings in einer durch die Verhältniswahlkomponente gemilderten Form, die auch kleineren Parteien die Chance auf parlamentarische Vertretung bewahren sollte. In diese Richtung wirkte auch der Stimmabzug im Falle siegreicher Direktkandidaten vor der Verteilung der Proporzmandate.

Die neuen institutionellen Rahmenbedingungen für den Parteienwettbewerb zeigten bereits bei der Wahl 1994 einschneidende Wirkungen: Um die per Mehrheitswahl vergebenen Mandate in den Wahlkreisen zu gewinnen, schlossen sich die Parteien zu Wahlbündnissen zusammen, zunächst zu dreien: einem Mitte-Links-Bündnis, ei-

nem Mitte- und einem Mitte-Rechts-Bündnis. Das klare Scheitern des Mitte-Bündnisses hatte zur Folge, dass sich vor den Wahlen 1996 nur noch zwei Wahlbündnisse formierten.

Die sich so herausgebildete Struktur des Parteiensystems blieb mit kleineren, aber bedeutenden Fluktuationen mindestens bis einschließlich 2006 bestehen. Die beiden großen Lager Mitte-Links (mit den Nachfolgeparteien des PCI, linksliberalen und sozialdemokratischen Kräften sowie mit einem Teil der DC-Nachfolgeparteien) und Mitte-Rechts (mit Berlusconi's Forza Italia, der postfaschistischen AN, der regionalpopulistischen Lega Nord und ebenfalls Teilen der zerfallenen Christdemokraten) traten mehr oder weniger geschlossen gegeneinander an und lösten sich nach jeder Wahl an der Regierungsverantwortung ab. Die Zeiten einer bestimmenden Zentrumsparterie, die beständig an der Regierung bleibt und sich lediglich wechselnde Koalitionspartner sucht, waren also vorbei. Anders als zuvor konnten die Wähler fortan zwischen zwei klaren und vor der Wahl definierten Alternativen entscheiden, die ergebnisoffen konkurrierten und von denen die siegreiche, mit einer klaren Mehrheit ausgestattet, eine entsprechende Regierung bilden konnte.

Allerdings kam es nicht zu der erhofften Bildung zweier großer Parteien, die sich in der Regierung abwechseln. Der Wettlauf um das möglichst breite Bündnis, um die Direktmandate zu gewinnen, brachte kleine Parteien wieder in eine besonders bedeutende Position, so dass sie für ihre Teilnahme an einem Wahlbündnis überproportional viele sichere Wahlkreise verlangen konnten. Für die Fusion zu großen Parteien bestand so kein Anreiz, denn die Bündnispolitik war extrem wichtig, weil das Ausscheren eines Partners vor dem Hintergrund zweier ebenbürtiger Bündnisse wahlentscheidend sein konnte und kleinen Parteien großes Erpressungspotential in die Hände spielte. Also spalteten sich die Wahlbündnisse nach der Wahl wieder in die einzelnen Parteien auf. Außerdem gab die Verhältniswahlkomponente kleineren Parteien die Möglichkeit, auch außerhalb der Wahlkreise und -bündnisse Mandate zu erringen, so dass sie sich nicht unbedingt Bündnissen anschließen mussten (sowohl LN als auch PRC führten dies erfolgreich vor). Im Ergebnis war die Parteienlandschaft nach der Wahlrechtsreform zersplitterter als davor.¹⁰

Das bipolare Parteiensystem seit 1996

Auch wenn nach 1996 die bipolare Lagerstruktur des Parteiensystems bestehen blieb, kam es doch zu bedeutenden Fluktuationen und Bündnisdynamiken, vor allem in der Mitte und auf der linken Seite des politischen Spektrums.

Das Mitte-Rechts-Lager (bei den Wahlen 1996-2006 unter dem Namen „Casa delle libertà“, Haus der Freiheiten, angetreten) fuhr 1996 eine schmerzhaft Niederlage ein, vor allem begründet durch das Ausscheren der Lega Nord (LN) aus dem Bündnis, kehrte aber 2001 mit einem fulminanten Wahlsieg an die Macht zurück. Hier blieb es konstant bei der klaren Scheidelinie zwischen recht unbedeutenden Splittern und den größeren vier Parteien, die bestimmend für den Kurs des Bündnisses (bzw. der Regierung) waren. Zu ersteren gehören z.B. rechtsradikale Formationen wie die Alternativa Sociale der Duce-Enkelin Alessandra Mussolini.

An der Spitze der Nationalen Allianz (AN) verfolgte Gianfranco Fini beharrlich seinen gemäßigten Kurs weiter, was ihm selbst den Aufstieg zum Vize-Regierungschef und Außenminister einbrachte. Allerdings mutete dieser Kurs der Partei sehr viel zu, was die faschistischen Restbestände zu heftigem, aber letztlich erfolglosem Widerspruch veranlasste. Auch rechts verortet ist die Lega Nord (LN), die allerdings mit der AN wenig gemeinsam hat: Ist jene eher ein Vertreter der „klassischen“ Rechten, mit Betonung der nationalen Einheit und eines starken (Sozial)Staates sowie Hochburgen im ärmeren Süden, so lässt sich die LN am ehesten als regionalpopulistische Protestpartei beschreiben, die Ausländerfeindlichkeit mit einem egoistischen norditalienischen Regionalismus, Staatskepsis und wirtschaftspolitisch mittelstandsfreundlichen Positionen verbindet. Von ihren secessionistischen Forderungen ist sie zwar wieder abgerückt, doch bleibt sie ein ständiger Unruheherd, nicht zuletzt wegen abrupter Kursänderungen ihrer überragenden Führungsfigur Umberto Bossi.

Als dritte wichtige Kraft des Mitte-Rechts-Bündnisses ist die Union der Christlichen Demokraten und der Mitte (UDC) zu nennen, die am ehesten die klassische Mitte repräsentiert. Sie ging erst 2002 aus der Vereinigung zweier DC-Spaltprodukte hervor und etablierte sich als stabile Größe in der italienischen Parteienlandschaft. Das Festhalten am Erbe der DC stellt ihre wichtigste inhaltliche Klammer dar. Neben Gianfranco Fini, der langfristig auf die Führungsposition im Mitte-Rechts-Lager spekuliert, fungierte vor allem der populäre UDC-Chef Pier Ferdinando Casini

Tabelle 2: (Zweit)Stimmenanteile bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer (Verhältniswahl) 1994–2001 (in %)

	1994	1996	2001
PDS bzw. DS	20,3	21,1	16,6
Partito Popolare Italiano (PPI)	11,1	-	2001: Margherita
Popolari (PPI, SVP, PRI, UD)	-	6,8	
Rinnovamento Italiano	-	4,3	
Margherita	-	-	14,5
PRC	6,0	8,6	5,0
Grüne (2001 mit SDI: Girasole)	2,7	2,5	2,2
PdCI	-	-	1,7
Lista Di Pietro (IdV)	-	-	3,9
PSI (2001: Nuovo PSI)	2,2	-	1,0
Patto Segni	4,7	-	-
Lista Panella / Pannella-Sgarbi / Bonino	3,5	1,9	2,2
Democrazia Europea	-	-	2,4
FI	21,0	20,6	29,5
AN	13,5	15,7	12
CCD-CDU (UDC)	-	5,8	3,2
LN	8,4	10,0	3,9
Sonstige	3,5	3,5	10,3

Quelle: Internetseiten des italienischen Innenministeriums (<http://www.politiche.interno.it>); Stand: 23.03.2010; eigene Aufbereitung.

als innerkoalitionäres Gegengewicht zu Silvio Berlusconi.

Dessen Partei, die Forza Italia (FI), war seit ihrer Gründung stets die an Stimmenanteilen größte Partei Italiens und die zwischen Rechts und Mitte vermittelnde Klammer des Bündnisses. Sie knüpfte an den Anspruch der alten DC an, als große bürgerliche Volkspartei die Hauptalternative gegen die Linke zu sein. Die 1994 rasch aus dem Boden gestampfte Parteiorganisation wurde nachhaltig ausgebaut, wobei sie klar auf die Führungsfigur Silvio Berlusconi ausgerichtet blieb, der mit einem engen Kreis von Vertrauten nach wie vor Kurs und Programm der Partei bestimmt. Zu großen Teilen konnte sie die frei werdenden ehemaligen DC-Wähler an sich binden, erkennbar auch an ihren regionalen Hochburgen, die sich vor allem im Süden und einigen Regionen des Nordens befinden.¹¹

Weniger übersichtlich aufgrund größerer Zersplitterung stellte sich lange die

Lage im Mitte-Links-Lager dar: So finden sich dort mit der „Partei der kommunistischen Wiedergründung“ (PRC) und der von dieser abgespaltenen Partei der italienischen Kommunisten (PdCI) zwei kommunistische Parteien, die sich in inhaltlicher Sicht nicht sonderlich unterscheiden. Obwohl sich beide Parteien als kommunistisch bezeichnen, geht von ihnen keine Gefahr für die Demokratie aus. Auf dem Boden der Verfassung stehend verstehen sie sich eher als Wahrer von Arbeitnehmerinteressen und sperren sich gegen wirtschaftsliberale Reformen bzw. die Kürzung staatlicher Leistungen.

Ebenso wie die beiden letztgenannten Parteien ging die größte Kraft im Mitte-Links-Lager, die Linksdemokraten (DS), aus dem PCI hervor. Als jahrzehntelange Opponenten des DC-geführten Parteienkartells konnten sie von dessen Untergang aber paradoxerweise kaum profitieren. Zum einen entstanden nicht nur in der rechten, sondern auch

in der linken Mitte schnell neue Kräfte, die das frei werdende Wählerpotential absorbierten; zum anderen kosteten die Auseinandersetzungen und Abspaltungen auf dem linken Flügel wertvolle Kräfte. Die Wahlergebnisse des alten PCI blieben demzufolge für die Linksdemokraten (DS) in weiter Ferne. Inhaltlich versuchen die Linksdemokraten seit Beginn der 1990er Jahre einen Spagat: Sie wollen an das Erbe des PCI anknüpfen und streben gleichzeitig die Rolle einer modernen sozialdemokratischen Volkspartei nach dem Muster der deutschen SPD oder der britischen Labour Party an. Dieser Spagat führt bis dato zu andauernden internen Querelen um den Kurs und die Führung. Somit konnte sich auch weder in der größten Partei des Bündnisses noch für das gesamte Lager eine ähnlich dominante Führungsfigur herausbilden wie Silvio Berlusconi im Mitte-Rechts-Lager.

Der größte programmatische Widersacher der Linksdemokraten war bis zur späteren Fusion die „Margherita“, die 2001 aus einem Bündnis mehrerer Parteien aus dem linkskatholischen Milieu hervorgegangen war. Sie war eine integrative Kraft der Mitte und Sammelbecken für durchaus auch konservativ und kirchlich orientierte Kräfte, die nicht Mitte-Rechts unter Berlusconi folgen wollten. So trat sie auch in gesellschaftspolitischen wie ökonomischen Fragen oft inhaltlich den linken Parteien PRC, PdCI und DS entgegen.

Daneben finden sich im Mitte-Links-Lager noch zahlreiche Kleinparteien, unter denen als größte Antonio di Pietros „Italien der Werte“ (IdV) zu nennen ist, die sich besonders den Kampf gegen Korruption auf die Fahnen geschrieben hat, ansonsten aber auf einer eher christdemokratischen Basis den inhaltlichen und taktischen Vorgaben ihres Parteichefs folgt.

Schon diese kursorische Übersicht zeigt die tiefen inhaltlichen Gräben im Mitte-Links-Lager: Katholiken, Liberale, Sozialdemokraten und Kommunisten sind schwer unter einen Hut zu bringen. Dies machte sich während der Mitte-Links-Regierungszeit 1996–2001 ebenso bemerkbar wie bei den regelmäßigen Verhandlungen zur Bündnisbildung vor Wahlen. So war die schwere Niederlage 2001 wesentlich dadurch bedingt, dass sich die PRC einer Einbindung in das Mitte-Links-Wahlbündnis widersetze.

Die vielen Fluktuationen, vor allem links der Mitte, zeigen sich auch in Tabelle 2, die die Ergebnisse der nationalen Parlamentswahlen von 1994, 1996 und 2001 zusammenfasst. Aufgrund des komplizierten Wahlmodus wären sie nur in gro-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

ßen und komplizierten Tabellen vollständig darstellbar, da sie nach Mehrheitswahl und Verhältniswahl getrennt aufgeschlüsselt werden müssten und selbst dann kaum über die Jahre hinweg vergleichbar wären. Daher sind hier nur die (Zweit)Stimmenanteile der wichtigsten Listen beim Verhältnisanteil der Wahl zur Abgeordnetenkommission aufgeführt, da nur diese Daten Aufschluss über die Stärkeverhältnisse der einzelnen Parteien geben.

Die nächste Etappe in der Entwicklung des Parteiensystems lautete die Mitte-Rechts-Regierung mit der heiß diskutierten Verabschiedung eines neuen Wahlrechts – ohne lagerübergreifende Zustimmung – ein (siehe Kasten).

Die starke Mehrheitslogik auch des neuen Wahlrechts führte dazu, dass sich 2006 erstmals beide Lager fast vollständig und unter Einschluss selbst kleinster Parteien zu Wahlbündnissen formierten, um die Mehrheitsprämie zu erringen. Die Bipolarisierung des Parteiensystems erreichte damit den absoluten Höhepunkt. So enthielt das Mitte-Links-Wahlbündnis „Unione“ unter der Führung Romano Prodis, der schon 1996 erfolgreich gewesen war, nicht weniger als dreizehn Parteilisten, von denen dann sechs bei den Wahlen nicht über ein Prozent der Stimmen hinaus kamen. Berlusconi „Casa delle libertà“ umfasste zwölf, von denen acht Listen weniger als ein Prozent der Stimmen errangen. Entsprechend der Konkurrenzsituation brachte der Urnengang von 2006 auch quasi ein Unentschieden zwischen den beiden großen Bündnissen hervor (siehe Tabelle 3): Bei der Abgeordnetenkommission lag die „Unione“ nur um 24.775 Stimmen (entspricht ca. 0,6 Promille) vor der Regierungskoalition, erhielt aber durch die Mehrheitsprämie einen komfortablen Vorsprung bei den Sitzen. Im Senat hatte sie sogar deutlich weniger Stimmen erhalten als die „Casa delle libertà“, erlangte aber wegen der regionalen Zuteilung der Mehrheitsprämien und wegen der Stimmen der Auslandsitaliener doch noch eine knappe Mehrheit der Sitze.

Das Wahlrecht von 2005

Vor der großen Wahlrechtsreform 2005 wurde 2001 erst ein Nebenaspekt verändert, der allerdings von einiger Bedeutung ist: Die ca. 3,5 Millionen im Ausland lebenden Italiener können seither ihre Stimme außerhalb des Staatsgebietes abgeben und eigene Vertreter (sechs Senatoren und zwölf Abgeordnete) wählen – in vier großen Wahlkreisen (Europa, Nord- und Mittelamerika, Südamerika sowie ein

Wahlkreis mit Asien, Afrika und Ozeanien).

Das Wahlgesetz von 2005 sieht ebenfalls ein Mischsystem vor, allerdings mit großen Unterschieden im Vergleich zur vorigen Regelung von 1993: Prinzipiell werden die Sitze nach dem Verhältnisprinzip verteilt, allerdings mit zwei bedeutenden Korrekturen: Erstens eine Mehrheitsprämie, die in dem Fall greift, dass keine Partei oder kein Bündnis mehr als 340 Sitze in der Abgeordnetenkommission bzw. mehr als 55 Prozent der in einem Wahlkreis vergebenen Sitze im Senat erreicht. Zweitens eine Reihe von abgestuften Sperrklauseln für die antretenden Parteien oder Bündnisse, die für die Abgeordnetenkommission auf nationaler Basis und für den Senat auf regionaler Basis gelten. Für beide Kammern können sich Parteien allein zur Wahl stellen oder sich zu Bündnissen zusammenschließen. In beiden Fällen nennen die antretenden Formationen einen der Spitzenkandidaten und hinterlegen für jeden Wahlkreis eine starre Kandidatenliste (im Falle von Bündnissen für jede der teilnehmenden Parteien). Die Wähler haben für beide Kammern jeweils eine Stimme, die sie für eine der auf dem Stimmzettel aufgeführten Parteien abgeben.

Bei der Wahl zur Abgeordnetenkommission werden zwölf der 630 Mandate im sogenannten Auslandswahlkreis (siehe oben) vergeben, einer in der autonomen Region Valle d'Aosta und die restlichen 617 in 26 Wahlkreisen. Die Verteilung der Sitze erfolgt prinzipiell nach Proporz auf nationaler Basis. Zum Zuge kommen dabei nur zum einen Parteien, die allein antreten und mindestens vier Prozent der gültigen Stimmen auf nationaler Basis erhalten; und zum anderen Bündnisse, die in der Summe aller enthaltenen Parteien mindestens zehn Prozent der gültigen Stimmen auf nationaler Basis erhalten, wobei wenigstens eine dieser Parteien landesweit mindestens zwei Prozent der gültigen Stimmen erhalten muss. Bei den Bündnissen, die diese Hürden übersprungen haben, bekommen all jene Parteien Mandate, die landesweit mindestens zwei Prozent der gültigen Stimmen auf nationaler Basis erhalten haben.¹² Erringt keine einzelne Partei oder eine Koalition mehr als 340 Sitze (das entspricht einem Anteil von 53,9 Prozent), dann wird der Partei oder dem Bündnis, die bzw. das auf nationaler Basis

die relative Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten hat, eine Prämie zugeteilt, die sie bzw. es auf mindestens 340 Sitze bringt. Für die Zuteilung dieser Mehrheitsprämie gibt es keine Minimalhürden. Sind die 340 Sitze inklusive der Mehrheitsprämie der siegreichen Partei bzw. dem Bündnis zugewiesen, werden die restlichen 277 Sitze nach Proporz auf die restlichen Parteien und Bündnisse verteilt; dabei kommen die einzelnen Kandidaten nach den vorher aufgestellten Listen zum Zug. Im Senat, der nach den Bestimmungen der Verfassung (Artikel 57) auf regionaler Basis gewählt werden muss, entfallen von den 315 gewählten Senatoren sechs auf den Auslandswahlkreis, einer auf das Valle D'Aosta, sieben auf Trentino-Alto Adige und 301 auf 18 Wahlkreise, die mit den restlichen 18 Regionen zusammenfallen, wobei sich die Anzahl der pro Wahlkreis vergebenen Mandate nach der Bevölkerungsgröße richtet. Die Verteilung der Sitze erfolgt analog der Bestimmungen für die Abgeordnetenkommission nach Proporz, aber mit höheren Hürden, die dafür nicht landesweit, sondern für jede Region gesondert gelten: Allein antretende Parteien müssen mindestens acht Prozent der gültigen Stimmen erhalten und Bündnisse in der Summe aller in ihnen antretenden Parteien mindestens 20 Prozent, wobei eine dieser Parteien auf wenigstens drei Prozent kommen muss. Die Regelung der Mehrheitsprämie ist weitgehend dieselbe wie bei der Abgeordnetenkommission, mit dem einen Unterschied, dass jeweils im regionalen Rahmen gerechnet wird. Wenn keine Partei oder Bündnis 55 Prozent der Sitze der jeweiligen Region erringt, dann wird die Prämie an jene Partei oder Bündnis vergeben, die bzw. das die relative Mehrheit aller angetretenen Parteien oder Bündnisse errungen hat. Anders als bei der Abgeordnetenkommission garantiert dieses Verfahren nicht die absolute Mehrheit der Sitze im Senat für die Partei oder das Bündnis, die bzw. das auf nationaler Basis die meisten Stimmen errungen hat – denn wenn verschiedene Bündnisse in unterschiedlichen Regionen erfolgreich sind, können sich die jeweiligen Mehrheitsprämien gegenseitig neutralisieren. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass es zu parteipolitisch unterschiedlichen Mehrheiten in der Abgeordnetenkommission und im Senat kommen kann.

Tabelle 3: Ergebnisse der nationalen Parlamentswahlen 2006 und 2008 (Stimmenanteile in %); Italien und Auslandswahlkreis

2006 Liste bzw. Bündnis Italien	Abgeordneten-kammer	Senat
FI	23,7	24,0
AN	12,3	12,4
UDC	6,8	6,8
LN	4,6	4,5
Sonstige Cdl	2,2	2,6
Gesamt Casa delle libertà	49,7	50,2
DS	31,3 (1)	17,5
Margherita		10,7
PRC	5,8	7,4
IdV	2,3	2,9
La Rosa nel Pugno	2,6	2,5
PdCI	2,3	4,2 (2)
Verdi	2,0	
UDEUR	1,4	1,4
Sonstige Unione	2,0	2,4
Gesamt Unione	49,8	50,0
Sonstige	0,4	0,7
Ausland		
FI	20,1	21,1
UDC	6,7	6,5
LN	2,1	2,1
Per Italia nel mondo	7,5	7,2
kleine Rechtsparteien (MSFT, ASI)	0,8	1,0
Gesamt Casa delle libertà	37,9	37,8
Unione	43,3	44,0
IdV	2,8	3,0
UDEUR	1,0	1,5
Gesamt Unione	47,1	48,5
Associazione Italiani Sud America	10,5	9,6
Sonstige	4,4	4,1
2008 Liste bzw. Bündnis Italien	Abgeordneten-kammer	Senat
Popolo della Libertà	37,4	38,2
LN	8,3	8,1
Movimento per l'Autonomia	1,1	1,1
Bündnis Silvio Berlusconi	46,8	47,4
PD	33,2	33,7
IdV	4,4	4,3
Bündnis Walter Veltroni	37,6	38,0
Unione di Centro	5,6	5,7
La Sinistra l'Arcobaleno	3,1	3,2
La Destra	2,4	2,1
Sonstige	4,5	3,6
Ausland		
Popolo della Libertà	31,0	34,0
PD	32,7	33,2
Movimento ass. Italiani all'estero	8,3	7,5
Unione di Centro	8,0	6,0
Associazione Italiani Sud America	6,1	6,3

Dass der knappe Sieg der „Unione“ mit der Konstruktion eines intern äußerst heterogenen Bündnisses, durch das sich mehrere tiefe inhaltliche Gräben zogen und das vor allem vom „Anti-Berlusconismus“ zusammengehalten wurde, erkaufte worden war, zeigte sich schnell in der Regierungszeit. Die bunte und zerstrittene Koalition scheiterte nach zwei quälenden Jahren voller interner Streitigkeiten schließlich durch das Ausscheiden zweier Kleinstparteien, so dass es 2008 zur Parlamentsauflösung und zu vorgezogenen Neuwahlen kam.

Allerdings gab es während der Legislaturperiode eine wichtige parteipolitische Entwicklung: die lange diskutierte und erhoffte Gründung der Demokratischen Partei (Partito Democratico/ PD) durch die Fusion von Linksdemokraten und „Margherita“ im Oktober 2007 unter der Führung von Walter Veltroni. Das Projekt des PD versteht sich mit dem Vorbild der US-Demokraten als großes Integrationsprojekt der linken Mitte, das in erster Linie zwei Ziele hat: zum einen die Erneuerung der italienischen Linken jenseits des Erbes des PCI und zum anderen das Ende der chronischen Parteienzersplitterung auf der linken Seite des politischen Spektrums. Allerdings bleiben bis heute die parteiinternen Gräben zwischen ehemaligen Angehörigen der christdemokratischen „Margherita“ und der postkommunistischen Linksdemokraten tief. Außerdem sollte die Bewährungsprobe an der Wahlurne schneller kommen als erwartet.

Die Bündnisbildung vor den Neuwahlen 2008 verlief allerdings gänzlich anders als 2006. Da die Erfahrungen mit der zersplitterten „Unione“ ernüchternd gewesen waren und die Demoskopen selbst einem vereinten Mitte-Links-Lager kaum Siegchancen einräumten, entschloss sich PD-Chef Walter Veltroni dazu, die Schuld an Prodis Scheitern den linken Kleinparteien zuzuweisen und auf die Strategie der großen Bündnisse zu verzichten. Er erklärte, der PD werde als Zeichen für eine gründliche Erneuerung der italienischen Politik alleine antreten. Nur mit Di Pietros IdV kam es zu einer Übereinkunft. Dieser Schritt prägte die gesamte Bündnisbildung auf beiden Seiten und führte dazu, dass sich das Mitte-Links-Lager 2008 nicht vereint zur Wahl stellte. Nach der Distanzierung des PD von den kleinen Parteien der radikalen Linken gründeten jene ihr eigenes Wahlbündnis: die „Regenbogenlinke“ (La Sinistra l'Arcobaleno). Damit hatte sich das seit 1996 mehr oder weniger geschlossene Mitte-Links-Bündnis gespalten.

IdV	4,1	4,1
Partito Socialista	3,1	3,0
La Sinistra l'Arcobaleno	2,8	2,9
La Destra	1,4	1,4
Sonstige	2,5	1,6

Quelle: Daten des italienischen Innenministeriums (<http://politiche.interno.it/>; Stand: 23.03.2010); eigene Berechnungen und Zusammenstellung.

Die Daten enthalten aufgrund abweichender Wahlmodi bei der Abgeordnetenversammlung nicht die Ergebnisse von Valle d'Aosta und beim Senat nicht die Ergebnisse von Valle d'Aosta und Trentino-Alto Adige.

(1) DS und Margherita traten bei der Wahl zur Abgeordnetenversammlung zusammen als l'Ulivo an.

(2) Verdi, PdCI und Consumatori Uniti traten bei der Wahl zum Senat zusammen als Insieme con l'Unione an.

Für das Mitte-Rechts-Lager stellte die knappe Niederlage von 2006 einen wichtigen Einschnitt dar. Der Streit um den Kurs gegenüber der Regierung Prodi führte schließlich zur Aufkündigung der „Casa delle libertà“ durch die bei den Wahlen erstarkte UDC, die seitdem ihrer eigenen Wege geht. Auch die schon lange keimende Diskussion um die Überführung des Wahlbündnisses in eine große Mitte-Rechts-Partei bot Zündstoff, da mit den genauen Modalitäten eines Zusammenschlusses die Gewichtsverteilung innerhalb des Lagers und nicht zuletzt die Nachfolgefrage an der Spitze zur Debatte stand. Das vorzeitige Ende der Legislaturperiode brachte allerdings die Bildung eines möglichst aussichtsreichen Wahlbündnisses in den Vordergrund. Durch günstige Umfragewerte und den Verzicht des PD auf ein großes Bündnis war die Integration möglichst vieler Parteien weniger wichtig geworden. Nachdem Forza Italia und Nationale Allianz (AN) ein gemeinsames Antreten unter der Einheitsliste „Volk der Freiheit“ (Popolo della Libertà/PdL) vereinbart hatten, war ihnen im Bündnis mit der Lega Nord (LN) der Sieg so gut wie sicher, so dass sie nicht auf weitere Partner angewiesen waren.¹³

Die UDC war zunächst noch von Berlusconi umworben worden, hatte sich aber geweigert, in den Listen des PdL aufzugehen. So schmiedete sie im Februar 2008 ihr eigenes Wahlbündnis mit dem Spitzenkandidaten Pierferdinando Casini, allerdings nur mit winzigen christdemokratischen Splitterparteien. Drei rechtsradikale Kleinparteien einigten sich, nachdem sie vom PdL verschmäht worden waren, noch auf die gemeinsame Wahl-liste „La Destra“. So war das Mitte-Rechts-Lager in drei Teile zerfallen.

Die Wahlen 2008: wegweisend für die Zukunft?

Die Parlamentswahlen vom April 2008 brachten den erwarteten deutlichen Sieg für das PdL-Bündnis Berlusconis. Anders als 2006 bescherten ihm die mehrheitsbildenden Mechanismen des

Wahlrechts komfortable Mehrheiten in beiden Parlamentskammern. So regiert Silvio Berlusconi seit Mai 2008 erneut – und auf der Basis einer ungewöhnlich übersichtlichen und vergleichsweise homogenen Koalition (ohne UDC und Rechtsradikale), die eine stabile Regierungsarbeit über eine volle Legislaturperiode erwarten lassen. „La Destra“ scheiterte erwartungsgemäß an den Hürden. Die UDC schaffte zwar den Einzug in beide Kammern, blieb aber schwach und taktiert seither ohne große Bedeutung zwischen Regierung und Opposition – mit ungewissem Schicksal. Für die beiden Bündnisse des Mitte-Links-Lagers waren die Wahlen eine herbe Niederlage. Veltronis Allianz aus Demokratischer Partei (PD) und „Italien der Werte“ (IdV) blieb deutlich hinter dem großen Mitte-Rechts-Bündnis von Berlusconi, aber auch hinter eigenen Erwartungen zurück. Überraschend und besonders bedeutsam war aber das Debakel der Regenbogenlinken, die gänzlich an den Sperrklauseln scheiterte. Damit fielen auf einen Schlag vier Parteien aus dem Parlament, die zuvor noch bedeutende Partner in der Regierungskoalition gewesen waren. So markierten die Wahlen von 2008 nicht nur insgesamt eine bislang ungekannte Verminderung der parteipolitischen Fragmentierung im Parlament (es sind dort nur noch sechs Parteien vertreten), sondern unter Umständen auch einen bedeutenden Wendepunkt für das gesamte Mitte-Links-Lager: Nicht nur könnte damit das Ende seiner chronischen Zersplitterung eingeläutet sein. Im Falle einer Marginalisierung der radikalen Linken wäre auch das Kapitel des Kommunismus – in welcher Form auch immer – in der italienischen Parteienlandschaft abgeschlossen.

Nachdem sich im März 2009 die Listenverbindung von Forza Italia (FI) und Nationale Allianz (AN) in einer Fusion fortsetzte, wobei noch einige Kleinparteien in der neuen Partei Popolo della Libertà unter dem neuen Vorsitzenden Silvio Berlusconi aufgingen, könnte – im Falle eines Erfolgs der neuen Partei – auch im Mitte-Rechts-Lager eine neue Epoche

Wahlkampf in Italien 2006: Links Wahlplakate der Alleanza Nazionale, die mit der Aufschrift „Die Bande Prodi – Bertinotti will unsere Ersparnisse stehlen – Stoppen wir sie!“ werben. Rechts hängen Plakate der Forza Italia mit einem Bild des Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und der Aussage „Die Linke sagt, dass es alles schlecht läuft. Lassen wir sie verlieren.“

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

angebrochen sein: Einerseits ist die Ausnahmeerscheinung der Personengruppe FI in ein dauerhaftes Projekt überführt, andererseits ist der ehemalige MSI als AN auf seiner Reise zur gemäßigten Rechten endgültig angekommen. Die neu entstandene Partei hat nun Chancen, im Wählerzuspruch die DC noch zu überflügeln, ohne allerdings



UNSER AUTOR

Stefan Köppl M.A., ist wissenschaftlicher Assistent an der Akademie für Politische Bildung Tutzing im Arbeitsgebiet „Gesellschaftlicher und politischer Wandel“. Seine Forschungsschwerpunkte sind italienische Politik, vergleichende Analyse politischer Systeme und europäische Integration.

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

deren unbestritten zentrale Stellung in der Mitte des Parteienspektrums bis weit in die linke Mitte hinein einzunehmen. Doch ist wie beim PD zunächst noch abzuwarten, ob die Fusion zweier recht unterschiedlicher Parteien auf lange Sicht erfolgreich sein wird.

LITERATUR

Bartolini, Stefano/Chiaromonte, Alessandro/D'Alimonte, Roberto (2004): The Italian Party System between Parties and Coalitions. In: *West European Politics*, Nr. 1/2004, S. 1–19.

Bull, Martin/Newell, James L. (2005): *Italian Politics: Adjustment under Duress*. London.

Cotta, Maurizio/Verzichelli, Luca (2007): *Political Institutions in Italy*. Oxford.

Donovan, Mark (2003): The Italian State: No Longer Catholic, no Longer Christian. In: *West European Politics*, Nr. 1/2003, S. 95–116.

Grasmück, Damian (2005): Die Forza Italia Silvio Berlusconi. Geburt, Entwicklung, Regierungstätigkeit und Strukturen einer charismatischen Partei. Frankfurt a. M.

Höhne, Roland (2008): Der Sieg der Demokratie. Die Transformation der neofaschistischen italienischen Sozialbewegung MSI in die rechtsnationale Alleanza Nazionale. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. Baden-Baden, S. 89–114.

Jansen, Christian (2007): *Italien seit 1945*. Göttingen.

Köppl, Stefan (2007): *Das politische System Italiens. Eine Einführung*. Wiesbaden.

Köppl, Stefan (2008): Wahlsieg mit Ansage – und doch mit Überraschungen. Die italienischen Parlamentswahlen vom 13./14. April 2008. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Nr. 4/2008, S. 740–756.

Shin, Michael E./Agnew, John A. (2008): *Berlusconi's Italy. Mapping Contemporary Italian Politics*. Philadelphia.

Wieser, Theodor/Spotts, Frederic (1988): *Der Fall Italien. Dauerkrise einer schwierigen Demokratie*. München.

Zohlhöfer, Reimut (2006): Das Parteiensystem Italiens: Von der blockierten Demokratie zum bipolaren Wettbewerb. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hrsg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*. Wiesbaden, S. 275–298.

ANMERKUNGEN

1 So etwa die Abschaffung der mehrfachen Präferenzstimmen im Jahre 1991 oder die Einführung der Stimmabgabe durch italienische Staatsbürger im Ausland 2001.

2 Vgl. zu dieser Periode die hervorragende Gesamtdarstellung von Jansen 2007.

3 Die 48,5 Prozent von 1948 sollten das nie wieder erreichte Spitzenergebnis bleiben; erst 1992, am Vorabend ihrer Auflösung, fiel die DC unter die 30-Prozent-Schwelle.

4 Vgl. Zohlhöfer 2006.

5 Zit. nach Wieser/Spotts 1988, S. 21.

6 Vgl. hierzu den Beitrag von Mario Caciagli in diesem Heft.

7 Die 1992 schon getrennten Spaltprodukte des PCI kamen zusammen auf 21,7 Prozent.

8 Vgl. zur politischen Entwicklung des katholischen Zentrums nach dem Zerfall der DC ausführlich Donovan 2003.

9 Vgl. hierzu den Beitrag von Paolo Belluci in diesem Heft.

10 Vgl. die Analyse bei Bartolini/Chiaromonte/D'Alimonte 2004.

11 Zur frappierenden Kontinuität von Vorgänger- und Nachfolgeparteien in geographischen Hochburgen vgl. Shin/Agnew 2008.

12 Von den an diesen Hürden gescheiterten Parteien nimmt allerdings diejenige, die am meisten gültige Stimmen erhalten hat, trotzdem an der Mandatsverteilung teil. Außerdem gibt es eine Ausnahmeklausel für Parteien, die ethnische Minderheiten vertreten.

13 Nur noch das kleine süditalienische Movimento per l'Autonomia kam hinzu.

Die politische Kultur Italiens

Mario Caciagli

Über viele Jahrzehnte wurden die politischen Einstellungen der italienischen Bevölkerung entscheidend durch den Dualismus von katholischer und kommunistischer Subkultur geprägt. Bedeutsam für die subjektive Dimension der Politik ist ein ausgeprägter „Lokalismus“, welcher Skepsis und Ablehnung der nationalen Politik in Rom mit einschließt. Weiterhin spielen der Nord-Süd-Gegensatz und die erhebliche regionale Fragmentierung eine prägende Rolle für die politische Kultur Italiens. Mario Caciagli analysiert die Einstellungen, Werte und Normen der Italienerinnen und Italiener und skizziert die, nicht zuletzt von den Massenmedien beeinflussten, Veränderungen in der politischen Kultur sowie deren Kontinuitäten, zu denen zweifelsohne sowohl die Polarisierung als auch die Politikdistanz der einfachen Bürgerinnen und Bürger zu zählen sind. Letztere ist – auch daran sei erinnert – jedoch oftmals nur ein Reflex auf die reale Praxis politischer Parteien und Institutionen. |

Die Zäsur der Jahre 1992–1994

Die tiefgreifende Zäsur der Jahre 1992–1994 erschütterte das Vertrauen in die politischen Institutionen und Parteien der Ersten Republik und mündete in einen immer noch andauernden Transformationsprozess. Die turbulente Phase der 1990er Jahre war von merklichen Veränderungen in der politischen Kultur Italiens begleitet. Im Laufe des Transformationsprozesses hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten ein Wandel in der politischen Kultur vollzogen. Der Niedergang der traditionellen Parteien, insbesondere der zwei mächtigen und geschichtsträchtigen großen Parteien, der Democrazia Cristiana (DC) und der Kommunistischen Partei Italiens (Partito Comunista Italiano/PCI) mitsamt ihren sozialen Verankerungen, Strukturen und Weltbildern; die anhaltende Schwäche und Zersplitterung neuer politischer Kräfte, die den Namen „Parteien“ kaum verdienen; das Auftreten neuer Parteienbündnisse; zwei umfassende Wahlrechtsreformen (1993 sowie 2005) und daraus resultierende neue Muster im Wahlverhalten; die partielle Erneuerung der politischen Klasse; die Verschärfung territorialer bzw. regionaler Differenzen; der Auf-

stieg des Medienmoguls Silvio Berlusconi zum alles beherrschenden Hauptdarsteller der politischen Szenerie, für dessen beispiellose „Fernsehmacht“ (Falanga 2010, S. 101) die Wortschöpfung „Telekratie“ kreiert wurde, sind nur einige Indikatoren für die Veränderung des politischen Systems.¹

All dies hatte einen unvermeidlichen Einfluss auf die politische Kultur Italiens, die eine jahrzehntelange Stabilität und Kontinuität aufweisen konnte. Politische Kulturen sind gemeinhin Phänomene der *longue durée*. Ihre Wurzeln finden sich in der (National-)Geschichte, und sie sind nur durch einschneidende Ereignisse wandelbar. Viele Einstellungen und Werte bleiben jedoch – ungeachtet gravierender Zäsuren in Gesellschaft und Politik – weiterhin stabil und wirkmächtig. Nach dem politischen Erdbeben in den 1990er Jahren und im Laufe des Umbruchs der politischen Landschaft Italiens zeigte die politische Kultur Italiens deutliche Veränderungen. Und dennoch wurden tradierte Werte beibehalten bzw. wiederentdeckt. Einige vormalige Bestandteile der politischen Kultur Italiens kommen nun in einem neuen Gewand daher.

„Rote“ und „weiße“ Hochburgen: Subkulturen der Vergangenheit

Während der gesamten Dauer der Ersten Republik wurde die politische Landschaft durch die subkulturelle Spaltung zwischen einer katholischen Welt und einem kommunistischen Lager geprägt. Diese Polarität hat die Gesellschaft Italiens nachhaltig geprägt. Mitte der 1970er Jahre erhielten die beiden Parteien DC und PCI über 70 Prozent der Wählerstimmen. Sie hatten verlässliche Stammwähler in ihren jeweiligen Hochburgen. Zusammen hatten die DC und der PCI fast drei Millionen Mitglieder. Beide Parteien kontrollierten und unterstützten ein breites Spektrum politischer Vorfeldorganisationen, und beide leisteten einen nicht unerheblichen Beitrag zur Formung der politischen Kultur. Die Democrazia Cristiana (DC) und die Kommunistische Partei Italiens (PCI) waren die tragenden Säulen des politischen Systems. Jede hat auf ihre Art und Weise die Integration der italienischen Bevölkerung in das parlamentarisch-demokratische System gefördert.² Beide Lager waren vornehmlich territorial

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

verankert, und diese Territorialität wurde zu einem konstitutiven Attribut. Aus diesem Grund hat man in Italien immer von „weißen Regionen“ (Venetien, Trentino, östliche Lombardei; dazu einzelne Provinzen in Piemont, Ligurien, Toskana) und von „roten Regionen“ (Emilia-Romagna, Toskana, Umbrien, Teile der Marken) gesprochen.

Die Bevölkerung dieser Regionen war in ihrer ideologischen Programmatik gefestigt und in hohem Grad in das politische Geschehen involviert. Die Wahlbeteiligung war überaus hoch, und die Wahlergebnisse zeugten von einer unerschütterlichen Treue zur jeweiligen Partei. Der Organisationsgrad der Parteien (insbesondere der kommunistischen) und ihrer Vereinigungen im Vorfeld war außerordentlich hoch.

Die zunehmende Industrialisierung, der Strukturwandel der Wirtschaft sowie das enorme Wirtschaftswachstum, das Reichtum und Wohlstand sicherte, werden auf die Produktionsweise und innovativen Milieus der Klein- und Mittelbetriebe zurückgeführt (Trigilia 1986).³ Gerade die ökonomische Entwicklung und die daran gekoppelten Modernisierungsprozesse hatten in beiden politischen Subkulturen schon vor dem Zusammenbruch der Ersten Republik zu Erosionsprozessen geführt. Die Säkularisierung der Gesellschaft drängte den Einfluss der Kirche merklich zurück. Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Implosion sozialistischer Gesellschaftsmodelle haben die kommunistische Weltanschauung spürbar geschwächt. Nach Jahren einer mehr oder weniger stetigen Erosion besitzen die zwei politischen Subkulturen – d.h. das katholische und das sozialistisch-kommunistische Lager – keine Integrationskraft mehr (Baccetti/Messina 2009). Und trotzdem existieren in den beiden „geopolitischen“ Zonen immer noch Unter-

Die Verfilmungen von Giovanni Guareschi Romanen, in denen Don Camillo und Peppone die Hauptrollen spielen, verdeutlichen die Polarität der katholischen und kommunistischen Glaubensrichtung, die die italienische Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg geprägt hat. Don Camillo steht stellvertretend für den Katholizismus. Sein erbitterter Gegner Peppone, Bürgermeister des fiktiven Ortes Boscaccio, repräsentiert den Kommunismus.

picture alliance/dpa

schiede in den Parteipräferenzen der Bürgerinnen und Bürger sowie in der politischen „Färbung“ der lokalen und regionalen politischen Institutionen: Wo einstmal die DC regierte, regieren heute die neue Parteiformation Popolo della Libertà (PDL) und die Lega Nord (LN) von Umberto Bossi; wo die Kommunisten an der Macht waren, sind heutzutage unter anderen Bezeichnungen die Nachfolgeparteien des PCI an der Macht. Deren Wahlerfolge sind jedoch nicht mehr so breit gestreut und hoch wie in der Vergangenheit. Die neuen Parteien können sich nicht mehr auf die verlässlichen Strukturen ehemals existierender politischer Subkulturen stützen.

Das „Italien zwischen Weiß und Rot“ (Caciagli 1990) gibt es nicht mehr. Die traditionellen „Milieus“ – so ein sozialwissenschaftlicher Terminus – sind in Italien verschwunden. Die tragenden Pfeiler der Ersten Republik, die entscheidend zur Demokratisierung des Landes und zur Integration breiter Bevölkerungsschichten in das politische System beigetragen haben, sind brüchig geworden. Dieser Wandel der politischen Kultur führte bei den Bürgerinnen und Bürgern zum Verlust eindeutiger politischer Orientierungen. Langfristig tragen diese Veränderungsprozesse zur Destabilisierung des politischen Systems bei.

Die territoriale Fragmentierung der politischen Kultur

Das Territorium ist – wie seit alters her – ein grundlegendes Deutungsmuster der politischen Kultur und des politischen Systems Italiens.⁴ Die regionalpopulistische Lega Nord (LN) hat das Territorium bzw. die Region zum zentralen Bezugspunkt ihrer Ideologie und zum Objekt ihres politischen Kampfes auserkoren. Die Lega Nord geriert sich auf dem politischen Parkett als „Verteidigerin des Nordens“, prangert die soziale und ökonomische Rückständigkeit des Südens an und kritisiert vehement die Politik der Zentralregierung in Rom, die den wirtschaftsschwachen Süden durch massive und angeblich unproduktive Transferzahlungen unterstützt. Die Lega Nord fordert seit ihrer Gründung 1991 mehr Autonomie für die Regionen des Nordens bis hin zur Einrichtung eines föderalistischen Systems. Des Weiteren plädiert sie für eine strengere Regulierung der Einwanderung. Der Norden soll durch Schutzklauseln gegen Migranten aus Nicht-EU-Staaten geschützt und vor ethnischer Überfremdung bewahrt werden. Sowohl in Zeiten der Opposition als auch in der Regierungsverantwortung hat die Lega

Nord (LN) dem italienischen Staat Zentralismus, Korruption und die Verschwendung öffentlicher Gelder zugunsten des Südens vorgeworfen. Die LN instrumentalisiert die Ängste und Unsicherheiten der Mittelschicht und der „neuen Reichen“ angesichts der Globalisierung, greift das Unbehagen der Steuerzahler und die Rufe nach „Ruhe und Ordnung“ auf – vor allem in den neuen Industriezentren Venetiens und der östlichen Lombardei. Dies sind eben jene Zonen, in denen vormals das „weiße“ Milieu vorherrschend war.

Anhänger und Wählerschaft der Lega Nord reklamieren für sich – analog zur früheren „weißen“ Subkultur – ein bestimmtes Wertespektrum: Arbeitsethos und Religion; Ruhe, Ordnung und Sicherheit; Effizienz und Bodenständigkeit. Hinzu kommt die stark ausgeprägte norditalienische Identität, die oft als Lokalismus interpretiert wird. Der italienische Lokalismus äußert sich u. a. in einer verstärkten Wahrnehmung lokaler Angelegenheiten zu Ungunsten der „großen“ Politik in Rom, die oftmals mit Skepsis und Vorurteilen bedacht wird. Lokalismus gab es sowohl in der katholischen wie auch in der „roten“ Subkultur. Er diente vornehmlich dem Schutz der Privatsphäre und der familiären Bindungen sowie der Bewahrung der Traditionen der lokalen Gemeinschaft und entwickelte damit eine klare Frontstellung zum italienischen Zentralstaat. Allerdings ist der von der Lega Nord repräsentierte Lokalismus eine weitaus aggressivere Spielart und gegen angebliche „Feinde“ verschiedenster Provenienz gerichtet (Diamanti 1996).

Obwohl die Lega Nord in jüngster Zeit ihre populistische Argumentation auf Einwanderer ohne legale Arbeitserlaubnis, auf China mit seinen billigeren Exportwaren, auf die vermeintlich islamische Bedrohung mit ihren Moscheen oder auf die „Eurokraten“ in Brüssel mit allen ihren Vorschriften konzentriert, sind ihre erklärten Hauptgegner nach wie vor die Südtaliener, die arbeitswilligen Norditalianern – so die rechtspopulistische Parole – Arbeitsplätze in der Industrie, in der Schule oder in der staatlichen Verwaltung wegnehmen.

Der Dualismus zwischen Nord und Süd

Aufstieg und Propaganda der Lega Nord haben den Dualismus zwischen Nord und Süd in strategischer Absicht instrumentalisiert, gar verstärkt. Die Kluft zwischen Italiens Norden und Süden erklärt sich durch zum Teil gravierende sozioökonomische Disparitäten, aber auch durch unterschiedliche politische Einstellungen, die nicht zu-

letzt vom Einkommensgefälle zwischen den beiden Teilen des Landes sowie aus voneinander abweichenden historischen Traditionen herrühren (Putnam et al. 1993). Die Regionen des Südens waren im Vergleich mit jenen des Nordens ärmer und rückständiger, die Einwohner viel stärker an traditionellen Werten orientiert. Die „Südfrage“ („questione meridionale“) ist so alt wie der italienische Staat.

Bedeutsam für die politische Kultur im Mezzogiorno waren – und sind es immer noch – die ausgeprägten klientelistischen Beziehungen, die keineswegs durch Formen der organisierten Interessenvertretung (z.B. Parteien, politische Vorfelddorganisationen und Verbände) ersetzt worden sind. Klientelismus beruht auf dem Tausch von Vergünstigungen zwischen Personen in ungleicher Position (Patron und Klient) und schafft Solidarbeziehungen. Dieser Klientelismus, der auf informellen Machtverhältnissen beruht, wurde zum entscheidenden Modus der Machtausübung und der Konsensfindung im Süden.

Die Gründung der demokratischen Republik Italien (1946), die Einführung des allgemeinen Wahlrechts (1948) und die Erweiterung des Staatsinterventionismus brachten im Süden Italiens eine neue Form von Klientelismus hervor. Bei dieser spezifischen Spielart trieben und betreiben die politischen Eliten Handel mit öffentlichen Ressourcen und Vergünstigungen im Tausch gegen politische Unterstützung in Form von Wählerstimmen. Massenbasis des Klientelismus sind vor allem die unteren städtischen und mittelständischen Milieus, die aufgrund der zügigen und häufig unkontrollierten Urbanisierung zahlenmäßig stark angewachsen sind. Die Strategie des Machterhalts durch Klientelismus wurde jahrzehntelang von der christdemokratischen DC mit Erfolg angewendet und in der Folge von allen anderen Regierungsparteien – insbesondere der PSI (Partito Socialista Italiano) – ebenso in die Tat umgesetzt. Dasselbe praktizierte die 1993 von Silvio Berlusconi gegründete Forza Italia (FI), die sich als wahre Nachfolgerin der Democrazia Cristiana (DC) in Süditalien versteht und sich im Süden entsprechend profiliert hat.

Von dieser klientelistischen Mentalität und ihren konkreten Beziehungen profitiert nicht zuletzt die organisierte Kriminalität – die „Mafia“ – die schon immer enge Verbindungen zur Politik hatte, weite Bereiche der Gesellschaft kontrolliert und – gegenwärtig mehr denn je – politische Entscheidungsprozesse beeinflusst.⁵ Hier stellt sich die Frage, ob die organisierte Kriminalität als negative Komponente der politischen Kultur des Südens betrachtet werden kann.

Nicht nur weil sie Kontrollfunktionen wahrnimmt und in politische Entscheidungen eingreift, sondern weil sie auch dem ausgeprägten Individualismus der Südtaliener entgegenkommt. Mehr noch: Im Laufe der Jahrzehnte haben diese kriminellen Organisationen das politische Leben korrumpiert und eine Art „negativer Sozialisation“ in nicht geringen Teilen der Gesellschaft bewirkt. Sie haben sich zu maßgeblichen Säulen der Konsensbeschaffung und der Machtausübung in Gesellschaft und Politik entwickelt; sie bekunden und vertreten damit gleichzeitig die Anliegen und Interessen breiter sozialer Gruppen (Costabile 2009).

Regionalismus und politische Kultur

Regionalparteien tragen entscheidend zur politischen Kultur bei. In Italien finden sich neben dem „neuen“ Regionalismus – wie er von der Lega Nord (LN) für Padanien propagiert wird – Formen des „alten“ Regionalismus, die sich auf die Interessenvertretung unterschiedlicher Sprachgruppen sowie auf die Autonomie der eigenen Region konzentrieren.⁶ Die Wahlerfolge der regional verankerten Parteien in den letzten 15 Jahren sind eine offenkundige empirische Bestätigung.

Die am 1. Januar 1948 in Kraft getretene italienische Verfassung hat fünf Regionen ein Sonderstatut, d.h. erweiterte Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen, zuerkannt: Sizilien, Sardinien, dem Aostatal, Trentino-Südtirol (alle seit 1948) sowie Friaul-Julisch Venetien (seit 1963). Mit Ausnahme Siziliens sind diese Regionen durch ethnische Besonderheiten geprägt. Eigene Sprachen, spezifische Traditionen und historisch eigenständige Entwicklungswege tragen zur regionalen Differenzierung der politischen Kultur Italiens bei (Nevola 2003).

Südtirol gilt als Musterbeispiel für die Dauerhaftigkeit und den Selbstbehauptungswillen einer regionalen politischen Kultur. Die politische Vorherrschaft der Südtiroler Volkspartei (SVP) mit ihrem Netz von Institutionen, Vereinigungen, Verbänden und Wirtschaftsunternehmen festigt die politische Kultur Südtirols mit all ihrer Eigenständigkeit. Die Südtiroler legten 1992 ihren jahrzehntelangen Streit mit Rom offiziell bei und entwickelten sich in der Folge zu einer Region mit einer hohen Verwaltungs- und Finanzautonomie. Ethnische Loyalitäten sind in Südtirol gegenüber anderen Bindungen – wenn auch gelegentlich mit der europäischen Ebene geliebäugelt wird – tiefer verankert. Dasselbe gilt für die französischsprachigen Einwohner des Aostatales. Die

bereits im September 1945 gegründete Regionalpartei Union Valdôtaine hat das erklärte Ziel, die Entfaltung der ethnischen und sprachlichen Eigenständigkeit der Bewohner des Aostatales sowie deren regionale Kultur und Identität zu gewährleisten. Die Union bekam bei allen Wahlen der vergangenen Jahre regen Zuspruch.

Auch in Friaul-Julisch Venetien werden die Forderungen nach mehr Autonomie und nach der Anerkennung der eigenen Sprache⁷ immer lauter. Nicht von ungefähr hat die Lega Nord im Friaul erfolgreich Fuß gefasst. Dass eine sardische politische Kultur hinter dem autonomen Partito Sardo d'Azione (Sardische Aktionspartei) steht, ist offenkundig. Tatsache ist, dass diese achtzig Jahre alte Partei für immer mehr Wählerinnen und Wähler attraktiv geworden ist und eine wichtige Rolle im regionalen Parteienspektrum spielt.

Obwohl Regionen eine wichtige Größe für die politische Kultur Italiens sind, belegen neueste Umfrageergebnisse aber, dass sich die Italiener auch als Bürger des italienischen Staates sehen und sich nicht ausschließlich über ihre Region definieren. Dies ist kein Widerspruch: Eine hohe – und in den letzten zwanzig Jahren merklich gestiegene – Identifikation mit der jeweiligen Region kann durchaus mit der Akzeptanz der Staatsbürgerrolle vereinbar sein.

Die Eliten: von der Kompromissbereitschaft zur Konfrontation

Zu den Merkmalen der politischen Kultur der politischen Eliten gehört seit fast anderthalb Jahrhunderten der „trasformismo“ – ein in der politischen Praxis Italiens durchaus gängiges Muster des Interessenausgleichs in Konfliktsituationen (Musella 2003). Im eigentlichen Wortsinn bedeutet trasformismo die Nivellierung ideologischer und/oder parteipolitischer Differenzen („trasformazione“). Der Urheber des Begriffs, der italienische Premierminister Agostino Depretis, rief damit 1882 eine politische Praxis ins Leben, die Parteien – immer dann, wenn es um die Machtfrage geht – ihre ideologischen Unterschiede vergessen lässt. So kann man in der italienischen Politik häufig eine partielle Annullierung der Grenzlinien zwischen Regierungsmehrheit und Opposition und nicht selten die gezielte Miteinbeziehung von Teilen der Opposition in die Regierungspolitik feststellen. Es gibt kaum eine Legislaturperiode in der modernen Geschichte Italiens, in der nicht einzelne Abgeordnete, manchmal auch ganze politische Gruppierungen und Fraktionen, die Seiten wechselten (vgl.

Falanga 2010, S. 105ff.). Diese Praxis verhinderte den alternierenden Machtwechsel, führte zur Gleichförmigkeit politischer Aktivitäten und öffnete allen möglichen und denkbaren Kompromissen Tür und Tor.

Die ersten zwei Jahrzehnte der Republik waren zwar durch die ideologische Polarisierung bzw. den Dualismus zwischen katholischer und kommunistischer Subkultur gekennzeichnet. Aber selbst in brisanten Phasen der politischen Auseinandersetzung wurde Italien mittels konkordanzdemokratischer Kompromisstechniken – auf dem Wege des Aushandelns oder durch gütliches Einvernehmen – regiert. Obwohl sich die dominierende Democrazia Cristiana (DC) in der Öffentlichkeit von der kommunistischen Partei Italiens (PCI) distanzierte, wurde der PCI letztlich in zahlreiche wichtige Entscheidungsprozesse einbezogen. Hinter streiterfüllten und chaotischen Parlamentsitzungen, die sich quasi auf „offener Bühne“ abspielten, gab es die kontinuierliche und emsige Arbeit der Parlamentskommissionen, die den Ämter- und Machterhalt sicherten. In der kurzen Phase der „Nationalen Solidarität“ (1976–1978) – ein Ergebnis des von Enrico Berlinguer, dem damaligen Sekretär des PCI, vorgeschlagenen und von Aldo Moro auf Seiten der DC akzeptierten „historischen Kompromisses“⁸ – schien „die Praktizierung des trasformismo (...) ihre höchste Ausprägungsform erreicht zu haben“ (Fix 1999, S. 113).

Der Trend zur Kooperation verstärkte sich in dieser Zeit. Zu Recht wurde deshalb der Ersten Republik die intransparente Praxis des „consociativismo“ zum Vorwurf gemacht. Verhandlungen und Konsensfindungen wurden – mit wenigen Ausnahmen für bestimmte politische Streitfragen – die Regel, der sich die politische Klasse unterordnete.

Nach der Zäsur der 1990er Jahre haben sich die neuen Parteien der Zweiten Republik nach 1994 einvernehmlich anerkannt, alle sind koalitions- bzw. regierungsfähig geworden. Die Anzahl der Parteien in der Regierungsverantwortung hat damit zugenommen. Aufgrund der Reform des Wahlrechts erlangten nunmehr auch kleinere Parteien im Rahmen von Parteienbündnissen eine entscheidende Rolle, denn ein paar Tausend Stimmen konnten über die Mehrheit entscheiden.⁹ Selbst die Postfaschisten am rechten oder die übrig gebliebenen Kommunisten am linken Rand des Parteienspektrums waren in Wahlbündnissen willkommen und konn-

ten sich in der Folgezeit an Regierungen beteiligen.

Der Umbruch in Italiens Parteienlandschaft bewirkte jedoch bis in die jüngste Zeit keine Aufhebung der Polarisierung im politischen System. Nach 1994 haben sich zwei gegenüberstehende – mehr oder weniger stabile – Blöcke in der Wählerschaft herausgebildet, die alle politischen Strömungen mit einschließen. Diese beiden Blöcke existieren in der Wählerschaft im Grunde seit der Gründung der Republik, wie eine historisch-statistische Analyse der Wahlergebnisse zeigt (Caciagli/Corbetta 2003). Während die Eliten auf der Ebene des politischen Systems Kompromisse schufen, hatten diese Übereinkünfte nie die Polarisierung der Wählerschaft und der politischen Gesinnung der Bevölkerung mindern können.

Den größten Beitrag zur Polarisierung der italienischen Bevölkerung hat mit Sicherheit Silvio Berlusconi geleistet. Der von heftigen Emotionen begleitete Konflikt zwischen seinen Anhängern und Gegnern hat der schon immer gespaltenen italienischen Gesellschaft eine weitere Unvereinbarkeit beschert. Berlusconi und die ihn unterstützenden politischen Kräfte behindern gezielt und bewusst die traditionsreiche Strategie des *trasformismo*. Die „Ära Berlusconi“ könnte eine der wenigen in der Geschichte des politischen Systems Italiens werden, die unter dem Etikett der „Adversary Politics“ firmiert – der aus Großbritannien bekannten klaren Gegnerschaft zweier politischer Lager, deren Positionen sich quasi aus Prinzip unterscheiden.

Diese Polarisierung hat eine – wenn auch nur vorübergehende – Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger verursacht. Die Italiener sind – wie in kaum einer anderen europäischen Nation – schon immer gerne auf die Straße gegangen. In den letzten Jahren sind Millionen nach Rom gefahren, um mit – sei es von Gewerkschaften oder von Bürgerinitiativen organisierten – Kundgebungen gegen die Mitte-Rechts-Regierungen zu demonstrieren. Im Gegenzug haben Millionen Italiener und Italienerinnen an Demonstrationen gegen die Mitte-Links-Regierungen teilgenommen, die von rechten Parteien organisiert wurden. Mit Berlusconi sind auch die Wahlkämpfe in der politischen Arena härter geworden; gegenseitige Beschimpfungen sind tagtäglich zu beobachtende Phänomene, ab und zu klingen bürgerkriegsähnliche Töne an (Lazar 2009).

Obwohl die Eliten gelegentlich den „Dialog“ propagieren, ist die Gesellschaft Italiens nach wie vor gespalten. Sicher ist, dass die „Ära Berlusconi“ zu Verän-

derungen in der politischen Kultur Italiens geführt hat.

Die Macht des Fernsehens

Dass die (elektronischen) Medien ihren Einfluss auf die Bürgerinnen und Bürger in den letzten zwei Dekaden stark erweitert haben, ist zunächst ein Allgemeinplatz. Italien aber ist aus zwei Gründen ein Sonderfall. Der erste Grund ist, dass 97% der Italiener Informationen aus dem Fernsehen beziehen – wenn man den neuesten Daten des staatlichen statistischen Institutes ISTAT Glauben schenken darf. Es ist das Fernsehen, welches das Bedürfnis nach politischen Informationen befriedigt. Erst danach kommen die Tageszeitungen mit 52,1 Prozent, gefolgt vom Rundfunk mit 31,8 Prozent. Die Zeiten sind längst vorbei, als die politischen Verbände und Organisationen das Monopol auf die Vermittlung politischer Informationen besaßen. Gegenwärtig beziehen nur noch 1,8 Prozent der italienischen Bürgerinnen und Bürger ihre Informationen durch die Presseorgane der Parteien (CENSIS 2005).

Der zweite Grund für den „italienischen Sonderfall“ ist der Eintritt des Medienmoguls Berlusconi in die politische Arena im Jahre 1994. Silvio Berlusconi besitzt als Privatmann den Medienkonzern „Gruppo Mediaset“ und beeinflusst als Regierungschef die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI. Die Kontrolle über diese beiden „Kolosse“ beschert Berlusconi eine Medienübermacht und geben ihm gleichzeitig ein probates Instrument an die Hand, mit dem er die italienische Bevölkerung direkt und permanent ansprechen kann. Kritische Stimmen sehen in diesem Monopol eine Gefahr für den Informations- und Meinungspluralismus, der mithin ein Kennzeichen demokratischer Gesellschaften ist.¹⁰

Es geht aber nicht nur um die Kontrolle der politischen Informationen oder um Manipulationen im Rahmen der Berichterstattung. Medienexperten sind sich weitgehend einig, dass Medien lediglich die vorhandenen Einstellungen der Wählerinnen und Wähler verstärken oder diese im Zuge des näher rückenden Wahltermins aktivieren. Auch italienische Wahl- und Meinungsforscher kommen zu dem Ergebnis, dass nur eine kleine Minderheit der Wählerinnen und Wähler ihre Entscheidungen aufgrund der Fernsehberichterstattung ändert (Legnante 2007). Es sind also nicht so sehr die von den Sendern ausgestrahlten politischen Informationssendungen, die auf die politische Kultur des Landes einwirken. Prägender ist vielmehr die von den Medien betriebene Banalisie-

rung, die mit einem politischen Substanzverlust einhergeht. Medien prägen sehr wohl das Image von Parteien und Kandidaten und setzten letztlich auch Themen auf die politische Agenda. Das Format der Talkshow, in denen Politikerinnen und Politiker im Mittelpunkt stehen, kann durchaus die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen. Solche Infotainment-Sendungen spielen – um in der Sprache der Medienexperten zu bleiben – sehr wohl eine ausschlaggebende Rolle beim Agenda-Setting und tragen mithin zur Personalisierung der Politik bei. Inhalte und Formate prägen eine ganz bestimmte „Zuschauerkultur“ und verändern nicht zuletzt die Wahrnehmung der Politik.

Mit Berlusconi haben sich die Fernsehsender gravierend verändert. Seichte Talkshows und Reality Shows „beherrschen und bestimmen die Träume und die Lebensführung von Millionen junger Italiener“ (Falanga 2010, S. 160). Während Gehalt und Sprache der politischen Informationssendungen gleich geblieben sind, haben die anderen Sendeformate und deren apolitische Ausrichtung die italienische „Fernsehmentalität“ verändert. In all den Unterhaltungssendungen – von der Werbung gar nicht zu sprechen – wird ein Wertesystem verbreitet, das sich auf die wenigen Begriffe Konsum, Karriere, Ruhm, rasche Gewinnmaximierung reduzieren lässt. Damit geraten solide Informationen von Journalisten oder Kommentatoren völlig in den Hintergrund. Informationen und Nachrichten fallen der Beliebigkeit anheim und werden zu bloßen „Produkten“, über die man nicht nachzudenken braucht.

Bürger und Politik

Das Fernsehen hat der Entpolitisierung und Politikdistanz der Italiener Vorschub geleistet. Desinteressierte und politikferne Bürgerinnen und Bürger gehörten allerdings auch in der Vergangenheit zum Bild der politischen Kultur Italiens. Eine allgemeine Reserviertheit gegenüber dem Staat und eine Unzufriedenheit mit dem politischen System fielen besonders den ausländischen Beobachtern auf.

Die erste vergleichende, von Gabriel Almond und Sidney Verba – den „Erfindern“ des *political culture*-Konzepts – geleitete, Studie über politische Kulturen in fünf Nationen ergab ein sehr kritisches Bild in Bezug auf Italiens politische Kultur (Almond/Verba 1965). Ende der 1950er Jahre schienen die italienischen Bürgerinnen und Bürger nicht sonderlich am politischen Leben teilzuhaben. Sie waren darüber hinaus auch

wenig bereit, das politische System anzuerkennen. Ihr Nationalbewusstsein war offenbar schwach ausgeprägt. Charakteristisch für die politische Kultur Italiens waren politische Abstinenz und eine gehörige Portion Misstrauen gegenüber staatlichen, insbesondere politischen Institutionen. Von einer homogenen nationalen politischen Kultur konnte damals keine Rede sein. Die politische Kultur Italiens schien durch die ideologische Fragmentierung, durch den Dualismus von katholischer und kommunistischer Subkultur (vgl. Caciagli 1990), durch den Gegensatz von Nord und Süd sowie durch regionale Identitäten überlagert zu sein. Dieses negative Bild wurde einige Jahre später in einem Standardwerk des political culture approach von Joe La Palombara – einem amerikanischen Politikwissenschaftler italienischer Herkunft – bestätigt.

Diese negativen Befunde wurden in der Folgezeit von den meisten italienischen Sozialwissenschaftlern in Abrede gestellt. In der Tat veränderte sich die politische Kultur Italiens im Laufe der 1960er und 1970er Jahre. Bei der Lektüre der in jenen Jahrzehnten zur Routine gewordenen Umfragen konnte man sichere Indizien dieser Veränderung wahrnehmen. Im Hinblick auf den Grad der politischen Informiertheit belegten die Umfrageergebnisse ein deutliches Ansteigen des „politischen Horizonts“ der Italiener. Es zeigte sich, dass die potentielle Bereitschaft, sich zu informieren und politisch aktiv zu werden, im Bewusstsein der italienischen Bürgerinnen und Bürger angekommen war.

Die reale politische Beteiligung hingegen durchlief freilich verschiedene Phasen. Der partizipatorischen Phase Ende der 1960er und während der gesamten 1970er Jahre, die sich vor allem bei der jüngeren Generation zeigte und durch die 68er-Bewegung ausgelöst worden war, folgte Anfang der 1980er Jahre eine Phase der „Zurückgezogenheit“, die mit einem evidenten Abfall des Interesses an politischen Fragen und an Politik überhaupt einherging (Millefiorini 2002).

Anfang der 1990er Jahre wurde sodann konstatiert, dass die politische Kultur der Italiener immer noch viele der Züge der Vergangenheit aufweise, aber der „Mix“ nicht mehr derselbe sei: politische Entfremdung, Gleichgültigkeit und Apathie hätten abgenommen, während Kritik, Unmut und manchmal auch Wut gegenüber der Politik und den Repräsentanten des politischen Betriebs gewachsen seien (Sani/Segatti 1990). Die Entdeckung zahlreicher und im Ausmaß ungeahnter Korruptionsfälle, die bis zum Ende der Ersten Republik beigetragen haben, riefen Empörung in der Öffentlichkeit hervor und führten zu enthu-

siastischen Erwartungen an die italienische Justiz. In der Tat wurden durch die unter dem Namen „Mani pulite“ („Saubere Hände“) bekannten Untersuchungen der italienischen Justiz Anfang und Mitte der 1990er Jahre kriminelle Verflechtungen (Korruption, Ämtermissbrauch und illegale Parteienfinanzierung) aufgedeckt. Nachdem in den Jahren 1992–1994 die „Revolution der Richter“ zum Zusammenbruch des Parteiensystems der Ersten Republik und zu mehreren Wahlrechtsreformen führte, hat jedoch wieder die alt hergebrachte Haltung in der italienischen Bevölkerung an Terrain gewonnen. Die Krise der 1990er Jahre hat zu keiner „kulturellen Revolution“ geführt.

Neueste Forschungsergebnisse belegen das geringe Vertrauen der Italiener – besonders der jungen Generationen – in die politischen Institutionen und Parteien. Die Daten des European Values Survey belegen zwar, dass die Italiener sich mit ihren Einstellungen zur Politik den Bevölkerungen anderer europäischer Staaten angeglichen haben. Dies aber nur deshalb, weil das Vertrauen in die Politik und das politische Interesse in eben jenen Staaten, die zum Vergleich herangezogen wurden, geschrumpft ist (Sciolla 2004). Das Fazit ist offenkundig: „Ein Aspekt politischer Kultur, der trotz aller Spaltungen und Gegensätze (fast) allen Italienern gemein sein dürfte, ist die ausgeprägte Unzufriedenheit mit den staatlichen und insbesondere den politischen Institutionen und das geringe Vertrauen, das diesen entgegengebracht wird“ (Köppl 2007, S. 32).

Zwischen Populismus, Individualismus und Familismus

In der langen Übergangsphase zur Zweiten Republik haben im Hinblick auf die politischen Einstellungen der italienischen Bürgerinnen und Bürger Gleichgültigkeit, Passivität und politische Apathie wieder zugenommen. Aus der Politiker- und Parteienverdrossenheit ist pure Anti-Politik geworden. An die Stelle der alten Ideologien, die Interpretationsangebote und Zukunftsprogramme offerierten, ist mit aller Macht der Populismus getreten. Wenn der Terminus Populismus das gekonnte Zusammenspiel eines charismatischen Führers mit einer zwar uniformen, aber dennoch mobilisierbaren Masse meint, so hat sich die Akzeptanz populistischer Politik wie Mehltau auf breite Schichten des italienischen Volkes gelegt.

Dieser Politikstil täuscht Volksnähe vor und versucht mit den Mitteln der Vereinfachung und Dramatisierung die Zustimmung der breiten Masse zu gewin-

nen. Zudem mobilisiert dieser Politikstil latent vorhandene Vorurteile und Ängste der Bürgerinnen und Bürger, indem er bewusst Fremdenfeindlichkeit schürt und Feindbilder bedient.

Populistisch agiert die Lega Nord (LN), weil sie auf einem direkten Vertrauensverhältnis zwischen ihrem Parteiführer Umberto Bossi und seiner politischen Bewegung gründet und weil sie die Angst vor Globalisierung, vor Fremden und ethnischen Minderheiten schürt. Auch die Forza Italia (FI), die inzwischen in der Partei Popolo della Libertà aufgegangen ist, praktiziert einen populistischen Politikstil. Berlusconi toleriert keinen Dissens und erklärt sich zum „l'unto del signore“ – zum „Gesalbten Gottes“. Die konsequente Missachtung institutioneller Regeln und Verfassungsvorschriften, das Machtpotenzial seines Medienimperiums und sein privater Reichtum erklären jedoch nur zum Teil den wiederholten Erfolg Berlusconis. Er bedient gekonnt alt hergebrachte und traditionelle Sitten und Wunschvorstellungen der Italiener.

Ein guter Teil der Italiener ist durchaus bereit, die Idee der parlamentarischen Demokratie sowie die plebiszitäre Auffassung von Politik hintanzustellen und eine „sanfte“ autoritäre Ordnung zu akzeptieren. Die Popularität Berlusconis hat aber noch einen weiteren Grund: „Dass bei seinem Aufstieg wohl kaum alles mit rechten Dingen vorstatten gegangen war, machte Berlusconi nur noch populärer, schließlich hat fast jeder Italiener Freude daran, ‚furbo‘ zu sein, das heißt, anderen ein Schnippchen zu schlagen“ (Grasmück 2005).

Ein letztes Grundmuster der politischen Kultur Italiens gilt es noch zu beschreiben. Die italienische Gesellschaft kennt einen sinnstiftenden und sicheren Gegenpol. Auch wenn es wie ein Klischee erscheinen mag: Die Familie wird über alles gestellt. Der Rückzug der Italiener in den Privatbereich kommt ihrem ausgeprägten Individualismus und ihrem tradierten Familismus entgegen. Die Familie hatte in Italien seit jeher die Funktion, die Existenz der einzelnen Familienmitglieder zu sichern und Schutz zu gewähren. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ein „neuer“ Individualismus breit gemacht hat. Dieser Prozess der Individualisierung ist ein Reflex auf den Niedergang der alten Subkulturen und den Verlust solidarischer Netzwerke. Anstatt alter Werte werden nunmehr hedonistische Orientierungen und Ziele verfolgt. Trotzdem bleiben Familienbindungen von zentra-

ler Bedeutung für die Sozialisation der Italiener. Die affektiven Bindungen und die existenzielle Sicherheit leben nach wie vor fort, haben aber für die jüngere Generation an Bedeutung verloren. Singles und kinderlose Paare sind in der italienischen Gesellschaft kein Novum mehr: ein „Familismus ohne Familie“ ist zukünftig denkbar.

Die Komplexität und die Probleme moderner Gesellschaften lassen es ratsam erscheinen, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen. Die demokratische und politische Kultur ist in Italien – trotz aller Krisen und trotz aller Zukunftsängste, von denen die italienische Bevölkerung geplagt wird – noch nicht erodiert. Hingegen scheint die kollektive Identität bzw. die Vision des staatlichen Gemeinwohles gefährdet zu sein.

LITERATUR

- Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton.
- Sowaidnig, Ina (1997): *Die Unterstützung der Demokratie in Deutschland und Italien*. Frankfurt a. M.
- Baccetti, Carlo/Messina, Patrizia (Hrsg.) (2009): *L'eredità. Che resta delle culture politiche regionali in Toscana e in Veneto*. Turin.
- Bettin, Gianfranco (Hrsg.) (2001): *La politica acerba. Saggi sull'identità civica dei giovani*. Soveria Mannelli.
- Biorcio, Roberto (2007): *Democrazia e populismo nella Seconda Repubblica*. In: Maraffi, Marco (Hrsg.): *Gli italiani e la politica*. Bologna, S. 187–207.
- Caciagli, Mario (1990): *Klientelismus versus Weiß und Rot. Die Zersplitterung der politischen Kultur Italiens*. In: Namuth, Michaela (Hrsg.): *Modell Italien? Neues aus dem Land der Traditionen*. Stuttgart, S. 39–49.
- Caciagli, Mario/Corbetta, Piergiorgio (2002): *Introduzione*. In: Caciagli, Mario/Corbetta, Piergiorgio (Hrsg.): *Le ragioni dell'elettore. Perché ha vinto il centro-destra nelle elezioni italiane del 2001*. Bologna, S. 7–18.
- CENSIS (Centro studi investimenti sociali) (2005): *Leader senza popolo. Popolo senza leader*. Mailand.
- Costabile, Antonio (2009): *Legalità manipolazione democrazia. Lineamenti del sistema politico meridionale*. Rom.
- Diamanti, Ilvo (1996): *Il male del Nord. Lega, localismo, secessione*. Rom.
- Falanga, Gianluca (2010): *Italien. Ein Kompass durch das geliebte Chaos*. Berlin.
- Fix, Elisabeth (1999): *Italiens Parteiensystem im Wandel. Von der Ersten zur Zweiten Republik*. Frankfurt a. M./New York.
- Guidorossi, Giovanna (1984): *Gli italiani e la vita politica. Valori, opinioni, atteggiamenti dal dopoguerra ad oggi*. Mailand.
- Grasmück, Damian (2005): *Die Forza Italia Silvio Berlusconi. Geburt, Entwicklung, Regierungstätigkeit und Strukturen einer charismatischen Partei*. Frankfurt a. M.
- La Palombara, Joe (1965): *Italy: Fragmentation, Isolation, Alienation*. In: Pie, Lucien W. / Verba, Sidney (Hrsg.): *Political Culture and Political Development*. Princeton, S. 282–329.
- Lazar, Marc (2009): *Sul filo del rasoio*. Mailand.
- Legnante, Guido (2007): *Cittadini, mezzi di comunicazione di massa e politica*. In: Maraffi,

Marco (Hrsg.): *Gli italiani e la politica*. Bologna, S. 265–296.

Köppl, Stefan (2007): *Das politische System Italiens. Eine Einführung*. Wiesbaden.

Millefiorini, Andrea (2002): *La partecipazione politica in Italia. Impegno politico e azione collettiva negli anni Ottanta e Novanta*. Rom.

Musella, Luigi (2003): *Il trasformismo*. Bologna.

Nevola, Gaspare (Hrsg.) (2003): *Altre Italie. Identità nazionale e regioni a statuto speciale*. Rom.

Putnam, Robert (1993) (unter Mitarbeit von Robert Leonardi und Raffaella Nannetti): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton.

Sani, Giacomo/Segatti, Paolo (1990): *Mutamento culturale e politica di massa*. In: Cesario, Vincenzo (Hrsg.): *La cultura dell'Italia contemporanea*. Turin, S. 143–183.

Sciolla, Loredana (2004): *La sfida dei valori. Rispetto delle regole e rispetto dei diritti in Italia*. Bologna.

Verzichelli, Luca (2003): *Changement et continuité dans la culture politique italienne*. In: *Pôle Sud*, 19, November 2003, S. 131–153.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. den Beitrag von Stefan Köppl in diesem Heft.
- 2 Zum Einfluss der beiden Subkulturen auf die Unterstützung des politischen Systems sowie für einen Vergleich zu Deutschland vgl. Sowaidnig 1997.

3 Vgl. den Beitrag von Horst-Günter Wagner in diesem Heft.

4 Vgl. den Beitrag „Südtirol und Padanien: Zwischen Verteidigung und Eroberung des Territoriums“ von Günther Pallaver in diesem Heft.

5 Vgl. den Beitrag von Alessandra Dino in diesem Heft.

6 Vgl. den Beitrag von Günther Pallaver in diesem Heft.

7 In dieser Region wird eine eigene Sprache gesprochen: das Furlanische, das dem Ladinschen näher steht als dem Italienischen.

8 „Historischer Kompromiss“ (*compromesso storico*) meint eine politische Strategie, die vom PCI-Sekretär Enrico Berlinguer entwickelt und von Aldo Moro (DC) akzeptiert wurde. Ziel dieser Politik war es, die demokratischen Strukturen Italiens vor möglichen autoritären Tendenzen sowie vor gezielten Angriffen zu schützen. Der PCI entschloss sich seinerzeit, mit den im Parlament vertretenen demokratischen Parteien (DC, PSI) zusammen zu arbeiten. Diese politische Strategie führte zur Akzeptanz der Minderheitsregierung der „Nationalen Solidarität“ unter Ministerpräsident Giulio Andreotti im Jahr 1978.

9 Vgl. auch den Beitrag von Stefan Köppl in diesem Heft.

10 Das Europäische Parlament hat seit langem darauf hingewiesen, dass Italien die größten Konzentrationsprozesse im Medienbereich in ganz Europa aufweist und dass damit die Gefahr einer Verletzung des Rechts auf Meinungs- und Informationsfreiheit besteht. Diese Konzentrationsprozesse sind letztlich die „Nabelschnur“ zwischen dem Medienunternehmer Berlusconi und dem Regierungschef Berlusconi.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Mario Caciagli ist Professor an der Universität Florenz; zuvor war er an den Universitäten Catania und Padua tätig; mehrere Gastprofessuren an europäischen Universitäten (u. a. Heidelberg und Bonn). Er ist einer der Begründer der Italienischen Gesellschaft für Wahlstudien (SISE), deren Vorsitz er von 1983–1986 innehatte. Mario Caciagli ist Herausgeber der halbjährlich erscheinenden Zeitschrift „Quaderni dell'Osservatorio elettorale“. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Parteien und politische Kultur, Wahlen und Wahlsysteme, Regional- und Lokalpolitik.

Berlusconi: Ein umstrittener Politiker

Paolo Bellucci

Wie kaum ein Politiker vor ihm spaltet Silvio Berlusconi die italienische Gesellschaft. Wie kam es zu dieser beispiellosen politischen Karriere des Mailänder Unternehmers? Der politische Erfolg des Medientycoons erklärt sich – so Paolo Bellucci – auch aus der Krise des politischen Systems in den 1990er Jahren. Berlusconi präsentierte sich nach der Umwälzung des italienischen Parteiensystems als Alternative zur „alten“ Politikerkaste und nutzte das damalige Machtvakuum gekonnt aus. Zu Beginn der Zweiten Republik vermochte es Berlusconi, den Vertrauensverlust in das politische System zu beheben. Als „Mann der Tat“ verstand er es aufgrund seiner Medienmacht und durch politische Taktieren, inzwischen insgesamt vier Regierungen vorzustehen. Dabei steht Berlusconi für eine Personalisierung und Vermarktung von Politik in bisher ungekannter Weise. Kritiker werfen ihm vor, das Gleichgewicht der staatlichen Gewalten empfindlich zu stören. Mehr noch als die Beeinflussung der Meinungsfreiheit durch seine Medienmacht wird sein Unterfangen, die Unabhängigkeit der Judikative anzutasten, kritisiert. Dessen ungeachtet und trotz der unzähligen Affären und Skandale, die sich um seine Person ranken, ist Berlusconi's Popularität in großen Teilen der italienischen Bevölkerung ungebrochen. |

Italien – ein Inbegriff für politische Instabilität?

Unter den stabilen Demokratien stellt Italien aufgrund seiner politischen Krise und der Umwälzung des Parteiensystems in den 1990er Jahren einen Sonderfall dar. Das politische System Italiens – in der Vergangenheit oftmals sprichwörtlich mit einer Hummel verglichen, die fliegt, obwohl sie gar nicht über die erforderlichen aerodynamischen Eigenschaften verfügt – ist von vielen Beobachtern als fragil (Spotts/Wieser 1986), wenn nicht gar, gemessen an demokratischen Maßstäben, als unregierbar beurteilt worden. Das politische System der Ersten Republik wurde als Parteienherrschaft charakterisiert, in der die wechselseitige Verquickung von Gesellschaft, Wirtschaft und Parteien einherging mit langsamen Entscheidungsprozessen in den Institutionen und einer ausgesprochen niedrigen Leistungsfähigkeit der Politik (Di Palma

1977; Dente 1980). Trotz dieser Belastungen war Italien dennoch in der Lage, sich über die gesamte Nachkriegszeit hinweg – ungeachtet aller Höhen und Tiefen – zu einem wirtschaftlich reichen und modernen Land zu entwickeln. Die zahlreichen durchstandenen und überstandenen Krisen – von den Wirtschaftskrisen in den 1960er Jahren bis zu den gesellschaftspolitischen Krisen in den 1970er und 1980er Jahren, mit denen der politische Terror und die organisierte Kriminalität in das Leben des Landes eindrang – wiesen auf die Existenz eines Demokratie Modells ganz eigener Art hin, das im Kern stabil ist: Democracy, Italian Style; zugleich der viel sagende Titel eines Buches (deutsch: Die Italiener oder Demokratie als Lebenskunst), das von einem aufmerksamen Kenner der italienischen Politik und Gesellschaft, dem US-amerikanischen Politologen Joseph La Palombara, geschrieben wurde und paradoxerweise nur wenige Jahre (1987) vor dem großen Zusammenbruch der wichtigsten italienischen Parteien im Jahr 1993 erschienen ist. Seit dem Niedergang der „alten“ Parteien in den 1990er Jahren hat sich ein weniger zersplittertes, bipolares Parteiensystem herausgebildet, in dem Silvio Berlusconi und die von ihm gegründete Partei Forza Italia seit 1994 eine zentrale Rolle übernommen haben.

Die Krise des italienischen Parteiensystems in den 1990er Jahren

Was waren die Merkmale des politischen Systems Italiens vor 1994? Giovanni Sartori hat dieses System einmal zutreffend als polarisierten Pluralismus beschrieben (Sartori 1976). Das Mehrparteiensystem der Ersten Republik leitete sich aus der gleichzeitigen Existenz mehrerer politischer Kulturen (katholisch, kommunistisch und „laizistisch“²) ab.³ Das 1948 verabschiedete Verhältniswahlrecht legte die Hürde für den Einzug ins Parlament recht niedrig und ermöglichte den politischen Lagern Zugang zur Legislative. Die politische Landschaft war charakterisiert durch ideologisch klar unterscheidbare Parteien: Der politisch dominierenden Partei der Mitte – der Democrazia Cristiana (DC) – stand als stärkste Oppositionspartei der Partito Comunista Italiano (PCI) gegenüber. Am äußersten

rechten Rand des politischen Spektrums war eine kleine neofaschistische Partei, das Movimento Sociale Italiano (MSI) angesiedelt. Um die Democrazia Cristiana gesellten sich die kleineren Parteien des „Fronte Laico“, wie zum Beispiel die sozialistische Partei, die sozialdemokratische Partei und die republikanische Partei, die oftmals zur Bildung von Koalitionsregierungen hinzugezogen wurden. Die starke ideologische Polarisierung, d.h. die große programmatische Kluft zwischen Democrazia Cristiana (DC) und Partito Comunista (PCI) in Fragen der nationalen und internationalen Politik, und die jahrzehntelange Dominanz der DC in der italienischen Politik kennzeichneten nicht nur die politische Kultur Italiens, sondern auch das politische System und dessen Institutionen. Eine gewichtige Folge davon war das Ausbleiben von Regierungswechseln: Auch wenn sie instabil waren, wurden die Regierungen von 1946 bis 1983 in der Tat stets von Politikern der DC gestellt. Und auch später, als es der sozialistischen Partei gelang, den Vorsitz des Ministerrats zu erobern, behielt die DC ihre dominierende Rolle bei der Verteilung der Ministerien bei. Die Kommunistische Partei Italiens (PCI) war – nicht zuletzt wegen ihrer internationalistischen und revolutionären Rhetorik – stets in der Opposition. Nur innerhalb eines kurzen Zeitraums – während des sogenannten „historischen Kompromisses“ (1976–1979) – unterstützte sie die Regierung, ohne allerdings Ministerämter zu übernehmen.

Der Parteienwettbewerb in einer Demokratie ohne wirklichen Regierungswechsel – daher der Begriff der „blockierten Demokratie“ – hat sich überwiegend auf zwei Ebenen entfaltet: auf der metapolitischen Ebene und auf der mikro-politischen Ebene (Cotta 1996). In der Tat war die italienische Politikgestaltung nur in seltenen Fällen in der Lage, große Strukturreformen im Land zu bewirken. Diese ideologische Polarisierung führte zu erbitterten Auseinandersetzungen über die Definition der grundlegenden Ordnung des politischen Systems und über die Integration des Landes in internationale Organisationen, wengleich die Konflikte oft symbolischer Art und die Appelle eher Zugeständnisse an das eigene parteipolitische Weltbild waren. Dennoch entfaltete sich eine intensive Regierungsaktivität und es wurde eine Verteilungspolitik forciert, die auf die

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Die italienische Dezemberausgabe des Musik-Magazins „Rolling Stone“ zeigt den italienischen Regierungschef Silvio Berlusconi. Das Magazin hat den Regierungschef zum „Rockstar des Jahres 2009“ ernannt. Berlusconi sei mit seinem Lifestyle 2009 zu einem internationalen Star geworden, so die Begründung der Reaktion.

picture alliance/dpa

Förderung und den Schutz der Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ausgerichtet war. Diese Verteilungspolitik ließ in den 1980er Jahren die Staatsausgaben rasch ansteigen und führte zu einem abnormen Wachstum der Staatsverschuldung (Verzichelli 1996).

Internationale und nationale Ereignisse, die sich unmittelbar auf den parteipolitischen Wettbewerb auswirkten, waren weitere Ursachen für die Krise und die Umwälzung des politischen Systems zu Beginn der 1990er Jahre. Auf der internationalen Ebene gab das Ende der

Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR den letzten Anstoß für den Wandel der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) in eine sozialdemokratische Partei. Dadurch geriet die zentrale politische Kluft, die das politische System Italiens bisher strukturiert hatte, in den

Hintergrund. Dies schwächte aber auch den politischen Gegenpol, der von der Democrazia Cristiana (DC) gebildet wurde.

Die Grundlage für den Konsens, auf den sich die Democrazia Cristiana jahrelang stützen konnte, leitete sich zu einem beträchtlichen Teil aus einer Politik ab, die die Bedürfnisse der eigenen Wählerschaft über Maßnahmen der Verteilungspolitik – begleitet von wachsenden öffentlichen Ausgaben und mäßigem Steuerdruck – zu befriedigen versuchte. Die Wirtschaftskrise Anfang der 1990er Jahre reduzierte die verfügbaren Finanzmittel drastisch und brachte den Zwang mit sich, den Anstieg der Staatsverschuldung aufzuhalten, indem man die Sanierung der Staatsfinanzen sowie eine wirtschaftliche Stabilisierung verfolgte. Der Zwang zur Sanierung wurde durch den europäischen Einigungsprozess gefördert, in dessen Zuge von der Europäischen Gemeinschaft (EG) gefordert wurde, Politik zu Lasten des Staatsdefizits oder auf Kosten der Geldabwertung zu vermeiden. Diese Sparpolitik schürte die wirtschaftliche Unzufriedenheit breiter gesellschaftlicher Schichten – darunter die Selbstständigen, die einen gewichtigen Bestandteil der italienischen Wirtschaft darstellen. Sie strafte bereits bei den Wahlen im Jahr 1992 die Regierungsparteien (DC und Partito Socialista) ab und wählten die Lega Nord – eine ethno-regionale und populistische Partei, die in den Regionen Norditaliens einen unerwarteten Wahlerfolg erringen konnte.⁴

Die Legitimität der Regierungsparteien schwand merklich und wurde durch die gerichtlichen Ermittlungen – bekannt geworden unter der Bezeichnung „Mani Pulite“ (deutsch „Saubere Hände“) –, die zur Aufdeckung der weit verbreiteten Korruption in Politik und Wirtschaft führten, endgültig erschüttert. Der Korruptionsskandal kostete den beiden wichtigsten Regierungsparteien die führenden Köpfe. Die wachsende Entfremdung von der politischen Elite ließ in der öffentlichen Meinung den Ruf nach einem politischen Neubeginn und einer Änderung des Wahlgesetzes immer stärker und lauter werden. Nach einem Volksentscheid im Jahr 1993 wurde ein neues Wahlgesetz verabschiedet. In den darauf folgenden Wahlen im Jahr 1994 nahmen erstmalig neu gegründete Parteien teil.

Die Wahlen von 1994 und der Aufstieg Berlusconis

Die Wahlen von 1994 markierten einen Wendepunkt in der italienischen Politik und leiteten den Beginn der Zweiten Republik ein. Es waren die ersten Wahlen,

die nach dem neuen Wahlrecht, das eine Kombination aus Mehrheits- und Verhältniswahl darstellt, durchgeführt wurden. Zugleich waren dies auch die ersten Wahlen, in denen sich neue Parteien zur Abstimmung stellten: in erster Linie die Forza Italia (FI). Über die Motive, die den Medienmogul Silvio Berlusconi – Mailänder Unternehmer und Eigentümer des Medienkonzerns „Mediaset“ – dazu geführt haben, in die Politik zu gehen und eine neue Partei zu gründen, ist viel spekuliert worden. War es ein vorbeugender und defensiver Schachzug zum Schutz seines Medienimperiums, nachdem gegen die sozialistische Partei und deren Parteichef Bettino Craxi, der Berlusconi beim Erwerb seiner Fernsehsender unterstützt hatte, staatsanwaltlich ermittelt wurde? Oder war es der Wille, sich einer vermeintlichen Vorherrschaft der Linken zu widersetzen, die von vielen Beobachtern als Folge der Auflösung der Democrazia Cristiana (DC) prophezeit worden war? Es fällt schwer, eine eindeutige Antwort zu formulieren. Einerseits ist es offenkundig, dass die Mobilisierungs- und Medienkampagne im Vorfeld der Parteigründung sowie die rasche Etablierung von Forza Italia (Poli 2001) einen starken Bruch mit den „alten“ Volksparteien bedeuteten. Der Begriff „Politik als Marketing“ (Diamanti 1996) und die Verfügbarkeit einer „persönlichen Partei“ (Calise 2000) beschreiben zutreffend dieses politische Novum, weisen aber auch auf die Bedenken hin, die die Etablierung einer Partei in nur drei Monaten sowie deren Wahlerfolg geweckt haben (Forza Italia erzielte mit 21 Prozent der Stimmen den Wahlsieg, gefolgt vom Partito dei Democratici di Sinistra – PDS [Partei der demokratischen Linken], der Nachfolgepartei des alten PCI mit 20,3 Prozent).

Die Art und Weise, wie sich Forza Italia etablieren und in der Folge behaupten konnte, stellte tatsächlich eine Herausforderung für die traditionellen Parteien dar. In Ermangelung einer bestehenden regionalen und gesellschaftlichen Verwurzelung und auf Grund fehlender Bindungen zu Gewerkschaften und Verbänden erfolgte die Parteigründung und Etablierung der Forza Italia durch den Einsatz einer effizienten Marketingstrategie, mit gezielten Werbekampagnen im Fernsehen und mittels traditioneller Medien (wie zum Beispiel Wahlplakate). Ziel dieser Marketingstrategie war es, die „Marke“ Forza Italia bekannt zu machen und sie symbolisch mit ihrem Parteigründer und Parteichef Berlusconi gleichzusetzen. Die rekrutierten Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen waren zumeist Führungskräfte aus Berlusconis Medienkonzern. Diese Kandidaten spielten al-

erdings ab dem Zeitpunkt, an dem die Wahlkampagne des Jahres 1994 – ebenso wie die späteren Kampagnen – personalisiert und auf Berlusconi zugeschnitten wurde, nur noch eine nachgeordnete Rolle. Das Bild des politisch durchsetzungsfähigen Parteiführers stand im Mittelpunkt eines personalisierten Wahlkampfes, wie ihn heutige Demokratien in vielerlei Hinsicht noch nie erlebt hatten: und zwar im Hinblick auf die investierten Finanzmittel, den Einsatz des Fernsehens, die Verwendung von Meinungsumfragen, mit denen das scheinbare Einverständnis der italienischen Bevölkerung mit den politischen Zielvorstellungen Berlusconis „belegt“ wurde, sowie im Hinblick auf die Verbreitung von Videospots, die von Mediaset produziert wurden und in denen die Person des Unternehmers Berlusconi und dessen persönliche Erfolgsgeschichte in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt wurden (Calise 2005).

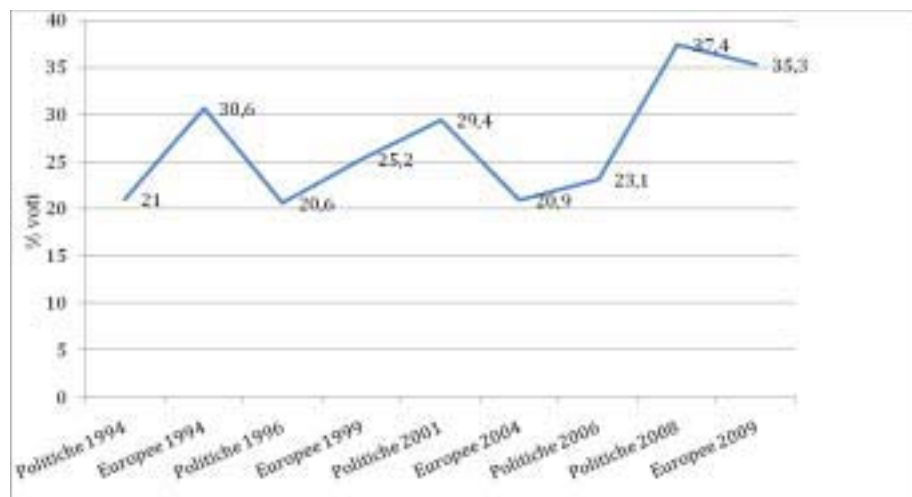
Es besteht kein Zweifel, dass Berlusconis finanzielle Ressourcen und seine herausragende Rolle in der Medienindustrie für den rasch wachsenden Bekanntheitsgrad von Forza Italia von ausschlaggebender Bedeutung waren. Konstatieren muss man, dass sich die Marketingstrategie Berlusconis sowohl im Hinblick auf die Wahlbündnisse als auch hinsichtlich des Wahlprogramms durch eine clevere, legitime und durchaus effiziente politische Strategie auszeichnete. Um die Siegeschancen in den Wahlkreisen – in denen nach dem Prinzip der relativen Mehrheitswahl der Kandidat mit den meisten Stimmen das Mandat erhält – zu erhöhen, hat es Berlusconi 1994 zuwege gebracht, zwei verschiedene Wahlbündnisse mit der Lega Nord (LN) in Norditalien und mit der Alleanza Nazionale (der neuen postfaschistischen Nachfolgepartei des Movimento Sociale) in Süditalien zu schmieden und sich selbst als Regierungschef einer Koalitionsregierung vorzuschlagen. Das Wahlprogramm von Forza Italia forderte eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik: eine drastischen Reduzierung der Staats- und Sozialausgaben sowie der staatlichen Eingriffe in den Markt, Steuersenkungen und eine Aufwertung der Privatinitiative im Wirtschaftssektor. Berlusconis Botschaft war nicht frei von populistischen Anspielungen. Er nutzte seinen unternehmerischen Erfolg aus, um eine Abkehr von der Politik der Vergangenheit, um ein neues Wirtschaftswunder und die Schaffung einer Million neuer Arbeits-

plätze zu propagieren – Ziele, die sowohl die Hoffnungen des arbeitslosen Süditaliensers als auch die Erwartungen der Mittelschicht und der Selbstständigen bedienten. Dies stand in klarem Gegensatz zum Programm der Linken, die sich darauf beschränkte, recht vage eine stärker regulierende Rolle des Staates in Verbindung mit staatlichen Interventionen ins Wirtschaftsgeschehen vorzuschlagen. Dass das Programm von Forza Italia auf breiter Front wahrgenommen wurde und eine gewisse Überzeugungskraft besaß, wurde aus den Wahlanalysen klar ersichtlich. Die Wahlanalysen haben nicht nur aufgezeigt, dass die Mehrheit der Stimmen für Forza Italia von den Stammwählern der ehemaligen Regierungsparteien kamen (der Democrazia Cristiana und dem Partito Socialista), sondern auch den Beleg erbracht, dass die Wählerwanderung einer „Klassenlogik“ folgte, die mit den im Wahlkampf propagierten Wahlversprechen übereinstimmte. Demnach wanderten Selbstständige (Handeltreibende, Handwerker), freiberuflich Tätige, Angestellte und Arbeiter des privaten Sektors zur Forza Italia und zur Rechtskoalition (Bellucci 1997).

Die Wählerschaft von Forza Italia

Der Wahlerfolg von Forza Italia im Wahljahr 1994 war kein vorübergehendes Phänomen. Nach der Wahl im Jahr 1994 blieb ihre Verwurzelung in der Wählerschaft ungeachtet aller Schwankungen im Wesentlichen stabil und lag bei ca. 25 Prozent (vgl. Abbildung 1); wengleich diese Verwurzelung – wie in anderen Demokratien im Übrigen auch – aufgrund von Politik- und Parteienverdrossenheit einer Erosion unterworfen ist. Bei den Wahlen im Jahr 2001 siegte Forza Italia über die Mitte-Links-Regierung und erhielt 29,4 Prozent der Stimmen (die von Berlusconi geführte Koalition erhielt insgesamt 49,6 Prozent), um anschließend bei den Europawahlen auf 20,9 Prozent abzusinken. Nach fünf Jahren an der Spitze der Exekutive verfehlte Berlusconi im Jahr 2006 nur um Haaresbreite die Wiederwahl und musste die Regierungsverantwortung an Romano Prodi – Präsident der Kommission der Europäischen Union – und dessen Mitte-Links-Bündnis abgeben. Die Krise, zu der es nach der Wahlniederlage kam, trübte seine Rolle als politische Führungsfigur des Mitte-Rechts-Bündnisses. Er profitierte letztlich jedoch vom vorzeitigen Ende der Legislaturperiode durch den Rücktritt der Regierung Prodi: Nachdem er den Zusammenschluss seiner Partei Forza Italia mit der Alleanza Nazionale zu einer neuen Partei – dem Popolo della Li-

Abbildung 1: Stimmenanteile (in Prozent) für Forza Italia in den nationalen Wahlen sowie in den Europawahlen (PDL in 2008 und 2009)



bertà (Volk der Freiheit) – mit ihm als Vorsitzenden bewerkstelligt hatte, gewann er die Wahlen im Jahr 2008 mit 37,4 Prozent der Stimmen (Bellucci 2008).

Die Wählerschaft von Forza Italia hat sich von 1994 bis heute im Wesentlichen nicht geändert (vgl. Tabelle 1). Als große Volkspartei kommt der Zuspruch natürlich aus mehreren gesellschaftlichen Gruppen. Dennoch machen in der freien Wirtschaft Tätige und die Selbstständigen (Unternehmer, Freiberufliche, Handeltreibende und Handwerker) den Hauptteil der Wählerschaft aus: 2006 haben 32 Prozent der Unternehmer und Freiberuflichen und 28 Prozent der Selbstständigen Forza Italia gewählt. Der Zuspruch, den die Partei von diesen gesellschaftlichen Gruppen erhält, steht ganz im Einklang mit den Wahlprogrammen und der Philosophie einer der größten Parteien des rechten Flügels: die Aufwertung des freien Marktes, das Misstrauen gegenüber staatlichen Alimentierungen und das (bis heute nicht eingelöste) Versprechen, die Steuersätze zu senken.

Besonders interessant ist die enorme Popularität, die Forza Italia lange Zeit unter den Hausfrauen genossen hat: Zwischen 1994 und 2001 hat etwa jede zweite Hausfrau die Partei Berlusconis gewählt. Selbstverständlich hat es nicht an Kommentaren gefehlt, die diesen Erfolg mit dem intensiven Fernsehkonsum der nicht berufstätigen Frauen in Beziehung gesetzt haben. Obwohl dieser Zusammenhang nicht von der Hand zu weisen ist, hatte auch die Democrazia Cristiana in der Vergangenheit von den gemäßigten politischen Vorlieben der Hausfrauen profitiert, die danach zu Forza Italia abgewandert sind (Caciagli 1992).

Das Bild des Politikers Berlusconi

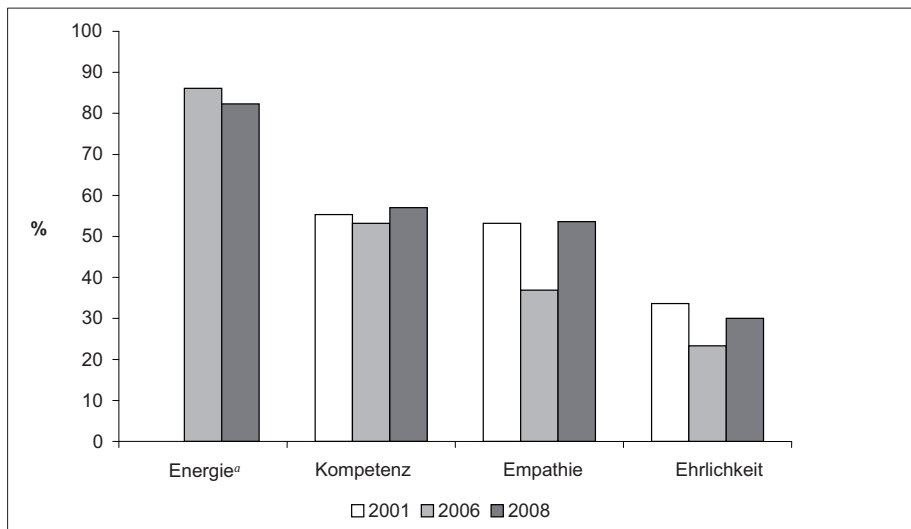
Welches Bild von Berlusconi ist unter den italienischen Bürgerinnen und Bürgern verbreitet? Der sozialpsychologischen Forschung zufolge zählen für die Wähler einige Eigenschaften von Politikern mehr als andere. Insbesondere sind dies Gesichtspunkte der politi-

Tabelle 1: Zusammensetzung der Wählerschaft von Forza Italia (Stimmenanteile in Prozent)

	1994	2001	2006
Unternehmer, Freiberufliche und leitende Angestellte	27,1	26,8	32,5
Selbstständige	28,9	40,0	28,5
Angestellte	18,0	19,9	13,4
Arbeiter	30,2	31,5	18,2
Arbeitslose	26,2	42,2	21,8
Rentner und Pensionäre	34,3	35,1	25,3
Hausfrauen	42,2	45,0	27,5
Studenten	23,3	36,8	16,0

Quelle: Itanes

Abbildung 2: Die Berlusconi zugeschriebenen Eigenschaften in den Jahren 2001, 2006 und 2008



° In der Itanes-Umfrage von 2001 wurde diese Eigenschaft nicht gemessen.
 Quelle: Barisione und Catellani 2008 (Itanes-Umfragen 2001, 2006, 2008)

schen Aktivität bzw. Durchsetzungsfähigkeit (Energie und Kompetenz) sowie die persönlichen Eigenschaften Empathie und Ehrlichkeit (Barisione/Catellani 2008, S. 141). Die Umfragen von Itanes

(Italian National Election Studies) haben ergeben, dass die Italiener Silvio Berlusconi diese vier Eigenschaften in unterschiedlichem Maße zuschreiben (vgl. Abbildung 2).

Das herausragende Merkmal dieser Zuschreibung ist offensichtlich Berlusconis Energie: Über 70 Prozent der Italiener halten den derzeitigen Premierminister für einen „starken Führer“ und gut 50 Prozent schreiben Berlusconi außerdem Kompetenz zu. Aus denselben Umfragen geht hervor, dass die Spitzenpolitiker der Mitte-Links-Parteien deutlich weniger „stark“, aber gleichermaßen kompetent wahrgenommen werden. Im Hinblick auf Empathie („Versteht die Probleme der Leute.“) und Ehrlichkeit scheinen alle verschiedenen Parteichefs des Mitte-Links-Bündnisses, die sich nacheinander abgelöst haben (Rutelli, Prodi, Veltroni), diese Eigenschaften in weit höherem Maße zu besitzen als Berlusconi. Die Tatsache, dass lediglich zwischen 30 und 40 Prozent der italienischen Wähler Berlusconi Ehrlichkeit zugestehen, gibt Anlass zur Sorge. In dieses Bild fließen sowohl subjektive Urteile der Wählerinnen und Wähler

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Über 70 Prozent der Italiener halten Berlusconi für einen „starken Führer“. Jedoch nur 30 bis 40 Prozent der italienischen Wähler gestehen ihm Ehrlichkeit zu.

picture alliance/dpa

als auch objektive Werturteile aufgrund der gegen Berlusconi eingeleiteten Gerichtsverfahren – in einigen wurde er freigesprochen, in anderen für schuldig befunden – ein. Es überrascht daher nicht, dass Ehrlichkeit diejenige Eigenschaft ist, bei der Berlusconi im Vergleich mit den Kandidaten der Mitte-Links-Parteien am schlechtesten abschneidet (a. a. O., S. 144). Ebenso wenig überrascht es, dass Kompetenz und Energie – typische Eigenschaften des Unternehmers, der in die Politik geht, um die Probleme des Staates effizient und mit Führungskraft in die Hand zu nehmen und zu lösen – diejenigen Eigenschaften sind, die an Silvio Berlusconi am meisten geschätzt werden. Selbstverständlich kann dieses Bild im Regierungsalltag und beim Betrachten der tatsächlichen politischen Leistungen der Regierung verblasen.

Die Popularität der Regierungen unter Berlusconi

Die häufigen Regierungswechsel, die ausgeprägte Präsenz der Regierungen im Vergleich zur eher vagen Performanz der Parteien und die zunehmende Personalisierung der Politik tragen dazu bei, dass im Grunde ein permanenter

Wahlkampf herrscht, in dem die Arbeit, die Effizienz und Effektivität der Regierungshandlungen Gegenstand ständiger Aufmerksamkeit sind und der Kontrolle durch die öffentliche Meinung unterliegen.

Alle Regierungen investieren in Kampagnen, die darauf ausgerichtet sind, auf die von ihnen umgesetzten politischen Maßnahmen aufmerksam zu machen. Gleichmaßen nutzen auch die Oppositionsparteien politische Ereignisse und Anlässe, die den Zweck haben, die Titelseiten der Zeitungen zu erobern. Selbstverständlich fehlt es nicht an kritischen Stimmen, die alle diese intensiven Medienaktivitäten skeptisch beurteilen und die Sorge einer möglichen „Manipulation“ zum Ausdruck bringen. Weil die Grenzen zwischen dem politischen System und dem Mediensystem im Falle der Mitte-Rechts-Regierungen unter Silvio Berlusconi in der Tat unscharf erscheinen, kann Berlusconis Medienmacht ein durchaus geeignetes Instrument sein, um das Volk „direkt“ anzusprechen.

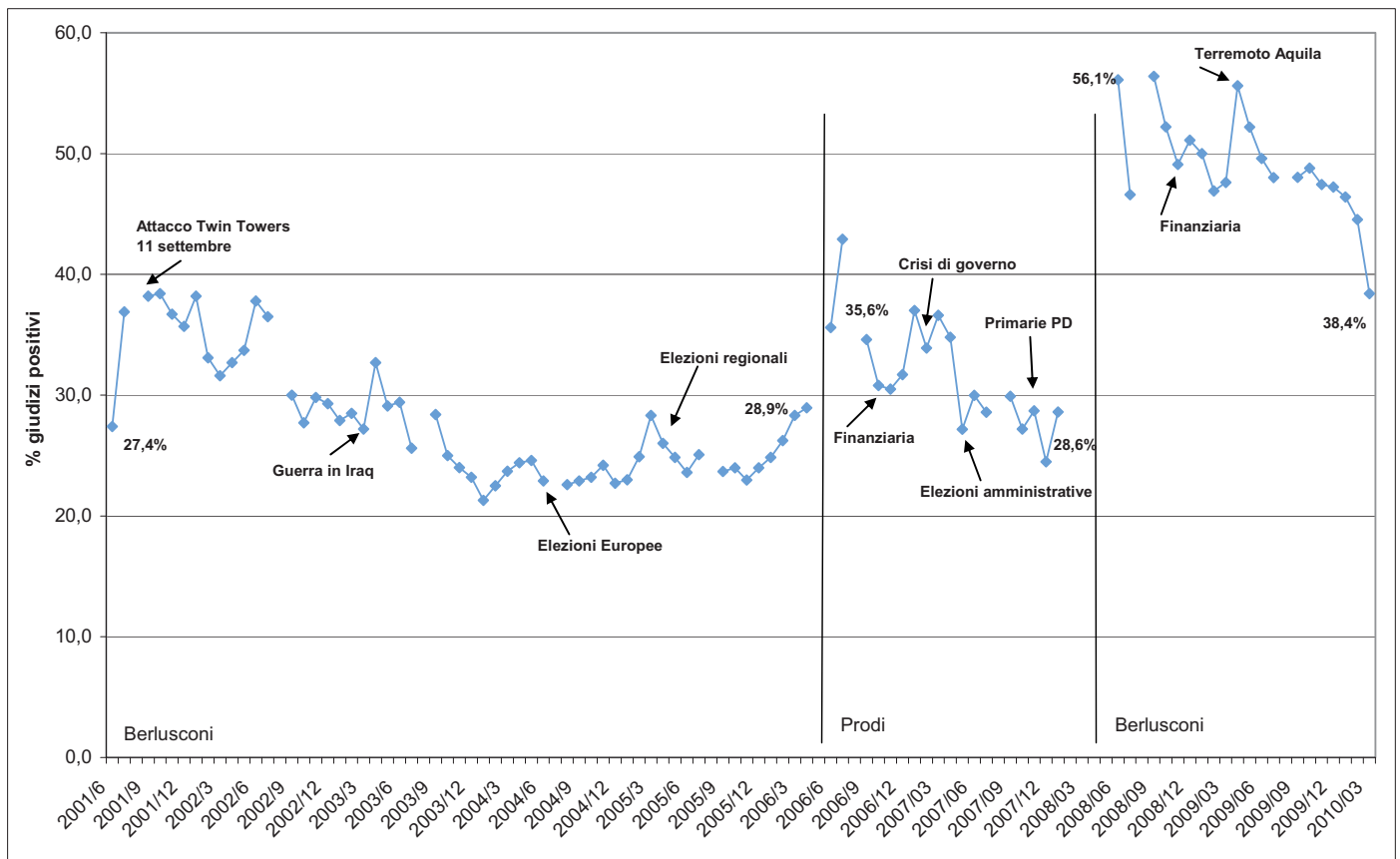
Der Einfluss, den Berlusconi auf das italienische Mediensystem ausüben kann (direkt über seinen eigenen Konzern Mediaset und indirekt über das öffentliche Fernsehen RAI) ist bei den italienischen und internationalen Beobachtern

zu Recht Grund für kritische Aufmerksamkeit. Die potenzielle Gefahr der Manipulation von Informationen, durch die das Bild der Regierung und des Regierungshandelns bei den Bürgern merklich beeinflusst werden kann, gibt Anlass zur Sorge.

Allerdings sollte man die Wirkung der Medien auf die öffentliche Meinung auch nicht überschätzen. Mediale Berichterstattungen folgen zumeist den Gesetzmäßigkeiten der Vernunft und sind durchaus in der Lage, politische Sachverhalte von einer unabhängigen Warte aus zu interpretieren. In aller Regel neigen die Medien dazu, rational auf politische und wirtschaftliche Ereignisse zu reagieren – wenn auch die Sachverhalte letztlich durch die politischen Einstellungen der Konsumenten gefiltert werden.

Dennoch bleibt festzustellen, dass die Popularität bzw. die Beliebtheitskala der Regierungen unter Berlusconi einen normalen Verlauf nehmen. Die Popularität einer Regierung hat schlicht und einfach deshalb an politischer Bedeutung gewonnen, weil sie letztlich ausschlaggebend für das Wahlergebnis ist. In der Tat hängen die Wahlentscheidungen der Wählerinnen und Wähler, deren traditionelle politische Verankerungen – vom Milieu bis hin zur Religion – immer

Abbildung 3: Die Popularität der Regierungen Berlusconi, 2001–2010



Legende: giudizi positivi = positive Beurteilungen; attacco twin towers = Angriff auf die Twin Towers; guerra in Iraq = Irakkrieg; elezioni europee = Europawahlen; elezioni regionali = Regionalwahlen; finanziaria = Finanzkrise; crisi di governo = Regierungskrise; elezioni amministrative = Verwaltungswahlen; primarie PD = Vorwahlen PD; terremoto Aquila = Erdbeben in Aquila.
Quelle: CIRCaP – Universität Siena

2010) erneut auf 44 Prozent ab. Es handelt sich noch um solide Prozentanteile, die eine beachtliche „Zustimmungsreserve“ bestätigen, dennoch ist der – übrigens ziemlich konstante – Rückgang ziemlich offensichtlich. Bei den Ursachen für diesen Rückgang könnte die Überlegung eine Rolle spielen, dass es in einem durch eine starke Personalisierung gekennzeichneten politischen Szenario äußerst schwierig ist, zwischen den Angelegenheiten einer Regierung und den Angelegenheiten des Regierungschefs zu differenzieren. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die Affären und Skandale, die sich um Berlusconi ranken, aber auch die zwischen April 2009 und März 2010 eingetretenen politischen Ereignisse internationaler und nationaler Art einen Einfluss sowohl auf die Popularität Berlusconis als auch auf die Regierung, der er vorsitzt, ausgeübt haben. Auch wenn sich der auffallende Popularitätsverlust Berlusconis im Vertrauensverlust für die Regierung insgesamt widerspiegelt, scheint er dennoch keine besondere Auswirkung auf das Vertrauen der italienischen Bevölkerung in die einzelnen Minister zu haben (vgl. Abbildung 4).

Schlussfolgerungen

Nach 16 Jahren in der politischen Arena – und fast neun Jahren in der Regierungsverantwortung – kann Berlusconi kaum noch auf die Rolle des politischen Erneuerers und des „Antipolitikers“, der eine Abkehr vom politischen Alltag der Vergangenheit verspricht, setzen. Der Unternehmer, der in die Politik gegangen ist, um das politische System Italiens zu reformieren und effizienter zu gestalten, hat einen Teil seines ursprünglichen Elans verloren. Er hat sich aber durchaus als fähiger Politiker und vor allem als rhetorisch brillanter „Vermarkter“ seiner Ziele erwiesen. Durch seinen politischen Ehrgeiz und sein cleveres Taktieren hat sich Italiens Rechte zu einer einzigen Partei vereinigt und steht nun vor den parteiinternen Schwierigkeiten, die mit dem Wandel einer durch eine starke Führungspersönlichkeit geprägten Partei zu einer eher pluralistischen Partei verbunden sind. Politisches Marketing hat Berlusconi zur Macht verholfen und die starke Personalisierung hat die innerparteiliche Konkurrenz zunächst beeindruckt. Sein politisches Programm hat – unabhängig von der tatsächlichen Realisierung der propagierten Ziele – die Zustimmung eines signifikanten Teils der italienischen Wählerschaft erhalten. Italiens gegenwärtige Governance-Probleme unterscheiden sich nicht allzu sehr von denen während der Ersten Republik. Das poli-

tische System scheint allerdings effizienter zu sein. Die letzten drei Wahlen haben drei Regierungswechsel mit sich gebracht. Die Wählerinnen und Wähler haben von Mal zu Mal diejenige Koalition, die ein besseres Programm und den besseren Koalitionsführer vorweisen konnte, belohnt. Die Wählerinnen und Wähler haben die tatsächlichen Leistungen der jeweiligen Regierung bewertet, belohnt oder abgestraft. Der italienische Wähler agiert im Vergleich zu früher sehr viel mehr wie ein „Schiedsrichter“, was letztlich die Transparenz und Sachorientierung im Kampf um Wählerstimmen fördern dürfte.

LITERATUR

- Barisione, Mauro/Catellani, Patrizia (2008): L'offerta personalizzata degli sfidanti. In: *Itanes* (herausgegeben von Paolo Bellucci und Paolo Segatti): Il ritorno di Berlusconi. Vincitori e vinti nelle elezioni del 2008. Bologna, S. 137–148.
- Bellucci, Paolo (1997): Classi, identità politiche ed interessi. In: Corbetta, Piergiorgio/Parisi, Arturo M. L. (Hrsg.): *A domanda risponde. Il cambiamento di voto nelle elezioni del 1994 e 1996*. Bologna, S. 261–316.
- Bellucci, Paolo (2008): Why Berlusconi's landslide return? In: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 4/2008, S. 60–617.
- Caciagli, Mario (1992): Come votano le donne. In: Caciagli, Mario/Corbetta, Piergiorgio (Hrsg.): *Le ragioni dell'elettore. Perché ha vinto il centro-destra nelle elezioni italiane del 2001*. Bologna, S. 126–130.
- Calise, Mauro (2000): *Il partito personale*. Laterza.
- Calise, Mauro (2005): Presidentialization, Italian Style. In: Poguntke, Thomas/Webb, Paul (Hrsg.): *The Presidentialisation of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford, S. 88–106.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Paolo Bellucci ist Professor für Politische Wissenschaften und Leiter der Fakultät für Politische Wissenschaften an der Universität Siena. Er ist mitverantwortlicher Herausgeber der *Wahlanalysen Italian National Election Study (Itanes)*. Zur Parteien- und Wahlforschung hat er u. a. veröffentlicht: „*Political Parties and Partisanship. Social Identity and Individual Attitudes*“ (Hrsg. mit J. Bartle) sowie „*Why Berlusconi's landslide return?*“ In: *Politische Vierteljahresschrift* 4/2008.

- Cotta, Maurizio/Isernia, Pierangelo (Hrsg.) (1966): *Il gigante dai piedi d'argilla. La crisi del regime partitocratico in Italia*. Bologna.
- Cotta, Maurizio (1996): *La crisi del governo di partito all'Italiana*. In: Cotta, Maurizio/Isernia, Pierangelo (Hrsg.) (1966): *Il gigante dai piedi d'argilla. La crisi del regime partitocratico in Italia*. Bologna, S. 11–52.
- Dente, Bruno (1980): *Le politiche pubbliche in Italia*. Bologna.
- Di Palma, Giuseppe (1977): *Surviving without governing*. Berkeley.
- Diamanti, Ilvo (1996): *La politica come marketing*. In: *Micromega*, Heft 2/1994, S. 60–77.
- La Palombara, Joseph (1987): *Democracy, Italian Style*. Yale.
- Poli, Emanuela (2001): *Forza Italia. Strutture, leadership e radicamento territoriale*. Bologna.
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Cambridge.
- Spotts, Frederic/Wieser, Theodor (1986): *Italy. A Difficult Democracy. A Survey of Italian Politics*. Cambridge.
- Verzichelli, Luca (1996): *Le politiche di bilancio: il debito pubblico da risorsa a vincolo*. In: Cotta, Maurizio/Isernia, Pierangelo (Hrsg.) (1966): *Il gigante dai piedi d'argilla. La crisi del regime partitocratico in Italia*. Bologna, S. 189–239.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. den Beitrag von Stefan Köppl in diesem Heft.
- 2 Mit dem, etwas irreführenden, Begriff „fronte laico“ wurden diejenigen kleinen Parteien (ausgenommen das neofaschistische Movimento Sociale Italiano) bezeichnet, die keinem der beiden großen Lager – Katholiken und Kommunisten – angehörten und die der DC häufig als Koalitionspartner dienten.
- 3 Vgl. den Beitrag von Mario Caciagli in diesem Heft.
- 4 Vgl. den Beitrag von Günther Pallaver in diesem Heft.
- 5 Die „Beliebtheit der Regierung“ ist definiert als Anteil der Befragten, die in den monatlichen Umfragen mit „sehr positiv“ und „ziemlich positiv“ auf die Frage: „Wie bewerten Sie insgesamt die Arbeit der Regierung bis heute?“ antworten.

Föderative Tendenzen in Italien: Politik, Wirtschaft und Regionalbewusstsein im Wandel

Alexander Grasse

Seit dem Zusammenbruch der Ersten Republik (1993/1994) gibt es in Italien eine Debatte darüber, ob Staatsreformen den Weg zu einem Bundesstaat ebnen können. Alexander Grasse geht der Frage nach, ob der Föderalismus für Italien ein geeignetes Modernisierungsinstrument ist und ob sich Italien tatsächlich auf dem Weg zu einem Bundesstaat befindet. Tatsächlich wurden die Kompetenzen der Regionen spürbar erweitert. Durch die Verfassungsreformen 1999 und 2001 wurde Italien konstitutionell zu einem Mehrebenensystem im Zeichen des Subsidiaritätsprinzips. Ökonomische Ungleichgewichte sowie die zentrifugal wirkenden Entwicklungs- und Verteilungsprobleme sollen durch die Föderalisierung beseitigt werden. Gerade die regionalen Disparitäten und die Angst vor Entsolidarisierung machen jedoch den Prozess der Föderalisierung so schwierig. So wurden die 1990 eingeleiteten Reformen oft nur zögerlich umgesetzt. Italiens Weg zum Bundesstaat dürfte auch weiterhin nur in kleinen Schritten verlaufen. Dennoch hat sich die Idee des Föderalismus, staatliche Legitimität durch regionale Autonomie und Mitbestimmung zu sichern, durchgesetzt.

Ziele des Föderalismus heute

Die Zahl der Bundesstaaten als gängigste Ausprägung des föderativen Prinzips – de pluribus unum – nimmt weltweit beständig zu, ebenso wie ein Anwachsen von innerstaatlicher Asymmetrie zu beobachten ist mit unterschiedlichen Kompetenzen der Gliedstaaten bzw. unterschiedlich stark ausgeprägter Politikfähigkeit (u.a. Palermo 2007; von Beyme 2007; Majeed 2006; Kincaid 2005). Der Föderalismus als Organisationsprinzip von Staat und Gesellschaft verfolgt eine Vielzahl von Zielen, wobei die meisten davon unverändert aktuell sind. Manche jedoch haben sich über die Zeit gewandelt, andere an Bedeutung hinzugewonnen oder aber verloren. Als besonders relevant für die zunehmende Verbreitung von Föderalismus und regionaler Autonomie können derzeit folgende drei Motive gelten: (1) Die politische Ökonomie der Regionalisierung (Modernisierungsre-

gime und deren Wettbewerb); (2) kulturelle Differenz, Identitätsfragen und Minderheitenschutz; (3) die qualitative Verbesserung der Demokratie durch Partizipation und Bürgernähe.

In Italien gibt es seit dem Zusammenbruch des politischen Systems im Jahr 1993/94 eine breite Debatte darüber, ob bzw. inwieweit Staatsreformen notwendig und geeignet sind, um die italienische Republik, die aus einer langen Tradition des Zentralismus heraus im Jahr 1948 als dreigliedrig dezentralisiertes politisches System (20 Regionen, 100 Provinzen und 8.100 Kommunen) entstand, in einen wahrhaftigen Bundesstaat transformieren. Die Intensität der Debatte unterliegt dabei heftigen Schwankungen, Phasen intensiver öffentlicher Kontroversen mit anschließender Reform folgen Phasen der Stagnation. Seit den Parlamentswahlen 2008 und dem erneuten Eintritt der für viele wieder überraschend erfolgreichen Lega Nord in die Mitte-Rechts-Koalition unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi erhält das Thema wieder vermehrt Aufmerksamkeit (Grasse 2008).

Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, inwieweit die oben genannten Motive in der italienischen Föderalismusdebatte eine Rolle spielen und welche Reformen bereits umgesetzt wurden. Dabei ist zu klären, ob Legitimation und/oder Effizienz des politisch-administrativen und ökonomischen Systems gesteigert werden können. Abschließend ist auch zu eruieren, ob sich Italien tatsächlich auf dem Weg zu einem Bundesstaat befindet, ob der Föderalismus für Italien ein geeignetes Modernisierungsinstrument ist oder es sich im Gegenteil nur um eine Scheindebatte handelt.

Ökonomische Facetten der Föderalismusdebatte

Die wirtschaftliche Relevanz des Raums hat im Zuge der Globalisierung, der Liberalisierung des Welthandels und der Schaffung des europäischen Binnenmarktes eher zu- als abgenommen. Die Aufwertung der regionalen Ebene ist vielerorts Ergebnis eines veränderten Verhältnisses von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Makroökonomische Steuerungspotentiale und Verteilungsspiel-

räume auf nationaler Ebene schwinden, zugleich stößt die lokale Wirtschaftspolitik an ihre Grenzen. Vielfach ist die kommunale Ebene im Rahmen einer fortschreitenden regionalen Clusterbildung zu kleinräumig für effektive Strukturpolitik, Innovationsregime und Technologieförderung. Die Zunahme regionaler Autonomie in vielen europäischen Staaten ist in wesentlichen Teilen ein Ergebnis der Suche nach Modernisierungswegen auf die Herausforderung, bei verschärftem Standortwettbewerb Wachstum generieren zu müssen. Die Abkehr von Versuchen, wirtschaftliche Entwicklungen zentral zu steuern, soll den Regionen ermöglichen, für ihre jeweilige Situation passende Problemlösungen zu finden. So kann besser auf regionale Ausgangsbedingungen (Wirtschaftsstruktur, Arbeitskräfteangebot, Ressourcen) Rücksicht genommen werden. Die Regionen sollen, so die Theorie, zu Laboratorien für neue Entwicklungskonzepte werden und erfolgreiche Beispiele dann möglichst Schule machen.

Der Ideenwettbewerb zwischen Regionen soll dabei institutionell verankert werden. Die Anwendung des Wettbewerbsgedanks auf die Staatsorganisation in Gestalt von Verfassungskorrekturen, welche die Konkurrenz zwischen den Regionen befördern sollen, ist angesichts der Hegemonie des Marktliberalismus nicht weiter verwunderlich. Die Übertragung des Wettbewerbs als Ordnungsprinzip aus der Ökonomie entspringt dem Grundgedanken, dass Konkurrenz generell zu besseren Problemlösungen beitrage, zu mehr Innovation und Effizienz führe. Obwohl dieser Transfer auf institutionelle Strukturen nur sehr eingeschränkt möglich ist – soll doch gerade der Staat Verzerrungen durch den Marktmechanismus ausgleichen bzw. das Versagen des Marktes zumindest partiell korrigieren –, ist die dahinter stehende Idee auf breite Resonanz gestoßen. Dabei geht es nicht nur um vertikale, sondern auch um horizontale Subsidiarität. Mit anderen Worten: Probleme sollen nicht nur auf der politisch-administrativen Ebene gelöst werden, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist, sondern nach Möglichkeit durch Privatisierung bzw. unter Nutzung gesellschaftlicher Ressourcen und durch den weitgehenden Verzicht auf staatliche Intervention.

Territoriale Disparitäten und Verteilungskonflikte

All diese Gedanken kommen in Italien besonders zum Tragen: Viele Jahrzehnte zentralistischer, meist uniformer Regionalpolitik führten tatsächlich nur bedingt zu einer Verringerung territorialer Disparitäten, insbesondere zwischen Nord- und Süditalien. Zwar konnten die Lebensverhältnisse erheblich angeglichen werden, doch war dies nur auf Kosten eines umfangreichen Transfers von Ressourcen möglich, der zunehmend in Frage gestellt wird, vor allem von den so genannten Nettozahlern unter den Regionen (vgl. Abbildung 1).

Mit dem Ende des Fordismus, sinkenden Wachstumsraten und neuen Sparzwängen infolge des Beitritts Italiens zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (nach vielen Jahren immer weiterer Verschuldung der öffentlichen Haushalte¹⁾) nahmen die Verteilungskonflikte in Italien bereits ab Ende der 1980er Jahre stark zu. Diese Konflikte wurden zu erheblichen Teilen „territorialisiert“, d.h. aufkommende soziale Verwerfungen wurden zunehmend als Nullsummenspiel zwischen den Regionen dargestellt: der Süden, so die These, lebe auf Kosten des Nordens. Obschon dies offenkundig eine zu große Vereinfachung darstellt und vor allem der regionalen Vielgestaltigkeit Italiens nicht angemessen Rechnung trägt (Gelli/Grasse 2010a), wurden von Akteuren wie der Lega Nord gezielt alte Ressentiments geweckt und instrumentalisiert.² Dabei spielten ihr der traditionelle Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie wie auch der italienische Anti-Etatismus in die Hände (Gelli/Grasse 2010b): Der Protest aus dem Norden richtet sich vor allem gegen die überbordende römische Bürokratie, das wahrgenommene

Missverhältnis von staatlichen Dienstleistungen (etwa im Bereich der Infrastruktur) und bestehender Steuerlast. Diese Steuerlast soll durch territoriale Autonomie und interregionalen Wettbewerb sinken.

Hinzu kommt eine ganz andere Entwicklung: Tatsächlich hat sich herausgestellt, dass einige Regionen (z.B. Lombardei, Toskana, Emilia-Romagna oder Veneto) in der Lage waren, erfolgreich als politische, soziale und ökonomische Laboratorien zu fungieren und dementsprechend ab den 1990er Jahren nach neuen Kompetenzen verlangten, um im internationalen Standortwettbewerb wie auch im Wettbewerb um europäische Fördermittel bestehen zu können (Grasse 2005; Gualini 2004).

Die Föderalisierung Italiens wurde im Rahmen all dessen intensiv diskutiert und zu einer wirklichen Option. Die territoriale Bindung der Ökonomie spielt in Italien als Land mit starker kommunaler Ebene seit jeher eine besondere Rolle. Die autonome politische Steuerung der verschiedenen Wirtschaftsräume sowie die aktive Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und Kooperation durch Netzwerk-Politiken, jenseits ideologischer Schranken und zum großen Teil abgekoppelt von den traditionellen Partei-bindungen, wurde dagegen erst in den 1990er Jahren zum Paradigma.

Wachsender Wettbewerb unter den Regionen

Der Wettbewerb unter den Regionen als territorialen Systemen ist merklich gewachsen, auch wenn die ökonomischen Steuerungspotentiale längst nicht ausreichend genutzt werden (Barbati 2009). Dort, wo die Konkurrenz nicht primär ökonomisch bzw. nicht in-

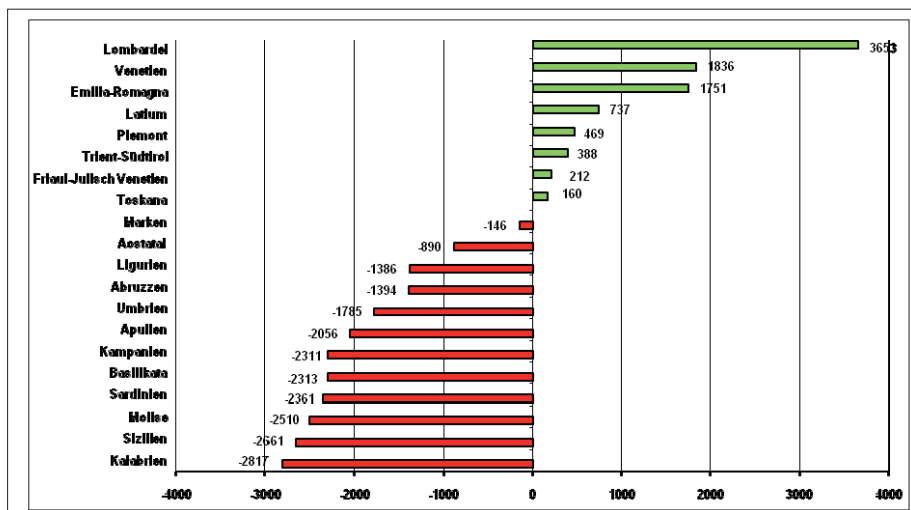
nerhalb institutioneller Strukturen ausgetragen wird, gibt es unter dem Diktum des Benchmarking, des Best Practice-Imperativs und von Exzellenznetzwerken ein Ringen um Reformen und innovative Verfahren in einzelnen Politikfeldern, vor allem aber in den Bereichen Regulation, Verwaltung und Organisation. Wettbewerbsdruck entsteht, ähnlich wie in Deutschland (Benz 2007), vor allem durch Raum greifende Evaluationen und indirekte Steuerung. Zugleich wurden umfangreiche Privatisierungsmaßnahmen durchgeführt und die öffentliche Daseinsvorsorge reformiert, teilweise mit Erfolg, zum Teil aber auch mit dem Ergebnis einer Verschärfung regionaler Disparitäten und Verschlechterungen (Donati/Grasse 2009).

Ein wirklicher ökonomischer Wettbewerb zwischen den 20 italienischen Regionen ist angesichts ihrer enormen Ungleichheit nicht realistisch. Eine Region wie Molise mit wenig mehr als 300.000 Einwohnern kann schwerlich konkurrieren mit der Lombardei als einer der wirtschaftsstärksten Regionen Europas mit 9,4 Millionen Einwohnern. Die ökonomischen Disparitäten lassen sich am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigen (vgl. Abbildung 2). Insbesondere die nördlichen bzw. nordöstlichen Regionen liegen weit über dem europäischen Durchschnitt (135 Prozent des EU-Durchschnitts pro Kopf in der Lombardei und Südtirol). Die südlichen Regionen jedoch gehören mit einem Bruttoinlandsprodukt von weniger als 75 Prozent des europäischen Durchschnitts nach wie vor zum Armenhaus Europas, wobei Kampanien mit 66 Prozent das Schlusslicht bildet. Spiegelbildlich dazu verhält sich die Arbeitslosenquote, die von 2,6 Prozent in Südtirol bis zu 13 Prozent auf Sizilien reicht, wobei zu berücksichtigen ist, dass das hier zugrunde gelegte Jahr 2006 eines guter ökonomischer Entwicklung war und die Zahl der Arbeitslosen aufgrund der hohen Dunkelziffer sehr viel höher liegt, insbesondere bei Jugendlichen.

Vor diesem Hintergrund wurde Mitte der 1990er Jahre von der Agnelli-Stiftung ein Konzept zur Fusion von Regionen erarbeitet und vorgestellt (Pacini 1996). Größere, annähernd gleich starke Einheiten sollten die Voraussetzungen schaffen für den interregionalen Wettbewerb um Ressourcen und Entwicklungskonzepte, die Transferleistungen vermindern und zugleich zu Einsparungen bei den Kosten politischer Führung beitragen (vgl. Abbildung 3).

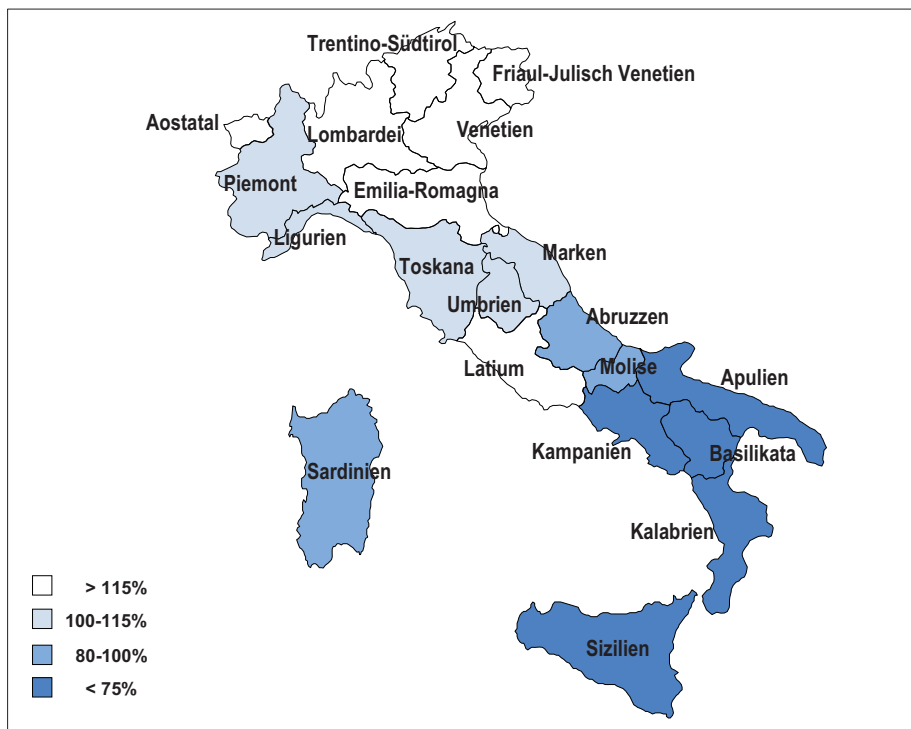
Ähnlich wie in Deutschland alle jüngeren Ansätze einer Länderneugliederung gescheitert sind, blieb diese Initiative letztlich auch in Italien ohne greifbares Ergebnis. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass die Einsparpotentiale

Abbildung 1: Nettozahler und -empfänger unter den Regionen Italiens 2005 (Angaben pro Kopf in Euro)



Quelle: Eigene Darstellung anhand von Daten nach Ambrosiano/Bordignon/Cerniglia 2008, S. 26.

Abbildung 2: Durchschnittliche Wirtschaftsleistung der Regionen als BIP pro Einwohner nach KKS 2006 (EU-27 = 100%)



Quelle: Grasse 2010 nach Daten von Eurostat.

gering sind und Entwicklungsprobleme durch eine Fusion ja nicht ursächlich gelöst, sondern nur statistisch nivelliert werden. Zum anderen zeigt es, dass die 20 Regionen, auch die kleinsten unter ihnen, seit ihrer Schaffung 1944 bis 1948 (mit Sonderstatut) bzw. 1970/72 (mit Normalstatut) im institutionellen Gefüge so stark verankert sind, dass der Widerstand gegen Territorialreformen zu stark ist. Dies leitet über zum nächsten Punkt, der Frage nach der Entwicklung im Bereich der regionalen Identitäten und der kulturellen Vielfalt Italiens.

Kulturelle Vielfalt, Identitätsfragen und Minderheitenschutz

Ein klassisches Ziel des Föderalismus liegt bekanntermaßen in der Kraft zur Integration heterogener Gesellschaften, insbesondere solcher mit signifikanten kulturellen Unterschieden. Dies ist allerdings nicht voraussetzungslos und der Föderalismus allein noch kein Garant für dauerhafte Kohäsion. Vielmehr tarieren sich Unterschiede und Kräfteverhältnisse immer wieder neu aus und verlangen nach politisch-institutionellen Reformen. Die in Europa in vielen Staaten feststellbare Renaissance regionaler Identitäten und Lebensmuster ist zum Teil eine Reaktion auf stattfindende Entgrenzungsprozesse, d.h. auf die Globalisierung der Märkte, damit einhergehende Uniformisierungstendenzen, zunehmende Mig-

rationsbewegungen sowie auf Phänomene der Massengesellschaft, mit einer stetig größer werdenden Zahl von Problemen und allgemeiner Orientierungs-

Abbildung 3: Zwölf „Meso-Regionen“ – Der Vorschlag der Stiftung Agnelli zur territorialen Neugliederung Italiens



- 1) Die Provinz Bozen behält einen besonderen Autonomiestatus.
 - 2) Aufteilung der Region Umbrien: Die Provinz Terni wird Latium, die Provinz Perugia der Toskana zugeordnet.
 - 3) Aufteilung der Region Basilikata: Die Provinz Matera fällt der Region Apulien zu, die Provinz Potenza der Kampanien.
- Quelle: Eigene Darstellung anhand von Pacini 1996, S. 149.

losigkeit. Die Region wird gegenüber der wachsenden gesellschaftlichen Komplexität als Ort des Halts, der Sicherheit, der Überschaubarkeit und der Kontrollfähigkeit empfunden. Dieser Schutzreflex ist jedoch nur ein Teilaspekt. Regionale Identität wird auch als Rückbesinnung auf eigene Qualitäten betrachtet und der Zusammenhang von Sozialkapital, regionaler Identität und Föderalismus rückt in den Fokus (Bußjäger 2008). „Das Konzept der ‚endogenen Potentiale‘ berührt zumindest implizit immer die regionale oder lokale Identität als kulturelle und soziale Dimension der Entwicklung. ‚Eigenständige Regionalentwicklung‘ enthält schon im Begriff die Abwehr von Außensteuerung und damit die Sicherung einer eigenen Identität gegenüber einer – zumindest subjektiv – als ‚fremdbestimmt‘ wahrgenommenen Identität“ (Ipsen 1994, S. 233). Die Frage nach der regionalen Identität ist deshalb immer auch die klassische Frage Max Webers nach der kulturellen Rahmung ökonomischer Prozesse, danach, ob „konkrete Formen von Gemeinschaftshandeln konkreten Wirtschaftsformen ‚adäquat‘ oder ‚in-

adäquat' sind, d.h. begünstigend oder hemmend wirken" (Lindner 1994, S. 8). Auf der anderen Seite gibt es ein neues Denken in Kategorien der Differenz, das im schlechtesten Fall in gefährlicher ethnischer Zentrierung bzw. Ausgrenzung verschiedenster Art enden kann.

Trotz der Tatsache, dass es in Italien eine lange Tradition regionaler Autonomieforderungen und föderaler Bestrebungen gibt (Petraccone 1996; Gange mi 1996; Grasse 2000), lässt sich eine starke regionalistische Komponente als Ursache jüngster Föderalisierungsbestrebungen klar verneinen. Es gehört zu den spezifischen Merkmalen des italienischen Regionalismus, dass er „weniger auf starken und gefestigten, von der Bevölkerung nicht bezweifelt, sondern verinnerlicht regionalen Identität beruht, als vielmehr auf der Grundlage eines diffusen Partikularismus von Städten und Landstrichen entstanden ist" (Onida 1990, S. 244).

Kulturelle Differenz im klassischen Sinne spielte nur nach dem Zweiten Weltkrieg für die Schaffung der Regionen mit Sonderstatut (Sizilien, Sardinien, Trentino-Südtirol, Aostatal und Friaul-Julisch Venetien) eine Rolle. Neben den kulturellen Unterschieden kam der peripheren geographischen Lage und vor allem der Sprache von Minderheiten³ besondere Bedeutung zu. Die Föderalisierung Italiens hatte dies aber ebenso wenig zur Folge (stattdessen wählte man 1948 das Modell des asymmetrischen Regionalstaats) wie die aktuelle Föderalisierungsdebatte von der tatsächlichen Notwendigkeit zur Befriedung ethnisch-kultureller Differenz getragen wäre. Dies wie auch der Minderheitenschutz war mit der Realisierung regionaler Sonderautonomie bereits hinreichend geleistet.

Der Kompromisscharakter des „Regionalstaats“

Lange noch nach Etablierung des Regionalstaats wurde dagegen die Existenzberechtigung der Regionen mit Normalstatut bestritten. Weniger als um die funktionale Legitimation der regionalen Ebene ging es in der Debatte stets um ihre historische Legitimation und damit um territoriale Definitionsprobleme. Dabei stellte die Diskussion um das vermeintliche oder tatsächliche Fehlen so genannter historischer Regionen häufig jedoch nur einen Ablenkungsversuch von den eigentlich dahinterliegenden machtpolitischen Motiven des römischen Zentralstaats dar. Die traditionelle Uneinigkeit und Unsicherheit über eine geeignete territoriale Bestimmung der Regionen spiegelt sich auch im Ergebnis der Verfassung von

1948 (Art. 131) wider.⁴ Gezeichnet vom Kompromisscharakter des „Regionalstaats“ – als intermediäre Form zwischen Föderalismus und Zentralismus –, ist die räumliche Gliederung der Regionen mit Normalstatut (zunächst 14, dann 15) tatsächlich wenig plausibel und kohärent ausgefallen. Argumente ökonomischer Vernunft wurden missachtet, funktionale Beziehungsverflechtungen weitgehend ignoriert, und der Geschichte nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Man orientierte sich an bereits bestehenden Provinzen, die man zusammenfasste, und an den statistischen Regionen des Königreichs.

Diese „Regionen“ wiederum waren nur bedingt nach geographischen und historischen Kriterien entstanden, denn sie wurden in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts im Zuge der ersten gesamtitalienischen Volkszählung gebildet. Es handelt sich hierbei um die von Pietro Maestri identifizierten 16 Regionen, wie

sie seit 1863 in den offiziellen Schriften des Königreichs Italien und ab 1912 im statistischen Jahrbuch auftauchen: Piemonte, Liguria, Lombardia, Veneto, Emilia, Toscana, Marche, Umbria, Lazio, Abruzzo und Molise, Campania, Puglia, Lucania, Calabria, Sicilia und Sardegna. Erstmals fiel zu dieser Zeit der Begriff „regione“ (Gizzi 1991, S. 40f.). Bis auf wenige Ausnahmen entstanden somit regionale Gebilde, die nichts oder nur wenig mit den historischen Staaten vor dem Risorgimento⁵, namentlich: Königreich Piemont-Sardinien, Königreich Lombardisch-Venetien, Großherzogtum Toskana, Herzogtümer Parma, Modena, Massa und Lucca, Kirchenstaat und Königreich beider Sizilien, zu tun hatten. Ebenso wenig nahmen die neuen regionalen Gebilde auf noch weiter zurückliegende historische Linien Bezug, auch wenn sie letztlich zum Teil die Namen der elf augusteischen regiones trugen, die im Römischen Reich als statisti-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Ein Bauer in Kalabrien. Die südlichen Regionen Italiens gehören nach wie vor zum Armenhaus Europas. Ökonomische Ungleichgewichte und Verteilungsprobleme sollen durch die Föderalisierung eingeehgt werden. Aber gerade diese Ungleichgewichte sind es, welche die Föderalisierung so schwer machen.
picture alliance/dpa

territorialer Identität in Italien ab Ende der 1980er Jahre immer weniger vom Phänomen der Subkulturen überlagert wurden. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs sowie dem Korruptionsskandal „Tangentopoli“ und dem damit verbundenen Ende der so genannten Ersten Republik entstanden die Voraussetzungen für noch mehr regionale Vielfalt. Doch selbst wenn es richtig ist, dass regionale Identitäten in Italien wachsen und die regionale Vielfalt zunimmt, so ist die von der Lega Nord behauptete kulturelle Homogenität ihres Kunstproduktes „Padania“ fernab der Realität und eher ein mühsamer Versuch zur Legitimation parteipolitischer und wirtschaftlicher Ziele. Das Konzept hat viel Folklore an sich, trägt aber auch Züge ethnischer Schließung und Ausgrenzung verschiedener Art. Es war deshalb der Föderalisierung lange Zeit eher hinderlich, da es Ängste der Entsolidarisierung schürte und noch immer schürt. Im Süden existieren zwar ebenfalls regionale Identitäten, diese schließen aber meist nicht die Region als Institution mit ein, denn in Südtalien ist die Unzufriedenheit mit dieser politischen Ebene aufgrund weniger Erfolge und einer Vielzahl an Misserfolgen noch immer groß. Zudem überwiegt in zahlreichen Regionen ein negatives Selbstbild, was verhindert, dass kollektive Identitäten zu politischer Mobilisierung führen. Dies beginnt sich erst seit einigen Jahren hier und dort zu wandeln.

sche Einheiten unter Anführung ethnischer Gliederungsmerkmale gebildet wurden (Tichy 1985, S. 16). Lediglich hinsichtlich der Dialekte besteht eine gewisse Kongruenz mit den Regionen als institutionellen Einheiten, wobei wiederum eine Mikro-Struktur lokaler Varietäten im täglichen Gebrauch der Sprecher fortlebt, die bedeutsamer ist als diejenige innerhalb des Territoriums der heutigen Regionen. Man spricht im Italienischen nicht zufällig von den Regionen Kalabrien und Apulien bisweilen in der Mehrzahl: *le Puglie* bzw. *le Calabrie*. Dialekte spielen im Nordosten, vor allem aber im Süden eine nach wie vor große Rolle (Adnkronos 2003, S. 454), wobei die Varietät der italienischen Dialekte im europäischen Vergleich besonders groß ist. Trotz des überwiegend artifiziellen Charakters zeigte sich jedoch – ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland –, dass die Schaffung neuer Regionen

die Herausbildung regionaler Identitäten nicht behindern muss. Im Gegenteil: Nach ihrer Implementierung 1970 konnten zahlreiche Regionen eigene Identitäten ausprägen. In dem Maße, in dem die Regionen politisch und ökonomisch an Bedeutung gewannen, in dem Maße wuchsen auch regionale Identitäten, schlicht deshalb, weil sich die Beziehungsströme seither stärker auf dieser Ebene konzentrieren und der kausale Zusammenhang zwischen der Mobilisierung sozial-kulturellen Kapitals einerseits und wirtschaftlicher Entwicklung andererseits immer stärker hervortritt. Insbesondere die intellektuellen Schichten haben zur Anerkennung der Regionen beigetragen, indem die lokale und regionale Dimension als Hort politischer Alternative und Ort möglicher Graswurzeldemokratie diskutiert wurde (Cavazza 1995, S. 69). Besondere Schubkraft erhielt die Föderalismusdebatte dadurch, dass Fragen

Demokratisierung, Partizipation und Bürgernähe

Ein drittes wesentliches, hinter dem föderalen Konzept stehendes Ziel, von Alexis de Tocqueville (1835/40) am Beispiel der USA besonders anschaulich gemacht, ist das der qualitativen Verbesserung der Demokratie. Hierzu gehören vertikale Gewaltenteilung durch Vervielfältigung der politischen und administrativen Ebenen, häufigere Möglichkeit zur Teilnahme an Wahlen, Ausweitung der innerparteilichen Demokratie, mehr Transparenz und unmittelbare Kontrolle, Selbstbestimmung und Stärkung der Eigenverantwortung, größere Bürgernähe sowie eine insgesamt größere Legitimation öffentlichen Handelns. Mit dem Schmiergeldskandal „Tangentopoli“ und dessen Aufdeckung Anfang der 1990er Jahre waren nicht nur die involvierten Parteien diskreditiert, sondern auch das politische System als solches in die Krise geraten, denn erst die

„blockierte Demokratie“, d.h. das Fehlen politischer Alternanz, und der Zentralismus hatten die Voraussetzungen für systematische Korruption solchen Ausmaßes geschaffen. Zugleich krankten viele Regionen an den selben Symptomen, nämlich Parteienherrschaft, instabilen politischen Verhältnissen mit ständig wechselnden Regierungen und eklatanten demokratischen Defiziten, da der Einfluss der Wählerinnen und Wähler auf die Regierungsbildung gering war, wozu das Verhältniswahlrecht ebenso sehr beitrug wie die geringen Kompetenzen der Regionspräsidenten und ihrer Regierungen. Um das Legitimationsdefizit sowohl im Bereich von Input als auch Output zu verringern, waren Staatsreformen deshalb unumgänglich. Die Stellung der Regionen zu verbessern und die Aufgaben neu zu ordnen, erschien auch deswegen geboten, weil das italienische Regionalstaatsmodell zwei Grundprobleme aufwies: Zum einen blieb es in der Praxis eines ganz verschiedener territorialer Autonomien, nämlich Regionen, Provinzen, Kommunen, Berggemeindeverbänden (comunità montane) sowie weiteren interkommunalen Zusammenschlüssen (unioni di comuni, comunità isolate). Zum anderen gab es eine riesige Verwaltungsin-effizienz, die zu erheblichen Teilen einer überkomplexen Kompetenzlage geschuldet war. Diese führte nicht nur zu Konflikten zwischen den Ebenen, sondern vor allem zu Aufgabendoppelungen bzw. -zersplitterung und somit erheblichen Widersprüchen im öffentlichen Handeln, zumal die verschiedenen Akteure durch Fehlen eindeutiger Hierarchien und einen Mangel intergouvernementaler Kooperationskultur vielfach aneinander vorbei agierten. Das System der territorialen Autonomien war weder bürgernah noch transparent. Intransparenz und Verantwortungsdiffusion hebelten die demokratische Kontrolle durch das Wahlvolk letztlich weitgehend aus. Hinzu kam, dass in vielen Regionen aufgrund fehlender Kompetenzen, insbesondere im fiskalischen Bereich, gar keine Anstalten unternommen wurden, eigenständige Politiken zu entwickeln, regionale Politik folglich kaum erkennbar wurde. Mit Hilfe größerer Autonomie und dem Fernziel föderativer Demokratie sollte die Verantwortung von Politik und Verwaltung gestärkt, neuen politischen Ideen und Kräften Raum gegeben werden. Ein demokratischer Neuanfang von der Basis aus, d.h. Kommunen, Provinzen und Regionen, bot sich an.

Zur Reform der institutionellen Architektur notwendige Maßnahmen wurden in den 1990er Jahren dann auch zahlreich ergriffen, wie der folgende Abschnitt zeigen wird. Manches blieb auf dem Pa-

pier (so sind etwa die Großstadtbezirke bis heute nicht verwirklicht), vieles aber geriet tatsächlich in Bewegung. Die regionale wie die lokale Ebene auch ist seit Mitte der 1990er Jahre zu einem interessanten Laboratorium für neue Wege der Politik geworden, wenngleich mit ganz unterschiedlichen Ergebnissen. Auffällig aber ist, dass hier völlig neue Bündnisse auftauchen und neue Koalitionen erprobt werden. Der Einfluss der Parteien im lokalen und regionalen Bereich ist längst nicht mehr so übermächtig wie noch zu Zeiten der Ersten Republik. Bürokratie wurde abgebaut, Verwaltungen wurden „verschlankt“, unübersichtliche Einzelgesetze wurden zu Gesetzbüchern zusammengeführt, Zuständigkeiten und Steuerungskompetenzen geklärt und im Zuge dessen zahlreiche Gesetze abgeschafft. Auch die politische Kultur hat sich auf subnationaler Ebene verändert, wenn auch nicht in allen Regionen Italiens, so doch in einigen. Zivilgesellschaftliche Partizipation und Governance stehen vielerorts hoch im Kurs. In manchen Regionen wurden die Beteiligungsrechte von Ausländern mit ständigem Wohnsitz in Italien erweitert, Gesetze zur Herstellung von Chancengleichheit verabschiedet, die Hürden für Volksabstimmungen gesenkt, die Mitwirkungsrechte der lokalen Gebietskörperschaften an der regionalen Politik gestärkt und vieles andere mehr. Vor allem aber gelang es durch die Reformen, Italien auf subnationaler Ebene inzwischen durchaus zu normalen europäischen Verhältnissen mit stabilen Koalitionsregierungen zu verhelfen. Die Verbesserung politischer Leitungsfunktion durch Stärkung der Exekutiven auf allen Ebenen ist weitgehend gelungen. So erhielten die Präsidenten der Regionen eine Art „Richtlinienkompetenz“, das Recht zur Ernennung und Abberufung von Ministern und somit größeren politischen Einfluss. Ihre eingeführte „Direktwahl“ verhilft ihnen zu größerer Unabhängigkeit und Durchsetzungsfähigkeit. Inzwischen sind die wichtige Figuren im politischen Wettbewerb auf nationaler Ebene (Vassallo 2001). Die größere Transparenz politischer Zuständigkeiten der verschiedenen Ebenen, d.h. Stärkung des Zusammenhangs von Wählerauftrag und staatlicher Dienstleistung und mithin Verbesserung der demokratischen Kontrolle, ist allerdings noch Stückwerk. Die auf eine föderale Struktur zielenden Reformen sind auf halbem Wege stecken geblieben, was zu neuen Problemen führt. Gewisse Rückschläge in den letzten Jahren, u. a. in Gestalt neuer Korruptionsskandale, kommen hinzu. Die Idee des Föderalismus, staatliche Legitimität durch regionale Autonomie und Mitbestimmung zu sichern, hat sich dennoch durchgesetzt.

Reformen – auf dem Weg zum Bundesstaat?

Alle Versuche eine von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragene föderale Staatsreform zu verabschieden, sind bislang gescheitert, und eine neue verfassungsgebende Versammlung blieb ebenfalls Utopie. Durch die im Folgenden genannten Partialreformen, die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre von den Mitte-Links-Koalitionen eingeleitet wurden, gelang es gleichwohl, das System der territorialen Autonomien nachhaltig umzugestalten:

- Reform des Regionalwahlrechts 1995 mit der sehr erfolgreichen Einführung eines direkten Moments bei der Wahl des Regionalpräsidenten;
- Verwaltungsreform 1997 (der so genannte Verwaltungsföderalismus der Bassanini-Gesetze);
- Novellierung der regionalen und lokalen Finanzverfassung 1997/2000;
- Verfassungsreformen 1999 und 2001 (Titel V, Teil III) mit den entsprechenden Implementierungsgesetzen (insbesondere No. 131/2003, No. 11/2005 und No. 42/2009).

Durch die Verfassungsreformen 1999 und 2001 wurde Italien konstitutionell zu einem Mehrebenensystem im Zeichen des Subsidiaritätsprinzips, denn (Zentral-)Staat, Regionen, Provinzen, Großstadtbezirke (Città metropolitane) und Kommunen sind nach Art. 114 nun gleichermaßen konstitutive Elemente der Republik. „Alle Ebenen sind autonom und mit eigenen Statuten, Gewalten und Funktionen ausgestattet. Daher sind sie im Rahmen der Verfassungsordnung, einschließlich der völker- und europarechtlichen Bindungen, alle grundsätzlich gleichberechtigt.“ (Scheffold 2007, S. 59). Das ist angesichts der zentralistischen Tradition Italiens bemerkenswert.

Abbildung 4: Das italienische Mehrebenensystem



Quelle: Eigene Darstellung (Grasse 2010).

Die Legislativgewalt wird dem (Zentral-) Staat und den Regionen zuerkannt. Dabei erfolgt eine Umkehr der Residualbefugnis zugunsten der dezentralen Ebenen (Art. 117) und die Regionen erhielten eine Reihe neuer Kompetenzen, was zu folgender Aufteilung führt (vgl. Abb. 5):

Sämtliche Verwaltungsaufgaben werden (gemäß Art. 118) den Kommunen zuerkannt, außer in Fällen notwendiger einheitlicher Regelung und entsprechender Kompetenzübertragung auf Provinzen, Großstadtbezirke, Regionen oder Zentralstaat. Gemäß Art. 119 wird allen Ebenen finanzielle Autonomie verbrieft und das Konnexitätsprinzip verfassungsrechtlich verankert.

Die Stellung der Exekutive wurde durch die Novellierung der Art. 121, 122, 123 und 126 gestärkt und eine klarere Aufgabenverteilung zwischen Regionalräten (Consigli regionali) und Regierungen (Giunte) vorgenommen.⁶ Zudem können die Regionen Regierungsform und Organisationsstrukturen durch ihr Statut autonom regeln, wobei die Spielräume allerdings nicht sehr groß sind. Die Statuten unterliegen jedoch nicht länger der Zustimmungspflicht des nati-

onalen Gesetzgebers, sondern lediglich einer etwaigen Normenkontrolle vor dem Verfassungsgericht. In Art. 123 wird zudem – das ist unter föderativen Gesichtspunkten besonders bemerkenswert – für alle Regionen die Einrichtung eines „Rates der lokalen Autonomien“, einer Art zweiter Kammer auf regionaler Ebene, vorgeschrieben, wobei es allerdings an der Umsetzung noch vielerorts hapert (Cammelli 2009). In Art. 127 erfolgte die Abschaffung des Kriteriums des „nationalen Interesses“, das traditionell Einfallstor für staatliche Eingriffe in den Kompetenzbereich der Regionen war (Caia 2003). Schließlich wurde die Präventivkontrolle regionaler Gesetzgebung und Verwaltung beendet (Art. 124) und ein höheres Maß an Asymmetrie regionaler Kompetenzen ermöglicht. Denn nach Art. 116 können nun alle Regionen auf entsprechenden

Antrag beim nationalen Gesetzgeber „besondere Formen der Autonomie“ erlangen. Das bedeutet ausschließliche Befugnisse in den in Art. 117 genannten Sachgebieten konkurrierender Gesetzgebung sowie in ausgewählten Bereichen ausschließlicher Legislativkompetenz des (Zentral-)Staats.⁷

Zögerliche Umsetzung der Verfassungsreform

Die Verfassungsreform 2001 sollte eigentlich der erste Schritt auf dem Weg zu einem Bundesstaat sein (Bifulco 2004). Bislang sind jedoch keine weite-

Abbildung 5: Gesetzgebungskompetenzen von (Zentral-)Staat und Regionen

<p>Ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse des (Zentral-)Staats</p> <ul style="list-style-type: none"> – Außenpolitik und internationale Beziehungen des Staats – Beziehungen des Staates zur EU – Asylrecht und Aufenthaltsrecht von Bürgern von Nicht-Mitgliedstaaten der EU – Einwanderung – Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften – Verteidigung und Streitkräfte – staatliche Sicherheit – Waffen, Munition und Explosivstoffe – Währung, Bankenaufsicht und Finanzmärkte – Wettbewerbsaufsicht – Devisen – staatliche Steuer- und Haushaltspolitik sowie Haushaltskontrolle – Finanzausgleich – Staatsorgane und diesbezügliches Wahlrecht – nationale Volksabstimmungen – Wahlen zum Europäischen Parlament – Organisation und Funktionsweise der zentralstaatlichen Verwaltung und nationaler öffentlich-rechtlicher Körperschaften – öffentliche Sicherheit und Ordnung mit Ausnahme der lokalen Polizei – Staatsangehörigkeitsrecht, Personenstands- und Einwohnermeldewesen – Gerichtsbarkeit und Prozessordnung – Zivil- und Strafrecht – Verwaltungsgerichtsbarkeit – Bestimmung der nationalen Mindeststandards bei bürgerlichen und sozialen Grundrechten – allgemeine Normgebung im Schulwesen – Sozialfürsorge – Wahlrecht, Regierungsorgane und grundsätzliche Funktionen der Kommunen, Provinzen und Großstadtbezirke 	<ul style="list-style-type: none"> – Zollwesen und Grenzschutz sowie vorbeugende internationale Maßnahmen im Gesundheitswesen – Maße und Gewichte sowie Bestimmung der Zeit – Koordination der Erhebung und Verarbeitung statistischer Daten der öffentlichen Verwaltung – Geisteswerke – Schutz der Umwelt und des Ökosystems, Denkmalschutz und Bewahrung der Kulturgüter <p>Konkurrierende Gesetzgebung von Staat und Regionen (beinhaltet das Recht des Staats, übergeordnete allgemeine „Grundsätze“/principi fondamentali festzulegen)</p> <ul style="list-style-type: none"> – internationale Beziehungen der Regionen und Beziehungen der Regionen zur EU – Außenhandel – Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit – Bildung, unter Wahrung der Autonomie der schulischen Einrichtungen und mit Ausnahme der beruflichen Aus- u. Fortbildung – Berufswesen – Wissenschaft, Forschung, Technologie und Innovationsförderung – Gesundheitsschutz – Ernährung – Sport – Zivilschutz – Raumordnung – zivile Häfen und Flughäfen – große Transportnetze und Schifffahrtswege – Kommunikationswesen – Erzeugung, Transport und nationale Verteilung von Energie – ergänzende Sozialfürsorge, Ausgleich und Koordination der öffentlichen Haushalte und des Steuersystems – Nutzung und Pflege öffentlicher Kulturgüter und der Natur, Förderung und Organisation kultureller Aktivitäten – Sparkassen und regionales Kreditwesen
--	---

Quelle: Grasse 2005.

ren Schritte geglückt. Im Gegenteil, die Implementierungsgesetze von 2003 und 2005, verabschiedet von einer parlamentarischen Mehrheit des Mitte-Rechts-Lagers (unter Beteiligung der Lega Nord), welche die Reform 2001 abgelehnt hatte, sind eher Zeugnisse einer sehr reduktionistischen Lesart des neuen Verfassungstextes, der an und für sich enormes Potential im Sinne des Föderalismus beinhaltet.⁸ Die vom Zentralstaat erlassenen „Grundprinzipien“ im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung schränken die Regionen ebenfalls erheblich ein, wobei das Verfassungsgericht diesen Trend mit seiner Rechtsprechung fördert (Schefold 2007, S. 67f.).

Auch das Gesetz zur Umsetzung der Finanzautonomie von Regionen und Gebietskörperschaften ließ äußerst lange auf sich warten. Erst acht Jahre nach der Verfassungsreform wurde es verabschiedet (Gesetz No. 42/2009). Aufgrund der notwendigen Dekrete wird die Finanzverfassung aber frühestens 2014 vollumfänglich wirksam. Klar ist dennoch schon so viel: Der interregionale Wettbewerb um Ressourcen wird sich verschärfen, da sich die Berechnung der erforderlichen Haushaltsmittel nicht länger an den tatsächlichen Kosten orientiert, die bei der Erbringung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen entstehen, sondern an vorab festgelegten nationalen Standardwerten. Den Regionen werden im Gegenzug Anteile an staatlichen Steuern – insbesondere an der Mehrwertsteuer – und Hebesatzrechte an der Einkommensteuer zuerkannt. Außerdem erhalten sie Gesetzgebungsbefugnisse für eigene, regionale Steuern.

Fiskalische Dezentralisierung

Doch schon die bisher durchgeführte fiskalische Dezentralisierung ist beträchtlich: Während 1992 die Einnahmen aus eigenen Steuern auf subnationaler Ebene (Regionen, Provinzen und Kommunen) lediglich 15 Prozent betragen, pendelt dieser Anteil seit dem Jahr 2000 konstant um die 45 Prozent. Auf der Ausgabenseite sieht es allerdings schlechter aus, da die Zuwächse überwiegend in den Gesundheitssektor geflossen sind und dementsprechend kaum Spielräume für politische Gestaltung blieben (Ambrosiano/Bordignon/Cerniglia 2008, S. 8f.). Das dürfte nach Umsetzung der neuen Finanzverfassung noch problematischer werden, insbesondere für die ökonomisch schwachen Regionen. Denn beim Finanzausgleich wird zukünftig unterschieden zwischen „grundlegenden“ und „nicht-essentiellen Aufgaben“. Zu ersteren ge-

hören soziale Dienstleistungen, das Gesundheitswesen und der Bildungssektor. Hierfür soll in ganz Italien ein einheitliches Niveau gelten. Den Regionen mit unterdurchschnittlichem Steueraufkommen pro Kopf werden deshalb entsprechende Mittel aus dem Ausgleichsfonds zugewiesen. Für die „nicht-essentiellen Aufgaben“ – und das sind alle übrigen – gilt hingegen allein die regionale Steuerleistungsfähigkeit pro Kopf ohne Ausgleichszahlungen (Jorio 2009).⁹ Die Befürchtung, dass ein Prozess nationaler Entsolidarisierung eingeleitet werden soll und die Lebensverhältnisse in Italien immer weiter auseinandergehen, ist weit verbreitet. In diesem Kontext ist auch der Umstand zu sehen, dass immer mehr Kommunen in Grenzgebieten den Anschluss an erfolgreiche, ökonomisch starke Nachbarregionen suchen, um ihre Einnahmesituation zu verbessern. Ein solcher Wechsel (gemäß Art. 132 der Verfassung¹⁰) lässt sich insbesondere hin zu den Regionen Trentino-Südtirol und Friaul-Julisch Venetien sowie Emilia-Romagna beobachten (Bortolussi 2009, S. 71f.).

Wichtigster Punkt der weiteren institutionellen Modernisierung Italiens ist eine Reform der intergouvernementalen Verhandlungsarenen, um Differenzen politisch regulieren zu können und das Übermaß an Konflikten vor dem Verfassungsgericht zu reduzieren. Auf Grund der großen Bedeutung konkurrierender Gesetzgebung scheint eine Umgestaltung des Senats in eine „Kammer der Regionen“ zwar geboten, zumal legislative und administrative Kompetenzen – ähnlich wie in Deutschland – von unterschiedlichen Ebenen ausgeübt werden. Gegen eine Reform des Senats gibt es jedoch starke Widerstände. Mit ihren Forderungen nach einem am deutschen Bundesrat angelehnten Modell stehen die Regionen inzwischen nahezu allein dar.

Fazit

In Bezug auf die eingangs aufgeworfenen drei Grundmotive des Föderalismus bleibt festzustellen, dass für Italien im Wesentlichen zwei davon zutreffen: nämlich erstens die ökonomische Dimension, d.h. Effizienzsteigerung und Förderung des föderativen Wettbewerbs sowie zweitens die demokratietheoretische Dimension, d.h. Demokratisierung und Integration von Zentrum und Peripherie durch territoriale Autonomie. Mit anderen Worten: Es ist nicht so sehr die kulturelle Differenz, sondern es sind vielmehr ökonomische Ungleichgewichte, Entwicklungs- und Verteilungsprobleme, die zentrifugal wirken

und durch die Föderalisierung eingeeignet werden sollen, wobei man vermehrt auf regionale Differenzierung bei den Kompetenzen setzt. Aber eben diese Ungleichgewichte sind es auch, welche die Föderalisierung so schwer machen. Die Umgestaltung der institutionellen Architektur Italiens ist insgesamt von Diskontinuität und wenig Klarheit über das finale Ziel gekennzeichnet. Wäre die Verfassungsreform von 2001 vollständig umgesetzt worden, so wäre Italien heute bereits stärker dezentralisiert als Spanien. Tatsächlich aber verläuft der Prozess schleppend. Wenn überhaupt, dann dürfte Italiens Weg in einen Bundesstaat evolutionär verlaufen, d.h. in kleinen Schritten über einen langen Zeitraum hinweg.

Dabei ist die Bilanz der bisherigen Reformen überwiegend positiv: Die Input-Dimension wurde verbessert, d.h. die Qualität der subnationalen Demokratie (der direkten wie der repräsentativen) konnte gesteigert werden. Die Betrachtung der Output-Dimension, d.h. der Ergebnisse der politisch-institutionellen Modernisierung in den verschiedenen Politikfeldern, erweist sich dagegen noch als schwierig. Zum einen sind Effekte eher langfristig zu erwarten, zum anderen ist der Nachweis ursächlicher Zusammen-



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Alexander Grasse ist Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen. Er ist u. a. Gründer und Leiter der Forschungsgruppe PIFO/Politische Italienforschung (www.pifo.eu). Weitere Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Politische Ökonomie, Steuerungs- und Modernisierungspolitik, Multi-level Governance und Demokratisierung (insbesondere EU, Föderalismus und Regionen). Lehr- und Forschungstätigkeiten an den Universitäten Milano Statale, Padova, Bologna, North Carolina State und Athen Panteion. Clemens Maria Brentano-Preisträger 2007 im Fach Politikwissenschaft, verliehen vom Deutsch-Italienischen Hochschulinstitut/Ateneo Italo-Tedesco.

hänge zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung einerseits und einem Zugewinn an regionaler Autonomie andererseits kaum zu führen. Tatsache aber ist, dass es auf regionaler und lokaler Ebene gelungen ist, das bestehende Misstrauen gegenüber den staatlichen Institutionen zumindest ein Stück weit abzubauen, was in Italien, wo die Unzufriedenheit mit dem Staat tief verwurzelt ist, einen großen Erfolg bedeutet. Wie Umfragen zeigen, befürwortet die Mehrheit der Italienerinnen und Italiener die Föderalisierung und eine Ausweitung der fiskalischen und legislativen Kompetenzen der Regionen, auch wenn es im Süden trotz wachsender Zustimmung noch immer Bedenken gibt (Affaritaliani/SWG 2008; Associazione Nuovo Welfare 2003; Buzzi 2000). Tatsache ist außerdem, dass in den letzten fünf bis zehn Jahren mehrere Regionen ihre Situation verbessern konnten, darunter auch solche im Mezzogiorno, etwa Abruzzen und Molise sowie mit Einschränkung auch Apulien. Die bisherigen Teilerfolge dürfen allerdings auch nicht überbewertet werden, denn sie vollziehen sich in einem überaus problematischen, weil von erheblichen demokratischen Defiziten wie von massiven ökonomischen und sozialen Problemen belasteten nationalen Kontext.

LITERATUR

Adnkronos (Hrsg.) (2003): *Il libro dei fatti*. Roma. Affaritaliani/SWG (2008): *Federalismo: favorevole la maggioranza degli italiani*. URL: <http://www.affaritaliani.it> [24.06.2008]. Ambrosanio, Maria Flavia/Bordignon, Massimo/Cerniglia, Flavia (2008): *Constitutional Reforms, Fiscal Decentralization and Regional Fiscal Flows in Italy*. Università Cattolica del Sacro Cuore Milano, Quaderni dell'Istituto di Economia e Finanza, Nr. 84. Associazione Nuovo Welfare/Unicab (Hrsg.) (2003): *Quale welfare per l'Italia delle Regioni*. Indagine su aspettative, opinioni e priorità degli italiani. Roma. Barbati, Carla (2009): *Territori e interessi economici: le „politiche dei luoghi“ per lo sviluppo locale*. In: *Le Istituzioni del Federalismo*, Jg. XXX, Nr. 2, S. 243–260. Bassanini, Franco (Hrsg.) (2004): *Costituzione: una riforma sbagliata. Il parere di sessantatré costituzionalisti*. Firenze. Benz, Arthur (2007): *Inter-Regional Competition in Co-operative Federalism. New Modes of Multi-level Governance in Germany*. In: *Regional and Federal Studies*, Nr. 4/2007, S. 421–436. Bortolussi, Giuseppe (2009): *L'organizzazione istituzionale locale alla vigilia del federalismo*. In: *Foedus. Culture, Economie e Territori*, Nr. 24/2009, S. 51–72. Bifulco, Raffaele (2004): *Le Regioni. La via italiana al federalismo*. Bologna. Bußjäger, Peter (2008): *Sozialkapital, regionale Identität und Föderalismus*. Wien. Buzzi, Carlo (2000): *Il federalismo visto dal Sud*. In: *Fondazione Luigi Einaudi per studi di politica ed economia* (Hrsg.): *Un federalismo possibile in Italia*. Roma, S. 271–292. Caia, Giuseppe (2003): *Il problema del limite dell'interesse nazionale nel nuovo ordinamento*.

In: Bottari, Carlo (Hrsg.): *La riforma del Titolo V, parte II della Costituzione*. Bologna, S. 135–153. Cammelli, Marco (2009): *Istituzioni pubbliche e sviluppo economico locale*. In: *Le Istituzioni del Federalismo*, Jg. XXX, Nr. 2, S. 213–227. Cavazza, Stefano (1995): *Identità e culture regionali nella storia d'Italia*. In: *Memoria e Ricerca*, Nr. 6, S. 51–71. De Martin, Gian Candido (2003): *Conati di riforma della riforma (costituzionale) tra ambiguità e neocentralismi*. In: *Le Istituzioni del Federalismo*, Jg. XXIV, Nr. 5, S. 667–676. De Tocqueville, Alexis (1835/40): *De la démocratie en Amérique*. Paris. Donati, Daniele/Grasse, Alexander (2009): *Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Italien*. In: *Krautscheid, Andreas* (Hrsg.): *Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl*. Wiesbaden, S. 336–372. Gangemi, Giuseppe (1996): *Meridione, Nordest, Federalismo. Da Salvemini alla Lega Nord*. Messina. Gelli, Francesca/Grasse, Alexander (2010a): *Un Paese in bilico. L'Italia del divario territoriale*. In: *Culture, Economie e Territori*, Nr. 26/2010. Gelli, Francesca/Grasse, Alexander (2010b): *Regionale Autonomie und Föderalismusdebatte. Italiens Dauerproblem der Vermittlung zwischen Zentrum und Peripherie*. In: *Glassmann, Ulrich/Köppel, Stefan/Rörig, Karoline* (Hrsg.): *Länderbericht Italien*. Bonn, S. 49–64. Gizzi, Elio (1991): *Manuale di diritto regionale*. Milano. Grasse, Alexander (2010): *Belgien und Italien – Föderalismus als integrierende Kraft?* In: *Bundesrat* (Hrsg.): *60 Jahre Bundesrat: Die Rolle der Regionen im europäischen Einigungsprozess*. Berlin. i. E. Grasse, Alexander (2008): *Die italienischen Parlamentswahlen 2008: neue Konturen für die „Zweite Republik“*. PIFO Occasional Papers, Nr. 1/2008, Gießen (www.pifo.eu). Grasse, Alexander (2005): *Modernisierungsfaktor Region. Subnationale Politik und Föderalisierung in Italien*. Wiesbaden. Grasse, Alexander (2000): *Italiens langer Weg in den Regionalstaat. Die Entstehung einer Staatsform im Spannungsfeld von Zentralismus und Föderalismus*. Opladen. Gualini, Enrico (2004): *Multi-level Governance and Institutional Change. The Europeanization of Regional Policy in Italy*. Aldershot. Ipsen, Detlev (1994): *Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie*. In: *Lindner, Rolf* (Hrsg.): *Die Wiederkehr des Regionalen*. Frankfurt a. M./New York, S. 232–254. Jorio, Ettore (2009): *La legge delega di attuazione del federalismo fiscale*. In: *federalismi.it. Rivista di diritto pubblico italiano, comunitario e comparato*, Jg. 7, Nr. 8 (22. April). Kincaid, John A. (Hrsg.) (2005): *Constitutional Origins, Structure, and Change in Federal Countries*. Montreal. Lindner, Rolf (1994): *Einleitung*. In: *ders.* (Hrsg.): *Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität*. Frankfurt a. M./New York, S. 7–12. Majeed, Akhtar (Hrsg.) (2006): *Distribution of Powers and Responsibilities in Federal Countries*. Montreal. Onida, Valerio (1990): *Landesbericht Italien*. In: *Ossenbühl, Fritz* (Hrsg.): *Föderalismus und Regionalismus in Europa*. Baden-Baden, S. 239–261. Pacini, Marcello (Hrsg.) (1996): *Un federalismo dei valori. Percorso e conclusioni di un programma della Fondazione Giovanni Agnelli* (1992–1996). Torino. Palermo, Francesco (Hrsg.) (2007): *Auf dem Weg zu asymmetrischem Föderalismus?* Baden-Baden. Petraccone, Claudia (Hrsg.) (1995): *Federalismo e autonomia in Italia dall'unità a oggi*. Roma/Bari. Schefold, Dian (2007): *Verfassungs- und Verwal-*

FODERATIVE TENDENZEN IN ITALIEN: POLITIK, WIRTSCHAFT UND REGIONALBEWUSSTSEIN IM WANDEL

tungsrecht. In: *Grundmann, Stefan/Zaccaria, Alessio* (Hrsg.): *Einführung in das italienische Recht*. Frankfurt a. M., S. 21–107. Tichy, Franz (1985): *Italien*. Darmstadt. Vandelli, Luciano (2002): *Devolution e altre storie. Paradossi, ambiguità e rischi di un progetto politico*. Bologna. Vassallo, Salvatore (2001): *Regioni, 'governatori' e federalismo. Come la leadership può cambiare la geografia*. In: *Le Istituzioni del Federalismo*, Jg. XXII, Nr. 3–4, S. 643–674. von Beyme, Klaus (2007): *Föderalismus und regionales Bewusstsein: ein internationaler Vergleich*. München.

ANMERKUNGEN

- 1 Im Jahr 2008 hatte Italien nach Eurostat mit 105,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) das höchste strukturelle Defizit in der EU-27.
- 2 Vgl. auch den Beitrag von Günther Pallaver in diesem Heft.
- 3 Im Falle Siziliens gilt dies nur in wesentlich abgeschwächter Form, denn gerade sprachlich besteht hier eine enge Verwandtschaft zu den anderen mittel- und süditalienischen Dialekten.
- 4 Art. 131 der Verfassung nennt die Regionen erst in der geänderten Fassung vom 27.12.1963 namentlich in ihrer heutigen Form. Der erste Entwurf durch die Verfassungsgebende Versammlung weist davon zwei Abweichungen auf: Genannt werden dort noch die Regionen Salento und Emilia Lunense.
- 5 Als *Risorgimento* („Wiederaufleben“, „Wiedergeburt“) werden die Bewegungen bezeichnet, die zur Entstehung des italienischen Nationalstaates im 19. Jahrhundert führten. Vgl. den Beitrag von Wolfgang Altgeld in diesem Heft.
- 6 Das politische System der Regionen lässt sich als neo-parlamentarisch klassifizieren, d.h. zwischen assemblarischem und präsidentiellem System, da trotz der Direktwahl der Präsidenten für ein präsidentielles System konstitutive Elemente, wie die Trennung der Amtszeiten von Exekutive und Legislative, fehlen.
- 7 Schiedsgerichtsbarkeit, allgemeine Normen im Schulwesen sowie Schutz der Umwelt und Kulturgüter.
- 8 Berlusconis umfassende Verfassungsreform nach Art. 138, d.h. ohne Zweidrittelmehrheit, scheiterte beim Referendum im Juni 2006 sehr deutlich. Sie war aufgrund ihrer Inkohärenz sowie fehlender Checks and Balances äußerst umstritten. Zuvor hatte die Mitte-Rechts-Koalition im April 2003 einen Entwurf vorgelegt, der sich am kanadischen Trennmodell des Föderalismus orientiert hatte und damit eine wahrhaftige Gegenreform zur Verfassungsreform 2001 bedeutete hätte, da diese eher an das deutsche Verbundmodell angelehnt ist (d.h. Zuweisung von Verwaltungsaufgaben an Regionen bzw. lokale Gebietskörperschaften und Übergewicht der entsprechenden Gesetzgebung auf nationaler Ebene). Dies illustriert, wie groß der Dissens über den richtigen Weg ist, innerhalb wie auch zwischen den politischen Lagern. Vgl. zu den Reformversuchen der Mitte-Rechts-Regierungen Vandelli 2002; De Martin 2003; Bassanini 2004; Grasse 2005.
- 9 Zudem soll ein Prämiensystem (u. a. im Umweltschutz, bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen) eingeführt werden, dagegen wird Verwaltungseffizienz mit Sanktionen belegt (u. a. Kürzung von Mitteln, Haushaltssperren, Verbot der Wiederwahl der Verantwortlichen).
- 10 Allein im Zeitraum Mai 2005 bis Dezember 2008 beschritten 38 Kommunen diesen Weg.

Südtirol und Padanien: Zwischen Verteidigung und Eroberung des Territoriums

Günther Pallaver

Regionen bildeten schon immer einen Gegenpol zu nationalstaatlichen und europäischen Zentralisierungstendenzen und galten als Orte der Sinnstiftung und regionalen Identitätsbildung. Parteien spielen bei der Konstruktion regionaler Identitäten eine wesentliche Rolle. Günther Pallaver erörtert diese Akteursrolle am Beispiel der Südtiroler Volkspartei, die für den „alten“, ethnischen Regionalismus steht und sich auf die Interessenvertretung der eigenen Sprachgruppe sowie auf die Verteidigung des eigenen Territoriums konzentriert und eine Majorisierung durch Rom abwenden konnte. Mit dem italienischen Staat wurden hierzu Sonderregelungen, die letztlich zur Autonomie Südtirols führten, ausgehandelt. Der „neue“ Regionalismus hingegen, wie er von der Lega Nord propagiert wird, vertritt die politischen und ökonomischen Interessen des italienischen Nordens und beruft sich dabei auf das Konstrukt Padanien. Die symbolische Nutzung der Region als Bezugspunkt einer vermeintlichen politischen Gemeinschaft mit homogenen Interessen transportiert politische, soziale sowie kulturelle Konnotationen und unterstellt eine Einheitlichkeit des Territoriums, die es in dieser Form nie gegeben hat. Regionale Identität und Regionalbewusstsein werden somit als Druckmittel im politischen Diskurs instrumentalisiert. Außerdem wird damit eine Grenzziehung zwischen dem Norden und dem restliche Italien beschworen. Südtirol und Padanien stehen paradigmatisch für den Unterschied zwischen altem und neuem Regionalismus.

Region, Identität und Regionalbewusstsein

Italien befindet sich seit den 1990er Jahren in einem nach wie vor nicht abgeschlossenen Transformationsprozess, der seinen Ausgangspunkt von einer tiefgreifenden Krise der politischen Institutionen, der politischen Parteien und der politisch-nationalen Identität genommen hat. Die Reform der politischen Institutionen, etwa die Frage, ob Italien ein semipräsidentielles System nach französischem Vorbild einführen soll, ist nach wie vor offen, genauso wie die Diskussion über die staatliche Architektur, die sich zwischen Regionalismus

und Föderalismus bewegt. Nach der Implosion des alten Parteiensystems haben die politischen Parteien mühsam versucht, eine neue Identität zu finden. Nach dem Absterben ehemals vorherrschender Parteien, nach Neugründungen, Abspaltungen und Fusionen ist das Parteiensystem noch immer nicht zur Ruhe gekommen. Die Frage der nationalen Identität ist zwar nicht mehr ständig auf der politischen Tagesordnung, wie dies in Zeiten der politischen Krise in den 1990er Jahren der Fall war; sie beschäftigt aber nach wie vor die politische Klasse, wenn es um die Reform des Staates geht.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts, das mit dem Zusammenbruch der Ersten Republik zusammenfällt, haben auch die großen Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts einen starken Erosionsprozess erleben müssen. Dieser Prozess der ideologischen Erosion kommt besonders im Rückgang, im Verblasen, ja nahezu im Verschwinden der politischen Kulturen zum Ausdruck, die das politische System Italiens im 20. Jahrhundert wesentlich mitgeprägt hatten (Baccetti/Messina 2009).

Den „weißen“ katholischen Hochburgen (Venetien, Friaul-Julisch-Venetien, Trentino, Teile der Lombardei) standen die „roten“ Zonen (Emilia-Romagna, Toskana, Umbrien, Teile der Marken) gegenüber. Die ideologische Bindekraft, die sich in der Ersten Republik in der Bipolarität von Democrazia Cristiana (DC) und Kommunistischer Partei (Partito Comunista Italiano/PCI) ausdrückte, hat zwar relativ stark abgenommen, aber damit verbundene Werte wie – in den „roten“ Zonen – Arbeitsethik und Solidarität, die Zentralität der Gemeinde, die Politik der Für- und Vorsorge sowie – in den „weißen“ Zonen – der Wert der Familie, die Arbeitsethik,

Der Südtiroler Politiker Silvius Magnago war von 1957–1991 Vorsitzender der Südtiroler Volkspartei (SVP) und von 1961–1989 Landeshauptmann von Südtirol. Der 1914 in Meran geborene Politiker verstarb im Mai 2010. Die SVP steht für den „alten“ Regionalismus, der sich auf die Interessenvertretung der eigenen Sprachgruppe sowie auf die Verteidigung der eigenen Region gegen Majorisierungen aus Rom konzentriert.

picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Verteidigung und Aufwertung der lokalen bzw. regionalen Kultur sind geblieben. In beiden politischen Subkulturen haben sich diese Werte jenseits der ideologischen Identifizierung verallgemeinert und zu Prinzipien gewandelt, die von der Ideologie entkoppelt sind (Caciagli 2003).

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Dadurch hat der ideologische Erosionsprozess kein unmittelbares Vakuum hinterlassen, auch weil in relativ kurzer Zeit eine Rochade erfolgt ist, welche die Ideologie durch das Konstrukt der territorialen Identität ersetzt hat. Die Wiederentdeckung solch territorialer Identitäten als soziale Konstruktionen (Beyme 2007, S. 34) hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab. Zum einen ist dieser Trend stark mit Prozessen der Entgrenzung und Globalisierung verbunden sowie mit den damit einhergehenden Ängsten vor Unübersichtlichkeit und vor dem Verlust ökonomischer, kultureller und sozialer Sicherheiten. Der regionale Raum wird staatlichen und europäischen Zentralisierungstendenzen entgegengestellt, wird als neuer Zufluchtsort für Sicherheit und Geborgenheit gesehen. Wo die Bindungen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Realitäten erodieren (Weltanschauungen, soziale Netzwerke, Wirtschaft), wächst die Sehnsucht nach Absicherung der eigenen Identität, nach Gemeinschaft, Selbstbestimmung, Überschaubarkeit, nach Möglichkeiten der direkteren Partizipation (Grasse 2005, S. 54–55), aber auch nach direkter, hierarchieloser Kommunikation.

Bei den Prozessen der Konstruktion regionaler Identitäten spielen die politisch-administrativen Entscheidungsträger, allen voran die Parteien, eine wesentliche Rolle. Von diesen hängt nämlich ab, mit welchen Mitteln und Zielen sie den „Stammesverwandtschaftsglauben“ produzieren (Weber 1980, S. 234–244) und wie sie ihre identitätsstiftende Schleusenwärtterfunktion handhaben. Je größer dabei die Entscheidungskompetenzen eines Territoriums bzw. einer Region sind, desto größer sind ihre Möglichkeiten für Initiierungs-, Steuerungs- und Identifikationsprozesse.

Eine solche Verbindung zwischen Territorium und Parteien ist Italien nicht fremd, war aber in der Vergangenheit von starken Unterschieden gekennzeichnet, die am Beispiel Südtirols und Padaniens beispielhaft aufgezeigt werden können. Die These lautet dabei, dass die Südtiroler Volkspartei (SVP) als ethnischer Entrepreneur aufgetreten ist und das eigene Territorium verteidigt, während die Lega Nord (LN) als territorialer Entrepreneur angetreten ist, um das Territorium zu erobern. Ausgangspunkt der SVP-Politik ist die ethnische Minderheit, für die Lega Nord ist es das Territorium des Nordens.

Territorium und politische Akteure

Laut Ilvo Diamanti determinieren drei Dimensionen die Beziehungen zwi-

schen Politik, Parteien und Territorium. Die erste Dimension betrifft das Territorium als Ort der Präsenz, der Partizipation, der Organisation und der Aktionen der Parteien (politics). In diesem Bereich spielen sich die Rekrutierungsaktionen der Parteien ab, finden die Kommunikation mit den Bewohnern des Territoriums und die Konstruktion von Identität statt wie auch die Partizipation und Sozialisation der Bürgerinnen und Bürger. Im engeren Sinne geht es um politische Prozesse, die in einem bestimmten Raum stattfinden, um Orte des Konsenses, der Legitimität und der Interessenvertretung.

Die zweite Dimension betrifft das Territorium als Sitz der lokalen bzw. regionalen Verwaltung und Regierung, aber auch als Ort zur Hervorbringung und Formierung von lokalen und regionalen Eliten. Deren Legitimation hängt stark von der Rolle der Regierung auf lokaler bzw. regionaler Ebene ab, von der Akzeptanz und Anerkennung seitens der Bürgerinnen und Bürger, von der Fähigkeit der politischen Klasse, mit den Bürgern zu kommunizieren und Probleme zu lösen. Im weitesten Sinne handelt es sich um Entscheidungen, Initiativen und Programme auf lokaler und regionaler Ebene (policy).

Die dritte Dimension betrifft die symbolische Nutzung des Territoriums als Bezugspunkt von Identität, als politisch organisierte Gemeinschaft (polity). In diesem Kontext wird auf die Bedeutung von „Grenzen“ verwiesen, durch die Identität produziert und reproduziert wird. Die Unterscheidung zwischen Regionen, Gemeinden und Nationalstaaten wird in diesem Zusammenhang zu einer Quelle der subjektiven und kollektiven Anerkennung. Dabei wird der Faktor Identität von bestimmten politischen Akteuren nicht selten als Waffe im politischen und institutionellen Konflikt eingesetzt, als Ausgangspunkt für die Konstruktion neuer politischer Identitäten im Allgemeinen und von parteipolitischen Identitäten im Besonderen oder aber für die Verstärkung einer bereits existierenden Identität (Diamanti 2009, S. 21–22).

Wenn wir diese drei Dimensionen mit den italienischen Parteien in Verbindung setzen, so dominieren in der Nachkriegszeit bis weit in die 1980er Jahre die Massenparteien. Als Akteure von politics und policy sind sie Bezugspunkte der Partizipation, Subjekte der regionalen und zentralen Regierungen, Träger ideologischer und konfessioneller Traditionen. Diese Parteien trans-

portieren ideologische und konfessionelle Traditionen, weisen weit verzweigte Organisationsstrukturen auf und sind in den Regionen solide verankert. Diese Phase zwischen Kriegsende und Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre ist von der Dominanz der Democrazia Cristiana (DC) in der „weißen“ Subkultur des Nord-Ostens und des Partito Comunista Italiano (PCI) in der „roten“ Subkultur des Zentrums des Landes gekennzeichnet (Diamanti 2009, S. 24). Die Politik ist integrierender Teil der lokalen Realität, die Bürger sind Teil dieser Politik und eingebettet in die jeweiligen politischen Lager. Diamanti spricht von einer Phase der „Politik des Territoriums“ (Diamanti 2009, S. 25).

In dieser Periode existieren auch einige ethnoregionale Parteien, wie die Union Valdotaïne, die Südtiroler Volkspartei und der Partito Sardo d'Azione, die aber für das Parteiensystem nicht relevant und unerheblich für die Bildung von Mehrheitsverhältnissen sind (Farneti 1983, S. 66). Es sind Parteien, die den Zentralstaat ablehnen und nur in ihren „ethnischen“ Territorien wirken, im Aostatal, in Sardinien und in Südtirol (De Winter/Gómez-Reino/Lynch 2006).

Die zweite Phase beginnt in den 1980er Jahren und „explodiert“ in den 1990er Jahren. Es ist die Phase, in der sich Schritt für Schritt die „autonomistischen“ Leghe¹ im Norden Italiens behaupten. Diese drücken eine neue Identität des Territoriums aus, unterstreichen dessen Besonderheit, mobilisieren die lokale und regionale Bevölkerung gegen den Staat, gegen die Parteien und gegen die Politik. Es ist die Periode der Krise der Massenparteien. Die Kommunistische Partei Italiens (PCI) befindet sich in einem von Abspaltungen und Krisen begleiteten Transformationsprozess. Die Democrazia Cristiana (DC) löst sich auf. Mit ihr verschwindet fast von heute auf morgen die „weiße“ Zone und wird von der Lega Nord ersetzt. Es handelt sich um den Durchbruch des „Territoriums gegen die Politik“. Die Lega transformiert den ehemaligen DC-Konsens in Dissens, die Interessenvermittlung in Antagonismus und fördert offen die Anti-Politik. Das Territorium stellt nicht mehr die Basis eines Tauschhandels mit dem Zentralstaat dar, sondern ist die Grundlage einer neuen Identität und erhebt selbst Ansprüche. Die lokale bzw. regionale Dimension wird zum Begriff erhoben und mit Vehemenz gegen den Staat eingesetzt. Die traditionelle regionale, lokale Identität sowie die Konstruktion einer neuen Identität, wie etwa Padanien, wird ergänzt durch die Erhebung des Territoriums zu einem Symbol, das zum Instrument im politischen Kampf wird – gegen den Staat,

gegen die Altparteien, gegen das Parteiensystem. Der Norden wird zum Symbol für Arbeitsethik, Ehrlichkeit und Fleiß. Rom wird zur Metapher für Macht, Korruption, Verfälschung, Müßiggang und Verschwendung. Territoriale Identität wird der politischen Identität entgegengestellt (Diamanti 2009, S. 22, S. 25–26).

Die letzte Phase ab Mitte der 1990er Jahre ist durch die Etablierung eines neuen politischen Subjekts gekennzeichnet. Es handelt sich im Wesentlichen um Wahlparteien, um stark personalisierte Parteien, die ihre Präsenz in der Gesellschaft über die politische Kommunikation garantieren. An die Stelle der Ideologie tritt das Vertrauen in den Parteiführer, das Territorium wird zu einer abhängigen Variablen (Diamanti 2009, S. 23). Forza Italia, seit 2009 nach der Fusion mit Alleanza Nazionale zur Partei „Popolo della Libertà“ mutiert, kennt kein spezifisches territoriales Ziel. Es handelt sich hier um eine „Politik ohne Territorium“. Nicht, weil die Partei jegliche Bodenhaftung verloren hätte, sondern weil es sich um die „Partei des Cavaliere“ ganz Italiens handelt, die zentral geleitet und verwaltet wird und zentral die Entscheidungen trifft (a. a. O., S. 28–29).

Südtirol und Padanien

Der tiefgreifende politische, gesellschaftliche, soziale und ökonomische Transformationsprozess, der vor 20 Jahren den Übergang von der Ersten zur Zweiten Republik eingeleitet hat, führte zu einem Revival des Territoriums und zur Herausbildung relevanter regionaler Parteien, in erster Linie der Lega Nord. Vor dem Auftreten der Lega Nord, die 1987 erstmals ins Parlament einzog, gab es keine politisch relevanten regionalen Parteien. Substaatliche Gebiete waren kein Quell der Politik (Pallaver 2006b).

Auch die seit 1945 bestehenden ethnoregionalen Parteien besaßen bislang keine politische Relevanz, da diese auf gesamtstaatlicher Ebene weder ein Koalitions- noch ein Erpressungspotential aufweisen konnten (Sartori 1976). Ihre Identität gründet sich im Ethnos, in der Vertretung einer sprachlichen Minderheit, die auf einem bestimmten Territorium wohnt. Bei diesen Territorien handelt es sich um Grenzregionen (Aosta, Trentino-Südtirol, Friaul-Julisch-Venetien) oder um Inseln (Sardinien).

Der alte Regionalismus, vertreten durch die ethnoregionalen Parteien, war auf die Interessenvertretung der eigenen Sprachgruppe konzentriert, auf die Verteidigung des eigenen Territoriums vor „ethnischer Überfremdung“. Mit dem

Zentrum – d.h. dem Staat – wurden Sonderregelungen ausgehandelt. Der neue Regionalismus, vertreten durch regionale Parteien, ist auf die Interessenvertretung des eigenen Territoriums konzentriert, das schrittweise erobert und ausgeweitet wird. Mit dem Zentrum, dem Staat, werden keine Sonderregelungen ausgehandelt. Das Ziel ist vielmehr die Änderung der gesamten staatlichen Architektur. Südtirol und Padanien stehen paradigmatisch für diese Unterschiede.

Südtirol

Südtirol war bis 1918 ein Teil des habsburgischen Kronlandes Tirol, das aus den heutigen österreichischen Bundesländern Tirol und Vorarlberg und den beiden italienischen Provinzen Bozen und Trient bestand. In diesem Gebiet lebten drei Sprachgruppen: eine Mehrheit deutschsprachiger Tiroler, italienischsprachige Trentiner oder Welschtiroler und die Ladinier, eine kleine rätoromanische Sprachminderheit, die sich heute im Herzen der Dolomiten auf die drei Provinzen Bozen, Trient und Belluno verteilt. Laut Volkszählung von 1910 lebten damals in Südtirol 92,2 Prozent Deutsche, drei Prozent Italiener, vier Prozent Ladinier und 0,8 Prozent andere Nationalitäten (Hartungen 2007).

Italien war 1915 an der Seite der Entente in den Ersten Weltkrieg eingetreten, wobei der römischen Regierung im Londoner Geheimvertrag bei einem Sieg unter anderem die Annexion des Trentino und des südlichen Tirol bis zum Brenner versprochen worden war. Ein Versprechen, das sich 1918 mit der Niederlage der Mittelmächte und dem Ende der Habsburgermonarchie verwirklichte. Offiziell wurde Südtirol 1920 von Italien annektiert. Der Friedensvertrag sah keinerlei Maßnahmen zum Schutz der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung vor. Mit der Annexion wurden die Rollen vertauscht. Bis 1918 wurde seitens der deutschsprachigen Mehrheit den Italienern Tirols eine politische Autonomie verweigert, nach 1918 wurden der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols seitens der Italiener politische Autonomie und Minderheitenschutz verweigert. Die bis 1918 währenden Nationalitätenkämpfe im Kronland Tirol fanden nach 1918 in Südtirol ihre Fortsetzung. Mit der Machtergreifung des Faschismus (1922) begann der systematische Versuch, die deutschsprachigen Südtiroler zu assimilieren, indem ihnen sämtliche Minderheitenrechte vorenthalten wurden. Der Prozess der Entnationalisierung wurde ab Mitte der 1930er Jahre durch eine Politik der Ansiedlung von Italienern aus anderen Provinzen Italiens ergänzt, um eine Majorisierung der

deutschsprachigen Bevölkerung zu erreichen (Steurer 1980).

Der nationale Widerstand der Südtiroler gegen Rom war eher passiv. Hoffnungen setzten viele Südtiroler auf das erstarkte NS-Regime im Deutschen Reich, besonders nach der Annexion Österreichs 1938. Doch die Hoffnung vieler Südtiroler, „heim ins Reich“ geholt zu werden, wurde enttäuscht, zumal es nach der Machtergreifung Hitlers zu einer politischen Annäherung zwischen den beiden Diktatoren in Berlin und Rom kam, die 1939 im „Stahlpakt“ mündete. Der nach wie vor bestehende Unruheherd Südtirol sollte durch einen Transfer der deutschsprachigen Bevölkerung ins Deutsche Reich endgültig beseitigt werden. So kam es zwischen Rom und Berlin zur Vereinbarung über die sogenannte „Option“ (1939), bei der sich die Südtiroler entscheiden konnten, entweder die reichsdeutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen und damit ins Deutsche Reich abzuwandern oder die italienische Staatsbürgerschaft beizubehalten und weiterhin in der Provinz Bozen ohne Minderheitenschutz unter faschistischer Herrschaft zu leben. Rund 86 Prozent der Bevölkerung entschied sich für die deutsche Staatsbürgerschaft. Ungefähr ein Drittel der „Optanten“ verließ tatsächlich das Land, doch die vollständige Abwanderung wurde durch die Kriegereignisse verhindert. Ein Viertel der Abgewanderten kehrte nach Kriegsende wieder nach Südtirol zurück (Stuhlpfarrer 1985).

Nach der 20-monatigen Besetzung Südtirols (ab September 1943) durch die deutsche Wehrmacht, während der deutlich mehr Opfer als unter der 20-jährigen Herrschaft des Faschismus zu beklagen waren, wurde Südtirol Anfang Mai 1945 von amerikanischen Truppen befreit.

Die am 8. Mai 1945 gegründete Südtiroler Volkspartei (SVP), deren Gründer fast zur Gänze aus den Reihen des antifaschistischen und antinazistischen Widerstandes stammten, forderte von Anfang an das Recht auf Selbstbestimmung und die Rückkehr zu Österreich, was aber politisch nicht durchsetzbar war. Als Ersatz für die Verweigerung der Selbstbestimmung wurde Südtirol im zwischen Österreich und Italien ausgehandelten Gruber-DeGasperi-Abkommen² vom 5. September 1946 eine weitreichende Autonomie und ein weitreichender Minderheitenschutz eingeräumt (Steininger 1987). Aber bereits mit

dem Inkrafttreten der italienischen Verfassung (1948) begannen die ersten Probleme. Südtirol wurde keine eigene Region, sondern die Provinz Bozen wurde mit der Provinz Trient zur Region Trentino-Südtirol zusammengeschlossen. Der zentralistisch orientierte Staat einerseits sowie die regierende italienische Mehrheit, die von der Democrazia Cristiana (DC) dominiert war, setzten die Autonomierechte und den Minderheitenschutz Südtirols wenn überhaupt, dann nur zögerlich um (Steininger 1997).

Der Unmut der Südtiroler, die politisch in der SVP organisiert waren, entlud sich 1957 bei einer großen Kundgebung mit der Forderung nach einer Lostrennung von Trient („Los von Trient!“). Die Konflikte zwischen Bozen und Rom akzentuierten sich, so dass Österreich unter Außenminister Bruno Kreisky das Südtirolproblem 1960 vor die UNO brachte. Sowohl 1960 als auch ein Jahr darauf verabschiedete die Generalversammlung der UNO eine Resolution, in der die beiden Vertragspartner Österreich und Italien aufgefordert wurden, den Streit friedlich beizulegen (Gatterer 1968).

Nach Bombenanschlägen, die bereits Ende der 1950er Jahre einsetzten, ihren Höhepunkt 1961 hatten und bis Ende der 1960er Jahre vereinzelt anhielten (um in den 1980er Jahren nochmals kurz aufzuflammen) (Peterlini 2005), setzten sich die Vertreter Südtirols und Italiens an einen Tisch und fanden 1969 einen Kompromiss, der sich 1972 im Zweiten Autonomiestatut verwirklichte. Südtirol und das Trentino wurden voneinander unabhängige Autonome Provinzen innerhalb der Region Trentino-Südtirol, die nur noch residuale gemeinsame Kompetenzen aufweist.

Die Realisierung der Autonomie dauerte letztlich von 1972 bis 1992. In jenem Jahr legten Österreich und Italien ihren Streit bei (Di Michele/Palermo/Pallaver 2003). Nach Verwirklichung der Autonomie präsentiert sich Südtirol als ein Land mit einer hohen Verwaltungs- und Finanzautonomie. Südtirols deutschsprachige Minderheit, die im Land eine Mehrheit darstellt, wurde von einer dominierten zu einer dominanten Minderheit, die heute eine international anerkannte territoriale Autonomie genießt (vgl. Marko et al. 2005), wirtschaftlich sehr erfolgreich ist, kaum Arbeitslosigkeit verzeichnet (im ersten Trimester 2009 lag diese trotz Wirtschaftskrise knapp unter drei Prozent) und einen ho-

hen Lebensstandard aufweist. Seit Jahren gilt Südtirol unter Italiens Provinzen als jene mit der höchsten Lebensqualität (Il Sole 24 Ore 2008; WIFO 2009). Die wirtschaftlichen Wachstumsraten Südtirols lagen in den letzten Jahren immer über jenen Gesamti Italiens. Südtirols Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag 2006 mit 32.868 Euro an der Spitze aller italienischen Regionen. Südtirol befindet sich im Spitzenfeld der 20 reichsten Regionen der Europäischen Union (Benedikter 2008, S. 4). Beim Nettoeinkommen der Familien lag Südtirol mit 27.082 Euro an erster Stelle unter allen Regionen Italiens (italienischer Durchschnitt: 22.460 Euro) (Perini 2009).

Die ethnische Dimension

Südtirol gilt als ein Musterbeispiel, wie ethnische Konflikte friedlich gelöst werden können. Das Verdienst wird der Südtiroler Volkspartei (SVP) zugeschrieben. Die SVP, gegründet 1945, ist eine der erfolgreichsten ethnoregionalen Parteien Europas (Pallaver 2006; 2009). Seit den ersten Landtagswahlen im Jahre 1948 hat sie bis heute immer die absolute Mehrheit der Mandate erzielt. Die SVP stellt seit damals stets den Landeshauptmann und vertritt rund 60 Prozent der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler.

In ihrem Parteiprogramm von 1993 bezeichnet sich die Südtiroler Volkspartei als „Sammelpartei der deutschen und ladinischen Südtiroler aller sozialen Schichten, die sich in demokratischem Verantwortungsbewusstsein zur Freiheit, zum Volk und zur Heimat bekennen. Ihre politische Zielsetzung ist die Sicherung und Förderung der deutschen und ladinischen Volksgruppe sowie deren Festigung als Mehrheit in ihrer angestammten Heimat“ (Südtiroler Volkspartei/SVP 1993).

Hinter der Begrifflichkeit „Sammelpartei“ steht die Ideologie der Volkstumspolitik. Dies bedeutet, dass nicht eine bestimmte Ideologie Grundlage der politischen Identität der SVP ist, sondern, wie es früher hieß, das „Volkstum“, während heute eher von „Identität“ gesprochen wird.³

Im Kampf um das Überleben der deutsch- und ladinischsprachigen Volks-

Tabelle 1: SVP-Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen 1948–2008 (in %)

1948	1952	1956	1960	1964	1968	1973	1978	1983	1988	1993	1998	2003	2008
67,6	64,7	64,4	63,8	61,27	60,69	56,42	61,2	59,44	60,38	52,0	56,6	55,6	48,1

Quelle: Atz/Pallaver 2009.

gruppe, die Absicherung und den Ausbau der Minderheitenrechte und der Autonomie war die SVP sehr erfolgreich. Die Politik des „ethnischen Abwehrkampfes“ und des Einsatzes für Minderheitenschutz und Autonomie beruht auf dem Modell der „Volksgemeinschaft“ und auf dem Gegensatzpaar „wir“ und die „anderen“. Die „Ideologie der Volksgemeinschaft“ sollte ausdrücken, dass die innerhalb der Volksgruppe bestehenden Interessengegensätze dem höheren Ziel – nämlich dem Erhalt der Sprachgruppe – untergeordnet werden müssen und dass die Geschlossenheit der Sprachgruppe Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik ist.

Diesem Druck der Geschlossenheit der Volksgruppe wurde der interne politische Pluralismus geopfert. Ab diesem Zeitpunkt ist der Durchbruch bei der von Anfang an angestrebten ethnischen Identifizierung mit der politischen Identifizierung gelungen. In Ermangelung anderer Parteien, die die Interessen der Südtiroler glaubhaft vertraten, wurden Volksgruppe und Partei eins. An diesem „Fetischismus der Einheit“ scheiterten sehr lange alle relevanten deutschsprachigen Oppositionsparteien.

Zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Hegemonie setzt die SVP das Gegensatzpaar „wir“ (deutsch) und die „anderen“ (italienisch) ein, was sich in der „Politik der ethnischen Spannung“ ausdrückt (Pallaver 2005). Die SVP benötigt Feindbilder von außen für den inneren Zusammenhalt. Die ethnischen Spannungen sind genau die Klammer, die die Volkspartei zusammenhält. Ohne diese Klammer würde die SVP in eine Legitimationskrise als ethnische Sammelbewegung fallen.

Neben dem Charakter als ethnische Sammelpartei definiert sich die SVP auch ideologisch. Sie bekennt sich im Programm zum „christlich-humanistischen Menschen- und Gesellschaftsbild.“ Obgleich die SVP seit jeher in der Tradition christlich-demokratischer und konservativer Parteien steht (Lill 1991), ist sie als Sammelpartei „offen auch für Sozialdemokraten, die nicht den klassenkämpferischen Dogmatismus vertreten, sowie für die freiheitlichen Kräfte, welche die Werte der demokratischen Gesellschaftsordnung vertreten.“ Unabhängig von der Offenheit gegenüber Sozialdemokraten und Liberalen ist die SVP eine moderne, christlich-sozial-konservative Partei, die nach links blickt. Darauf weisen ihre Koalitionen auf Landesebene und die Unterstützungen für die Mitte-Links-Regierungen in Rom hin.

Die zwischen den Sprachgruppen im Lande schwelenden nationalen Konflikte wurden durch ein politisches System entschärft, das der „consociational de-

mocracy“ nach Arend Lijphart (1977) entspricht. Dieses Modell geht von der Zusammenarbeit der politischen Eliten der verschiedenen Sprachgruppen aus und von einer ethnischen Trennung der Gesellschaft (Pallaver 2008). Diese Trennung der Südtiroler Gesellschaft entlang ethnischer Abgrenzungen durchzieht das gesamte politisch-administrative System mit seinen verästelten Subsystemen. Parteien und Verbände sind im Wesentlichen nach dieser Logik der ethnischen Trennung organisiert. Es gibt ein ethnisch getrenntes Schul- und Bildungssystem. Dies gilt – mit Ausnahmen – für Kultureinrichtungen (z.B. Bibliotheken, Musikkapellen, Chöre, Theater) genauso wie für soziale Einrichtungen (z.B. Volkswohnbauten, Rettungssysteme). Dies gilt auch für das Mediensystem, das ethnisch getrennt organisiert ist und vielfach ethnisch getrennt berichtet (Pallaver 2006a).

Ethnische Loyalitäten sind in Südtirol gegenüber anderen Bindungen tiefer verankert. Dies kommt im Wahlverhalten zum Ausdruck. Bei den Landtagswahlen

2008 haben lediglich zwei Prozent der deutschsprachigen Wähler einer italienischen Partei ihre Stimme gegeben, umgekehrt waren es immerhin schon rund zehn Prozent (Atz/Pallaver 2009).

Padanien

Padanien ist im Gegensatz zu Südtirol ein eher junger geographischer Bezugspunkt, wenn wir uns auf die italienische Nachkriegsgeschichte beschränken. Padanien selbst geht zwar auf die Bezeichnung „Padus“ für Po zurück, wie auch auf dessen Adjektiv „padanum“. Im italienischen Wortschatz kommt die geographische Bezeichnung „pianura padana“ (Poebene) oder „bassa padana“ (unteres Potal) vor (Sereni 1972). Es wird die Lega Nord sein, die diesen Begriff aufgreifen und der ursprünglich rein geographischen Bezeichnung eine politische, soziale und kulturelle Konnotation geben wird. Padanien widerspiegelt eine Identitätskonstruktion, verbunden mit institutionellen Vorstellungen, verstanden als

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Aus urheberrechtlichen Gründen
kann dieses Bild in der Online-Version
nicht angezeigt werden.

Demonstrierende marschieren 1997 durch Venedig und skandieren „Italien wird nicht zerschlagen“, um gegen die Pläne der secessionistischen Lega Nord zur Spaltung des Landes zu protestieren. Sie erteilten damit dem Liga-Vorsitzenden Umberto Bossi und seinem Konstrukt „Padanien“ eine klare Absage. **picture alliance/dpa**

pennins hat das transpadanische und cisalpine Italien allen Grund der Existenzberechtigung, weil es eine eigene wirtschaftliche, historische, ja sogar sprachliche Physiognomie aufweist“ (Il Cisalpino vom 22.7.1945). Und weiter: „Ligurien, Piemont, die Lombardei, Emilien und die drei Venetien, somit im wesentlichen ganz Norditalien, bilden eine geographische Einheit, eine wirtschaftliche, ethnische und geistige Einheit, die es wohl erlaubt, sich selber zu regieren. Es wird der Kanton Cisalpino mit der Hauptstadt Mailand als Baryzentrum der Val Padania sein, der Italien zu neuem Leben erwecken wird“ (a. a. O.). Dieser Kanton sollte bis zur Emilia reichen. Daneben waren fünf weitere Kantone vorgesehen: Sizilien, Sardinien, Süditalien (Kalabrien, Lukanien, Apulien, Kampanien, Abruzzen und Molise mit der Hauptstadt Neapel), Latium und Rom sowie Mittelitalien (Toskana, Umbrien, Marken mit der Hauptstadt Florenz) (Grasse 2000, S. 151).

Von einer natürlichen Gemeinschaft wird man dann bis 1975 nicht mehr sprechen, bis der Präsident der Region Emilia-Romagna, der Kommunist Guido Fanti, eine Koordinierung der „Regionen Padaniens“ vorschlagen wird. Doch der damalige KPI-Parteisekretär Enrico Berlinguer lehnte diesen Vorschlag ab.

Die Vorstellungen des regionalen Raums Padanien wird dann einer der wichtigsten Ideologen der Lega Nord, der Universitätsprofessor Gianfranco Miglio, aufgreifen und weiterentwickeln. Miglio, der bereits 1945 Mitglied der Gruppe rund um die Zeitschrift „Il Cisalpino“ gewesen war, verwendete 1975 erstmals den rein geographischen Begriff auch politisch. 1945 hatte er von Kantonen gesprochen, mit dem Aufkommen der Lega Nord sprach er in einem Beitrag für die Tageszeitung „Corriere della Sera“ unter dem Titel „La Padania e le grandi regioni“ von Makroregionen (Quaderni Padani 2001, S. 139–140). Sein Diskurs über die großen Regionen fließt 1992 in sein Konzept der Makroregion Padanien ein. Im selben Jahr spricht er bereits von der Repubblica Padana und subsumiert darunter ein identitätsgebundenes Konzept.

politische Gemeinschaft und als sozio-ökonomisches Territorium.

Den geographischen Begriff verwendeten bereits 1945 jene Intellektuellen aus dem Raum Como, die sich sofort nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges rund um die Zeitschrift „Il Cisalpino“ versammelt hatten. Die in erster Linie kulturelle Bewegung war die Antwort auf den Nationalismus und Zentralismus des Faschismus. Dem Zentralismus wurden im Zuge der Nachkriegsdebatten dezentrale Modelle der staatlichen Organisation gegenübergestellt. Dabei konnten die aus dem Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus hervorgegangenen Bewegungen auf Überlegungen und theoretische Modelle zurückgreifen, die ideengeschichtlich bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen und im Zuge der Einigung Italiens das Spannungsverhältnis zwischen Zentralisten und Föderalisten dokumentieren.

Schon vor der Einigung Italiens hatte Carlo Cattaneo einen entscheidenden Beitrag zur föderalistischen Debatte geliefert (Grasse 2000, S. 62), dem andere

Denker des ausgehenden 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgten, wie der Meridionalist Gaetano Salvemini, der Sardist Emilio Lussu oder der Katholik Luigi Sturzo. Altiero Spinelli und Ernesto Rossi verfassten 1941 das „Manifesto di Ventotene“, das als Meilenstein der italienischen Europabewegung und des Euro-Föderalismus gilt (Bobbio 1995). Regionalistische Autonomieforderungen waren im Zuge der Resistenza auch vom Nordwesten Italiens gekommen, wo 1943 Exponenten aus der Region Aosta die „Carta di Chivasso“ verabschiedeten, die unter anderem eine föderale Republik auf der Grundlage von Regionen und Kantonen mit einer weit reichenden Autonomie einforderte (Carta di Chivasso 1995, S. 233–235).

Die Gruppe aus dem Raum Como war stark von der „Carta di Chivasso“ beeinflusst worden und sprach damals von einem „Cantone Cisalpino“. Zugunsten dieser neuen staatlichen Architektur wurde wie folgt argumentiert: „Von den Grenzen der Alpen bis zum Gebirgskamm des toskanisch-emilianischen Ap-

Unter Padanien verstand Miglio das gesamte Territorium Norditaliens, wie dies bereits 1945 in „Il Cisalpino“ diskutiert worden war (Oneto 2001, S. 54–55).

Abgesehen von Südtirol galten für Miglio als integrierende Bestandteile Padaniens die Regionen Emilia-Romagna, Friaul, Ligurien, Lombardei, Piemont, Trentino, Aosta, Venetien, Toskana, die Marken und Umbrien, auch wenn er von einer „variablen Geometrie“ sprach, basierend auf der Selbstbestimmung aller Akteure (a. a. O., S. 55).

1996 unterstrich Miglio in den „Quaderni Padani“: „In bestimmten historischen Phasen gab es in der Poebene eine weitgehend homogene Entwicklung. Denken wir beispielsweise an die mittelalterlichen Stadtstaaten, die padanisch sind. (...) In der Poebene leben Bevölkerungsgruppen, die zweifelsohne alle ihre Besonderheiten aufweisen, aber zugleich ziemlich homogen sind, die in bestimmten Phasen auch gemeinsame institutionelle Erfahrungen gemacht haben“ (a. a. O., S. 55).

„Padanien“ war zu Beginn und für lange Zeit ein vor allem innerhalb eines kleinen Kreises von Intellektuellen des Nordens geführter Diskurs und bildete die letzte in einer langen Reihe von Namensschöpfungen, die der Norden Italiens im Laufe der Jahrhunderte erhalten hatte: Terra di mezzo, Gallia cisalpina, Gallia togata, Eridania, Italia annonaria, Longobardia major, Lombardia, Italia superiore, Italia settentrionale, Norditalia, Nord, Setentrione. Der jüngsten Kopfgeburt Padaniens hauchte letztlich erst die Lega Nord die Seele ein.

Der „padanische Marsch“ der Lega Nord

Die Lega Nord ist der Zusammenschluss einer Reihe von kleineren Leghe, die sich in der Lombardei, im Veneto, im Piemont, in Ligurien, der Emilia Romagna und der Toskana gebildet hatten (Jori 2009). Am 4. Dezember 1989 erfolgte der offizielle Gründungsakt der Lega Nord. Damit begann der kometenhafte Aufstieg dieser neuen Partei (Biorcio 1997; Diamanti 1995, 1996; Rumiz 1997; Stella 1996). Die erste Periode von 1979–1989 kann als Vorgeschichte der Bewegung bezeichnet werden. Es ist die Phase, in der einzelne Leghe ihre autonomistischen Forderungen unabhängig voneinander zu propagieren suchten.

In der zweiten Phase von 1989–1992 kommt es zur Konstituierung der Lega Nord und 1992 zu einem ersten großen Erfolg bei den Parlamentswahlen. Die Partei erzielte in der Abgeordnetenversammlung 8,6 Prozent der Stimmen und eroberte 55 Sitze. Im Senat kam sie auf 8,2 Prozent und eroberte 25 Sitze. Von der Forderung nach mehr Autonomie ging

man allmählich über zur Infragestellung des gesamten politischen Systems. Der Vorschlag der Lega Nord sieht die Bildung von drei Makroregionen mit unabhängigen Statuten vor und gipfelte in der symbolischen Ausrufung der „Republik des Nordens“ (1991).

In der dritten Phase zwischen 1993 und 1994 versucht die Lega das Erbe der Democrazia Cristiana (DC) aus der Ersten Republik anzutreten. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1994 erreicht die Partei Umberto Bossis, trotz eines Schlaganfalls im März 2004 und seiner angeschlagenen Gesundheit nach wie vor unumstrittene Führungsperson der Partei, 8,4 Prozent. Die Lega etabliert sich in vielen Städten, Gemeinden und Provinzen und tritt in die erste Regierung Berlusconi ein. Um der Umklammerung Berlusconis zu entgehen, kommt es zum Regierungsaustritt schon ein halbes Jahr später. Damit wird Berlusconi zum Rücktritt gezwungen.

1995 wird die vierte Phase eröffnet. Die Forderung nach Föderalismus wird aufgegeben und das Ziel der Unabhängigkeit Padaniens ausgerufen. Mit ihren Attacken gegen die Rechte und Linke gelingt es der Lega, ihre traditionellen Wählerschichten zu halten. Bei den Parlamentswahlen von 1996 wird die Lega Nord mit 10,1 Prozent auf gesamtstaatlicher Ebene zur ersten Partei des Nordens. Damit befindet sie sich auf ihrem politischen Höhepunkt.

2001 tritt die Lega, die bei den Parlamentswahlen nur noch 3,9 Prozent der Stimmen erzielt, der Regierung „Berlusconi II“ bei und geht in dieser fünften Phase von der Forderung nach Sezession ab und erhebt die der Devolution.⁴ Nach dem Vorbild Großbritanniens sollen die Regionen nach der Reform der Regierung Amato (2000–2001) weitere Kompetenzen erhalten: Schulorganisation, Gesundheitswesen und lokale Polizei. Das Verfassungsgesetz wird 2005 verabschiedet, aber ein Verfassungsreferendum lehnt die Änderungen im Juni 2006 ab.⁵

Bei den Parlamentswahlen von 2006 erzielte die Lega Nord 4,5 Prozent der Stimmen (Itanes 2006). Nach ihrer Rückkehr in die Opposition und nach der Ablehnung der Devolution befand sie sich in einer Phase der Neupositionierung (Diamanti 2006). Nach dem Fall der Regierung Prodi im Januar 2008 und den Neuwahlen im April 2008 erlebte die Lega

ga Nord ein ungeahntes, für viele überraschendes Revival und kann als die eigentliche Siegerin der Parlamentswahlen betrachtet werden. Die Lega Nord erreichte 8,3 Prozent der Stimmen und kann dadurch ihr Koalitionspotential maximal ausspielen (Diamanti 2009, S. 67–83; Statera 2008, S. 13).

Der politische Aufstieg der Lega hängt mit mehreren Faktoren zusammen und war ein untrüglicher Indikator für die tiefgreifende Krise des politischen Systems Italiens, aber auch für den Transformationsprozess des politischen Lebens in Italien (Bull/Rhodes 1997). Die Lega Nord hat weit früher als die traditionellen Parteien die politischen Spannungen, die Stimmungen, Bedürfnisse und Probleme der italienischen Gesellschaft aufgegriffen und war imstande, diese Elemente als Ressourcen für ihre politischen Aktionen zu nutzen. In der Anfangsphase der Lega Nord, die mit der Krise des politischen Systems Italiens zusammenfällt, gab die Partei der negativen Stimmung, die in Norditalien vorhanden war, eine Stimme. Der Protest gegen die Parteienherrschaft war in den 1980er Jahren immer stärker geworden, aber es gab keinen politischen Akteur, der diese Stimmung aufgegriffen hätte, bis die Lega Nord auf die politische Bühne trat.

Außerdem thematisierte die Lega Nord Problemfelder, die am Rande der politischen Agenda geblieben waren: die ökonomische Bruchlinie zwischen Nord- und Süditalien, die latente, nunmehr offene Ablehnung der Einwanderer aus dem Süden in die Regionen des Nordens, später auch die Einwanderung der Nicht-EU-Bürger, besonders aus Nordafrika, und damit einhergehend die Ablehnung des Islam als Gefahr für die christlichen Werte Europas. Dazu kamen der Steuerprotest, die Verteidigung der Interessen sowie der Werte der „kleinen Leute“ und anderes mehr (De Luna 1994).

Das Engagement innerhalb dieser Themenfelder war ein fruchtbarer Boden für die Lega Nord, um Konsens und Wahrnehmung zu erzielen und um diese politischen Forderungen mit dem Anspruch auf Autonomie und Sezession zu verbinden. Die Lega Nord hat in gewissem Sinne die Krise der traditionellen Parteien beschleunigt, die politische Sprache, die Themenlandschaft und die politische Agenda tiefgreifend verändert und die „Padanisierung“ der Ersten Republik

Tabelle 2: Parlamentswahlen (Abgeordnetenversammlung): Wahlergebnisse der Lega Nord (in %)

1987*	1992	1994	1996	2001	2006	2008
0,5	8,6	8,4	10,1	3,9	4,5	8,3

*Kandidatur als Lega Lombarda
Quelle: Pasquino 1995, 2002; Corbetta 2010.

akzentuiert (Biorcio 1997, S. 189; Passalacqua 2009).

Zwischen Verteidigung und Eroberung des Territoriums

Südtirol ist eine Autonome Provinz Italiens, die mit einem Sonderstatut ausgestattet ist. Zusammen mit der Autonomen Provinz Trient bildet Südtirol die Region Trentino-Südtirol, eine der fünf Regionen Italiens mit einer Sonderautonomie. In Südtirol lebt eine deutsch- und ladinischsprachige Minderheit, die das Land als ihr angestammtes Territorium betrachtet. Die ausgedehnten, auch international abgesicherten Schutzbestimmungen der beiden Sprachminderheiten beziehen sich ausschließlich auf die Autonome Provinz Bozen. Österreich, durch das Gruber-DeGasperi-Abkommen von 1946 Vertragspartner Italiens, übt eine Schutz-machtfunktion über die beiden Minderheiten in Südtirol aus.

Im Einsatz um den Minderheitenschutz sowie um die Verwaltungs- und Finanzautonomie des Landes hat sich die relevanteste politische Vertretung der Minderheit, die Südtiroler Volkspartei (SVP), immer nur auf ihr angestammtes Territorium bezogen. Die SVP ist eine ethnische Partei, weil sie von einer ethnischen Gruppe getragen wird, sich für die Interessen ihrer Ethnie einsetzt und in einem subnationalen Randgebiet wirkt (Türsan 1998, S. 5–6). Die Partei tritt bei Landtagswahlen nur in Südtirol an, bei Parlamentswahlen wegen der Zwänge des Wahlsystems mitunter auch im Trentino. Das Wahlsystem zum italienischen Parlament sieht für Minderheitenparteien Sonderregelungen vor, die an das angestammte Territorium der Minderheit gebunden sind, nämlich an die Region (Sperrklausel nicht auf nationaler, sondern nur auf regionaler Ebene). Wenn solche Parteien auch außerhalb ihres angestammten Territoriums kandidieren, gehen sie der Sonderregelung verlustig (Peterlini 2009).

Die SVP hat ihr Territorium immer verteidigt, Maßnahmen gegen Majorisierungsprozesse durch andere Sprachgruppen gefordert und erhalten. Eine Expansion auf andere Provinzen oder Regionen liegt der SVP fern. Deshalb fällt die SVP unter die Kategorie einer autonomistischen Partei.⁶ Dabei handelt es sich um Parteien, die eine Machtteilung ihrer Region mit dem Zentralstaat unter der Voraussetzung akzeptieren, dass ihr Territorium anders als die anderen territorialen Körperschaften innerhalb des Staates behandelt wird. Diese Parteien können nicht als föderalistisch angesehen werden, zumal sie Forderungen nach Autonomie nur für die eigene Region stellen. Ein eigenes Abkommen mit

dem Staat soll deshalb eine entsprechend gut ausgestattete Autonomie garantieren, während eine Reihe von Kompetenzen dem Staat überlassen werden, darunter die Außen-, Verteidigungs- und Währungspolitik. Zu dieser Kategorie werden in Italien neben der Südtiroler Volkspartei (SVP) auch die Union Valdotaïne (UV) und – zumindest bis 1979 – der Partito Sardo d’Azione (PSd’A) gezählt (De Winter 1998, S. 205).

Diese autonomistische Logik kommt auch darin zum Ausdruck, dass sich die SVP im römischen Parlament vor allem zu Fragen der Autonomie äußert, weniger zu gesamtstaatlichen Fragen (Massl 2010).⁷ Auf gesamtstaatlicher Ebene war die SVP nie eine relevante Partei, weil sie wegen ihrer geringen Anzahl an Mandaten – in der Kammer sind es durchschnittlich drei von 630 Abgeordneten, im Senat durchschnittlich zwei bis drei der 315 Senatoren – kaum ins Gewicht fällt. Deshalb besitzt die SVP auch kein Erpressungspotential. Was hingegen ihr Koalitionspotential betrifft, so wird die SVP als „wichtig“ eingestuft, weil sie zwar eine hohe Koalitionsfähigkeit aufweist, wegen ihrer geringen numerischen Konsistenz für die Bildung von Mehrheiten aber unzureichend ist (Farneti 1983, S. 66). In der Ersten Republik war die SVP nur einmal entscheidend. Dank ihrer Unterstützung erhielt die Alleinregierung Andreotti eine parlamentarische Mehrheit. Wenn auch nur für kurze Zeit, denn sie blieb nur vom 17. bis 26.2.1972 im Amt.

Die Situation hat sich mit Beginn der Zweiten Republik stark geändert. Wegen der geringen Mandatsunterschiede zwischen den beiden politischen Blöcken, die es bis zu den Parlamentswahlen 2008 gegeben hat, hatte die SVP ein hohes Koalitionspotential, da sie nun mit ihren wenigen Stimmen mitunter ausschlaggebend war. Für die Regierung Prodi (2006–2008) waren die Stimmen der SVP-Senatoren mitentscheidend und garantierten der Regierung die Mehrheit. Dennoch lehnt es die SVP trotz verschiedener Angebote seit jeher ab, einer italienischen Regierung beizutreten. Damit will sie zumindest symbolisch bekunden, dass sie sich mit dem italienischen Staat nicht identifiziert. Außerdem will sie nicht für eine gesamtstaatliche Politik verantwortlich gemacht werden, auf die sie kaum einen Einfluss nehmen kann.

Padanien hingegen ist ein politischer Diskurs, eine Kopfgeburt, kein eindeutig abgrenzbares Territorium. Im Laufe der Geschichte hat Padanien unterschiedliche geographische Ausdehnungen erfahren. In der Regel wird heute Padanien mit dem Norden Italiens gleichgesetzt. Aber was ist der Norden? Welche Regionen gehören zum Norden?

Seit der Einigung Italiens spricht man vom permanenten Spannungsverhältnis zwischen dem Norden und Süden Italiens, vom ökonomisch retardierten Süden („mezzogiorno“) und dem ökonomisch prosperierenden Norden („sette-norione“). In der Vergangenheit sprach man von der „questione meridionale“. Seit den 1980er Jahren hat sich die Problemstellung umgedreht, heute spricht man vom Problem des Nordens, nicht mehr von jenem des Südens. Im Rahmen dieses Problems des Nordens lassen sich auch die Widersprüche aufzeigen, die mit dem Begriff des Nordens verbunden sind.

Der geographische Verweis auf den Norden suggeriert, dass es sich um eine einheitliche Realität in ihren Strukturen, Orientierungen, Tendenzen und Einstellungen handle, wodurch auch die Probleme des Nordens als „einheitlich“ angesehen werden können. Dass dem nicht so ist, lässt sich leicht nachweisen, wenn man die verschiedenen, vor allem ökonomischen Entwicklungen des Nordens vergleicht. Der Norden wird bis in die 1970er Jahre mit den großen industriellen Unternehmen im Nord-Osten identifiziert, vor allem mit dem Autohersteller Fiat. Die Hauptstadt des Nordens ist Turin, bis sich die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre bemerkbar macht. Das industrielle Zentrum und die davon abhängige Peripherie läuten das Ende des „Großen Nordens“ ein (Turani 1996).

Parallel mit dem allmählichen Niedergang der großen Industrie entwickeln sich zahlreiche neue ökonomische Initiativen, die auf der einen Seite unter dem unscharfen Sammelbegriff der „New Economy“ immaterielle Güter produzieren (Informations- und Finanzwesen, Dienstleistungen). Deren Mittelpunkt ist Mailand, nicht mehr Turin, und deren Akteure sind heterogen. Zum anderen kommt es zu einem Boom von Kleinunternehmen, wobei gerade diese Akteure eine besondere Verbundenheit mit ihrem Territorium aufweisen. Das Kleinunternehmen des Nordens entwickelt sich in einem ganz bestimmten sozialen Milieu und ist eine Erfolgsstory. Das ursprüngliche Zentrum ist nicht Mailand als Erbin Turins, sondern es sind die sogenannten „province pedemontane“. Es handelt sich um jene Provinzen am Fuße der Alpen, die sich von Nord-Osten nach Nord-Westen ziehen. Es ist gewissermaßen der „Norden des Nordens“ (Diamanti 2009, S. 64).

Padanien entspricht dem Norden. Aber zum Norden werden mitunter auch die Toskana, Umbrien und die Marken ge-

zählt, die eigentlich das Zentrum Italiens bilden. Das ISTAT, das Statistische Zentralamt Italiens, zählt die Region Emilia Romagna zum Nord-Osten, andere zum Zentrum.

Der Protest gegen Turin und später gegen Rom als Symbole des Zentrums beginnt in den Provinzen längs des alpinen Bergkamms („zona pedemontana“). Die neuen ökonomischen Akteure verlangen Modernisierung, Innovation und eine Regierung des Territoriums. Die Änderungen der internationalen Rahmenbedingungen mit dem Ende des Ost-West-Konflikts haben neue Märkte geöffnet, in die der Norden eingetreten ist. Der Norden stellt Forderungen, die die alten Parteien nicht mehr imstande sind zu befriedigen. Außerdem gab es eine „Asymmetrie in der politischen Vertretung im Sinne einer relativen Depravierung“, wie das Ilvo Diamanti formuliert hat (2009, S. 65). Die Lega Nord (LN) greift dieses Unbehagen auf, vertritt die Interessen des „kleinen Norden gegen den großen Norden“ (a. a. O., S. 66) und gegen das Zentrum: Modernisierungsgewinner gegen Modernisierungsverlierer. Ausdruck dieser neuen Logik ist die Lega Nord. Die Lega ist eine regionale, keine ethnoregionale Partei, auch wenn sie sich immer wieder auf die Völker Padaniens beruft, wie etwa auf die Illyrer. Wäre sie eine ethnoregionale Partei, müsste sie Anteil haben an der rein regionalen Sperrklausel bei Parlamentswahlen, wie dies für die SVP gilt. Die Lega Nord ist als regionale Partei aber nicht nur in einer Region präsent, sondern in allen Regionen ganz Oberitaliens, zum Teil in Mittelitalien, selbst auf Sizilien.

Innerhalb der regionalen Parteien zählt die LN zu den national-föderalistischen Parteien. Solche Parteien wollen durch den Umbau und durch die Reorganisation des Einheitsstaates in einen föderalistischen Staat eine ausgedehnte Selbstverwaltung erlangen. Diese Forderung ist radikaler als jene der Autonomisten, da allen Regionen die neuen Machtbefugnisse übertragen werden sollen.⁸

Die Lega Nord hat, ausgehend von ihren ursprünglichen Kernzonen, den Marsch angetreten, um den Norden zu erobern. Diese Eroberung des Territoriums hat in einem doppelten Sinne stattgefunden, in einem geographischen und in einem elektoralen. Geographisch gehören zu den Kerngebieten der Lega Nord die Regionen Venetien, Lombardei, Friaul-Julisch-Venetien, Piemont, Trentino-Südtirol, Ligurien und Emilia Romagna. Doch neben diesen Regionen hat die Lega Nord 2008 bei den Parlamentswahlen auch in anderen Regionen des Zentrums (u. a. Umbrien, Toskana, Marken) und des Südens (Kampanien) kandidiert, wenn auch zum Großteil in einer Listenverbindung mit dem sizilianischen „Mo-

vimento per le autonomie“ (Bewegung für die Autonomien). Fast überall hat sie ihren Wähleranteil im Vergleich zu 2006 verdoppelt.

Dazu kommt die elektorale Eroberung des Territoriums. Bei den Regionalwahlen im März 2010 verdoppelte die Lega ihren Stimmenanteil und überholte den Bündnispartner „Popolo della Libertà“ in Venetien, außerdem gewann sie auch die Region Piemont (Diamanti 2010, S. 14–15).

Die Lega Nord ist auf gesamtstaatlicher Ebene eine relevante Partei mit einem großen Erpressungs- und Koalitionspotential. Trotz ihrer Anti-Rom-Haltung hat sie in allen Regierungen Berlusconi immer das Zünglein an der Waage gespielt und ihre Position politisch dementsprechend ausgenutzt. Sie ist insgesamt auch deshalb so stark, weil sie in Rom mitregiert. Sie ist zugleich Regierungs- und Kampfpartei („di governo e di lotta“). Die Föderalismus-Agenda wird von der Lega diktiert, wie auch andere Themenfelder – etwa die Ausländerfrage, die öffentliche Sicherheit, bis hin zur Finanzpolitik. Sie ist eine regionale und rechtspopulistische Partei, die etwa in der Hälfte aller Regionen Italiens präsent ist, ihr politisches Programm aber längst nationalisiert hat.

Resümee

Alter (SVPI) und neuer Regionalismus (LN) unterscheiden sich in ihrer sozialen Basis (Ethnos versus Demos), in ihrem Verhältnis zum Territorium und zum Gesamtstaat, in den unterschiedlichen politischen Zielrichtungen sowie in der politischen Strategie. Der alte Regionalismus tritt als ethnischer Entrepreneur auf und verteidigt das eigene Territorium. Der neue Regionalismus tritt als territorialer Entrepreneur auf, um das Territorium zu erobern.

Trotz aller Unterschiede gibt es Berührungspunkte, die sich in den letzten Jahren verstärkt haben. Die Lega wendet sich immer mehr ab vom Demos und bewegt sich hin zum Ethnos. Ethnos grenzt ab, schließt aus. Die Völker des Nordens – Padaniens – werden zur eigenen Ethnie erhoben, mit einem eigenen kulturellen Erbe, mit einer eigenen Sprache. Sprache und Kultur sowie Geschichte Padaniens sollen in den Schulen unterrichtet werden. Padanien soll vor ethnischer Überfremdung geschützt werden, indem Schutzklauseln gegen Ausländer und Südtiroler eingeführt werden („Ausländer raus“, Bevorzugung der einheimischen Bevölkerung gegenüber Italienern aus anderen Regionen, Einführung einer Art ethnischen Proporz zugunsten der „Padanier“). Die Konstruktion der „razza padana“ –

einer „padanischen Rasse“ – ist der Endpunkt dieser Entwicklung.

Die Südtiroler Volkspartei begründet ihre Existenz nach wie vor aus dem Ethnos. Dieser bleibt ihr Lebenselixier. Sie verteidigt auch nach wie vor ihr Territorium, aber ihre Politik ist nicht mehr ausschließlich auf die deutsch- und ladinischsprachige Minderheit ausgerichtet, sondern schließt auch die Italiener der Region mit ein. Auch in Südtirol ist eine neue Territorialisierung der Politik bemerkbar. Während für viele Jahre den Italienern das Heimatrecht abgesprochen wurde, weil sie als ein Produkt der mit Unterdrückung verbundenen Einwanderungspolitik Italiens angesehen wurden, werden die Italiener Südtirols immer mehr als gleichwertige Partner akzeptiert. Das System der ethnischen Trennung erodiert immer mehr, die Zivilgesellschaft unterwandert hoheitlich aufgezogene ethnische Mauern. Die Autonomie wird von allen Sprachgruppen in Besitz genommen. Und schließlich hat die SVP ihre Selbstbezogenheit aufgegeben, seitdem sie am Umbau Italiens in einen föderalistischen Staat aktiv mitwirkt. Lega Nord und Südtiroler Volkspartei haben schon öfters ihre gegenseitige Wertschätzung und Sympathie bekundet.

LITERATUR

- Atz, Hermann/Pallaver, Günther (2008): Der lange Abschied von der Sammelpartei. Die Landtagswahlen 2008 in Südtirol. In: Karhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther (Hrsg.): Politik in Tirol. Jahrbuch 2009. Innsbruck/Wien/Bozen, S. 95–127.
- Baccetti, Carlo/Messina, Patrizia (Hrsg.) (2009): L'eredità. Le subculture politiche della Toscana e del Veneto. Novara.
- Benedikter, Thomas (2008): Mit Staatsgeldern gedopt. In: Südtiroler Wirtschaftszeitung, 12.12.2008, S. 4–5.
- Beyme, Klaus von (2007): Föderalismus und regionales Bewusstsein. Ein internationaler Vergleich. München.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Günther Pallaver lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck und ist Gastprofessor in Bozen. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Vergleich politischer Systeme mit Schwerpunkt Italien, politische Kommunikation, ethnische Minderheiten und (ethno)regionale Parteien, local government.

Biorcio, Roberto (1997): La Padania promessa. La storia, le idee e la logica d'azione della Lega Nord. Mailand.

Bobbio, Norberto (1975): Il federalismo nel dibattito politico e culturale della Resistenza. In: Pistone, Sergio (Hrsg.): L'idea dell'unificazione europea dalla prima alla seconda guerra mondiale. Turin, S. 221–236.

Bull, Martin/Rhodes, Martin (Hrsg.) (1997): Special Issues on Crisis and Transition in Italian Politics. In: West European Politics, Vol. 20, 1, S. 176–193.

Caciagli, Mario (2003): Regioni d'Europa. Devoluzioni, regionalismi, integrazione europea. Bologna.

Carta di Chivasso (1995). In: Federalismo & Società, Heft 1/1995, S. 233–235.

Corbetta, Piergiorgio (2010): Le fluttuazioni elettorali della Lega Nord. In: D'Alimonte, Roberto/Chiaromonte, Alessandro (Hrsg.): Proportionale se va. Le elezioni politiche del 2008. Bologna, S. 107–128.

De Luna, Giovanni (1994): Dalla spontaneità all'organizzazione: la resistibile ascesa della Lega di Bossi. In: De Luna, Giovanni (Hrsg.): Figli di un benessere minore – La Lega 1979–1993. Florenz, S. 21–80.

De Winter, Lieven (1998): Conclusion. A Comparative Analysis of the Electoral, Office and Policy Success of Ethnoregionalist Parties. In: De Winter, Lieven/Türsan, Huri (Hrsg.): Regionalist Parties in Western Europe. London/New York, S. 204–207.

De Winter, Lieven/Gómez-Reino, Margarita/Lynch, Peter (Hrsg.) (2006): Autonomist Parties in Europe: Identity, Politics and the Revival of the Territorial Cleavage (ICPS, 2 Bände). Barcelona.

Diamanti, Ilvo (2010): Sicurezza e identità, così la Lega si afferma come partito "normale". In: La Repubblica, 31.3.2010, S. 15.

Diamanti, Ilvo (2009): Mappa dell'Italia politica. Bianco, rosso, verde, azzuro... e tricolore. Bologna.

Diamanti, Ilvo (2006): La Lega dieci anni dopo. In: La Repubblica, 17.9.2006, S. 1 und S. 24.

Diamanti, Ilvo (1996): Il male del Nord. Lega, localismo, secessione. Rom.

Diamanti, Ilvo (1995): La Lega. Geografia, storia e sociologia di un soggetto politico. Rom.

Di Michele, Andrea/Palermo, Francesco/Pallaver, Günther (Hrsg.) (2003): 1992. Fine di un conflitto. Dieci anni dalla chiusura della questione sudtirolese. Bologna.

Farneti, Paolo (1983): Il sistema dei partiti in Italia 1946–1979. Bologna.

Gatterer, Claus (1968): Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien. Wien/Frankfurt/Zürich.

Gehler, Michael (1994): Karl Gruber. Reden und Dokumente 1945–1953. Wien/Köln/Weimar.

Gerdes, Dirk (1987): Regionalismus und Politikwissenschaft: Zur Wiederentdeckung von „Territorialität“ als innenpolitischer Konfliktdimensionen. In: Geographische Rundschau, Heft 10/1987, S. 526–531.

Grasse, Alexander (2005): Modernisierungsfaktor Region. Subnationale Politik und Föderalisierung in Italien. Wiesbaden.

Grasse, Alexander (2000): Italiens langer Weg in den Regionalstaat. Die Entstehung einer Staatsform im Spannungsfeld von Zentralismus und Föderalismus. Opladen.

Hartungen, Christoph von (2007): Das historische Tirol (1900–1914). In: Ferrandi, Giuseppe/Pallaver, Günther (Hrsg.): Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. I. Politik und Institutionen (Grenzen/Confini 5/1). Trento, S. 17–85.

Il Cisalpino, 22.7.1945.

Il Sole 24 Ore (2008): http://www.ilssole24ore.com/speciali/qv_2008/qv_2008_province/qv_2008_province_settori_classifica_finale.shtml [27.3.2010]

Itanes (2006): Dov'è la vittoria? Il voto del 2006 raccontato dagli italiani. Bologna.

Jori, Francesco (2009): Dalla Liga alla Lega. Storia, movimenti, protagonisti. Venedig.

Liphart, Arend (1977): Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration. New Haven/London.

Lill, Rudolf (1991): Die Südtiroler Volkspartei. In: Veen, Hans-Joachim (Hrsg.): Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa. Paderborn/München/Wien/Zürich, S. 165–185.

Marko, Joseph u. a. (2005) (Hrsg.): Die Verfassung der Südtiroler Autonomie. Die Sonderrechtsordnung der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol (Eurac research, Band 7). Baden-Baden.

Massl, Manuel (2010): Der Transformationsprozess der SVP im italienischen Parlament nach der Streitbeilegung. Politikwissenschaftliche Diplomarbeit, Universität Innsbruck.

Oneto, Gilberto (2001): Gianfranco Miglio padano e padanista. In: Quaderni Padani 37/38, S. 51–57.

Pallaver, Günther (2008): South Tyrol's Consociational Democracy: Between Political Claim and Social Reality. In: Voeck, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph (Hrsg.): Tolerance through Law. Self Governance and Group Rights in South Tyrol (European Academy Bozen/Bolzano). Leiden/Boston, S. 303–327.

Pallaver, Günther (2007): Die Südtiroler Volkspartei. In: Ferrandi, Giuseppe/Pallaver, Günther (Hrsg.): Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. I. Politik und Institutionen (Grenzen/Confini 5/1), Trento, S. 629–655.

Pallaver, Günther (2006): Die Südtiroler Volkspartei: from Irredentism to Autonomy. In: De Winter, Lieven/Gómez-Reino, Margarita/Lynch, Peter (Hrsg.): Autonomist Parties in Europe: Identity, Politics and the Revival of the Territorial Cleavage (ICPS, Band 2). Barcelona, S. 161–188.

Pallaver, Günther (Hrsg.) (2006a): Die ethnisch halbierte Wirklichkeit. Medien, Öffentlichkeit und politische Legitimation in ethnisch fragmentierten Gesellschaften. Theoretische Überlegungen und Fallbeispiele aus Südtirol. Innsbruck/Wien/Bozen.

Pallaver, Günther (2006b): Regionale Parlamente und Parteien in Italien. Transformationsprozesse, Trends und Perspektiven. In: Zimmermann-Steinhart, Petra (Hrsg.): Regionale Wege in Europa. Föderalismus – Devolution – Dezentralisierung (Schriftenreihe des Zentralinstituts für Regionalismusforschung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Band 2). München, S. 115–150.

Pallaver, Günther (2005): The Südtiroler Volkspartei and Its Ethno-Populism. In: Caramani, Daniele/Mény, Yves (Hrsg.): Challenges to Consensual Politics. Democracy, Identity, and Populist Protest in the Alpine Region (Regionalism & Federalism, No. 6). Brüssel, S. 187–208.

Pallaver, Günther (2009): Südtiroler Parteien und Parteiensystem. Ethnisch, fragmentiert und zentrifugal. In: Pallaver, Günther/Kager, Thomas (Hrsg.): Politika 09. Südtirol/Alto Adige. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuer de pulitica (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft). Bozen, S. 245–268.

Pasquino, Gianfranco (1995): La politica in Italia. Dizionario critico 1945-95. Rom/Bari.

Passalacqua, Guido (2009): Il vento della Padania. Storia della Lega Nord 1984–2009. Mailand.

Perini, Stefano (2009): Welfare und Wirtschaftskrise. Das sozioökonomische lokale Umfeld. Bozen.

Peterlini, Hans Karl (2005): Südtiroler Bombenjahre. Von Blut und Tränen zum Happy End? Bozen.

Peterlini, Oskar (2009): Südtirols Vertretung am Faden Roms. Die Auswirkungen von Wahlsystemen auf ethnische Minderheiten am Beispiel Südtirol in Rom von 1921–2013. In: Hilpold, Peter (Hrsg.): Minderheitenschutz in Italien (Ethnos, Band 70). Wien, S. 37–139.

Pombeni, Paolo (2007): Il primo De Gasperi. La formazione di un leader politico. Bologna.

Quaderni Padani (2001): Speciale Gianfranco Miglio: un uomo libero, Nr. 37/38.

Rumiz, Paolo (1997): La secessione leggera. Dove nasce la rabbia del profondo Nord. Rom.

Sartori, Giovanni (1976): Parties and Party Systems. Cambridge.

Sereni, Emilio (1972): Storia del paesaggio agrario italiano. Rom/Bari.

Statera, Alberto (2008): La seconda giovinezza di

“Roma ladrona”. “Nell'alleanza abbiamo la golden share”. In: La Repubblica, 15.4.2008, S. 13.

Steininger, Rolf (1987): Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Band 2). Innsbruck.

Steininger, Rolf (1997): Südtirol im 20. Jahrhundert. Innsbruck.

Stella, Gian Antonio (1996): Dio Po. Gli uomini che fecero la Padania. Mailand.

Steurer, Leopold (1980): Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919–1939. Wien.

Stuhlpfarrer, Karl (1985): Umsiedlung Südtirol 1939–1940. 2 Bände. Wien.

Südtiroler Volkspartei/SVP (1993): Das neue Parteiprogramm der Südtiroler Volkspartei. Beschlüssen von der Landesversammlung am 8. Mai 1993.

Turani, Giuseppe (1996): I sogni del grande Nord. Bologna.

Türsan, Huri (1998): Introduction. Ethnoregionalist Parties as Ethnic Entrepreneurs. In: De Winter, Lieven/Türsan, Huri (Hrsg.): Regionalist Parties in Western Europe. London/New York, S. 1–16.

Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Herausgegeben von Johannes Winckelmann. Tübingen.

WIFO (2009): Trentino-Südtirol mit der niedrigsten Arbeitslosenrate; URL: <http://www.camcom.bz.it/de-DE/WIFO/pressemitteilungen-de.html?dblock=4200> [15.7.2009].

ANMERKUNGEN

- 1 Leghe; auf Deutsch „Ligen“ sind regional begrenzte Autonomiebewegungen, z.B. in der Lombardei oder in Venetien.
- 2 Der Tiroler Karl Gruber war Österreichs Außenminister. Alcide de Gasperi Italiens Ministerpräsident. De Gasperi stammte aus dem Trentino, war also ein ehemaliger österreichischer Staatsbürger und vertrat die christdemokratische Partei „Popolari“ im Wiener Reichsrat (vgl. Pombeni 2007).
- 3 Der Begriff „Volkstum“ in all seinen Varianten ist seit den 1980er Jahren mit dem Austausch der politischen „Kriegsgeneration“ aus dem Sprachschatz der politischen Eliten verschwunden und ist durch andere, weniger belastete Begrifflichkeiten ersetzt worden, wie etwa durch „Identität“.
- 4 Der Begriff Devolution bezeichnet die Übertragung administrativer Funktionen in einem Einheitsstaat an regionale Körperschaften. Dabei beziehen die regionalen Körperschaften ihre politische Legitimität durch diese Übertragung. Die politische Souveränität verbleibt bei der übertragenden Stelle, die die regionalen Körperschaften oder deren Kompetenzen verändern kann. Im Gegensatz dazu steht der Begriff des Föderalismus, bei dem die Gliedstaaten eigenständige Legitimität besitzen und diese erst durch ihren Zusammenschluss an eine größere Einheit übertragen.
- 5 Vgl. den Beitrag von Alexander Grasse in diesem Heft.
- 6 In ihrer Gründungsphase war die SVP eine irredentistische Partei, weil sie die Rückkehr Südtirols zu Österreich einforderte. Heute kann die SVP zum Teil auch als föderalistische Partei bezeichnet werden, weil sie sich auf gesamtstaatlichem Gebiet für die Föderalisierung Italiens einsetzt (Pallaver 2007).
- 7 Nach Verwirklichung der Autonomie und der Streitbeilegungserklärung vor der UNO zum Südtirolproblem äußert sich die SVP mit Beginn der Zweiten Republik etwas mehr auch zu gesamtstaatlichen Themen (vgl. Massl 2010, S. 128).
- 8 Zwischenzeitlich war die Lega Nord auch eine Unabhängigkeitspartei, eine Sezessionspartei.

Frauenrollen in Medien, Gesellschaft und Politik

Saveria Capecchi

Stimmt das Klischee von der männerdominierten Gesellschaft Italiens? Saveria Capecchi kommt zu dem Schluss, dass italienische Frauen noch immer vor allem über ihr äußeres Erscheinungsbild definiert werden. Die Wertschätzung der weiblichen Schönheit steht in deutlichem Kontrast zur fehlenden Anerkennung der intellektuellen Fähigkeiten im privaten und vor allem im öffentlichen Leben. Obwohl die Gleichstellung beider Geschlechter juristisch festgeschrieben ist, haben Frauen in der Berufs- und Arbeitswelt häufig das Nachsehen. Führungspositionen in Politik, Medien und Wirtschaft besetzen sie nur unterproportional. Ein ausschlaggebender Grund ist mithin das von den Medien geprägte Frauenbild. In den vergangenen Dekaden oszillierte dieses Bild zwischen der Festschreibung traditioneller bzw. diskriminierender Frauenrollen und – ab den 1980er Jahren – dem Eintritt der Frauen in zumindest einige vormals „männliche“ Lebensbereiche. Vor allem im Fernsehen dominiert jedoch immer noch das Bild der jungen, schlanken Frau, die als schönes Beiwerk die männlichen Protagonisten schmückt. Dieses Klischee gewinnt auch deshalb an Gewicht, weil Vertreter der politischen Elite permanent das Selbstbewusstsein und den Emanzipationswillen italienischer Frauen untergraben.

Frauenbilder in einer Männergesellschaft

Italien ist in der ganzen Welt für seine Naturschönheiten, seine Kunstschätze, seine gute Küche, für die Mode und auch für die Schönheit seiner Frauen bekannt. Diese Schönheit wird insbesondere im Fernsehen, im Kino und in der Werbung ausgiebig zelebriert. Auf die „schönen Frauen“ könnte die italienische Bevölkerung eigentlich stolz sein. Die Wertschätzung des guten Aussehens italienischer Frauen geht allerdings nicht mit einer angemessenen öffentlichen Anerkennung ihrer Fähigkeiten, ihrer Intelligenz und der Akzeptanz des weiblichen Geschlechts sowohl im privaten Bereich als auch in der Arbeitswelt einher. Im Hinblick auf den letzten Punkt genügt ein Hinweis auf den niedrigen Anteil von Frauen in Führungsposi-

tionen: Die Beschäftigungsquote italienischer Frauen ist mit 45,3 Prozent eine der niedrigsten Europas (OECD 2007). 21 Prozent der Unternehmerinnen und Unternehmer sind weiblich, an sonstigen Führungspositionen haben sie einen Anteil von 24 Prozent (CNEL 2003). Im Jahr 2008 betrug die Frauenquote im Parlament 20 Prozent. Im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern ist dies ein weiterer Negativrekord.¹

Die Ursachen für das geringe Ansehen und die unzureichende Anerkennung der Frauen in Italien sind zahlreich. In diesem Essay richtet sich das Hauptaugenmerk insbesondere auf die Medien, die zu den wichtigsten „Gestaltern“ der gesellschaftlichen Wirklichkeit gehören, da sie Werte, Verhaltensmuster und Lebensstile medial übermitteln und gleichzeitig legitimieren. Eine Eigenheit der Sendungen des italienischen Fernsehens im Allgemeinen und der Privatsender von Silvio Berlusconi im Besonderen besteht dabei darin, Scharen lächelnder Mädchen mit perfekter und schlanker Figur in aufreizend knappen Kleidern zu zeigen, die nur wenige oder gar keine Sätze von sich geben. Obwohl das Bildungsniveau der Frauen gestiegen und auch die männliche Identität im Wandel begriffen ist, verbreiten die Medien noch immer das Bild einer „modernen“, jungen und schönen Frau, deren Model-Figur als grundlegende, wenn nicht gar einzige Qualität herausgestellt wird. Die von den Medien propagierten Schlankheits- und Jugendlichkeitsideale stellen für italienische Frauen jeglichen Alters mittlerweile eine Art zwingendes Gebot dar. Der einzige Trost für die Frauen dürfte darin bestehen, dass der Körperkult inzwischen auch vom männlichen Geschlecht im Hinblick auf die Figur einen gewissen Standard verlangt. Darüber hinaus ist es der Premierminister Italiens höchstpersönlich, der sowohl in Italien als auch im Ausland ein ziemlich rückständiges Rollenmodell vermittelt, das Frauen lediglich eine Rolle als schmückendes Beiwerk zugesteht. Gemäß diesem Rollenverständnis haben sich Frauen den Männern selbst dann unterzuordnen, wenn sie Machtpositionen bekleiden. Andererseits hält gerade Berlusconi durch seine verbalen Fehlritte, in denen er sein traditionalistisches Frauenbild offenbart, und durch private

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Skandale – wie die unlängst bekannt gewordene Affäre um Edelprostituierte, denen Berlusconi im Tausch gegen sexuelle Dienstleistungen politische Ämter versprochen hatte – die Diskussion über dieses Thema am Leben. Eine Diskussion, die in der Öffentlichkeit unterschiedliche Reaktionen hervorruft: Empörung, Gleichgültigkeit, Zustimmung.

Geschlechterrollen in den 1960er und 1970er Jahren

Es lohnt sich, die Geschlechterrollen, die von den Medien in den 1960er und 1970er Jahren übermittelt wurden – eine Zeitspanne, die durch die Kulturrevolution der 68er, durch Gewerkschaftskämpfe, durch die Rebellion der Jugend gegen die ältere Generation sowie durch das Erstarken von Emanzipation und Feminismus gekennzeichnet ist –,

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

mit den Frauen- und Männerbildern zu vergleichen, die heute von den Medien transportiert werden. Damals richtete sich der Protest der Medienwissenschaftlerinnen und Medienwissenschaftler vor allem gegen die Werbung, die dazu tendierte, ein Geschlechterbild zu vermitteln, in dem die Frauen den Männern untergeordnet waren. Frauen wurden hauptsächlich in zwei Kategorien eingeteilt: die Frau als „Hausfrau, Ehefrau und Mutter“ und die Frau als „Objekt“, deren Körper mit der Ware identifiziert wurde, für die Reklame gemacht wurde (Pellegrini 1977; Pignotti/Mucci 1978). Dem Mann war dagegen die Rolle des „erfolgreichen Mannes“ und des „Verführers und Machos“ vorbehalten. Zwei damals sehr beliebte Werbeslogans sollen dies illustrieren. „Ich bin blond, spritzig, frisch, verlockend (...). Du kannst Peroni zu mir sagen, ich werde dein Bier sein.“ Dieser,

von einer blonden und mit Sexappeal ausgestatteten jungen Frau gesprochene Slogan ist ein Musterbeispiel für die Degradierung der Frau zum bloßen Objekt. Der Werbeslogan „Petrus. Der Magenbitter für den starken Mann.“ hingegen – unterstrichen durch eine starke Faust, die aus einer Ritterrüstung ragte – ist ein treffendes Beispiel für das Klischee des männlichen Herrschers (Falabrino 1992). Den Medien wurde vorgeworfen, stereotype Geschlechterbilder zu vermitteln, die mit der im Wandel begriffenen gesellschaftlichen Wirklichkeit nichts zu tun hatten. Es wurde die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass diese Geschlechterbilder den damals beginnenden Emanzipationsprozess behindern könnten. Der Feminismus setzte sich letztlich dennoch durch, und die daraus resultierenden größeren Zugangsmöglichkeiten für Frauen zu einer männlich dominierten Berufs- und Ar-

Der italienische Fußballtrainer Carlo Ancelotti mustert ein Showgirl während einer TV-Show in Mailand: Die Degradierung von Frauen zum bloßen Objekt männlicher Schaulust hat in den vergangenen Jahren merklich zugenommen und ist ein gängiges Muster nahezu aller Fernsehsender geworden. **picture alliance/dpa**

beitswelt konnten von den Medien auf lange Sicht nicht ignoriert werden. Die von vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beklagte Strategie der Medien bestand in den 1970er Jahren darin, dass sie ihrem weiblichen Publikum einerseits vorgaukelten, modern zu sein, während sie andererseits den gesellschaftlichen Wandel kontrollierten, verlangsamten und abbremsten (Buonanno 1975). Das damals am häufigsten verbreitete Frauenbild war das der „zufriedenen Hausfrau“ oder das der „Konsumkönigin“. Die Rolle der Frau wurde, dem traditionellen Rollenmuster entsprechend, auf den Haushalt reduziert. Dieses Rollenmuster sollte Frauen das zufriedenstellende Gefühl geben, im Mittelpunkt des Familienlebens und des gesellschaftlichen Interesses zu stehen. Zu diesem Zweck wurde dem traditionellen Bild der Hausfrau ein Hauch Modernität verliehen, indem die Frau dazu angeregt wurde, Haushaltsgeräte zu benutzen, um so Zeit für sich zu gewinnen. Andererseits wurden in einschlägigen Frauenzeitschriften (z.B. Modejournale wie *Amica*, *Grazia*, *Giulia*) Themen wie Arbeit und Emanzipation, Abtreibung, Pille, Scheidung und Ehebruch diskutiert. Dabei wurde zwar eine „kämpferische“ Sicht der Dinge vermittelt, ohne aber die klassische Aufgabentrennung zwischen den Geschlechtern in Frage zu stellen. Ein Beispiel für diese Dialektik der Medien zwischen Konservatismus und Fortschritt ist insbesondere die US-amerikanische Zeitschrift *Cosmopolitan*, die in den 1970er Jahren in fast allen europäischen Ländern in die Landessprachen übersetzt und verkauft wurde und die ein ambivalentes Bild des weiblichen Geschlechts zeichnete (und dies im Übrigen auch heute noch tut): Das Bild einer Frau, die arbeitet, emanzipiert und vor allem sexuell befreit ist, gleichzeitig aber Sklavin der Schönheitsideologie bleibt und stets in der Pflicht steht, den Mann mit ihrem Sexappeal zu verführen. Eine „Tiger-Frau“, die in der Liebeskunst die Initiative ergreift und doch selbst auch Beute ist und immer bleibt.

Die Bilder der „perfekten Hausfrau“ und der „Frau als Objekt“ männlicher Begierden und erotischer Phantasien wurden – gleichsam als Reaktion auf den Feminismus – also durch das Bild der „emanzipierten Frau“ ergänzt, die offensichtlich frei von Zwängen ist, die Frauen bisher auferlegt worden waren, deren Schicksal aber nach wie vor darin besteht, dem Mann zu gefallen und ihn in den Mittelpunkt ihrer Gedanken und Handlungen zu stellen. Mit dieser subtilen „Wertevermittlung“ vermochten die Medien ein großes weibliches Publikum anzusprechen: von der bigotten Seniorin bis eben zur „modernen“ jungen Frau, die allen Ideen aufgeschlossen gegenübersteht.

Geschlechterrollen von den 1980er Jahren bis heute

In den 1980er Jahren tauchten in den Medien nach und nach Bilder auf, die man als „antistereotype Geschlechterbilder“ definieren kann: Die Eigenschaften, die mit Frauen und Männern gemeinhin assoziiert werden, wurden unter den Geschlechtern beinahe spielerisch ausgetauscht, wobei hinter diesem „spielerischen Rollentausch“ eher eine Marketingstrategie zu stehen schien als die Legitimierung neuer gesellschaftlicher Rollen. So beziehen sich zum Beispiel die Werbung und die Modewelt auf den Vorstoß von Frauen in die Arbeitswelt, indem sie die Bilder der „Karierefrau“ und der „Frau in Männerkleidung“ propagieren: Der männlichen Welt werden Kleidungsstücke wie Anzug samt Jacke und Hose, Krawatte, Hut, Hosenträger und Accessoires wie Dokumententaschen oder sogar Zigarren entlehnt. Elemente wie Lippenstift oder lackierte Fingernägel fehlen dennoch nicht, um das Publikum zu beruhigen und ihm unterschwellig mitzuteilen, dass hier keine ernsthafte Abkehr von Geschlechterzuschreibungen vorliegt. Darüber hinaus tauchen sowohl in den Modezeitschriften als auch in den Fernsehspots immer mehr Frauen auf, die Spirituosen trinken und Sport treiben. Frauen mit hartem maskulinem Auftreten, die selbstsicher und sich ihrer Verführungskraft gegenüber dem anderen Geschlecht bewusst sind. Während wir in den ersten international verbreiteten Seifenopern wie „Dallas“ und „Denver Clan“ das Bild der Karierefrau als überzogene Karikatur vorfinden (eine wunderschöne, aufreizende Frau, die sich mit den Männern sowohl im Beruf als auch in der Liebeskunst messen kann), erscheinen in den italienischen Fernsehserien Karierefrauen, die sich in hohem Maße mit ihrem Beruf identifizieren, ohne dadurch auf Zuneigung

und ihre Familie verzichten zu müssen. Wiederum ein Beleg für die Strategie der Medien, zwischen Tradition und Moderne vermitteln zu wollen. Im Laufe der 1980er und 1990er Jahre wurden immer mehr Fernsehserien ausgestrahlt, in denen die weibliche Hauptfigur eine Polizistin, eine Ärztin oder eine Rechtsanwältin ist. Diese Bilder trugen dazu bei, dass sich das Bild der Frau, die nunmehr auch in traditionell männlichen Berufen arbeitet, immer mehr einbürgerte und zur gesellschaftlichen Normalität wurde.

Die Bilder der „Hausfrau“ und der „Frau als Objekt“ wurden von den Medien durch den Typus der „modernen Frau“ ersetzt: eine junge, schöne und emanzipierte Frau, die arbeitet und unabhängig ist. Die Frau erscheint als „Subjekt“. Sie ist sexuell wagemutig und den gesellschaftlichen Konventionen, Ehefrau und Mutter zu werden, nicht mehr verpflichtet, sondern frei, ihr Leben selbst zu planen und in die Hand zu nehmen. Die Medien übermitteln auf den ersten Blick feministische Grundsätze und Ziele: Gleichheit, Gleichberechtigung und gleiche Teilhabechancen, Emanzipation durch Arbeit sowie die sexuelle Befreiung der Frauen. Wie viele Wissenschaftlerinnen (vgl. Capecchi/Ruspini 2009) aufgezeigt haben, scheinen diese Botschaften jedoch eine kommerzialisierte und banalisierte Übersetzung feministischer Zielsetzungen zu sein: Die „moderne Frau“ wird fast ausschließlich von Frauen verkörpert, deren Gesicht und Figur „perfekt“ sind. Der Wert und die Macht der Frau scheinen sich in erster Linie aus ihrer Schönheit und aus ihrer Verführungskunst abzuleiten, wie es auch der Slogan „Weil ich es mir wert bin“ – der ein Shampoo der Marke L’Oreal bewirbt – andeutet. Die Werbung weckt das Bedürfnis, den Männern und vor allem sich selbst zu gefallen. Dieses Bedürfnis setzt jedoch voraus, Zeit und Geld in die Pflege des Körpers und des Aussehens zu investieren. So sind immer häufiger Werbespots zu sehen, in denen sich wunderschöne Frauen in liegender Position den Körper streicheln und sich ganz dem Genuss einer Praline oder eines cremigen Joghurts hingeben: Diese Geste der Selbstbefriedigung transportiert die Botschaft, dass sich die moderne Frau selbst verwöhnen kann und darf – mit oder ohne Mann.

Aber auch das Rollenbild des Mannes unterliegt Veränderungen, die nicht nur dem Feminismus und der veränderten Stellung der Frauen in der Gesellschaft, sondern der neuen Industrie der Männerkosmetika und der steigenden Konsumfreude geschuldet sind. Der männliche und erfolgreiche Mann wird „softer“; er wird so zu einem „modernen

Mann“ (oder zum „neuen Mann“). Der Schnitt der Herrenkleidung wird weniger streng, und in der Werbung, in Fernsehserien sowie im Kino werden Männer gezeigt, die narzisstisch ihren Körper pflegen: Männer, die Parfüm benutzen, sich die Brusthaare entfernen, Aftershave und Haargel verwenden und deren nackte Körper es durchaus rechtfertigen, dass sich die Blicke der Frauen auf sie richten. Es sei hier nur an Schauspieler wie Raul Bova und Riccardo Scamarcio erinnert, die von jungen Mädchen verehrt und geliebt werden, oder an das „Phänomen Costantino“, einen schönen jungen, muskelbepackten Mann, der von der beliebten TV-Talkshow „Uomini e donne“ auf den Markt gebracht wurde. Das von den Medien weitaus am meisten propagierte Ideal des männlichen Körpers ist eine kräftige, muskulöse Statur, die eine Männlichkeit unterstreicht, die auch dann nicht verloren geht, wenn der Mann neue Verhaltensweisen und Einstellungen übernimmt, die traditionell mit Frauen assoziiert werden. Während Frauen in Werbespots oft als hart und selbstsicher präsentiert werden, wird Männern zuweilen die Rolle von liebevollen, zärtlichen und sensiblen Vätern zugestanden, die sich um ihre kleinen Kinder kümmern und beim Verrichten von Tätigkeiten wie Kochen, Abwaschen oder – seltener – Bügeln und Putzen gezeigt werden. Auch in diesen Fällen vermitteln die Medien bestimmte „Werte“: Der moderne Mann ist ein toleranter Mann, der Veränderungen offen gegenübersteht, in Wirklichkeit aber nicht darauf verzichtet, eine den Frauen dennoch überlegene Stellung einzunehmen. Die Medien spielen auf eine Umkehr der herkömmlichen Rollen an und propagieren den Grundsatz der Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Es bleibt allerdings der Eindruck, dass das alles nur eine Inszenierung ist, von der die verfestigten Geschlechterrollen letztlich nicht angegriffen werden. So zeigen beispielsweise Werbespots, die in letzter Zeit im italienischen Fernsehen ausgestrahlt wurden, Väter im häuslichen Umfeld, die sich um ihre kleinen Kinder kümmern, während die Mütter (vermutlich) arbeiten. Gleichzeitig wird aber mit unterschwelligem Botschaften auf die Untauglichkeit dieser Väter hingewiesen, diese Rolle „immer und ständig“ ausüben zum müssen. Die „neuen Väter“ wissen nämlich nicht, wo die Lieblings-Snacks ihrer Kinder aufbewahrt werden oder sie machen beim Kochen die ganze Küche schmutzig und warten (nur) darauf, dass die Mutter zurückkommt und die zeitweilig gestörte Ordnung wiederherstellt.

Ungeachtet ständiger Schwankungen zwischen „alten“ und „neuen“ Werten

und Verhaltensmustern scheint sich das derzeit von den Medien übermittelte Geschlechterbild gegenüber den 1970er Jahren vollkommen verändert zu haben. Es kann nicht geleugnet werden, dass sich die Grenzen zwischen den traditionellen Geschlechterkategorien verwischt haben. Der Individualismus als zentraler Wert der heutigen Zeit, die oft als Postmoderne oder als postfeministisch² definiert wird und in der die Gleichheit zwischen den Geschlechtern als etwas Selbstverständliches gilt, wird inzwischen auch von den Medien transportiert: „Du kannst sein, was immer du willst!“ Unabhängig vom Geschlecht können alle das eigene Leben planen, den eigenen Körper ganz nach Belieben verändern³ und aus einer enormen Fülle an möglichen Identitätsangeboten wählen. Eine vor allem für das weibliche Publikum befreiende Botschaft, die aber unter Medienwissenschaftlerinnen und Medienexpertinnen nach wie vor letzte Zweifel nicht ausgeräumt hat.

Aktuelle Debatten zum Thema „Geschlecht und Medien“

In jüngster Zeit ist die Diskussion darüber, wie Frauen und Männer in den Medien dargestellt werden, neu entbrannt – ein Thema, das anscheinend den 1970er Jahren vorbehalten war (vgl. Capecchi 2006a). Einerseits kann den Medien nicht mehr der Vorwurf gemacht werden, den Emanzipationsprozess der Frau zu behindern. (Vielmehr scheint das Gegenteil richtig zu sein: Das Bild der „modernen Frau“ hat mit Sicherheit sowohl zur Integration der Frau in die Berufs- und Arbeitswelt beigetragen und Mädchen dazu angeregt, sich einen Beruf zu suchen, in dem sie sich verwirklichen können, als auch die Akzeptanz der Wahlmöglichkeiten im Privatbereich gefördert, wie zum Beispiel die Wahl des „richtigen“ Partners oder die freie Entscheidung darüber, wann und ob Kinder gewünscht werden⁴). Andererseits stellt sich die Frage, ob die Medien den Frauen tatsächliche Wertschätzung entgegenbringen: Es ist unbestritten, dass Frauen in den Medien nach wie vor über ihren Körper definiert bzw. darauf reduziert werden, während ihnen so gut wie kein Raum zugestanden wird, andere Standpunkte zum Ausdruck zu bringen als die der männlichen Logik.⁵ Die aktuelle Diskussion konzentriert sich auf zwei Kritikpunkte: (1) Auf die Instrumentalisierung des weiblichen Körpers und die Propagierung des Schlankheitsideals als einziges wünschenswertes Körpermodell sowie (2) auf den Mangel an weiblichen „Stimmen“ im gesamten Bereich der Nach-

richten- und Informationswendungen. Zahlreiche Untersuchungen bestätigen, dass Journalistinnen in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen als Meinungsführerinnen und in der Rolle als „Expertinnen“ – die zu verschiedenen Wissensgebieten (einschließlich dem der Politik) interviewt werden – immer noch eine Minderheit darstellen (vgl. Capecchi 2006b). Ein weiteres Thema, das nur gestreift werden kann, bezieht sich auf drei Fragestellungen zum Thema Frauen und Internet: (1) Wie ausgewogen sind die Zugriffsmöglichkeiten der Frauen auf Informations- und Kommunikationstechnologien? Wie ist es um das Problem des so genannten Gender Digital Divide bestellt? (2) Wie und wodurch kann das Internet weiblichen Standpunkten mehr Geltung verschaffen? (3) Wie können Frauen „hinter den Kulissen“ agieren (Internet Governance), d.h. bei der Planung und dem Betrieb von Programmen, Servern und Suchmaschinen die Möglichkeiten des Mediums an eine weibliche Logik und Kultur anpassen (Demaria/Violi 2008; Capitani 2008).

Das Primat des weiblichen Körpers und das Ideal der Schlankheit

Ein Aspekt der gegenwärtigen Debatte, der sogar gelegentlich von den Medien selbst thematisiert wird, konzentriert sich auf die Instrumentalisierung des weiblichen Körpers durch die Medien. Die Degradierung von Frauen zum bloßen Objekt männlicher Schaulust hat in den vergangenen Jahren merklich zugenommen und ist ein gängiges Muster nahezu aller Fernsehsender geworden. Die offensichtlichsten Beispiele finden sich in den Privatsendern ab der Mitte der 1980er Jahre. Um die Aufmerksamkeit des Publikums zu gewinnen, haben die Sender von Silvio Berlusconi Medienkonzern „Fininvest“ (heute „Mediaset“) von Anfang an auf reine Unterhaltung gesetzt und dabei insbesondere den „männlichen Blick“ bedient: An die Seite von männlichen Moderatoren wurden schöne, sehr junge, schlanke und vor allem halbnackte Frauen gestellt, die kein Wort sagen mussten. So müssen die jungen „Showgirls“ der bekannten Sendung von Antonio Ricci „Striscia la notizia“ (Canale 5) nichts weiter tun als tanzen und lächeln. Dadurch erfährt das Stereotyp der „dummen und schönen Frau“ eine wahre Renaissance. Zudem verweilen die Kameraeinstellungen oft auf Körperteilen wie der Brust, den Beinen, dem Po, den Augen. Diese sexistische Perspektive gibt das Bild und Wesen der Frau in all ihrer Vielschichtigkeit und Würde nicht angemessen wieder. Der Dokumentarfilm von Lorella Zanuso mit dem Titel „Der Körper

der Frauen“ (2009), der einen beträchtlichen Erfolg beim Publikum hatte, weist nach, wie in den vergangenen Jahrzehnten fast alle Fernsehsender den weiblichen Körper kommerziell ausgebeutet, Frauen damit erniedrigt und als Personen abgewertet haben. Der Dokumentarfilm zeigt Ausschnitte von Fernsehprogrammen, in denen junge Frauen zur Unterhaltung des Publikums gezwungen werden, sich nur mit einem T-Shirt bekleidet unter die Dusche zu stellen, damit sich die Brustwarzen unter dem feuchten Stoff abzeichnen. Ausschnitte aus der Sendung „Il Grande Fratello“ (Big Brother) zeigen Frauen, die nach Schönheitsoperationen voller Stolz abnorme Lippen und Brüste zur Schau stellen. Wiederum andere Ausschnitte präsentieren Frauen, die – ohne sich wehren zu können – verspottet und ständig nach ihren Kurven bewertet werden.⁶ Gezielt werden diejenigen Körperteile zur Schau gestellt, die in der westlichen Gesellschaft gemeinhin als sexy empfunden werden, eben Lippen, Brüste und Po.

Die von den Medien weitaus am stärksten propagierten Schönheitsideale sind die der Schlankheit und der Jugendlichkeit. Für die Kosmetik-, die Mode- und die Fitnessindustrie sowie für diverse Institute der Schönheitschirurgie bieten die Medien somit eine durchaus zweckmäßige Werbepattform. Selbst die Fernsehmoderatorinnen sind diesem Druck dermaßen ausgesetzt, dass sich die meisten von ihnen – wenn sie die Altergrenze von 40 erreichen – das Gesicht liften, die Lippen und vor allem die Brüste durch Schönheitsoperationen korrigieren lassen (Bolla/Cardini 1999). Die Botschaft für das weibliche Geschlecht ist eindeutig: Das biologische Alter wird, so lange es nur geht, verschleiert. In jüngster Zeit signalisiert die Werbung, dass sich das Alter, bis zu dem eine Frau noch als sexy und folglich noch als begehrenswert gelten kann, auf etwa 50 Jahre erhöht hat. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Frau an ihrem Körper „ordnungsgemäß“ und gewissenhaft regelmäßige „Instandhaltungsmaßnahmen“ durchführen lässt. Nur wenn Frauen die Zeichen der Alterung entfernen lassen, können sie in jedem Bereich des Lebens Erfolg haben. Diese Botschaft negiert die Qualitäten des fortgeschrittenen und reiferen Alters, wertet die inneren Werte, die Lebenserfahrung und das angesammelte Wissen älterer Frauen ab. Warum, so fragt Lorella Zanuso in ihrem Dokumentarfilm, können sich Frauen

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

nicht so zeigen, wie sie wirklich sind, ohne ihr wirkliches Alter verbergen zu müssen?⁷

Die moderne, unabhängige und sexuell wagemutige Frau ist folglich immer und in jedem Fall schön, jung und schlank und stellt in erster Linie ihren Körper zur Schau. Der Unterschied zur klassischen Rolle der Frau „als Objekt“ besteht nun darin, dass sich die moderne Frau selbst entscheidet, ihren Körper zum Objekt zu machen. Die Frau „als Subjekt“, die ihren Sexappeal bewusst einsetzt, um im Leben voranzukommen, ist allerdings ein ambivalentes Bild, das gegensätzliche Meinungen hervorruft. Nach feministischem Dafürhalten ist bei der Konstruktion solcher Körperbilder immer noch die Unterdrückung des weiblichen Geschlechts festzustellen: Die Betonung der Schönheit des Körpers ist ein Beleg für die Versklavung der Frauen durch die patriarchalische Kultur, weil das eigene Selbstwertgefühl vom männlichen Urteil und vom männlichen Blick abhängig gemacht wird. Das von den Medien propagierte Schönheitsideal ist aber auch ein Beleg für die Versklavung durch die Gesetze des Marktes, weil ein Vermögen dafür ausgegeben wird, um das Vorbild des schlanken Körpers nachahmen zu können. Aus postfeministischer Sicht hingegen stellt die Tatsache, dass die moderne Frau ihren Körper nach dem Schlankheitsideal plant, gestaltet und beibehält ein Synonym für gesellschaftlichen Erfolg, also für Unabhängigkeit und Macht dar. Unabhängig von den unterschiedlichen Bewertungen muss konstatiert werden, dass die Medien den „perfekten Körper“ zum neuen Statussymbol unserer Zeit erkoren haben, das auf dem „Beziehungsmarkt“, in der Arbeitswelt und in den sozialen Beziehungen ausschlaggebend ist. Von dieser Entwicklung ist in zunehmendem Maße auch das männliche Geschlecht betroffen, womit der Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter weitere Nahrung findet. Selbst Berlusconi hat seine wiederholten Liftingoperationen und Haarverpflanzungen öffentlich kundgetan. Auch dies unterstreicht die Bedeutung, die heute der physischen Erscheinung

In den 1980er Jahren werden in den Medien immer häufiger Bilder der „Karrierefrau“ und der „Frau in Männerkleidung“ gezeigt. Bilder, die den Eintritt der Frau in einige vormals „männliche“ Lebensbereiche signalisieren. Diese Wertschätzung der weiblichen Schönheit steht jedoch in deutlichem Kontrast zur tatsächlichen Anerkennung in der Berufs- und Arbeitswelt.

picture alliance/dpa

beigemessen wird. Während für Männer die Pflege des Körpers – unabhängig vom Alter – zu einer Art von Machtinstrument wird, ist die Pflege des Körpers für Frauen, die ihr Selbstwertgefühl in viel höherem Maße von der Schönheit abhängig machen als Männer dies tun, zu einer Art gesellschaftlicher Verpflichtung geworden, deren Nichterfüllung mit dem Ausschluss aus dem Reich des Erfolgs und des Glücks bestraft wird.⁸

Frauen in den Nachrichten, Frauen in der Politik

Ein weiterer Gesichtspunkt im Zusammenhang mit der medialen Darstellung des weiblichen Geschlechts, der gegenwärtig diskutiert wird, betrifft die Präsenz von Frauen in Nachrichtensendungen. Dabei geht es einerseits um die Aufstiegs- und Karrierechancen von Journalistinnen und um die grundsätzliche Möglichkeit, weibliche Standpunkte in den Medien vertreten zu können. Andererseits beschäftigen sich Medienexperten und -expertinnen mit Untersuchungs- und Forschungsergebnissen über die Präsenz von Frauen als „Nachrichtensubjekte“.

In Italien hat die Debatte über Rolle und Stellenwert der Journalistinnen gegen Ende der 1970er Jahre begonnen, als sich deren Zahl – angestoßen durch die Frauenemanzipation und die zunehmende Ausbreitung der Informationsmedien – sowohl in der Tagespresse als auch in den Fernsehsendern erheblich vergrößert hat (Buonanno 1993; 2005). Ein Höhepunkt weiblicher Berichterstattung war der Erste Golfkrieg, in dem sich italienische Journalistinnen Achtung und Anerkennung erwarben. Dies führt vor Augen, welche Leidenschaft und welchen Mut diese Frauen in ihren Beruf investieren und sich in immer größerer Zahl den Risiken aussetzen, die das Nachrichtengeschäft in Kriegszeiten mit sich bringt.⁹

Die gestiegene Präsenz von Frauen in der Medienwelt ist allerdings mit keinerlei Macht verbunden, weil Journalistinnen aus den „Schaltzentralen“ ausgeschlossen bleiben: Bei den Tageszeitungen beträgt der Anteil der Chefredakteurinnen lediglich zwei Prozent, in den Fernsehsendern liegt er nur unwesentlich höher. Zu den zahlreichen Hindernissen, die Frauen in einem von Männern dominierten System in den Weg gelegt werden, kommt noch der selbst gewählte Ausschluss aus der Nachrichtensparte. Dieser Verzicht ist im Widerwillen vieler Journalistinnen begründet, sich mit Politik zu beschäftigen, weil Politik als ein Gebiet der Kompromittierungen und der Intrigen wahrgenommen wird.

Eine entscheidende Frage betrifft die Schwierigkeit, in Nachrichtensendungen einen „weiblichen Blick“ durchzusetzen. Dies hängt nicht nur an der fehlenden Entscheidungsgewalt, sondern auch am fehlenden Bewusstsein der Journalistinnen, einen anderen Blickwinkel einzunehmen als ihre männlichen Kollegen. In der Tat haben viele Journalistinnen, die die Karriereleiter erklimmen haben, männliche Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen verinnerlicht und nicht hinreichend über die Möglichkeiten reflektiert, eingefahrene Programmstrukturen zu verändern und Medieninhalte so zu gewichten, dass die Standpunkte des eigenen Geschlechts aufgewertet werden.

Analysen der Medieninhalte zeigen, dass Frauen in Informations- und Nachrichtensendungen recht spärlich vertreten sind. Wie aus einer qualitativen und quantitativen Untersuchung über Nachrichten- und Informationssendungen hervorgeht, die von den drei RAI-Sendern ausgestrahlt werden, gehören die Frauen, die in den Reportagebeiträgen interviewt wurden, hauptsächlich dem Showgeschäft und der Hautevolee an (Cornero 2001). Frauen, die über Politik oder Wirtschaft reden, sind hingegen rar. Ihre Redebeiträge machten 12,4 Prozent der Gesamtzeit aus, die den Interviews vorbehalten war, gegenüber 87,6 Prozent Redezeit der Männer. Darüber hinaus wurden in den Informations- und Nachrichtenprogrammen folgende Entwicklungen festgestellt: Die Moderatoren und/oder Journalisten haben im Vergleich zu ihren Kolleginnen eine prestigeträchtigere Rolle. Männer werden eher als Meinungsführer und als „Experten“ auf allen Wissensgebieten – selbst auf den traditionell weiblichen – anerkannt. Werden „Expertinnen“ vorgestellt, wird deren Berufsbezeichnung selten oder gar nicht hervorgehoben, sondern es wird häufiger ihre Rolle als „Mutter“ oder „Ehefrau“ betont. Moderatorinnen und Journalistinnen passen sich in ihrer Kommunikation mit interviewten Frauen an die männlichen Verhaltensmuster an, heben die Hausfrauenrollen ihrer Studiogäste hervor und gratulieren sich gegenseitig zu ihrem Aussehen, anstatt zur beruflichen Kompetenz.

Andere Untersuchungen bestätigen die schwache Präsenz von Frauen als „Nachrichtensubjekte“, d.h. als Interviewpartnerinnen oder als Personen des Zeitgeschehens. Daten der qualitativen und quantitativen Untersuchung „Global Media Monitoring Project“ zufolge, die alle fünf Jahre in mehr als 70 Ländern durchgeführt wird, sind die Präsenz und damit die „Stimme“ und die Standpunkte von Frauen im Vergleich zur Präsenz von Männern marginal, ob-

wohl Frauen 52 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Aus den allgemeinen Untersuchungsdaten von 2005 ergibt sich für Frauen als „Nachrichtensubjekte“ ein Anteil von nur 21 Prozent, (2010: 24 Prozent), gegenüber einem Männeranteil von 79 Prozent. Dabei kommen Frauen vor allem in den „soft news“ vor, also in Berichten über das Showgeschäft, über Lifestyle und über das Zeitgeschehen, wohingegen Männer die Mehrheit in den „hard news“ stellen, d.h. in den Nachrichten über Politik und Wirtschaft. Die Untersuchung belegt ebenfalls, dass die Zugehörigkeit von Journalistinnen zum weiblichen Geschlecht noch keine Garantie für eine erhöhte Berichterstattung über Frauen ist.

Ergebnisse einer weiteren italienischen Untersuchung befinden sich durchaus im Einklang mit diesen länderübergreifenden Ergebnissen: Frauen als „Nachrichtensubjekte“ machen lediglich einen Anteil von 14 Prozent aus, während Nachrichtensprecherinnen einen Anteil von 59 Prozent und Reporterinnen, die für Reportagebeiträge verantwortlich zeichnen, einen Anteil von 41 Prozent ausmachen. Fügen wir nun noch die Daten hinzu, die die Präsenz von Parlamentarierinnen in den drei RAI-Sendern aufzeigen, wird offenkundig, dass auch Politikerinnen – die immerhin 20 Prozent der italienischen Parlamentssitze innehaben – nur ganz wenig Raum gegeben wird (Azzalini 2008). Aus der Untersuchung geht zudem hervor, dass Frauen während der Wahlkämpfe im Jahr 2008 in Nachrichten- und Informationssendungen eine Redezeit von elf Prozent – gemessen an der Gesamtredzeit – zugestanden wurde. 89 Prozent der Redezeit wurde den Männern gewährt.

Frauen kommen in den Medien kaum zu Wort, und Frauen haben auch wenig Macht, um Ereignisse und Themen von öffentlichem Interesse in den Medien aus einer weiblichen Perspektive darzustellen. Es kann zukünftig nicht nur darum gehen, die Anzahl der Frauen in Entscheidungspositionen zu erhöhen. Vielmehr müssen Männer und Frauen, die in Medieninstitutionen arbeiten, sensibilisiert werden, um bei der inhaltlichen Gestaltung der Programme eine geschlechterbewusste Perspektive einzunehmen und mehr frauenspezifische Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Dies schließt vermehrte Anstrengungen mit ein, Frauen als „Expertinnen“ hinzuzuziehen und Frauen in der Politik eine größere Plattform zu geben.

Internet und Frauen

Das Netz bietet den Frauen zweifellos größere Möglichkeiten, zu Wort zu kommen als die traditionellen Medien. Es sei beispielsweise auf den breiten Raum hingewiesen, den von Frauen geschriebene Blogs¹⁰ erobert haben oder an die vielen Websites von Interessengruppen, Verbänden, Forschungszentren und von „Aktivistinnen“, die eine Aufwertung des weiblichen Geschlechts fordern. Aber auch im Internet wirkt sich das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern so aus, dass die Möglichkeit der Frauen, offen ihre Standpunkte zu vertreten, reduziert wird. Entscheidend ist zunächst die Frage des Zugriffs auf das Internet: Die zu konstatierende Kluft – der Gender Digital Divide – zwischen den Geschlechtern wird vor allem durch die Netzpräsenz jüngerer Generationen in Italien zwar sukzessive geschlossen. Trotzdem ist das Internet nicht vor der Verbreitung zahlreicher Geschlechterstereotypen gefeit. Frauen werden in männlich dominierten Diskussionsforen oder in virtuellen Communities häufig zum Schweigen gebracht oder gar nicht beachtet, so dass sich viele Frauen bei Online-Debatten lieber hinter männlichen Namen verstecken.

Frauen müssen stärker in die Gesetzmäßigkeiten und Politiken eingreifen, mit denen das Internet geregelt wird (vgl. Drossou/Jensen/Padovani 2006). Ein überaus interessantes Projekt wurde vom Verband Orlando in Bologna ins Leben gerufen. Der Verband betreibt die Suchmaschine „Cercatrice di Rete“, die die Welt des Internets unter weiblichen Gesichtspunkten „liest“. Es handelt sich um eine Software, die in der Lage ist, das Internet auf der Grundlage eines von der Frauen- und Feminismusforschung erstellten Wortschatzes zu durchsuchen.¹¹ Wer beispielsweise das Wort „violenza“ (Gewalt) eingibt, erhält eine Liste mit möglichen Vorschlägen wie „centri di accoglienza“ (Aufnahmезentren) oder „violenza sessuale“ (sexuelle Gewalt), d.h. die Recherche orientiert sich gezielt an den potentiellen Bedürfnissen von Frauen. „Cercatrice“ stellt eine Alternative zur Suchmaschine „Google“ dar, auch wenn sie nicht über dieselbe Leistung verfügt.

Wenn das Internet im Hinblick auf den Geschlechteraspekt nicht neutral ist, so sind auch hier Anstrengungen notwendig, um der weiblichen Perspektive mehr Gewicht zu verleihen. Nach den Ausführungen von Marzia Vaccari reicht für Frauen die bloße Existenz des Internets nicht aus, vielmehr muss Gewicht auf die Präsenz der Frauen im digitalen öffentlichen Raum gelegt und ein Kontrast zur Agenda der alten und neuen Medi-

en gebildet werden. Durch Schulungen und durch die Entwicklung von genderspezifischer Software kann das Ansehen der Frauen aufgewertet und ein Bild gezeichnet werden, das nicht von den Stereotypen der beiden Geschlechter verzerrt wird (vgl. Vaccari 2008, S. 114).

Abschließende Überlegungen

Das derzeit von den italienischen Medien vermittelte Geschlechterbild ist stark ambivalent: Einerseits transportieren Frauen, die als Journalistinnen arbeiten oder in anderen Medienberufen tätig sind, Botschaften, die das junge weibliche Publikum anspornen, sich beruflich zu verwirklichen. Da aber andererseits die Medien dem weiblichen Körper eine derart große Bedeutung beimessen, setzen sie der Wahlfreiheit der Frauen Grenzen und erinnern sie letztlich daran, dass ihre Aufgabe vor allem darin besteht, den Männern zu gefallen. In dieses Muster passt der Rat, den Silvio Berlusconi unlängst in einer Fernsehsendung jungen Frauen gab: Sie sollen doch bei der Suche nach einem Arbeitsplatz auf ihre Schönheit setzen. Finden sie dennoch keinen Arbeitsplatz, so sollen sie einen reichen Mann – wie z.B. seinen Sohn – heiraten.

Im Laufe des Jahres 2009 hat Berlusconi mit Skandalen, die durch eine starke Verflechtung seines Privatlebens mit dem öffentlichen Leben charakterisiert sind, die Debatte über die Instrumentalisierung des weiblichen Körpers wieder angeheizt und bei einem Teil des gebildeten und kultivierten weiblichen Publikums empörte Reaktionen hervor-

gerufen. So hat eine Gruppe von Universitätsdozentinnen vor dem letzten G8-Gipfeltreffen im Jahr 2009 eine Petition mit 15.000 Unterschriften eingereicht, in der alle First Ladies aufgefordert wurden, den Gipfel aus Protest gegen die skandalöse Lage der Frauen im Italien Berlusconi zu boykottieren. Viele Kandidatinnen der neuen Wahllisten für die Regionalwahlen im März 2010 haben gegen die unsägliche Gepflogenheit des Premierministers protestiert, die Kandidatinnen seiner Partei Popolo della libertà allein auf der Grundlage von ästhetischen Kriterien auszuwählen. Und auch eine Bemerkung Berlusconi („Wie ich sehe, Signora, sind sie noch immer schöner als intelligent.“), die an die Vizepräsidentin der Abgeordnetenkammer, Rosy Bindi, gerichtet war, deren ästhetische Erscheinung nicht unbedingt geltenden Maßstäben entspricht, hat unter Politikerinnen – und nicht unter ihnen – eine Welle der Solidarität ausgelöst.

Italienische Frauen lehnen sich immer mehr gegen die männliche Dominanz auf, die in den Medien, in der Politik und in der Gesellschaft anzutreffen ist. Auf Konferenzen, in Tageszeitungen, im Fernsehen und im Internet melden sich Universitätsdozentinnen, Parlamentarierinnen, Journalistinnen und Schauspielerinnen zu Wort – darunter auch die Exfrau von Berlusconi, Veronica Lario, die sich dezidiert für die Achtung der Würde der Frau ausgesprochen hat.

LITERATUR

- Azzalini, Monia (2008): Campagna elettorale 2008: la visibilità femminile nei programmi Rai. Pavia.
- Bolla, Luisella/Cardini, Flaminia (1999): Carne in scatola. La rappresentazione del corpo nella televisione italiana. VQPT 170. Rom.
- Buonanno, Milly (1975): Naturale come sei. Indagine sulla stampa femminile in Italia. Florenz.
- Buonanno, Milly (2005): Visibilità senza potere. Le sorti progressive ma non magnifiche delle donne giornaliste italiane. Neapel.
- Buonanno, Milly et. al. (1993): Giornaliste in Italia: molta visibilità, poco potere. In: Problemi dell'informazione, 3/1993, S. 271–298.
- Capecchi, Saveria (2006a): Identità di genere e media. Rom.
- Capecchi, Saveria (Hrsg.) (2006b): Donne e comunicazione. Inchiesta, 153. Bari.
- Capecchi, Saveria/Ruspini, Elisabetta (2009): Media, corpi, sessualità. Dai corpi esibiti al cyber sex. Mailand.
- CENSIS (2006): Women and media in Europe. Rom.
- Cornero, Loredana (Hrsg.) (2001): Una, nessuna...a quando centomila? La rappresentazione della donna in televisione. VQPT 184. Rom.
- Demaria, Cristina/Violi, Patrizia (Hrsg.) (2008): Tecnologie di genere. Teoria, usi e pratiche di donne nella rete. Bologna.
- Drossou, Olga/Jensen, Heike/Padovani, Claudia (2006): Saperi del futuro. Analisi di donne sulla società della comunicazione. Perugia.
- Falabrino, Gianluigi (1992): A dir le mie virtù. 100 anni di slogan pubblicitari. Mailand.



UNSERE AUTORIN

Saveria Capecchi lehrt Soziologie der Kommunikation und Familiensoziologie an der Universität di Bologna. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Geschlechterrollen in den (Massen-)Medien; „Audience Studies“; Kommunikation im politischen Raum; Medienerziehung. Einige jüngere Publikationen: *L'audience "attiva". Effetti e usi sociali dei media* (Rom 2004); *Identità di genere e media* (Roma 2006); *Mit Elisabetta Ruspini* (Hrsg.): *Media, corpi, sessualità* (Mailand 2009).

Pellegrini, Elena (1977): La donna-oggetto in pubblicità. Florenz.
 Pignotti, Luciano/Mucci, Egidio (1978): Marchio & femmina. Florenz.
 Saraceno, Chiara/Naldini, Manuela (2001; Neuausgabe 2007): Sociologia della famiglia. Bologna.
 Vaccari, Marzia (2008): Tecnologia neutra ma non neutrale. In: *Tecnologie di genere*, S. 111–131.
 Zajczyk, Francesca (2007): La resistibile ascesa delle donne in Italia. Stereotipi di genere e costruzione di nuove identità. Mailand.

ANMERKUNGEN

- 1 Die prozentualen Anteile von Chefredakteurinnen bei Presse, Radio und Fernsehen sind völlig zu vernachlässigen: zwei Prozent bei den Tageszeitungen, neun Prozent bei der RA1, vier Prozent bei anderen Fernsehsendern (INPGI 2001). Als Ausnahmen sind die jüngst erfolgten Aufstiege der Journalistinnen Bianca Berlinguer in die Chefredaktion des Tg3 und Concita De Gregorio in die Chefredaktion der Tageszeitung L'Unità zu nennen.
- 2 Dem Begriff „post-feministisch“ werden unterschiedliche Bedeutungen zugeordnet: Er kann verstanden werden als Wechsel der theoretischen Perspektive, die – im Gegensatz zum Feminismus der 1960er und 1970er Jahre – unter dem Einfluss postmoderner und post-strukturalistischer Ideen das Hauptaugenmerk von der Gleichheit zwischen den Geschlechtern auf die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, Ethnien und Rassen lenkt und so zum Abbau traditioneller Geschlechterkategorien beitragen will. Der Begriff kann auch als eine Reaktion auf den historischen Feminismus verstanden werden und meint den Zeitpunkt, an dem die Frauenemanzipation definitiv realisiert ist.
- 3 In letzter Zeit scheinen der eigene Körper und das Aussehen zu grundlegenden Mitteln für den Ausdruck der eigenen Identität geworden zu sein (dies zeigt allein schon das Phänomen der Tattoos und der Piercings unter den Jugendlichen). Ursache dafür ist der Verlust der Bedeutung, die

Beruf und Sozialstatus bei der Definition der eigenen Identität in der Vergangenheit hatten.

- 4 In Italien legen mehr junge Frauen einen Universitätsabschluss ab als junge Männer und erzielen dabei auch bessere Noten. Im Jahr 2004 betrug der Anteil der Hochschulabsolventinnen 58 Prozent. 71 Prozent der Hochschulabgängerinnen schlossen im Gegensatz zu 55 Prozent ihrer männlichen Kollegen mit einer besseren Note als 100 [entspricht etwa einer 2,0] ab (vgl. Zajczyk, 2007). Allerdings werden die Aussichten, einen Beruf zu finden, der mit dem eigenen Studienverlauf übereinstimmt, von der Realität des Arbeitsmarktes zunichte gemacht. Der Arbeitsmarkt benachteiligt Frauen und begünstigt ihre berufliche Karriere keineswegs – vor allem, wenn die Frauen bereits Kinder haben. Das italienische Sozialsystem bietet keine angemessenen Unterstützungen, die es Frauen ermöglichen, Arbeit und Familie zu vereinbaren (vgl. Saraceno/Naldini 2007). Es ist kein Zufall, dass Italien zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenrate der Welt gehört (1,3 Kinder pro Frau).
- 5 In den 1980er Jahren hat sich unter dem Einfluss der französischen Philosophin Luce Irigaray die feministische Theorie des Unterschieds durchgesetzt (mit Philosophinnen wie Luisa Muraro und Adriana Cavarero). Dieser feministischen Theorie zufolge ist es notwendig, dass sich Frauen die weibliche Kultur, genauer gesagt das Tun und das Wissen der Frauen, erschließen, ohne sich die männliche Logik anzueignen, wie dies das Modell der Gleichheit zwischen den Geschlechtern vorgeschlägt.
- 6 Die Filme „Il Caimano“ (2008/Regisseur: Nanni Moretti) und „Videocracy“ (2009/Regisseur: Erik Gandini) illustrieren, wie der italienische Werte- und Kulturhorizont zur Geisel des Mediums Fernsehen und des Medienkonzerns „Mediaset“ wurde. In Italien wird seit mehr als zwanzig Jahren ein Wertesystem vermittelt, dessen zentrale Werte darin bestehen, sich zu amüsieren und berühmt zu sein bzw. zu werden – und sich dabei zuweilen im wahrsten Sinne des Wortes zu „entblößen“ und den eigenen Körper zur Schau zu stellen.

FRAUENROLLEN IN MEDIEN, GESELLSCHAFT UND POLITIK

- 7 Aus einer Untersuchung des Censis (2006) geht hervor, dass im Zeitraum von einer Woche in den drei RA1-Sendern sowie in den drei Mediaset-Sendern der Anteil der gezeigten Seniorinnen lediglich 4,8 Prozent beträgt. Das vorherrschende weibliche Leitbild des italienischen Fernsehens ist die schöne und junge Frau aus dem Showgeschäft: Die Schauspielerinnen (56 Prozent), die Sängerinnen (25 Prozent) und das Model (20 Prozent). Wenn Frauen in Themenprogrammen als „Expertinnen“ eingeladen werden, sind die am häufigsten besprochenen Themen Astrologie (21 Prozent), Natur (14 Prozent), Kunsthandwerk (14 Prozent) und Literatur (10 Prozent).
- 8 In einer Umfrage zum Thema Körper und Schönheit erklärten einige Studentinnen der Universität Bologna, dass es äußerst wichtig ist, schön zu sein. Nur so könne man sich erfolgreich in die Freundesgruppe und in die Gesellschaft integrieren. Schönheit ist – den Aussagen zufolge – eine wichtige „Visitenkarte“ im gesellschaftlichen Spiel des Sich-Verkaufens.
- 9 Erinnert sei an die Entführung von Giuliana Sgrena, Berichterstatterin aus dem Irak, oder an die Ermordung von Ilaria Alpi, Berichterstatterin in Somalia, und von Maria Grazia Cutuli, Berichterstatterin in Afghanistan.
- 10 Es handelt sich vor allem um persönliche Tagebücher, die sich auf private und intime Angelegenheiten konzentrieren, wohingegen journalistische Blogs und Nachrichtenblogs hauptsächlich von Männern geschrieben werden. Wenn gleich in der Sphäre der Blogs mehrheitlich Männer zu Meinungsführern geworden sind, öffnen sich im Netz auch für Frauen konkrete Möglichkeiten, erfolgreich zu veröffentlichen.
- 11 Die URL lautet: <http://www.cerctrice.com>.

Mehr über Baden-Württemberg erfahren!

Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs

Kulturelle Vielfalt

Baden-Württemberg als Einwanderungsland

Hrsg.: Reinhold Weber, Karl-Heinz Meier-Braun



Band 32, 316 Seiten
Stuttgart 2005

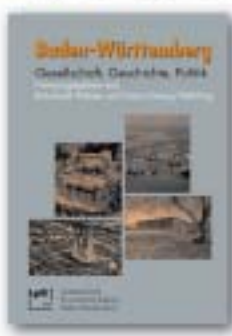
Fünfzig Jahre
Ausländer- und
Integrationspolitik bis
zur Verabschiedung
des Zuwanderungs-
gesetzes 2004.

4,- EUR zzgl. Versand

Baden-Württemberg

Gesellschaft. Geschichte. Politik

Hrsg.: Reinhold Weber, Hans-Georg Wehling



Band 34, 320 Seiten
Stuttgart 2006

Der Grundlagenband
als Studienbuch und
Nachschlagewerk.
Namhafte Autoren
bieten Landeskunde
auf aktuellem Stand.

4,- EUR zzgl. Versand

lpb

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Bitte bestellen Sie per Fax 0711.16 40 99 77,
marketing@lpb.bwl.de oder www.lpb-bw.de

Italien und Deutschland zwischen Entfremdung und Beständigkeit

Dörte Dinger

Die deutsch-italienischen Beziehungen oszillieren zwischen Bewunderung und Ablehnung. Dörte Dinger analysiert dieses ambivalente Verhältnis, das sich auch in den politischen Beziehungen beider Länder widerspiegelt. Obwohl sich in der historischen und politischen Entwicklung Parallelen zwischen Deutschland und Italien finden lassen, ist die gegenseitige Wahrnehmung – mithin bedingt durch das Trauma der letzten Kriegsjahre – von negativen Stereotypen und Vorurteilen geprägt. Nach 1945 dominierten auf der politischen Ebene zunächst Übereinstimmungen im Hinblick auf die europäische Integration und die transatlantische Solidarität. Die deutsche Wiedervereinigung war insofern eine Zäsur, als sie in Italien Ängste vor einer Übermacht Deutschlands in Europa bei gleichzeitiger Marginalisierung des eigenen Landes weckte. Die Erosion der europäischen Solidarität führte auf der politischen Bühne zu einem Prozess der schleichenden Entfremdung. Auf das Alltagsbewusstsein und die gegenseitige Wahrnehmung hatte diese politische Auseinanderentwicklung jedoch kaum Auswirkungen. Die Deutschen assoziieren Italien mit Lifestyle. Sie lieben das Italien der Antike und der Renaissance. Gleichzeitig reduzieren sie die italienische Gegenwart auf Mafia, Müll und Berlusconi. Ebenso sind in Italien negative „Deutschlandbilder“ virulent. Die Stereotypen sind im Wesentlichen die alten geblieben, die Muster der Wahrnehmung wiederholen sich. |

Italien und Deutschland sind seit jeher (...) auf besondere Art miteinander verbunden. Ein Mix aus tiefer Faszination und altem Misstrauen, aus hartnäckigen Vorurteilen und grenzenloser Bewunderung. Eine sonderbare Wahlverwandtschaft, die wie alle großen Leidenschaften ihre Hochs und Tiefs durchlebt, Momente von übertriebenem Enthusiasmus ebenso wie plötzlichen Groll.¹

Eine zwiespältige Wahlverwandtschaft

Wenn es um das Verhältnis zwischen Deutschland und Italien geht, werden fast immer große Gefühle zur Beschreibung herangezogen: Leidenschaft und

Enttäuschung, Furcht und Bewunderung. In der Tat stellt die Geschichte der deutsch-italienischen Beziehungen ein besonderes Verhältnis innerhalb Europas dar. Es zeichnet sich aus vor allem durch die Spannung zwischen Anziehung und Abstoßung, die bereits seit den Anfängen angelegt war. Auf Seiten Italiens koexistierten immer schon Bewunderung und Verachtung für den Nachbarn im Norden. Bereits Niccolò Machiavelli drückte seine Hochachtung aus für Deutschland als eine Nation, die – anders als Italien – „nach dem Leistungsprinzip zu arbeiten fähig war“.² Dazu kam die Anerkennung für die deutsche Wissenschaft und Philosophie, ganz zu schweigen von den wirtschaft-

lichen Leistungen, die gar eine Art ständigen Minderwertigkeitskomplex in Italien auslösten. Neben all der Bewunderung aber waren die Italiener doch stets überzeugt, den deutschen „Barbaren“ letztlich überlegen zu sein: dafür sorgten schon ihre Stilsicherheit und ihr kongeniales Improvisationstalent. Umgekehrt ist hierzulande die deutsche Italiensehnsucht zum festen Topos geworden (die sogar einen eigenen Eintrag in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia besitzt). Über Jahrhunderte war es für jeden Bildungsbürger, der etwas auf sich hielt, ein Muss, nach Italien zu pilgern – auf den Spuren von Goethes berühmter Schilderung seiner „Italienischen Reise“. Dies hielt die Deutschen

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

dennoch zu keiner Zeit davon ab, dem gegenwärtigen Italien höchstens nase-rümpfend zu begegnen und aus ihrer eigenen Überlegenheit keinen Hehl zu machen. Der Leiter des italienischen Kulturinstituts in Berlin, Angelo Bolaffi, kritisiert diesen „schizophrenen Hang“ der Deutschen, italienische Vergangenheit und Gegenwart voneinander zu trennen, und trotz aller Verehrung für frühere Zeiten das heutige Italien auf der Basis „sturer Ignoranz und geradezu anthropologischer Vorurteile“ vorbehalten zu verurteilen.³

Die Ambivalenz der politischen Beziehungen

Das ambivalente Verhältnis der Italiener und Deutschen zueinander spiegelt sich auch in ihren politischen Beziehungen. Ein früherer Botschafter Italiens in Bonn, Pietro Quaroni, hat die Geschichte beider Länder einmal als „eine Art ständigen Gegensatzes zwischen italienischer und germanischer Welt“⁴ charakterisiert. Diese ließe sich in der

Tat lesen als eine Aneinanderreihung von Antagonismen, beginnend bei den wiederkehrenden Perioden deutscher Fremdherrschaft auf italienischem Territorium, bis hin zu den Auseinandersetzungen um die europäische Währungsunion, in denen einmal mehr „deutsche Gründlichkeit“ und „italienisches Laissez-faire“ aufeinanderstießen. Dennoch ist dies nur die halbe Wahrheit. Denn gleichzeitig ließen und lassen sich immer auch Parallelen zwischen Deutschland und Italien finden. Da wäre zum Beispiel das gemeinsame kulturelle Erbe beider Länder, die Gleichzeitigkeit der – jeweils verspäteten – nationalen Einigungsprozesse, die starke gegenseitige Beeinflussung der politischen Massenbewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts und die gemeinsame Erfahrung der faschistischen bzw. nationalsozialistischen Diktatur. Innerhalb dieser wechselhaften Geschichte stellt die Zeit von 1933 bis 1945 sicherlich die komplizierteste dar, als Deutschland und Italien zunächst als „Achsenmächte“ Seite an Seite kämpften, bis sich Italien im Jahr 1943 aus dem Bündnis mit

Hitler-Deutschland löste und auf die Seite der Alliierten wechselte. Für die Italiener, die die deutsche Wehrmacht nun als grausame Besatzer erlebten, bestätigte sich einmal mehr das Bild von den groben, herrschsüchtigen Barbaren; und für die Deutschen war die italienische Aufkündigung des „Stahlpaktes“ ein weiterer Beweis für die Unzuverlässigkeit und Sprunghaftigkeit der Italiener. Die Erfahrungen in den letzten Kriegsjahren wirkten als Trauma weit in die Nachkriegszeit hinein und bestimmten die gegenseitige Wahrnehmung – zumindest auf der Ebene von Stereotypen und Vorurteilen, welche in den Bevölkerungen beider Länder vorhanden blieben.

In Deutschland lebte das alte Bild von der Unzuverlässigkeit der Italiener unterschwellig weiter und trug von Zeit zu Zeit neue Blüten. So wurde etwa in der Bundesrepublik als „typisch italienischer Verrat“ wahrgenommen, dass Außenminister Giulio Andreotti 1984 Zweifel an der deutschen Wiedervereinigung äußerte. Bundeskanzler Helmut Kohl ließ seinen Sprecher klarstellen: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vertragstreuer Partner. Auf uns ist Verlass. Wir erwarten von unseren Freunden, dass auch auf sie Verlass ist.“⁵ Ebenso wenig verbarg Kanzler Helmut Schmidt seine Zweifel gegenüber der Standfestigkeit Italiens im westlichen Bündnis in Zeiten des Kalten Krieges – und provozierte damit mehr als eine Krise im deutsch-italienischen Verhältnis. Umgekehrt blieben auch in Italien Ressentiments gegenüber Deutschland wach. Es entsprach dem Selbstverständnis der jungen Italienischen Republik, aus der gegen das Deutsche Reich gerichteten Resistenza geboren zu sein. Eine latent antideutsche Haltung war damit quasi eine ständige Begleiterscheinung des Resistenza-Kults. Diese manifestierte sich von Zeit zu Zeit in einer erneut aufblühenden Besorgnis über ein Wiedererwachen des deutschen Autoritarismus – etwa als der SS-Kommandant Herbert Kappler aus einem italienischen Militärgefängnis floh und die Bundesrepublik in der Folge die Auslieferung verweigerte, oder während der Stammheim-Prozesse gegen die RAF, und noch Ende der 1980er Jahre im in Italien vielbeachteten Historikerstreit. Natürlich waren solche Ängste nicht nur in Italien anzutreffen; verwunderlich bleibt jedoch, dass die gemeinsame Verstrickung in die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges nicht zu einer größeren italienischen Sensibilität gegenüber pau-

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

Über Jahrhunderte war es für jeden Bildungsbürger ein Muss, nach Italien zu pilgern – auf den Spuren von Goethes berühmter Schilderung seiner „italienischen Reise“. Das Bild zeigt eine Vorstudie für das Gemälde „Goethe in der Campagna“ (1787).

picture alliance/dpa

schalen Verurteilungen Deutschlands geführt hat, sondern dass das gegenseitige Verständnis füreinander tatsächlich eher gering geblieben ist.

Europäische Integration und Westbindung

Jenseits solcher unterschwelliger Vorurteile dominierten auf politischer Ebene nach 1945 allerdings Übereinstimmungen. Beide Länder trafen sich in dem Willen, die Vergangenheit hinter sich zu lassen und in Europa gemeinsam neu zu beginnen. Dabei verband sie eine bemerkenswerte Parallelität von Interessen und Überzeugungen: der außenpolitische Grundkonsens beider Länder stützte sich gleichermaßen auf die zwei Pfeiler der europäischen Integration und der transatlantischen Solidarität. Schnell war die politische Führung Italiens von der Notwendigkeit einer Einbindung Deutschlands in das neu entstehende Europa überzeugt. Wie es Außenminister Carlo Graf Sforza im Juli 1948 formulierte: „Zur Versöhnung der Deutschen mit Europa – wesentlich zu seiner Rettung – gibt es nur einen Weg: sie dazu einzuladen, als Gleiche unter Gleichen am Tisch der europäischen Föderation Platz zu nehmen.“⁶ Zusammen mit einigen anderen Staaten nahm Italien im April 1951 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik auf; der Kriegszustand zwischen beiden Staaten war damit auch formal beendet. Unter Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi erreichten die deutsch-italienischen Beziehungen rasch einen Höhepunkt, und der erste Staatsbesuch des deutschen Regierungschefs führte ihn im Juni 1951 nach Rom. Adenauer erinnert sich an die „aufrichtige Freundschaft“⁷ zu seinem – ebenfalls christdemokratischen – italienischen Kollegen, welcher von der Notwendigkeit der Westbindung und der entschiedenen Ablehnung von Neutralismus und Kommunismus ebenso überzeugt war wie er selbst. Auch in der Folgezeit überwogen die Gemeinsamkeiten, und dies zeigte sich fortan im gemeinsamen Engagement für den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft. Die besonders pro-europäische Einstellung beider Länder wurde zum Leitmotiv ihrer Zusammenarbeit. Genauso wichtig war beiden die transatlantische Partnerschaft, und im Gegensatz zu Frankreich sahen Deutschland und Italien darin nie einen Widerspruch, sondern bemühten sich stets um eine Balance zwischen diesen beiden Bezugspunkten. Eine neue Dimension erhielt ihre Kooperation mit der deutschen Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt. In Italien wurde diese nicht nur freudig aufgenommen, son-

dern durch die Kommunistische Partei Italiens auch aktiv unterstützt. Das gemeinsame Engagement für eine Entspannung mit dem Osten bildete sich als dritte Konstante deutsch-italienischer Beziehungen heraus. Erst unter Bundeskanzler Schmidt wurde die „Nachkriegs-Harmonie“ zum ersten Mal ernsthaft gestört. Aus italienischer Sicht war Schmidt der „typisch“ anmaßende Deutsche, der alles besser wisse und sich in die italienische Innenpolitik einmische, um Vorschriften zu machen. Als er etwa für den Fall einer kommunistischen Regierungsbeteiligung mit der Streichung der EU-Regionalhilfen drohte, sorgte dies in ganz Italien für Empörung und erneuerte die Befürchtung, Deutschland könne zu altem Hegemoniestreben zurückkehren.⁸ Für Ausgleich sorgte allerdings Außenminister Hans-Dietrich Genscher, in dem Italien einen überzeugten Fürsprecher in Bonn gefunden hatte. So schreibt er in seinen Memoiren, dass er das „Misstrauen, dass in westlichen Kreisen oft gegenüber Italien geäußert wurde, (...) für unangebracht“ hielt.⁹ Auf seine Initiative entstand dann auch die engste und erfolgreichste Zusammenarbeit beider Staaten in jener Zeit: der sogenannte Genscher-Colombo-Plan, der den Weg für die Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1986 bereitete und in dem sich die Übereinstimmung beider Partner in europäischen Fragen niederschlug. Die Genscher-Colombo-Initiative beförderte in ganz besonderer Weise das Selbstbild beider Staaten als „Tandem für Europa“. 1988 unterzeichneten beide Regierungen in Rom eine Gemeinsame Erklärung, welche die italienisch-deutsche Interessenkonvergenz im transatlantischen und europäischen Rahmen erneut betonte. Zudem wurde ein deutsch-italienisches Gesprächsforum eingerichtet, um den Austausch der Zivilgesellschaften und die intergouvernementale Kooperation zu institutionalisieren. Die Auftakt-Publikation der das Forum tragenden Forschungsinstitute trägt den Titel „Deutschland und Italien – Protagonisten der europäischen Einigung“.¹⁰ Die weitgehend harmonische Zusammenarbeit, die Breite politischer Übereinstimmungen und die zunehmende Europäisierung veränderten die gegenseitige Wahrnehmung auf Seiten der Bevölkerung – zumindest in quantitativer Hinsicht. Die Kontakte zwischen beiden Ländern potenzierten und verdichteten sich auf unterschiedlichsten Ebenen. Schnell entwickelten sich die Wirtschaftsbeziehungen, belebt von einer weitgehenden Komplementarität der Industrien. In der Kultur konnte an die weit zurückreichenden, tiefen Verflechtungen zwischen beiden Ländern ange-

knüpft werden. Von Bedeutung waren natürlich auch der deutsche Massentourismus gen Italien, der seit den 1950er Jahren die Italiensehnsüchte breiter Bevölkerungsschichten bediente, sowie die italienische Arbeitsmigration nach Deutschland. Dennoch hat die massive Zunahme an Begegnungen qualitativ wenig zu einer echten Annäherung beigetragen – zumindest beobachteten dies zwei italienische Botschafter in Deutschland zu zwei recht unterschiedlichen Zeitpunkten.¹¹

Die deutsche Wiedervereinigung zwischen Skepsis und Akzeptanz

Das Ende des Kalten Krieges, und mit ihm die deutsche Wiedervereinigung, bedeuteten einen Einschnitt im deutsch-italienischen Verhältnis. Die Ereignisse in Deutschland seit dem Herbst 1989 stießen in der italienischen Öffentlichkeit auf großes Interesse – tatsächlich war die Aufmerksamkeit für Deutschland seit 1945 nie so groß wie während des Prozesses der Wiedervereinigung.¹² Die Reaktionen der italienischen Öffentlichkeit waren zwiespältig: Auf der einen Seite wurde die deutsche Einheit mit großer Anteilnahme begleitet. Die Welle der Sympathie für die auf der Mauer feiernden Deutschen machte auch vor Italien nicht Halt. In herzlichem Ton begrüßte die italienische Tagespresse das wiedervereinigte Deutschland nach dem 3. Oktober 1990: „Herzlich willkommen, Deutschland“ (L'Unità), „Guten Morgen, Deutschland“ (La Nazione), „Das neue Deutschland, Herz Europas“ (La Stampa), und die führende Wirtschaftszeitung Il Sole 24 Ore wünschte gar auf Deutsch einen „Guten Morgen“. Dennoch waren sowohl in der Politik als auch in der veröffentlichten Meinung vereinzelt skeptischere Töne zu vernehmen. Dies war nicht weiter verwunderlich, denn schon in den Jahrzehnten zuvor hatte sich gezeigt, dass die „deutsche Frage“ den Italienern im Grunde immer fremd geblieben war. Zwar hatte auch Italien die Teilung Deutschlands offiziell stets verurteilt, doch schien manchmal durch, dass man intern über den Zustand der deutschen Teilung gar nicht so unglücklich war. Sie wurde als Garant des Kräftegleichgewichts auf dem europäischen Kontinent begriffen und darüber hinaus als Sicherheit gegen einen eventuellen deutschen Alleingang. Für einen Eklat hatte diese Haltung wie bereits erwähnt im Jahr 1984 gesorgt, als der damalige Außenminister Andreotti den deutschen „Pangermanismus“ kritisierte und einen offenen Konflikt mit der Bundesrepublik provozierte. Ähnliche Reflexe waren auch in den Jahren der Wende sichtbar:

Plötzlich schienen alte Ressentiments zum Leben zu erwachen, und Metaphern tauchten wieder auf, die eine Kontinuität der deutschen Geschichte suggerierten: In der Presse fanden sich Schlagworte wie „Großdeutschland“, „ein Volk, ein Reich, ein Kohl“, „Kaiser Helmut Kohl“ und – besonders beliebt – die Rede vom „Quarto Reich“. Selten ging es dabei um tatsächliche Ängste vor dem wieder erstarkten Deutschland; häufiger mischte sich die Furcht vor der eigenen Marginalisierung mit Sorgen um die Zukunft des europäischen Einigungsprozesses. Die Vergangenheitsrhetorik diente vor allem der Untermauerung äußerster aktueller Ängste: vor dem Zuwachs an wirtschaftlicher Stärke des ohnehin übermächtigen Partners, vor einer Hegemonie Deutschlands in Mittel- und Osteuropa, vor einem Abschwächen der europäischen Integration, vor einem „deutschen Europa“. Trotz solcher Befürchtungen, aus denen heraus italienische Politiker die deutsche Einigung wohl eher notgedrungen akzeptierten als zu ihrer Herzenssache machten, überwogen in den italienischen Reaktionen das Wohlwollen und die Deutschland-freundliche Stimmen – nicht vergleichbar mit den Negativkampagnen etwa in Großbritannien, aber auch in Frankreich. Wie der italienische Historiker und Deutschlandkenner Gian Enrico Rusconi berichtete, war auch 1989/90 die italienische Haltung zu Deutschland wieder einmal geprägt von einer „Mischung aus Bewunderung und Furcht, Anziehung und Vorsicht“¹³ – insofern also nichts Neues, sondern die Fortsetzung einer unendlichen Geschichte der deutsch-italienischen Beziehungen.

Eine schleichende Entfremdung?

Das Ende des Kalten Krieges hatte nicht nur für die Bundesrepublik und ihre Außenpolitik große Auswirkungen; auch in Italien folgte dem Zusammenbruch der Block-Konfrontation ein innenpolitisches Erdbeben. Im Zuge des Abschieds vom Kommunismus und des Korruptionsskandals „Tangentopoli“ traten alle Hauptakteure der italienischen Außenpolitik quasi über Nacht von der Bühne ab. Es ist einigermaßen erstaunlich, dass trotz der enormen innenpolitischen Veränderungen in beiden Ländern bezüglich der deutsch-italienischen Beziehungen dennoch lange die Kontinuitätsvermutung weiter galt. Erst seit kurzem werden die Auswirkungen der veränderten internationalen und innenpolitischen Konstellationen für die deutsch-italienischen Beziehungen stärker in den Blick genommen. Rusconi hat in diesem Zusammenhang die pro-

vokante These der „schleichenden Entfremdung“ beider Länder formuliert: So seien mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes auch die Grundkonstanten der deutsch-italienischen Zusammenarbeit erodiert, mit der Folge, dass sich das deutsch-italienische Verhältnis insgesamt grundlegend verändert habe.¹⁴ Ihm ist von mehreren Seiten entschieden widersprochen worden; etwa von dem damaligen italienischen Botschafter Italiens in Berlin Antonio Puri Purini, der beinahe trotzig konterte: „Diese Liebe ist noch lange nicht verloren!“¹⁵ Handelt es sich nun bei Rusconis Warnruf um Alarmismus? Ist die angebliche Entfremdung lediglich das weitere Kapitel einer unendlichen Geschichte von Höhen und Tiefen in den deutsch-italienischen Beziehungen? Oder haben wir es seit dem Mauerfall tatsächlich mit einer dauerhaften, qualitativen Veränderung im deutsch-italienischen Verhältnis zu tun? Um diese Fragen zu beantworten, muss genauer hingeschaut werden, welche Aspekte des bilateralen Verhältnisses man überhaupt in den Blick nimmt. Auf der politischen Ebene scheint Rusconis Diagnose in der Tat zuzutreffen. Mit dem Verschwinden der italienischen Parteien der Ersten Republik musste sich nicht nur die italienische Außenpolitik insgesamt neu aufstellen – auch die Bundesrepublik verlor auf einen Schlag die altbekannten Ansprechpartner. Viel Kommunikation im bilateralen Alltagsgeschäft war zuvor über die Parteikanäle gelaufen: zwischen der Democrazia Cristiana (DC) und der CDU, und ebenso intensiv zwischen der SPD und der italienischen sozialistischen Partei PSI (Partito Socialista Italiano) sowie, seit der Entstehung des Eurokommunismus, auch der kommunistischen Partei PCI (Partito Comunista Italiano). Der heutige italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano, früher einer der Reformer innerhalb der Kommunistischen Partei, sagte einmal, er sei durch Willy Brandt erst zum Sozialdemokraten geworden.¹⁶ Diese Kanäle brachen nun plötzlich weg, ohne dass an ihre Stelle Vergleichbares trat. Im Gegenteil: die wichtigste Erbin der DC, Silvio Berlusconi rechtsliberale Partei Forza Italia, bestand größtenteils aus Politikern, die im wahrsten Sinne des Wortes keinen besonderen Draht zu Deutschland hatten. Und auch den Deutschen blieb die allein auf den Medienzirkel ausgerichtete Partei immer suspekt (obwohl noch Kohl dafür gesorgt hatte, dass sie in die Gruppe der Europäischen Volkspartei aufgenommen wurde). Andere ehemalige Christdemokraten, die sich zu kleineren Parteien wie der UDC (Unione dei Democratici Cristiani e Democratici di Centro) zusammenschlossen, spielten nur noch eine geringe Rolle. So hat die

CDU seitdem keinen echten Partner in Italien mehr gefunden. Es ist jedoch nicht nur Berlusconi, der Deutschland die Kommunikation mit Italien erschwert – auch wenn die deutsche Pressebeurteilung diesen Eindruck bisweilen erwecken mag. Auch auf der linken Seite des Parteienspektrums sieht es nicht viel besser aus, da die häufigen Parteineugründungen, -umbenennungen oder Zusammenschlüsse sozialistischer und sozialdemokratischer Kräfte zwar weniger neue Gesichter hervorgebracht haben, aber doch die Orientierung der deutschen Politiker etwas vernebelten. So kam es, dass etwa Kohl den christdemokratischen Regierungschef Romano Prodi im Wahlkampf gegen Berlusconi unterstützte, obwohl Prodi für das Mitte-Links-Bündnis gegen die Mitte-Rechts-Koalition kandidierte. Noch bis in die frühen 1990er Jahre redeten deutsche und italienische Politiker wenigstens miteinander, auch wenn sie sich nicht immer verstanden – heutzutage jedoch reden sie nicht einmal mehr. Die fehlende Kommunikation ist zugleich Symptom und Ursache der schleichenden Entfremdung – und sie erschwert die alltägliche politische Zusammenarbeit: Diplomaten beider Seiten beklagen die Banalisierung eines Verhältnisses, dem es an einem echten Dialog der politischen Eliten fehle.

Aufkündigung der Idee der Gleichheit und Parallelität

Noch mehr hat sich mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes im deutsch-italienischen Verhältnis verändert. Besonders eine Tatsache, die zunächst trivial erscheint, sollte große Auswirkungen auf die gegenseitige Wahrnehmung haben: Mit der Vergrößerung und Erstarkung des wiedervereinigten Deutschlands haben die vormals als parallel interpretierten deutsch-italienischen Beziehungen den „Stempel der Ebenbürtigkeit“ verloren.¹⁷ Natürlich gilt dies nicht nur im Verhältnis zu Rom, sondern letztlich für viele bilaterale Beziehungen der Bundesrepublik. Mit Italien aber bekam dies eine ganze eigene Bedeutung; in den Jahren nach 1945 war ja gerade die Parallelität beider Länder Teil des gemeinsamen Selbstverständnisses geworden. Die besonders proeuropäische Einstellung beider Länder bot den gemeinsamen Rahmen, vor dem nationale Rivalitäten an Bedeutung verloren. An der Idee der Gleichheit und Parallelität beider Länder wurde weiter

festgehalten, auch als das wirtschaftliche und politische Gewicht der Bundesrepublik bereits vor der Wiedervereinigung dasjenige Italiens zunehmend in den Schatten stellte. Hatte noch 1948 Italien die Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat gefördert, war es 1975 Außenminister Genscher, der sich für Italiens Beteiligung an der G7-Gruppe der führenden Wirtschaftsmächte einsetzte. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands allerdings wurde dieses (in Teilen inszenierte) Gleichgewicht nun empfindlich gestört. Um keinen Preis war Italien bereit, den Aufstieg der Bundesrepublik durch den eigenen Abstieg zu bezahlen – doch hatte es wenig entgegengesetzt, als dies tatsächlich so kam. Das wurde bereits in den Verhandlungen im Rahmen der Wiedervereinigung deutlich: Die Bundesrepublik nahm die Marginalisierung Italiens als selbstverständlich hin, forcierte sie sogar. Im Gegensatz zu den europäischen Partnern Frankreich und Großbritannien spielte Rom fast keine Rolle im innerdeutschen Diskurs, und Außenminister Genscher bedeutete seinem italienischen Kollegen, der um Beteiligung an den Verhandlungen bat, brüsk: „You are not part of the game!“¹⁸

Wie sich herausstellen sollte, war dies keine einmalige Momentaufnahme. Die Aufkündigung der auf Parallelität gründenden Solidarität zwischen Deutschland und Italien setzte die politische Zusammenarbeit beider Länder in der Folge zunehmenden Belastungsproben aus. Das einstige „Tandem für Europa“ – so es dies je gab – ist brüchig geworden. Obwohl beide Länder theoretisch, sozusagen auf dem Papier, weiterhin eine bemerkenswerte Parallelität in ihren europapolitischen Vorstellungen und Zielen besitzen, hat es seit den 1990er Jahren in der Praxis nur noch wenige deutsch-italienische Initiativen gegeben. Dies ist sicherlich auch den allgemeinen Rahmenbedingungen in der vergrößerten EU geschuldet, in der die Bedeutung der Gründungsländer abgenommen hat. Von dem deutsch-französischen „Motor“ einmal abgesehen, geben nun eher wechselnde Ad-hoc-Konstellationen den Takt vor. Starre privilegierte Partnerschaften wie die zwischen Deutschland und Italien haben ausgedient. Ein deutscher Diplomat drückte dies in einem vertraulichen Gespräch in aller Deutlichkeit aus: „Wenn es ein deutsch-italienisches Tandem geben soll, dann müsste es ja genauso sehr ein deutsch-belgisches, ein deutsch-ungarisches und ein deutsch-irisches Tandem geben“. Die Erosion deutsch-italienischer Kooperation fügt sich zudem in Veränderungen in den Außenpolitiken beider Länder, die auch innerhalb der EU verstärkt eigene Inter-

Mailänder Modewoche 2008: Italien ist in Deutschland längst zum Hegemon in Fragen der Lebensgestaltung aufgestiegen. Italienische Mode, italienisches Design sind stilbildend.
picture alliance/dpa

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

essen verfolgen und deren „Europa-freundlichkeit um jeden Preis“ abgenommen hat. Das Eurobarometer von 2009 ermittelt für Deutschlands Zustimmung zur Europäischen Union nur noch durchschnittliche, für Italien sogar unterdurchschnittliche Werte – und dass, obwohl beide Länder traditionell zu den Spitzenreitern gezählt hatten.¹⁹ Das gemeinsame Ziel der fortschreitenden Integration gerät darüber stärker in den Hintergrund. Dies zeigt etwa ein einfacher Vergleich zwischen der EG-Süderweiterung in den 1980er Jahren (Griechenland, Spanien und Portugal traten damals der Neunergemeinschaft bei) und der EU-Osterweiterung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes (als insgesamt zwölf mittel- und osteuropäische Staaten der EU beitraten). Die Süderweiterung war noch eindeutig ein gemeinsames Projekt beider Länder. Gemeinsam mit Frankreich hatten Deutschland und Italien die Führungsrolle bei den Verhandlungen inne, waren bereit zu Kompromissen und zeigten Verständnis für die besonderen Nöte der Partner – die Bundesrepublik etwa für die besonderen Schutzbedürfnisse der italienischen mediterranen Landwirtschaft. In der Osterweiterung dagegen, obwohl erneut im Interesse beider Staaten, traten Italien und Deutschland stärker individualistisch auf und vertraten mit Vehemenz nationale Partikularinteressen. In Italien, das sich im Vergleich zur Süderweiterung außerdem an den Rand des Verhandlungsgeschehens gedrängt sah, wurde eine neue Rivalität zu Deutschland spürbar, die sich in Ängsten vor einer Dominanz Deutschlands in Zentraleuropa und sogar der Gründung einer „Gegenallianz“ zur Eindämmung der deutschen Vormachtstellung niederschlug.²⁰ In die italienische Diskussion kehrte das Konzept „Mitteleuropas“ zurück, mit dem auf die angebliche Tradition des deutschen Drangs nach Osten verwiesen wird.

Erosion europäischer Solidarität führt zu Konflikten

Die Erosion europäischer Solidarität zwischen Deutschland und Italien hat in den 1990er Jahren auch zu einigen heftigen Konflikten geführt. In der italienischen Erinnerung wirken die Auseinandersetzungen um Italiens Eintritt in die in Maastricht vereinbarte Währungsunion wohl am stärksten nach. Mitte der 1990er Jahre hatten deutsche Politiker wiederholt Zweifel an Italiens Eignung geäußert – offensichtlich traute die Bundesrepublik den „chaotischen Italienern“ keine solide und verlässliche Haushaltspolitik zu. In Italien führte diese als arrogant empfundene Haltung zu

großer Enttäuschung, und die Bundesregierung, besonders aber die Bundesbank wurden kritisiert, sich als „Lehrmeister Europas“²¹ aufzuspielen. Als immer deutlicher wurde, dass die von Bonn geforderten strengen Konvergenzkriterien die italienische Beteiligung an der ehrgeizigen Integrationspolitik bedrohten, entbrannte in der italienischen Öffentlichkeit eine heftige Diskussion, die unter dem Schlagwort „Morire per Maastricht?“ (Sterben für Maastricht?) geführt wurde. Dass es dem Land schließlich durch massive Anstrengungen doch gelang, bei den Pionieren des Euro dabei zu sein, wurde als Akt der Selbstbehauptung gegenüber deutscher Überheblichkeit interpretiert. Doch der Ärger über das „unsolidarische“ Verhalten der Bundesrepublik in Fragen der Währungsreform blieb. Mangelnde italienische Solidarität beklagte umgekehrt Deutschland in der Frage der Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – der zweite große Konflikt der beiden Länder seit den 1990er Jahren. So forderte Deutschland nach der Wiedervereinigung zunächst verhalten, und dann immer deutlicher einen eigenen ständigen Sitz in dem exklusiven Gremium. Aber ausgerechnet Italien wurde zum lautesten Kritiker der deutschen Ambitionen, hinter denen es einen neuen Nationalismus vermutete. Außerdem ging es für Rom um die Verteidigung der formalen „Augenhöhe“ mit der Bundesrepublik, auf der weiterhin – fast trotzig – beharrt wird. Da für beide Länder Prestige, Status, aber auch handfeste Mitbestimmungsrechte auf dem Spiel standen, wurde die Auseinandersetzung streckenweise sehr heftig geführt – heftiger, als ihre enge europäische Partnerschaft erwarten lassen würde.

Obwohl in beiden Fällen die Wellen der Empörung hoch schlugen, sollte dies den Blick nicht verstellen: Letztlich handelt es sich bei diesen Konflikten nur um Einzelfälle. Streit ist im deutsch-italienischen Verhältnis auch nach dem Mauerfall nicht zur Regel geworden. Ganz im Gegenteil: Während Streiten ja die Auseinandersetzung mit dem Partner erfordert, ist eher steigende Nichtbeachtung das Neue am Umgang beider Länder, wie sich am fast vollständigen Fehlen deutsch-italienischer Initiativen in Europa zeigt. Der Italienkorrespondent der Süddeutschen Zeitung, Stefan Ulrich, hat dies einmal treffend mit einem alten Ehepaar verglichen: Es gebe nur noch wenig Streit, aber auch wenig Verbindendes; keine Spannungen, aber

Aus urheberrechtlichen Gründen kann dieses Bild in der Online-Version nicht angezeigt werden.

auch keine Spannkraft mehr.²² Das muss die bilateralen Beziehungen nicht unbedingt trüben – gewiss aber kühlt es sie ab.

Deutsche Italienbilder: Lifestyle und Antike versus ...

Auf die gegenseitigen Wahrnehmungen von Deutschen und Italienern hat die politische Entfremdung allerdings wenige Auswirkungen. Insofern hat andererseits auch Diplomat Purini recht, wenn er sagt, die deutsch-italienische Liebe sei noch lange nicht verloren: Es kommt einfach darauf an, wo man hinschaut. Italien ist in Deutschland längst zum Hegemon in Fragen der Lebensgestaltung aufgestiegen: In Berlin wie München isst man Rucolasalat mit Ciabatta, trinkt Cappuccino und Campari. Italienische Mode, italienisches Design sind stilbildend. Der Fiat Cinquecento ist zum schicken Trendwagen bei jungen Leuten geworden. Neben der Adaption des modernen Lifestyles bleibt auch die traditionelle Italiensehnsucht des deutschen Bildungsbürgertums wach. Weiterhin lieben die Deutschen das antike Italien ebenso wie das Italien der Renaissance und pilgern alljährlich zu dessen Huldigung über die Alpen gen Süden. Und weiterhin hat so viel Idealisierung notwendigerweise Enttäuschung zur Folge, und so interessiert sich die Deutschen am historischen Italien zeigen, so negativ urteilen sie immer noch über das moderne.

... Mafia, Müll und Berlusconi

Es sind die drei M, auf die sich die Italien-Wahrnehmung oft reduziert und die in der Bundesrepublik übel aufstoßen: Mafia, Müll und Medienmissbrauch. Im Bezug auf die Mafia hat sich nicht viel getan seit 1977, als der Spiegel mit dem Foto eines Tellers Spaghettititelte, auf dem ein Revolver ruhte. Obwohl Journalisten wie Petra Reski und Roberto Saviano längst darauf hingewiesen haben, wie verwurzelt die Mafia inzwischen auch in der Bundesrepublik ist, bleibt sie aus deutscher Sicht ein rein italienisches Problem. Kopfschüttelnd nehmen die Deutschen ihre Fortexistenz als Versagen des italienischen Staates wahr. Unverständlich bleibt ihnen, warum der Kampf gegen die Mafia noch immer nicht gewonnen ist. Unfassbar scheint, wie eine ganze Stadt „vermüllen“ kann, wie sich Bürger in vor- und antistaatlichen Zuständen einrichten können, wie sich selbst demokratische Parteien mit der „Mafiokratie“ arrangieren. Auf noch größeres Unverständnis trifft in Deutschland aber der Erfolg Sil-

vio Berlusconis. Er hat dem Ansehen Italiens in der Bundesrepublik nachhaltig geschadet, auch wenn die bleibenden Schäden noch nicht abzusehen sind. Berlusconi machohaftes, unseriöses und selbstbezogenes Auftreten passt so gar nicht zu der ernsthaften politischen Kultur Deutschlands. Vielleicht mehr als in anderen Ländern werden in Deutschland politische Rechte, darunter die Meinungsfreiheit, penibel geachtet, und sensibler ist man gegenüber dem Machtmissbrauch der politischen Eliten. Neben solch hehren Motiven schwingen in der einhelligen deutschen Berlusconi-Empörung aber auch alte Stereotype mit: vom unzuverlässigen, gar unzurechnungsfähigen und keinesfalls ernst zu nehmenden Italiener. So bleibt alle Verehrung weiterhin verbunden mit der nur oberflächlichen Kenntnis Italiens. Moderne Leistungen des Nachbarn werden kaum wahrgenommen: Etwa dass Norditalien zu den dynamischsten Wirtschaftszonen Europas gehört, und dass Italien unter den weltweit stärksten Industriestaaten rangiert. Rusconi hat diese deutsche Haltung treffend kritisiert, als er sagte, er habe es satt geliebt zu werden, er wolle endlich ernst genommen werden.²³

Auch in Italien leben negative Stereotype fort

Aber auch in Italien leben negative Stereotype unter der Oberfläche fort. Abseits der Politik, im italienischen Alltag, ist Deutschland insgesamt zwar weniger präsent als umgekehrt. Die Deutschen bleiben den Italienern unheimlich in ihrer Effizienz, in ihrer Stil- und Humorlosigkeit. Und wenn schon, dann taugen sie nicht als Vorbild, sondern eher als Negativfolie. Als etwa in Turin im Dezember 2007 sieben Arbeiter eines Stahlwerks der ThyssenKrupp-Gruppe bei einem Brand ums Leben kamen, entluden sich in der verständlichen Wut der Bevölkerung auch antideutsche Ressentiments. Ebenso suggerierte die Berichterstattung der italienischen Medien eine Mitschuld Deutschlands, ganz zu schweigen von einem Film über das Unglück, der den Titel „Die Fabrik der Deutschen“ erhielt. Wie konnte es angehen, fragten sich die Italiener, dass ausgerechnet ein deutscher Konzern die Arbeitssicherheit vernachlässigt hatte? Ausgerechnet Deutschland, die Geburtsstätte von Präzision und Organisation? Etwa weil es „nur“ um italienische Arbeiter ging? Solche überzogenen Verdächtigungen wurden gewürzt mit Informationen über die unrühmliche Rolle von Thyssen und Krupp im Nationalsozialismus. Denn letzterer taucht überhaupt immer noch schnell auf, so-

bald von Deutschland die Rede ist. Ein aktuelles Beispiel war etwa die Berichterstattung über das Berliner Referendum bezüglich des Flughafens Tempelhof, welches in den italienischen Medien fast ausschließlich unter der Chiffre „Streit über Hitlers Flughafen“ verhandelt wurde. Der reflexartige Rückgriff auf den Nationalsozialismus bedeutet aber nicht das Fortbestehen einer echten Angst vor Deutschland. Im Gegenteil: Die Italiener sind meistens ziemlich nüchtern, was Deutschlands Machtzuwachs betrifft (sofern es nicht gleichzeitig den eigenen Abstieg bedeutet), und sprechen Berlin ganz selbstverständlich die Führungsrolle in Europa zu. Das Nazi-Feindbild mag somit ein Weg sein, um negative deutsche Eigenschaften rhetorisch auf den Punkt zu bringen – echte Relevanz besitzt es nur noch in geringem Maße.

Wie im Brennglas zeigte sich der Status quo von Deutschlandbildern und Italienbildern in dem deutsch-italienischen Sommertheater 2003 im Anschluss an einen Streit zwischen Berlusconi und Martin Schulz im Europaparlament. Auf die kritischen Fragen des deutschen Europaparlamentariers antwortete der italienische Regierungschef, indem er ihn für die Rolle eines KZ-Wächters in einem italienischen Film vorschlug. Trotz der europaweiten Empörung legte ein Staatssekretär einige Tage später nach und attackierte die „rülpfenden Deutschen, (...) die jeden Sommer lärmend über unsere Strände herfallen“.²⁴ In den folgenden Wochen lieferten sich Jour-



UNSERE AUTORIN

Dörte Dinger, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte in Marburg/Lahn und Bologna/Italien; zurzeit PhD Fellow an der Bremen International Graduate School of Social Sciences; Promotionsprojekt: „From Friends to Collaborators. Changes in the Italo-German Relationship with the End of Cold War“; 2007–2008 Visiting Fellow an der Graduate School in Social, Economic and Political Sciences, Mailand/Italien; 2008 Visiting Fellow am Istituto Affari Internazionali, Rom/Italien.

nalisten und Politiker beider Länder heftige Wortgefechte, in denen mit Vorurteilen nur so um sich geworfen wurde. Kanzler Gerhard Schröder sagte seinen Italienurlaub ab, und andere deutsche Politiker folgten seinem Beispiel. Auch wenn sich diese Episode teilweise mit dem Temperament der beiden Regierungschefs Schröder und Berlusconi erklären lässt, so ist sie doch emblematisch für die aktuellen deutsch-italienischen Beziehungen. Sie legte einerseits einmal mehr die Sonderrolle offen, die das deutsch-italienische Verhältnis im öffentlichen Bewusstsein weiterhin besitzt. So fühlten sich auf beiden Seiten Scharen von Touristen, Emigranten und Experten berufen, das jeweilige Partnerland wahlweise zu verteidigen oder zu attackieren. Andererseits spiegelte der Zwischenfall aber deutlich die politische Entfremdung zwischen zwei Ländern wider, die jenseits solcher Schattengefechte nicht mehr viel miteinander anzufangen wissen.

Die Vorurteile sind im Wesentlichen die alten geblieben

Die aktuelle Bilanz der deutsch-italienischen Beziehungen kommt somit zu ambivalenten Ergebnissen. Sie weist sowohl auf neuartige Entwicklungen hin, als auch auf die Kontinuität sich wiederholender Muster. Denn die politischen Beziehungen haben sich geändert, während sowohl das Deutschlandbild der Italiener als auch das Italienbild der Deutschen recht stabil geblieben sind. Keine wesentlichen neuen Elemente haben sich den gegenseitigen Perzeptionen hinzugefügt, die Stereotypen sind im Wesentlichen die alten geblieben. Stabil heißt aber nicht starr: Denn weiterhin oszilliert die gegenseitige Wahrnehmung zwischen den unterschiedlichen Polen von Bewunderung und Ablehnung. Und auch wenn alte Stereotypen überleben, auch wenn die Kenntnisse über den Partner noch Lücken haben, so sind die alltäglichen deutsch-italienischen Kontakte, in all ihrer Vielfalt, tief und überaus fruchtbar. Auf der politischen Ebene aber hat es eine Veränderung gegeben, die mehr zu sein scheint als eine Durststrecke im nun schon Jahrhunderte währenden Auf und Ab der politischen Beziehungen beider Länder. Italien ist für die Bundesrepublik ein Partner unter vielen geworden, während die Italiener sich weiterhin auf Augenhöhe mit den Deutschen fühlen (oder fühlen wollen). Das Desinteresse Deutschlands, die Abstiegsängste Italiens, mangelnde Kommunikation und fehlende gemeinsame Projekte ergeben eine Melange der Entfremdung, in der weder erfolgreich

kooperiert wird, noch Konflikte reibungslos gelöst werden. Grund zur Hoffnung gibt es dennoch, auch für eine politische Annäherung: Sie erwächst aus den vielen jungen Menschen, die als Italiener nach Berlin gehen und als Deutsche nach Rom. Für sie spielt die Vergangenheit der Länder keine Rolle mehr, sie sind offen für neue Erfahrungen und zeigen insgesamt wenig Interesse an dem alten Schubladendenken. Sie leben Europa und teilen nur selten die zunehmend europaskeptischen Positionen ihrer Landsleute. Allgemeinplätze wie die des „organisierten Deutschen“ und des „chaotischen Italieners“ werden auch sie nicht überwinden, und das schadet auch nicht. Aber vielleicht wird es ihnen gelingen, Politik und Alltagserfahrungen wieder anzunähern. Dafür müssten die Deutschen Italien auch politisch wieder die Aufmerksamkeit entgegenbringen, die das Land gemäß seiner Wirtschaftskraft, seiner Größe und seiner Bedeutung in der Europäischen Union verdient. Und sie müssten bereit sein, hinter die Fassade von Berlusconi, Mafia und Verkehrschaos zu blicken. Umgekehrt wäre auf italienischer Seite ebenso sehr eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Deutschland vonnöten, die über die Fixierung auf Statusfragen hinausgeht und Italien auch als politischen Partner wieder attraktiver macht. Wenn dies gelingt, dann wäre die heutige Entfremdung doch nur ein kurzes Zwischenkapitel der unendlichen deutsch-italienischen Geschichte gewesen.

LITERATUR

Bolaffi, Angelo (1998): Lehrmeister Deutschland? Italienische Perzeptionen. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/1998, S. 276–281.
 Bolaffi, Angelo (2008): Eine unendliche Geschichte als Fortsetzungsroman? In: Rusconi, Gian Enrico/Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hrsg.): *Schleichende Entfremdung? Deutschland und Italien nach dem Fall der Mauer*. München, S. 35–42.
 Dinger, Dörte (2006): Zwischen Furcht und Bewunderung? Italienische Haltungen zur neuen deutschen Außenpolitik. Frankfurt a. M.
 Ferraris, Luigi Vittorio (1988): Kultur und Politik in den deutsch-italienischen Beziehungen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/1988, S. 24–30.
 Ferraris, Luigi Vittorio (1991): Die häßlichen Deutschen. In: Trautmann, Günther (Hrsg.): *Die häßlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn*. Darmstadt, S. 244–250.
 Genscher, Hans-Dietrich (1997): *Erinnerungen*. München.
 Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (Hrsg.) (1990): *Italia e Germania – Protagoniste dell'integrazione europea*. Bologna.
 Petersen, Jens (1992): L'unificazione tedesca del 1989-90 vista dall'Italia. In: *Storia contemporanea*, 6/1992, S. 1087–1124.
 Quaroni, Pietro (1965): Von historischen Vorurteilen verschleiert. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 26/1965, S. 12–20.
 Rüdiger, Horst (1979): Italiener und Deutsche – Vorurteile und Klischees. In: *Internationale katholische Zeitschrift Communio*, 4/1979, S. 360–375.

ITALIEN UND DEUTSCHLAND ZWISCHEN ENTFREMDUNG UND BESTÄNDIGKEIT

Rusconi, Gian Enrico (1992): Die deutsche Einigung aus italienischer Sicht: Historische Prämissen und aktuelle Entwicklungen. In: Wilking, Susanne (Hrsg.): *Deutsche und italienische Europapolitik. Historische Grundlagen und aktuelle Fragen*. Bonn, S. 23–37.
 Rusconi, Gian Enrico (2003): *Germania Italia Europa. Dallo stato di potenza alla potenza civile*. Turin.
 Rusconi, Gian Enrico (2008): Politische Wurzeln der schleichenden Entfremdung. In: Rusconi, Gian Enrico/Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hrsg.): *Schleichende Entfremdung? Deutschland und Italien nach dem Fall der Mauer*. München, S. 9–16.
 Schilling, Wilfried (1976): Helmut Schmidt und die italienische Regierungsbildung. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8/1976, S. 846–848.
 Sforza, Carlo (1948): *Sforza per l'Italia e per l'Europa*. In: *Relazioni Internazionali* 30 (1948).
 Ulrich, Stefan (2008): Ähnliche Ideen, wenige Probleme – und kein gemeinsames Projekt. Die politischen Beziehungen seit der Wiedervereinigung. In: Rusconi, Gian Enrico/Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hrsg.): *Schleichende Entfremdung? Deutschland und Italien nach dem Fall der Mauer*. München, S. 25–34.

ANMERKUNGEN

- 1 So das italienische Kulturinstitut Berlin in einer Einladung, Juni 2007.
- 2 Vgl. Rüdiger 1979, S. 366.
- 3 Vgl. Bolaffi 2008, S. 36.
- 4 Vgl. Quaroni 1965, S. 14.
- 5 Erklärung des Sprechers der Bundesregierung zu den Äußerungen des italienischen Außenministers. In: *Bulletin der Bundesregierung* 105 (1984), S. 934.
- 6 Vgl. Sforza 1948.
- 7 So Adenauer in seinen Memoiren. Vgl. Rusconi 2003, S. 216 (Übersetzung der Verfasserin).
- 8 Vgl. Schilling 1976.
- 9 Hans-Dietrich Genscher 1997, S. 239.
- 10 Vgl. ISPI 1990.
- 11 Vgl. Quaroni 1965, S. 13f.; Ferraris 1988, S. 25f.
- 12 Vgl. Petersen 1992.
- 13 Vgl. Rusconi 1992, S. 28.
- 14 Vgl. Rusconi 2008, S. 12. In die gleiche Richtung wies bereits zuvor eine Studie der Verfasserin, welche die italienische Haltung zur neuen deutschen Außenpolitik in den Blick nahm und ebenfalls einen „strukturellen Entfremdungsprozess“ ausmachte. Vgl. Dinger, 2006, S. 119.
- 15 In: *Süddeutsche Zeitung* vom 24. Mai 2008.
- 16 In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 16. Juli 2006.
- 17 Vgl. Ferraris 1991, S. 249.
- 18 Obwohl Genscher in seinen Memoiren schildert, dass es ihm nicht leicht fiel, so zu reden, und er die Missstimmung bei den Italienern durchaus verstehen konnte; vgl. Genscher 1997, S. 729.
- 19 Im EU-Durchschnitt glauben 53 Prozent der Befragten, dass die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eine gute Sache sei. In Deutschland sind dies 60 Prozent, in Italien nur 49 Prozent. Vgl. die Länderberichte auf der Homepage der Europäischen Kommission, http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm.
- 20 Die „Zentraleuropäische Initiative“ wurde 1989 gegründet und umfasst heute 18 Mitgliedstaaten.
- 21 Vgl. Bolaffi 1998.
- 22 Vgl. Ulrich 2008, S. 26.
- 23 In: *La Repubblica* vom 15. Mai 2007.
- 24 In: *La Padania* vom 4. Juli 2003 (Übersetzung der Verfasserin).

Italiener in Deutschland – Migrations- und Integrationsgeschichte

Sonja Haug

Deutschland und Italien sind durch eine mehr als 50-jährige Migrationsgeschichte miteinander verbunden. Italienische Arbeitsmigranten waren 1955 die Pioniere unter den angeworbenen „Gastarbeitern“. Das Verlassen des Heimatlandes aus Mangel an Perspektiven wurde seither für mehr als vier Millionen Italiener eine prägende Erfahrung. Die Zuwanderung aus Italien weist rückblickend mehrere Phasen auf und war von gesetzlichen Rahmenbedingungen, wirtschaftlichen Konjunkturphasen in Deutschland und Italien sowie von Migrationsnetzwerken beeinflusst. Italiener sind heute die zweitgrößte ausländische Bevölkerungsgruppe in Deutschland. Die Zuwanderungsgeschichte ist – so ein Fazit von Sonja Haug – insgesamt eine erfolgreiche Integrationsgeschichte. Der Einwanderungsprozess hat die Gesellschaft und das Leben der Menschen in Deutschland wie in Italien geprägt und die beiden Länder in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht verknüpft. |

Die rechtliche Entwicklung und Phasen der Einwanderung

Die Geschichte der Anwerbung von „Gastarbeitern“ nahm ihren Beginn mit der Rekrutierung italienischer Arbeiter im Jahr 1955. Die gesetzlichen Regelungen der deutschen Einwanderungsgeschichte markierten Wendepunkte des italienischen Zuwanderungsprozesses. Dieser lässt sich in mehrere Phasen einteilen (Haug 2002a).

1. Phase: Anwerbung und Pioniere (1955 bis 1960)

Die historische Phase der Rekrutierung von Arbeitsmigranten, so genannten Gastarbeitern, begann in Deutschland 1955 mit dem bilateralen Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und Italien (vgl. Bethlehem 1982; Breitenbach 1982; Motte u. a. 1999; Reimann/Reimann 1979; Steinert 1995).¹

Zunächst war eine „Rotation“ der Arbeitskräfte vorgesehen, d.h. nach Ablauf des einjährigen Vertrags sollte ein Wechsel stattfinden. Dieses Verfahren widersprach jedoch den Bedürfnissen von Arbeitgebern und -nehmern und so wurde es in der Praxis zunehmend durch

Vertrags- und Aufenthaltsverlängerungen aufgehoben. Die Vermittlung von Arbeitnehmern war kontingentiert, d.h. es wurde vertraglich festgelegt, in welchem Umfang in welchen Berufsgruppen eine Anwerbung durchgeführt werden sollte. Zu Beginn erhielten dabei die Landwirtschaft und das Baugewerbe die größten Kontingente. Im weiteren Verlauf der Anwerbung verlagerte sich der Schwerpunkt auf die Industrie. Der Verlauf der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer entsprach direkt der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt: Die Initiative ging von den Arbeitgebern aus, die den örtlichen Arbeitsämtern der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) einen Vermittlungsauftrag erteilten, der die Anzahl der gewünschten Arbeitnehmer und die angebotenen Arbeitsbedingungen festhielt. Die Arbeitsämter warben dann über Vermittlungsagenturen („Deutsche Kommissionen“) in den Anwerbeländern Arbeitskräfte an.

2. Phase: Arbeitsmigration (1961 bis 1966)

Die 1957 unterzeichneten und 1958 in Kraft getretenen Römischen Verträge beinhalteten ein Freizügigkeitsrecht für Staatsangehörige der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Seitdem bestand für italienische Staatsangehörige Freizügigkeit, d.h. die freie Wahl des Wohn- und Arbeitsortes. 1968 entfiel für italienische Staatsbürger auch die Notwendigkeit einer Arbeitserlaubnis für Einreise und Aufenthalt. Die Aufenthaltserlaubnis, auf die ein Rechtsanspruch bestand, wurde auf mindestens fünf Jahre ausgestellt und konnte jeweils um fünf Jahre verlängert werden. Auch war sie nicht an den Nachweis eines Arbeitsplatzes gebunden.

Die Anzahl der Anwerbungen stieg bereits 1960 an, erhöhte sich in den darauf folgenden Jahren stark und erreichte 1964 einen Höchststand. Schwerpunkte der Anwerbung stellen die Bergbau- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet (Nordrhein-Westfalen) und im Saarland sowie die Automobilindustrie (Wolfsburg in Niedersachsen, Offenbach in Hessen) dar. Das Jahr 1966 stellt insofern einen Einschnitt dar, als es ein Absinken der jährlichen Zuzüge unter den Stand von 1960 mit sich brachte. Die erste Zuwanderungswelle findet somit hier ihren Abschluss.

3. Phase: Familiennachzug (1968 bis 1974)

1968 entfiel die Notwendigkeit einer Arbeitserlaubnis für Italiener. Insofern konnte die Zahl der neu einreisenden italienischen Migranten steigen, wobei auch der Familiennachzug von Bedeutung war (vgl. Abbildung 1). Eine Zäsur der Zuwanderung stellt der Anwerbestopp von 1973 dar, der die Anwerbestoppphase beendete. Der Anwerbestopp führte vor allem bei Arbeitsmigranten, die keine EU-Staatsbürger waren, zu einem verstärkten Familiennachzug, da sie so ihren Aufenthalt verfestigen wollten (Schöneberg 1993). In den 1970er und 1980er Jahren entfiel mehr als die Hälfte der gesamten Zuwanderung nach Deutschland auf die Familienzusammenführung. Aufgrund des Freizügigkeitsrechts waren Italiener nicht in gleichem Maße vom Anwerbestopp betroffen. Eine Auswirkung zeigte sich jedoch im Rückgang der Zuzüge und einem negativen Wanderungssaldo.

Typischerweise erfolgt die Familienwiedervereinigung sukzessive. Zwischen 1965 und 1984 sank der Anteil an Italienern, deren Ehepartnerin in Italien lebt, kontinuierlich von 35 bis auf drei Prozent (Haug 2000). Wie sich bei einer Untersuchung italienischer Haushalte zeigt, erfolgt der Familiennachzug meist nach einem typischen Muster: zuerst die Partnerin (durchschnittlich fünf Jahre später), dann die Kinder (durchschnittlich zwei Jahre nach der Mutter) und darauf – in manchen Familien – weitere Verwandte, die dem Pioniermigranten folgen (im Durchschnitt acht Jahre später die Geschwister, zwölf Jahre später die Eltern, nach 15 Jahren die Schwiegereltern und zuletzt, 19 Jahre später, sonstige Verwandte und Bekannte). Der Kettenmigrationsprozess zog sich in manchen Haushalten bis zu 26 Jahren hin. Durchschnittlich waren die Familienangehörigen allerdings nach fünf Jahren wiedervereint.

4. Phase: Kettenmigration und soziale Netzwerke (1975 bis 1982)

Der Nachzug der Kernfamilien war Anfang der 1980er Jahre weitgehend abgeschlossen. Durch die weiteren Verwandtschafts- und Bekanntschaftsnetzwerke kam die Migration jedoch nicht

zum Erliegen. Ein erneuter Anstieg der Zuzugszahlen war ab 1975 zu verzeichnen (vgl. Abbildung 1). Bereits angeworbene Migranten konnten an den Arbeitgeber Wünsche zur Anwerbung von Verwandten und Bekannten richten. Diese wurden dann bei den Vermittlungsagenturen in Italien namentlich angefordert. Von dieser Möglichkeit wurde sehr rege Gebrauch gemacht (Behrmann/Abate 1984). Bereits Mitte der 1960er Jahre entwickelte sich so in Deutschland eine informelle Form der Anwerbung durch persönliche Vermittlung in sozialen Netzwerken. Die Arbeitsmigration aus Italien verlief fortan weitgehend selbstgesteuert durch die lokalen Arbeitgeber und die Migrationsnetzwerke.

5. Phase: Dauerhafte Niederlassung oder Rückkehr (1983 bis 1992)

Seit 1983 bewegte sich die Zuwanderung auf einem Niveau von etwa 30.000 bis 40.000 Zuzügen pro Jahr. Das Rückkehrhilfegesetz von 1983, nach dem rückkehrwillige Migranten finanziell unterstützt wurden, stellte einen zweiten Ansatz der rechtlichen Steuerung der Migration dar. Es wurde relativ selten von Italienern und vor allem von denjenigen in Anspruch genommen, die zu diesem Zeitpunkt eine Rückkehr bereits geplant hatten (Motte 1999; Oswald 2002). Der finanzielle Anreiz beeinflusste somit insbesondere den Rückkehrzeitpunkt. Wenn in einer italienischen Immigrantenfamilie bis zum Jahr 1983 keine Rückkehrentscheidung getroffen war, war damit meistens eine implizite Entscheidung für einen faktischen Daueraufenthalt gefallen (Haug 2001). Trotzdem pflegten mehr als die Hälfte eine Rückkehrabsicht.

6. Phase: Transnationale Gemeinschaft (1993 bis 1999)

1993 war erneut ein Anstieg der Zuzüge bei einem hohen Niveau an Fortzügen zu beobachten. In der ersten Phase der Zuwanderung ist – bedingt durch die Familientrennung – ein häufiges Hin- und Herpendeln typisch. Nach dem Familiennachzug sind Urlaube und Aufenthalte der Kinder zum zeitweiligen Besuch der Schule in Italien üblich, werden jedoch mit zunehmender Aufenthaltsdauer und mit steigender Integration der Kinder in Deutschland seltener. Durch die Zunahme der Rentner unter den Einwanderern der ersten Generation wurde eine temporäre Rückkehr oder ein endgültiger Fortzug wieder häufiger (Haug/Rühl 2008). Hiermit ist die soziale Einbettung in ein Beziehungsnetzwerk am Herkunfts- und am Zielort verbunden. Es kann somit von einer transnationalen Gemeinschaft gesprochen werden (Pichler 1997; Martini 2001).

7. Phase: Einbürgerung (seit 2000)

Italiener zeigen, ähnlich wie Griechen und im Unterschied zu anderen Ausländergruppen, eine konstant geringe Einbürgerungsneigung. Bei ihnen geben in den letzten zehn Jahren rund 60 bis 70 Prozent an, sich „ganz sicher nicht“ einbürgern lassen zu wollen (Worbs 2008). Diese Einstellung hängt vermutlich mit ihrem Status als EU-Staatsangehörige zusammen, der ihnen auch ohne Einbürgerung weitgehend die gleiche Rechtsstellung wie Deutschen verschafft. 2008 haben sich 1.392 Italiener einbürgern lassen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010).

Anders ist die Situation bei der zweiten Generation. Das seit 2000 geltende Staatsangehörigkeitsgesetz gibt neugeborenen oder damals unter zehnjährigen Kindern von Ausländern mit mehr als acht Jahren Aufenthaltsdauer eine Option auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Deutsche Staatsbürger (bzw. „Doppelstaatler“) sind auch die Kinder deutsch-italienischer Eltern. Eine umfassende Einbürgerung der nächsten Generation der italienischen Staatsbürger in Deutschland ist somit auf längere Sicht absehbar.

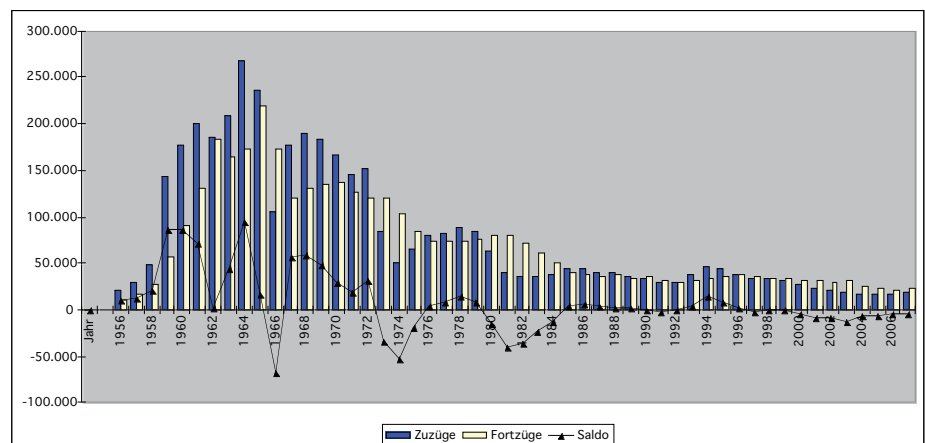
Die Entwicklung der Zuwanderung

Der Zuwanderungsverlauf aus Italien weist rückblickend mehrere Wellen auf und war von Gesetzen, wirtschaftlichen Konjunkturphasen in Deutschland und Italien sowie Migrationsnetzwerken beeinflusst (Haug/Heins 2005). Die Auswanderung nach Deutschland nahm in Italien ihren Anfang in den südlichen Provinzen Apulien, Kalabrien, Kampanien und den Inseln Sizilien und Sardinien (Haug 2001). Gemäß der italienischen Auswanderungsstatistik liegen die wichtigsten Herkunfts-

orte italienischer Emigranten, die nach Deutschland wandern, auch heute noch in Süditalien, daneben aber auch in Städten wie Mailand, Rom, Bozen, Turin oder Florenz. Die Zuwanderung in Deutschland konzentrierte sich zunächst auf süddeutsche Industriezentren und setzte sich später im Norden und Berlin fort.

Zu Beginn des Migrationsprozesses war ein positiver Wanderungssaldo bis zu 95.000 pro Jahr und eine deutliche Zunahme der italienischen Wohnbevölkerung in den Städten zu verzeichnen (vgl. Abbildung 1). Die Zu- und Fortzüge verlaufen weitgehend parallel, d.h. während der Hochphase der Gastarbeiteranwerbung bewegten sich sowohl die Zuwanderung als auch die Abwanderung auf einem hohen Niveau. Das Maximum wurde 1964 mit etwa 270.000 Zuzügen erreicht. In den konjunkturschwachen Jahren um 1967, 1975 und 1982 war die Zahl der Rückwanderer höher als die der Zuwanderer. Zwischen 1993 und 1997 bestand kurzzeitig erneut ein positiver Wanderungssaldo von bis zu 14.000 pro Jahr, seitdem ist er unter Null gefallen. Über den gesamten Zeitraum gesehen, kehrte ein großer Teil der Zugewanderten wieder nach Italien zurück. Den etwa 4,2 Millionen zwischen 1955 und 2008 registrierten Zuzügen von Italienern stehen etwa 3,8 Millionen Fortzüge entgegen, d.h. die Rückkehrquote beträgt 90 Prozent (Haug/Rühl 2008). Mehrfaches Hin- und Herwandern zwischen Deutschland und Italien ist dabei die Regel. 2008 war der Wanderungssaldo zwischen Deutschland und Italien negativ (19.809 Zuzüge und 24.674 Fortzüge von Italienern (vgl. Tabelle 1). Auch

Abbildung 1: Zuzüge, Fortzüge und Wanderungssaldo zwischen Italien und Deutschland



Quelle: Wanderungsstatistik 1955 bis 2008. Statistisches Bundesamt. Eigene Darstellung.

Tabelle 1: Wanderungen zwischen Deutschland und Italien 2008

Herkunft- und Zielland	Staatsangehörigkeit	Zugezogene			Fortgezogene		
		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Italien	Deutsche	2.640	1.277	1.363	3.645	1.624	2.021
Italien	Ausländer	19.809	12.085	7.724	24.674	14.964	9.710
Italien	Insgesamt	22.449	13.362	9.087	28.319	16.588	11.731

Quelle: Wanderungsstatistik 2008. Statistisches Bundesamt. Eigene Darstellung.

Deutsche wandern zwischen Italien und Deutschland hin- und her, wobei auch bei dieser Gruppe in den letzten Jahren die Fortzüge nach Italien höher als die Zuzüge liegen (Tabelle 1).

Die Entwicklung der italienischen Bevölkerung

Italiener sind seit 1955 zahlenmäßig eine der bedeutendsten Migrantengruppen. 2009 waren sie die zweitgrößte ausländische Nationalität (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010).² Ihre Zahl liegt seit 1970 bei etwa 600.000. Ende 2008 lebten laut Ausländerzentralregister 523.162 italienische Staatsangehörige in Deutschland. Schwankungen ergeben sich durch Zu- und Fortzüge, Geburten, Sterbefälle und Einbürgerungen. Die Zahl der Italiener in Deutschland nimmt nicht zuletzt durch Einbürgerung und Rückkehr stetig ab (vgl. Abbildung 2). Jedoch leben in Deutschland laut Mikrozensus 2007 etwa 761.000 Personen mit italienischem Migrationshintergrund (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010).

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Italiener beträgt 27 Jahre; etwas niedriger bei Italienerinnen (25 Jahre). 70 Prozent der italienischen Staatsbürger in Deutschland gehören zur ersten Einwanderergeneration (Statistisches Bundesamt 2009; eigene Berechnungen).

Es ist angesichts der Zuwanderungsgeschichte wenig überraschend, dass heute in den neuen Bundesländern fast keine italienischen Migranten leben. Die meisten Italiener konzentrieren sich in industriellen Zentren in Süddeutschland (Region Stuttgart in Baden-Württemberg und Region München in Bayern), sowie in Nordrhein-Westfalen und Hessen. 31 Prozent leben in Baden-Württemberg, 24 Prozent in Nordrhein-Westfalen und 14 Prozent in Bayern (vgl. Abbildung 3).

Aspekte der Integration

Die Integration der Italiener in Deutschland ist insgesamt als Erfolgsgeschichte zu beurteilen, wobei unterschiedliche Aspekte ein durchaus differenziertes Bild ergeben (vgl. Alborino 1998; Mon-

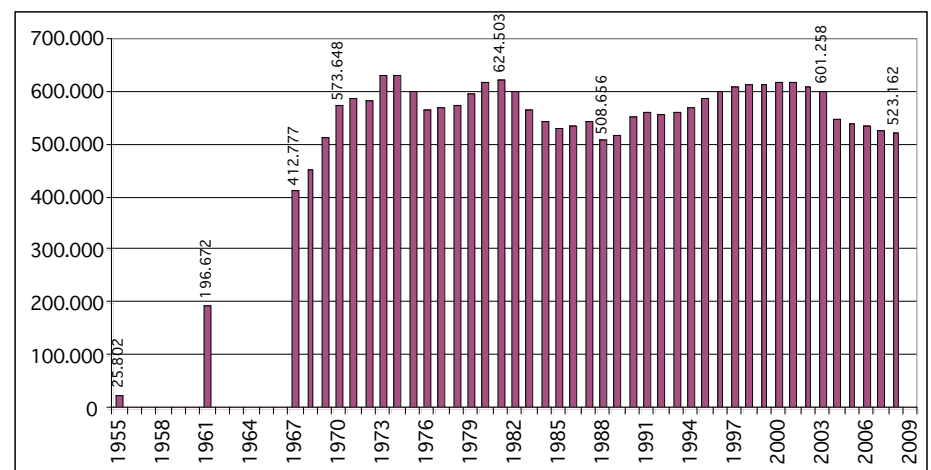
tanari/Montanari 1996; Serio 2000; Rieker 2003). In der Integrationsforschung werden vier Dimensionen der Integration unterschieden: die strukturelle, soziale, kulturelle (kognitive) und emotionale (identifikative) Integration (vgl. Tabelle 2). Das Ausmaß der Integration wird hierbei anhand von Indikatoren gemessen.

Im Folgenden wird auf einige Indikatoren aus den Bereichen der sozialen, strukturellen und kulturellen Integration ausführlicher eingegangen.

Deutsch-italienische Partnerschaften und Familienbeziehungen

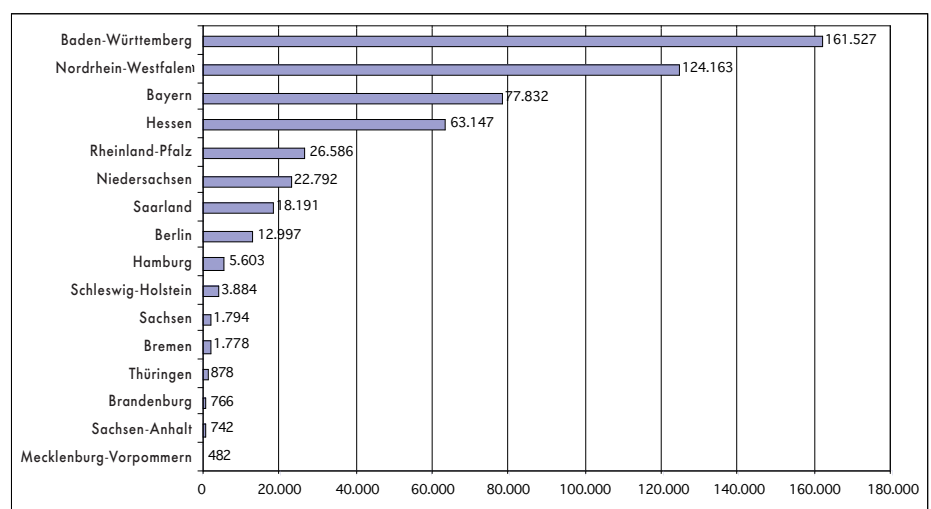
Seit Beginn der Zuwanderung traten Eheschließungen zwischen italienischen Männern und deutschen Frauen sehr häufig auf. Etwa ein Drittel der in Deutschland lebenden italienischen Männer ist mit einer deutschen Frau verheiratet (Haug 2004a). 32 Prozent der Männer mit italienischem Migrationshintergrund sind mit einer Deutschen ohne Migrationshintergrund verheiratet

Abbildung 2: Die Entwicklung der italienischen Bevölkerung in Deutschland



Quelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt 2009. Eigene Darstellung.

Abbildung 3: Die italienische Bevölkerung in den Bundesländern in Deutschland 2008



Datenquelle: Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt 2009. Eigene Darstellung.

Tabelle 2: Vier Aspekte der Integration, Indikatoren und Dimensionen

Strukturelle Integration	Soziale Integration	Kulturelle Integration	Emotionale Integration
Schule Ausbildung Arbeitsmarkt Wohnen	Kontakte Partizipation Mitgliedschaft in Vereinen	Sprache Wissen Normen Werte	Identifikation Verbundenheit Einbürgerung
Positionierung	Soziale Einbettung	Kompetenz-erwerb	Subjektive Einstellung

(Mikrozensus 2008; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung). Bei keiner der anderen größeren Migrantengruppen ist ein derartig hoher Wert an interethnischen Beziehungen festzustellen. Die Partnerwahl bei Immigranten und Einheimischen folgt einem geschlechtsspezifischen Muster. Frauen mit italienischem Migrationshintergrund haben hierbei nur zu 16 Prozent einen deutschen Ehemann. In letzter Zeit ändert sich dies. Bei den in Deutschland registrierten Ehen schlossen im Jahr 2008 60 Prozent der Italiener und 50 Prozent der Italienerinnen Ehen mit Deutschen (Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung).

Unter den Migranten mit italienischer Abstammung im Alter zwischen 18 und 30 Jahren haben etwa ein Drittel deutsch-italienische Eltern (Haug 2004a). Unter diesen „Deutsch-Italienern“ haben wiederum 77 Prozent der Männer und 55 Prozent der Frauen deutsche Partner (Haug 2002b). Es lässt sich somit ein Anstieg im Generationenverlauf feststellen. Insgesamt ist diese hohe Häufigkeit deutsch-italienischer Partnerschaftsbeziehungen ein Indikator für die gute soziale Integration der italienischen Migranten.

Soziale Kontakte und Freundschaftsbeziehungen

Neben den deutsch-italienischen Ehen sprechen die relativ häufigen deutsch-italienischen Freundschaften ebenfalls für eine sehr gute soziale Integration der Italiener in Deutschland. Ihre Freundschaftsnetzwerke bestehen zu weiten Teilen aus Deutschen und Italienern, seltener sind sie multikulturell zusammengesetzt. Deutsch-Italiener haben, im Unterschied zu Deutsch-Türken, zu 80 Prozent deutsche Freunde (Haug 2003, 2005a).

67 Prozent der Italiener haben täglich oder mehrmals wöchentlich Kontakte zu deutschen Freunden (Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen; eigene Berechnung). Bei 28 Prozent der Italiener sind die drei besten Freunde Deutsche (Sozioökonomisches Panel 2006; eigene Berechnung). Im Vergleich zu Türken, Griechen, Polen und Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien zeigen damit Italiener das

höchste Ausmaß und die höchste Intensität an Freundschaftsbeziehungen zu Deutschen (vgl. Abbildung 4).

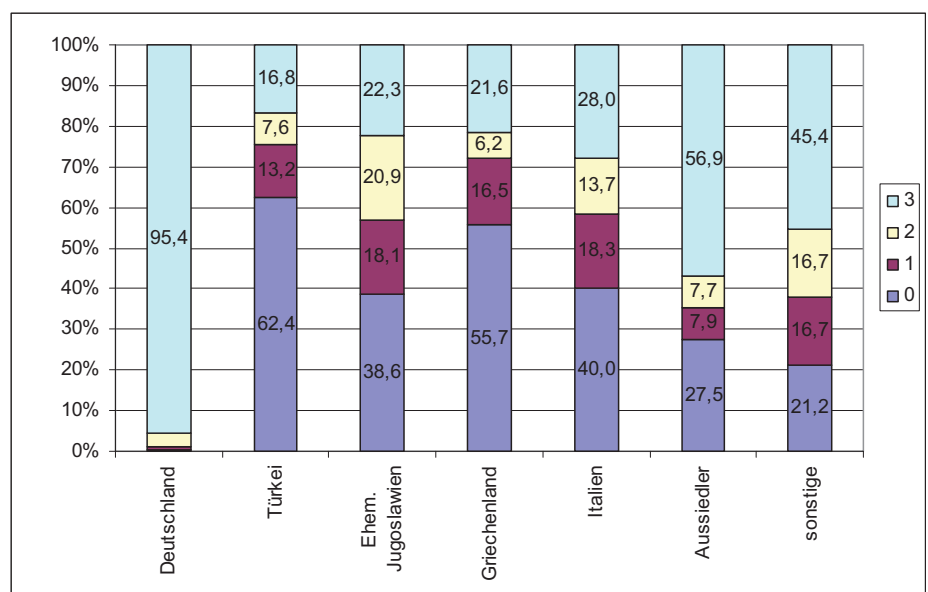
Die Eingliederung in das Schul- und Berufsausbildungssystem und die deutschen Sprachkenntnisse wirken sich positiv auf die Freundschaftsbeziehungen zu

Deutschen aus (Haug 2005a). Die Freundschaftsbeziehungen wiederum haben vielfältige Auswirkungen auf andere Lebensbereiche. Die Akkulturation italienischer Migranten und die Identifikation mit Deutschland beruhen weitgehend auf der Aufnahme von persönlichen Beziehungen zu Mitgliedern des Aufnahmekontextes (Fuhse 2008).

Integration im Vereinsleben

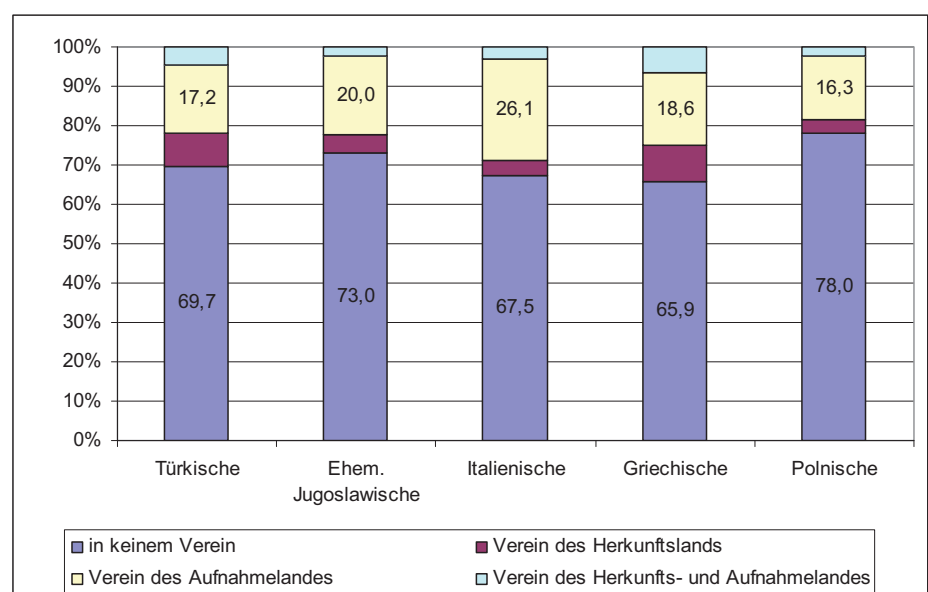
Die soziale Integration im Vereinsleben in Deutschland ist bei Italienern ver-

Abbildung 4: Anzahl der Deutschen unter den drei genannten Freunden



Quelle: Sozioökonomisches Panel 2006. Ungewichtete Gesamtfallzahl 16.773. Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 5: Mitgliedschaft in Vereinen



Datenquelle: Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen 2006/2007. Eigene Berechnung und Darstellung.

gleichsweise ausgeprägt. Auf der einen Seite ist eine Vielfalt an italienischen Migrantenorganisationen zu verzeichnen (Martini 2001; Cappai 2005; Sala 2006). Auf der anderen Seite sind mehr als ein Viertel der Italiener in deutschen Vereinen Mitglied. Ihr Partizipationsgrad an Organisationen des Aufnahmelandes ist damit höher als bei anderen vergleichbaren Migrantengruppen (vgl. Abbildung 5).

Diese in Vereinen gebildeten Netzwerke sind eine Voraussetzung, um neben dem herkunftslandbezogenen Sozialkapital auch aufnahmelandsspezifisches Sozialkapital zu bilden.

Integration in den Arbeitsmarkt

Italiener sind alles in allem gut in den Arbeitsmarkt integriert. Zehn Prozent der Männer und elf Prozent der Frauen mit italienischem Hintergrund sind erwerbslos (Datenquelle Mikrozensus 2007; Seebass/Siegert 2010). Dieser Wert liegt nur leicht über dem der Personen ohne Migrationshintergrund (sieben bzw. neun Prozent) und weit unter dem anderer Zuwanderer (türkische 18 bzw. 20 Prozent, russische 19 bzw. 20 Prozent).

54 Prozent der Männer mit italienischem Hintergrund sind Arbeiter, 31 Prozent Angestellte; bei den Italienerinnen ist das Verhältnis umgekehrt (35 und 55 Prozent; vgl. Seebass/Siegert 2010). Ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Personen mit italienischem Migrationshintergrund ist selbstständig. 2007 traf dies laut Mikrozensus auf 15 Prozent der italienischstämmigen Männer und acht Prozent der Frauen zu (zum Vergleich: elf Prozent Selbstständige in der Gesamtbevölkerung).

Insgesamt weisen Italiener in Deutschland einen starken Bezug zum Unternehmertum auf (Leicht u. a. 2005). Die Gewerbetreibenden sind in verschiedenen Branchen tätig, wobei die Gastronomie dominiert, aber auch der Einzelhandel bedeutsam ist. Darüber hinaus haben sich italienische Selbstständige auf klassische Handwerke spezialisiert, wie z.B. in Berlin Terrazzoleger oder Stuckateure (Pichler 1997). Insgesamt weisen die italienischen Selbstständigen ein relativ niedriges Bildungsniveau auf und sind hauptsächlich in arbeitsintensiven Bereichen der Wirtschaft beschäftigt (Leicht u. a. 2005). Die italienischen Betriebe sind relativ klein mit durchschnittlich zwei bis vier Mitarbeitern. Die Geschäfte sind vor allem in kleineren Gemeinden angesiedelt. Im Gegensatz zur ethnischen Nischenökonomie anderer Migrantengruppen sind diese Geschäfte nicht in ethnischen Enklaven konzentriert. So richten die italienischen Anbieter ihre Angebote nicht

bevorzugt an die ethnische Gemeinschaft der Italiener, sondern an die Aufnahmegesellschaft.

Schulbildung

Ein problematischer Aspekt ist seit längerem die Schulbildung italienischer Kinder und Jugendlicher (Thranhardt 1998; Granato 1994, 1995; Haug 2004b, 2005b). Sie besuchen überdurchschnittlich häufig Sonderschulen für Schüler mit Lernproblemen oder die Hauptschule und erlangen somit ein relativ niedriges Bildungsniveau. Häufig verlassen italienische Kinder die Schule ganz ohne Abschluss. Im Vergleich zu spanischen, griechischen, polnischen, russischen und kroatischen Migrantenkinder weisen italienische Kinder, ebenso wie türkische und serbische, relative Defizite bei der Integration in den strukturellen Bereich der Schule auf (Siegert 2008).

Unterschiedliche Faktoren spielen dabei eine Rolle (Diefenbach 2005, Below 2005). Das Pendeln zwischen Deutschland und Italien ist nicht die primäre Ursache (Diehl 2005). Diese schlechteren Chancen hängen vor allem mit den unterschiedlichen Ressourcen – Bildung der Eltern, sozioökonomischer Status, Einkommen der Familie, Haushaltsform – zusammen. Neben den Unterschieden im Schulsystem ist vor allem die Sozialstruktur der Einwanderer für regionale Unterschiede beim Bildungserfolg verantwortlich. So sind die italienischen Zuwanderer in Berlin überdurchschnittlich hoch gebildet. Die italienischen Schulkinder dort weisen dementsprechend ein sehr hohes Schulbildungsniveau auf. 33 Prozent besuchten im Jahr 2000 das Gymnasium (in Deutschland insgesamt 20 Prozent), 31 Prozent die Gesamtschule und 86 Prozent von ihnen verließen diese beiden Schularten mit dem Abitur (Haug 2004b). Insgesamt lässt sich seit 1984 im Zeitverlauf ein deutlicher Anstieg der Bildungsabschlüsse der italienischen Zuwanderer erkennen, insbesondere bei den Deutsch-Italienern (Haug 2004b, 2005).

Sprachliche Integration

Die sprachliche Integration der Italiener ist im Vergleich zu anderen Migrantengruppen relativ weit fortgeschritten (Haug 2008). Italienische Migranten verstehen oder sprechen Deutsch nach Selbsteinschätzung meist sehr gut oder gut. Die schriftlichen Sprachkenntnisse sind etwas niedriger. Der weitaus größte Teil der Italiener verfügt sowohl im Deutschen als auch im Italienischen über sehr gute oder gute Kenntnisse und ist somit mehrsprachig. Bei einem nur relativ kleinen Teil ist Italienisch die Spra-

che, die besser beherrscht wird. Vor allem bei den Älteren trifft dies für die Schriftsprache zu. Bezüglich der Schriftsprache verfügen Teile der Italiener sowohl in Deutsch als auch in Italienisch nur über mittelmäßige Kenntnisse. Die Analphabetenquote liegt bei unter einem Prozent.

Bei einem wiederum relativ kleinen Teil wird die deutsche Sprache besser beherrscht als die italienische. Allerdings ist die im Alltag und in der Familie verwendete Sprache in der Regel Deutsch, zu Hause wird Deutsch oder ein Mix aus Muttersprache und Deutsch gesprochen. Dies gilt besonders für die männlichen Italiener, die häufig mit deutschen Frauen verheiratet sind. Die alltags-sprachliche Kompetenz bewegt sich bei Italienern, wie auch anderen Migrantengruppen, auf sehr hohem Niveau.

Fazit

Die Zuwanderung aus Italien ist durch das Muster einer Kettenmigration geprägt. Pioniermigranten sind eingewandert und haben später Familienangehörige und Verwandte nachgeholt. Die sozialen Beziehungen aus dem Herkunfts-ort wurden verpflanzt und über Grenzen hinweg fortgesetzt. Gleichzeitig sind Italiener in hohem Maße in die deutsche Gesellschaft integriert, was sich besonders an den deutsch-italienischen Ehen und Freundschaften zeigt. Ebenso hat sich eine ausgeprägte italienische Ökonomie in Deutschland entwickelt.

Aufgrund ihrer spezifischen historischen, ökonomischen und kulturellen Merkmale unterscheiden sich italienische Migranten von anderen Zuwanderergruppen. Obgleich die nationale Herkunft das Leben stark beeinflusst, ist es dennoch nicht gerechtfertigt, von einer monolithischen „ethnischen“ Minderheit auszugehen (Sala 2006).

Der Einwanderungsprozess hat die Gesellschaft und das Leben der Menschen in Deutschland wie in Italien geprägt. Durch die Bevölkerungsbewegung und die Entstehung eines Migrationssystems sind die Länder in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht verknüpft. Diese transnationalen Verbindungen bleiben erhalten, obgleich offen bleibt, inwieweit die folgenden Generationen der italienischen Migranten mit dem Herkunftsland ihrer Vorfahren verbunden bleiben. Die Wanderungsbewegungen zwischen EU-Staaten werden als EU-Binnenmigration charakterisiert. Im Idealfall führen diese Wanderungsverflechtungen zu einer zunehmenden Integration innerhalb der Europäischen Union. Im Fall der Italiener in Deutschland ist diese Perspektive zu einem großen Teil bereits Realität.

Alborino, Roberto/Pözl Konrad (Hrsg.) (1998): Italiener in Deutschland. Teilhabe oder Ausgrenzung? Freiburg.

Behrmann, Meike/Abate, Carmine (1984): Die Germanesi. Geschichte und Leben einer süditalienischen Dorfgemeinschaft und ihrer Emigranten. Frankfurt.

Below, Susanne von (2005): Die schulische Bildung von Migranten. Zum Einfluss von sozialstrukturellen, regionalen und subjektiven Merkmalen. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Wiesbaden, S. 179–193.

Bethlehem, Siegfried (1982): Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiter, Zuwanderung, Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart.

Breitenbach, Barbara von (1982): Italiener und Spanier als Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Eine vergleichende Untersuchung zur Europäischen Arbeitsmigration. München.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010): Migrationsbericht 2008. Nürnberg.

Cappai, Gabriele (2005): Im migratorischen Dreieck. Eine empirische Untersuchung über Migrantenorganisationen und ihre Stellung zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft. Stuttgart.

Diefenbach, Heike (2005): Determinanten des Bildungserfolgs unter besonderer Berücksichtigung intergenerationaler Transmission. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Wiesbaden, S. 97–131.

Diehl, Claudia (2005): Die Auswirkungen längerer Herkunftslandaufenthalte auf den Bildungserfolg türkisch- und italienischstämmiger Schülerinnen und Schüler. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Wiesbaden, S. 159–178.

Fuhse, Jan (2008): Ethnizität, Akkulturation und persönliche Netzwerke von italienischen Migranten. Leverkusen.

Granato, Mona (1994): Bildungs- und Lebenssituation junger Italiener. Bielefeld, Bundesinstitut für Berufsbildung. Berichte zur beruflichen Bildung, Nr. 171.

Granato, Mona (1995): Integration und Ausgrenzung: Junge Italiener in Deutschland. In: Seifert, Wolfgang (Hrsg.): Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik. Berlin, S. 38–48.

Guidotti, Mariella/Haug, Sonja (Hrsg.) (2005): Emigrazione italiana in Germania. Special issue, Studi Emigrazione, Nr. 158.

Haug, Sonja (2000): Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland. Opladen.

Haug, Sonja (2001): Bleiben oder Zurückkehren? Zur Messung, Erklärung und Prognose der Rückkehr von Immigranten in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 26, 2, S. 231–270.

Haug, Sonja (2002a): Kettenmigration am Beispiel italienischer Arbeitsmigranten in Deutschland 1955–2000. In: Archiv für Sozialgeschichte, 42, S. 123–143.

Haug, Sonja (2002b): Familie, soziales Kapital und soziale Integration. Zur Erklärung ethnischer Unterschiede in Partnerwahl und generativem Verhalten bei jungen Erwachsenen deutscher, italienischer und türkischer Abstammung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 27, 4, S. 393–425.

Haug, Sonja (2003): Interethnische Freundschaftsbeziehungen und soziale Integration. Unterschiede in der Ausstattung mit sozialem Kapital bei jungen Deutschen und Immigranten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55, 4, S. 716–736.

Haug, Sonja (2004a): Soziale Integration durch soziale Einbettung in Familie, Verwandtschafts- und Freundesnetzwerke. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 29, 2, S. 163–192.

Haug, Sonja (2004b): Italian Migrants in Germany – Integration in the Education System and the Dual System of Vocational Training. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 29, 3–4, S. 527–582.

Haug, Sonja (2005a): Interethnische Kontakte, Homogenität und Multikulturalität der Freundesnetzwerke. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Wiesbaden, S. 251–275.

Haug, Sonja (2005b): Education and Vocational Training of Italian Migrants in Germany – the Role of Family Social Capital in the Creation of Human Capital. In: Studi Emigrazione/International Journal of Migration Studies, 158, S. 259–283.

Haug, Sonja (2008): Sprachliche Integration von Migranten. Nürnberg, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper 14, Reihe Integrationsreport Teil 3.

Haug, Sonja/Heins, Frank (2005): Italian Migrants in Germany. A Statistical Overview and a Research Bibliographical Note. In: Studi Emigrazione/International Journal of Migration Studies, 158, S. 227–244.

Leicht, René/Leiss, Markus/Fehrenbach, Silke (2005): Social and Economic Characteristics of Self-employed Italians in Germany. In: Studi Emigrazione/International Journal of Migration Studies, 158, S. 285–307.

Martini, Claudia (2001): Italienische Migranten in Deutschland. Transnationale Diskurse. Berlin.

Montanari, Mauro/Montanari, Elke (Hrsg.) (1996): Als ich nach Deutschland kam. Italiener berichten. Freiburg.

Motte, Jan (1999): Gedrängte Freiwilligkeit. Arbeitsmigration, Betriebspolitik und Rückkehrförderung 1983/84. In: Motte, Jan u. a. (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Frankfurt a. M., S. 165–183.

Motte, Jan u. a. (Hrsg.) (1999): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung : Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt a. M.

Oswald, Anne von (2002): Volkswagen, Wolfsburg und die italienischen „Gastarbeiter“ 1962–1975. Die gegenseitige Verstärkung des Proviso-

riums. In: Archiv für Sozialgeschichte, 42, S. 55–79.

Pichler, Edith (1997): Migration, Community-Formierung und ethnische Ökonomie. Berlin.

Reimann, Helga/Reimann, Horst (1987): Gastarbeiter. Analyse und Perspektiven eines sozialen Problems. 2. Auflage, Opladen.

Rieker, Yvonne (2003): „Ein Stück Heimat findet man immer“. Die italienische Einwanderung in die Bundesrepublik. Essen.

Sala, Roberto (2006): Die Nation in der Fremde. Zuwanderer in der Bundesrepublik Deutschland und nationale Herkunft aus Italien. In: IMIS-Beiträge, 29, S. 99–122.

Schöneberg, Ulrike (1993): Gestern Gastarbeiter, morgen Minderheit. Frankfurt a. M.

Seebaß, Katharina/Siegert, Manuel (2010): Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland. Nürnberg. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper, Integrationsreport (unveröffentlichtes Manuskript).

Serio, Antonella (Hrsg.) (2000): Der unsichtbare Mitbürger. Freiburg.

Siegert, Manuel (2008): Schulische Bildung von Migranten in Deutschland. Nürnberg. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper Nr. 13.

Statistisches Bundesamt (2009): Fachserie 1, Reihe 2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Wiesbaden.

Steinert, Johannes-Dieter (1995): Arbeit in Westdeutschland: Die Wanderungsvereinbarungen mit Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei und der Beginn der organisierten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. In: Archiv für Sozialgeschichte, 35, S. 197–209.

Thränhardt, Dietrich (1998): Inklusion und Exklusion: Die Italiener in Deutschland. In: Alborino, Roberto/Pözl, Konrad (Hrsg.): Italiener in Deutschland. Freiburg, S. 15–46.

Weidacher, Alois (2000): Lebensformen, Partnerschaft und Familiengründung. Griechische, italienische, türkische und deutsche junge Erwachsene. In: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hrsg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Opladen, S. 193–227.

ANMERKUNGEN

- 1 Es folgten Abkommen mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und dem ehemaligen Jugoslawien (1968).
- 2 Die größte Ausländergruppe sind türkische Staatsbürger (2008: 1,7 Millionen). Die ca. 2,3 Millionen Aussiedler bzw. Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind deutsche Staatsbürger.



UNSERE AUTORIN

Prof. Dr. Sonja Haug ist Inhaberin des Lehrstuhls für Empirische Sozialforschung/Sozialinformatik an der Hochschule Regensburg. Sie hat in Mannheim Soziologie studiert und über Migration aus Italien nach Deutschland promoviert. Einer ihrer Forschungsschwerpunkte ist Migration und Integration. Sie ist im Vorstand der Sektion „Migration und ethnische Minderheiten“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und Vizepräsidentin der Deutschen Gesellschaft für Demographie.

Umgang mit autoritären Vergangenheiten

Siegmar Schmidt/Gert Pickel/
Susanne Pickel (Hrsg.):

Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung?

VS Verlag, Wiesbaden 2009.
309 Seiten, 39,90 Euro.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Kriegen und bewaffneten Konflikten haben nicht erst im letzten Jahrhundert ganze Nationen gespalten und traumatisiert. Mit der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Etablierung einer Norm zur Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen geschaffen. Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung: Die Frage nach der Aufarbeitungspolitik ist ein noch junges Forschungsfeld.

Vergangenheitsbewältigung bezeichnet den Idealzustand des Umgangs von Staaten und deren Bevölkerungen mit autoritären Vergangenheiten, indem im besten Fall ein Schlussstrich unter die Aufarbeitung gezogen, eine gemeinsame Identität wieder hergestellt und eine einheitliche Geschichtsdeutung gefunden wird. Der 2009 erschienene Sammelband von Siegmar Schmidt, Gert Pickel und Susanne Pickel gibt in seinen fünfzehn Beiträgen umfassend Antwort auf die Fragen nach der Beziehung zwischen der Form der Aufarbeitung umfangreicher Menschenrechtsverletzungen und der Konsolidierung eines neuen demokratischen Systems. Wie verhalten sich Bevölkerungen und Eliten, und welche Faktoren bestimmen die Strategie, mit der man die eigene Vergangenheit in die Identität der neuen Demokratien integriert? Die kulturellen und politischen Kontexte in und nach einer autoritären Phase sind immer einzigartig. Und so sind Wahl und Erfolg der Aufarbeitungspolitik in jedem einzelnen Fall differenziert und vor dem Hintergrund des Dilemmas einer sich etablierenden Demokratie und ethnischer Gerechtigkeitserwägungen zu sehen. Der Sammelband analysiert die Bemühungen und Erfolge nachautoritärer Regierungen, die den Weg zu einer neuen partizipativen Staatsbürgerkultur frei machen und bewertet die verschiedenen Konzepte zwischen Teilamnesie und „harter“ Aufarbeitung.

Was dieser Sammelband anderen um Längen voraus hat? Ein wissenschaftlich solides Konzept mit Leitfragen und einem Analyseraster, das Leserinnen und Lesern zu Anfang die wissenschaftli-

chen Dimensionen von Aufarbeitung (gesellschaftlich-kulturelle und juristische) erklärt und die Abhängigkeit gelingender Aufarbeitung von der Bereitschaft der Akteure – von alten bis zu neuen Eliten – deutlich macht. Das mag komplex anmuten, liest sich aber überaus spannend. Was in diesem Band ebenfalls nicht fehlt, ist die kritische Betrachtung des eigenen Forschungsfeldes. Die interkulturelle Analyseperspektive in den unterschiedlichen Konfliktschauplätzen wird thematisiert und taucht durchgängig in den Beiträgen auf, was die Grenzen dieser Analysen aufzeigt, aber eben auch die Wichtigkeit von einzelnen Fallstudien betont, ohne die die Komplexität der meisten Konflikte nicht dargestellt werden könnte.

Der Sammelband beginnt mit einem einleitenden Teil der Herausgeber und einem Beitrag von Veit Straßner, der Versöhnung und Vergangenheitsaufarbeitung ausführlich konzeptualisiert und dem Vorwurf, Verdrängungspolitik sei gegenüber einer Politik der Versöhnung per se die schlechtere Entscheidung, entgegengesetzt, dass in bestimmten Kontexten lieber eine „Demokratie mit Geburtsfehlern in Kauf zu nehmen sei, als die noch geschwächte Demokratie als Ganzes zu gefährden“ (S. 33).

Im zweiten Teil des Bandes widmen sich Birgit Schwellung und Bernhard Kukatzki jeweils dem Umgang Deutschlands mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und stellen übereinstimmend fest, dass die vermeintliche Aufarbeitung viel öfter nur eine Amnestie gegenüber den Unrechtstaten und dem NS-Regime in seiner Gesamtheit war. Der dritte Beitrag von Manuel Dethloff, Gert Pickel und Susanne Pickel widmet sich der anderen deutschen Diktatur des 20. Jahrhunderts: der DDR-Vergangenheit. Der hohe Grad der Institutionalisierung der Aufarbeitung mit der Birthler-Behörde müsse eigentlich für einen beispielhaften Umgang sprechen, so die Autoren. Vielmehr ginge jedoch die schonungslose Aufarbeitung aus der Sicht vieler – nicht nur ostdeutscher – Bürger zu weit. Das Bedürfnis, unter das „DDR-Kapitel“ einen Schlussstrich zu ziehen, sei verbreitet, während die politische Elite sich bis heute über die Notwendigkeit einer Aufarbeitung einig sei. Die Tatsache, dass sich in diesem Prozess zwei Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Deutungsansätzen gegenüberstehen (Diktatur und Unrechtsstaat als Wertung des Westens gegenüber den Alltagserfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung), sei ganz zentral. Wie aus einer geteilten Vergangenheit eine

neue nationale Staatsbürgerkultur entstehen soll, sei nach wie vor schwer zu sagen. Die Autoren teilen die Aufarbeitung in mehrere Phasen ein: Überwindung des Regimes, Entscheidung zur wissenschaftlichen Handhabung der Stasi-Akten, dann die Amnestiedebatten mit der These der Kollektivschuld, die in der Aufarbeitungspolitik nicht berücksichtigt wurde, und schließlich die langsame und von den Opfern viel kritisierte juristische Aufarbeitung. Die öffentliche Diskussion nahm in dieser letzten Phase merklich ab. Ein Trend, der sich bis heute fortsetzt und die Forderungen nach einem Schlussstrich immer lauter werden ließe, obwohl von einer gemeinsamen Identität noch lange keine Rede sein könne, was die angeführte Umfrage bei West- und Ostdeutschen anschaulich zeigt. Deutlich offenbart sich die Tendenz, dass sich vor allem die jüngeren Generationen der Gegenwart und der Zukunft zuwenden und die ostdeutsche Vergangenheit ruhen lassen wollen. Die Autoren schließen mit der Prognose, dass der „Kampf um die Interpretation der Geschichte“ auf parteipolitischer Ebene noch lange nicht vorbei sei (S. 83).

Der folgende Teil des Buches widmet sich in sechs Beiträgen lateinamerikanischen und osteuropäischen Beispielen von Konfliktbewältigung. So räumt Martin Trainee in einem einleitenden Beitrag über das historische Gedächtnis und die politische Strafe in Lateinamerika mit dem Vorurteil auf, der Kontinent leide an einer „Krankheit des Vergessens“; vielmehr seien die engagierten Kampagnen der Wahrheitskommissionen in der Lage gewesen, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, so dass vernachlässigte Identitätsansprüche bei neuen Verfassungen berücksichtigt werden konnten (S. 97).

Ingrid Wehr vergleicht im Anschluss die Aufarbeitungspolitik in Chile mit dem Öffnen der Büchse der Pandora, da das Amnestiegesetz aus dem Jahr 1978, welches das jahrlange Foltern und willkürliche Inhaftieren von politischen Gegnern lange Zeit verharmloste, viel zu lange totgeschwiegen wurde. Erst die Concertación, ein Parteienbündnis mit dem Bestreben zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen, konnte das lange Schweigen brechen. Eine Wahrheitskommission wurde eingesetzt, die Gewaltverbrechen schrittweise dokumentiert und die Opfer teilweise entschädigt. Das trotzdem noch lange danach totgeschwiegene Thema der Verschwundenen zeige, wie heikel die Kritik an den Militärs bis heute noch ist. Diese weigerten sich noch immer, die

Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen zu übernehmen. Tatsächlich würden der Militärputsch und seine Folgen oft – auch von den Medien – als notwendiges Mittel für den wirtschaftlichen Aufschwung interpretiert. Um die gesellschaftliche Reform und eine Versöhnung möglich zu machen, müsse das Deutungsmonopol der Rechten gebrochen und eine neue gemeinsame Erinnerungskultur etabliert werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit werde aber bis jetzt der Geschichtsschreibung überlassen.

Auch Ingrid Wehr nimmt sich eine Umfrage zu Hilfe – was die Aktualität und Vergleichbarkeit garantierende Struktur dieses Bandes verdeutlicht –, in der fast 90 Prozent der befragten Chilenen „Wahrheit und Gerechtigkeit bisher als nicht verwirklicht“ (S. 120) sehen. Diese Enttäuschung mit den neuen Eliten spiegle sich nicht zuletzt auch in der politischen Partizipation und Wahlbeteiligung wider, die trotz Wahlpflicht drastisch sinke. Das chilenische Beispiel zeige, so die Autorin, dass die „Möglichkeiten einer aktiven Aufarbeitungspolitik äußerst begrenzt sind“ (S. 122). Die Politik habe sich viel zu sehr auf einen symbolischen Charakter verlassen und auf die Bestrafung individueller Gewalttaten beschränkt, so dass keine Vergangenheitsbewältigung im Sinne einer neuen gesamtgesellschaftlichen historischen Identität geschaffen werden konnte.

Die folgenden Beiträge können nicht mehr in gebührender Ausführlichkeit dargestellt werden, aber dem interessanten Fakt, dass in Osteuropa ein sehr einheitlicher Trend zu einer von der Bevölkerung gewollten Amnestie besteht, so Gert Pickel, soll Rechnung getragen werden. Stefan Garsztecki analysiert für Polen und Bernd Kuzmits für Russland, wie die neuen politischen Eliten die Aufarbeitung erschweren und eine Geschichtspolitik mit der sozialistischen Vergangenheit unterbunden haben. Beatrice Schlee lenkt den Blick am Ende dieses Kapitels auf eine spanische Kleinstadt und lässt die Dorfbewohner zu Wort kommen, die trotz siebzig Jahren Amnesie noch immer in den alten Lagern verhaftet seien: Ein Hinweis auf eine Langlebigkeit der Menschenrechtsverletzungen.

Im letzten Kapitel stehen vier Beiträge mit Fallbeispielen aus Afrika und Asien von Justine Hunter (Namibia), Eva-Lotte May (Südafrika), Tina Jongkind (Ruanda) und Ute Möntnich (Kambodscha), die in unglaublicher Bandbreite von Generalamnestien in Namibia über die berühmten Wahrheits- und Versöh-

nungskommissionen nach der Apartheid in Südafrika, einer „Kultur der Straflosigkeit“ in Ruanda bis hin zu einer strategisch verhinderten Aufarbeitungspolitik in Kambodscha berichten. Wer sich fundiert über die Vielfältigkeit und die Möglichkeiten gesellschaftlicher Versöhnungen und Vergangenheitsbewältigung – von deutscher Erinnerungspolitik bis zu den jüngsten Bürgerkriegserfahrungen – informieren möchte, dem sei dieser Sammelband empfohlen. Denn obwohl die Autorinnen und Autoren mit wissenschaftlicher Genauigkeit und sehr umfassend arbeiten, sind die Geschichten um die Menschen in ihren so unterschiedlichen kulturellen Kontexten spannend und interessant erzählt und zudem eine anregende Lektüre. **Franziska Plümmer**

Integration – die dritte deutsche Einheit

Armin Laschet:

Die Aufsteiger-Republik – Zuwanderung als Chance.

Kiepenheuer & Witsch, Köln 2009.
291 Seiten, 19,95 Euro.

Offiziell heißt er Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Bekannt geworden ist er aber 2005 als erster Integrationsminister Deutschlands: Armin Laschet, unter anderem Mitglied des Bundesvorstands der CDU. Sein Buch „Die Aufsteiger-Republik – Zuwanderung als Chance“ ist auf so großen Zuspruch gestoßen, dass jetzt bereits die zweite Auflage erscheint. Für Armin Laschet, der einst auch wissenschaftlicher Berater bei Rita Süßmuth war, steht die Bundesrepublik Deutschland vor einer weiteren großen Herausforderung in ihrer Geschichte. Es geht ihm um nichts anderes als um die dritte deutsche Einheit, wie er in einem Interview mit SWR International, der Fachredaktion des Südwestrundfunks für Migrationsfragen, betont:

„Unsere Gesellschaft hat nach dem Zweiten Weltkrieg die große Einheitsaufgabe geschafft, zwölf Millionen Vertriebene in unsere Gesellschaft zu integrieren. Nun kann man natürlich Vertriebene nicht mit Zuwanderern vergleichen, denn das waren ja Deutsche, die von einem Teil in den anderen Teil Deutschlands geflohen sind, aber dennoch waren sie nicht willkommen. Es waren zerstörte Städte, die Menschen wurden zwangseingewiesen in Wohnungen. Sie nahmen Arbeit weg, und trotzdem hat die deutsche Gesellschaft

es geschafft, zwölf Millionen so zu integrieren, dass einer dieser Flüchtlinge Bundespräsident war. Das war die erste große Einheit. Die zweite war die Einheit 1990, da merken wir heute – 20 Jahre nach der Einheit – wie mühsam es mental noch ist, zwischen Ost und West, dass sich Osis und Wessis nicht als Deutsche erster und zweiter Klasse fühlen, und umso größer wird jetzt die Aufgabe sein, Menschen, die aus anderen Kulturen gekommen sind, so auch zu Deutschen zu machen, auch zu lernen, dass jeder, der hier geboren ist, wenn er sich zu unserem Land bekennt, Deutscher ist und jede Chance auf Aufstieg haben muss.“

Zuwanderung wird in Deutschland nur allzu oft negativ gesehen, kritisiert Armin Laschet. Er sieht Zuwanderung als Chance:

„Wir haben lange gebraucht, bis wir erkannt haben, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Einwanderungsländer fördern systematisch beispielsweise Sprache von Einreise an, von Geburt an, das haben wir fast 40, 50 Jahre nicht genug gemacht, weil wir immer dachten, der Zustand ist nur vorübergehend und die meisten werden wieder zurückkehren. Insofern sind wir ein Einwanderungsland, aber von den Zahlen her sind wir im letzten Jahr zum Auswanderungsland geworden. Es sind mehr Menschen aus Deutschland weggegangen als nach Deutschland gekommen sind. Und deshalb brauchen wir qualifizierte Zuwanderung, d.h. nach bestimmten Berufsgruppen definiert, Menschen, die ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft, zum Bruttosozialprodukt leisten wollen, die Arbeit schaffen. Uns fehlen 70.000 Ingenieure, uns fehlen in einer älter werdenden Gesellschaft Ärzte, uns fehlen zunehmend auch Pfleger, sodass man hier nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes Zuwanderung als Chance begreifen muss und dies steuern muss.“

Die Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin und die Islamkonferenz des Innenministers sind für Armin Laschet deutliche Signale für seine Partei (die Union) gewesen, sich parteipolitisch neu orientieren zu wollen und die Gesellschaft mit den Realitäten zu versöhnen. So spart der Autor keineswegs mit Kritik an den Versäumnissen der Vergangenheit, die auch auf das Konto von CDU und CSU gehen. Bei den Linken kritisiert er, dass die Probleme nicht erkannt wurden, die mit der Zuwanderung verbunden sind. So sei der Erwerb der deutschen Sprache noch vor nicht allzu lan-

ger Zeit als „Zwangsgermanisierung“ missverstanden worden. Insgesamt rächen sich jetzt die Fehler der Vergangenheit. Früher seien Rückkehrprämien für Türken bezahlt worden. Heute ginge es eher um „Bleibeprämien“:

„Die jungen Leute, die bei uns leben, die eine gute Ausbildung haben, Deutsch können, Türkisch können und Englisch können, die einen Universitätsabschluss haben, spielen heute mit dem Gedanken, in das Land ihrer Eltern und Großeltern zurückzugehen, weil sie da größere berufliche Perspektiven haben und bei uns auch immer noch Diskriminierung bei Bewerbungen stattfindet. Wenn sie Öztürk heißen, finden sie immer noch schwerer einen Ausbildungsplatz oder einen Job, als wenn sie Schmitz heißen, und um diese jungen Leute müssen wir werben. Wenn die gut Qualifizierten auch noch alle weggehen aus Deutschland, dann haben wir im demografischen Wandel in einer älter werdenden Gesellschaft ein großes Problem, und insofern müssen wir heute nicht Rückkehrprämien zahlen, sondern fast symbolisch Hierbleibeprämien zahlen, jetzt nicht als Geldleistung, sondern als Signal an die Menschen: Wir sind froh, dass Ihr da seid, und Ihr habt alle Chancen in unserer Gesellschaft.“

In unserem Lande wird viel über Parallelgesellschaften gesprochen, ohne genau zu sagen, worum es geht, bemängelt Integrationsminister Laschet:

„Also, es gibt Abschottungstendenzen, gegen die muss man auch vorgehen, aber wir müssen mit dem Wort ‚Parallelgesellschaft‘ schon genau überlegen, was wir damit meinen. Mancher sagt, eine Moschee ist ja in Ordnung, aber da entstehen Jugendclubs, da entstehen Altentreffe, da gibt es sogar Läden, und das ist eine Parallelgesellschaft. Und da erinnere ich dann oft an mein eigenes Leben; ich bin in vielen katholischen Einrichtungen aufgewachsen, in Kindergärten, in Schulen, in der Jugendarbeit meiner Pfarrgemeinde, und da wäre niemand auf die Idee gekommen, ja weil das religiös geprägt ist, ist das nun eine Parallelgesellschaft. Und deshalb müssen wir Verständnis haben, wenn in einer Moschee ein Teenachmittag stattfindet für die alten Menschen, dann ist das durchaus etwas Gutes, man kann nicht den Teenachmittag in der Moschee ‚Parallelgesellschaft‘ nennen und den Altenkaffee in der katholischen Pfarre ehrenamtliches Engagement.“

Alles in allem hat Armin Laschet ein Buch geschrieben, das geradezu zur Pflichtlektüre werden sollte für alle, die sich mit Einwanderungsfragen beschäfti-

gen. Der CDU-Politiker befürchtet nicht, dass das Thema Integration abgehakt wird. Er blickt eher optimistisch in die Zukunft und entwickelt Perspektiven für die Integrationspolitik in Deutschland:

„Also die Zeit der großen Gipfel ist sicher vorbei. Wir brauchen nicht den vierten, fünften, zehnten Gipfel der Bundeskanzlerin, sondern jetzt beginnt die Umsetzung vor Ort. Viele, viele Kommunen sind ja schon sehr, sehr weit. Stuttgart beispielsweise ist ja eine, die schon vorbildlich, bevor das alles auf Bundesebene begonnen hat, gute Integrationsarbeit gemacht hat. Aber das Thema wird nicht verschwinden, denn wenn wir eine älter werdende Gesellschaft sind, wenn im letzten Jahr erstmals mehr Menschen über 65 Jahre alt waren als unter 20, und wenn dann bei den Kindern, die heute geboren werden, 40 Prozent in vielen Städten eine Zuwanderungsgeschichte haben, dann werden die Kinder in 20 Jahren die Eliten unseres Landes sein müssen. Und das heißt, sie müssen gut ausgebildet sein, sie müssen jede Chance haben, das liegt im Interesse unserer Gesellschaft, und insofern bin ich sicher, das Thema wird nicht verschwinden, sondern an Bedeutung eher noch gewinnen.“

Karl-Heinz Meier-Braun

Stuttgarter NS-Täter

Hermann G. Abmayr (Hrsg.):
Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder.

Schmetterling Verlag, Stuttgart 2009.
384 Seiten, 19,80 Euro.

Er galt als einer der furchtbarsten Täter im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Sein Name war Wilhelm Boger und nach ihm war das grausamste Folterinstrument, die „Boger-Schaukel“ benannt: Die Gefangenen wurden so aufgehängt, dass ihre Geschlechtsteile für gezielte Schläge freilagen. Viele der Verhörten überlebten diese Tortur nicht, andere blieben für ihr Leben gezeichnet.

Boger nannte seine Erfindung „Sprechmaschine“. Als die Lagerführung den Gebrauch dieses Geräts untersagte, soll Boger gesagt haben: „Wie soll man die Schweine zum Sprechen bringen, wenn man sie nicht schlagen darf?“ Boger war in der politischen Abteilung des KZs tätig und seine Aufgabe war es, Häftlinge zu verhören. Bevor er Ende 1942 seinen Dienst in Auschwitz antrat, war er bei der Gestapo tätig, in Stuttgart, in Friedrichshafen sowie nach dem Überfall auf Polen in Zichenau und Ost-

rolenka. In der kurzen Zeit, in der er an dieser letztgenannten Stelle „tätig“ war, bekam er den Titel „Henker von Ostrolenka“.

Wilhelm Boger stammte aus einer Kaufmannsfamilie. Nach der Mittelschule absolvierte er eine kaufmännische Ausbildung. Angeblich unter dem Einfluss seiner deutschnationalen Lehrer hatte er sich schon früh der nationalsozialistischen Jugendbewegung angeschlossen. 1929 wurde er Mitglied der NSDAP. Nach längerer Arbeitslosigkeit wurde er nach Hitlers Machtübernahme in die politische Polizei aufgenommen. Wilhelm Boger wurde 1906 in Zuffenhausen, einem 1930 nach Stuttgart eingemeindeten Vorort, geboren. Herkunft und räumliche Zuordnung der NS-Täter ist das entscheidende Kriterium des 2009 erschienen Buches „Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder“. Herausgegeben wurde das Buch von dem Journalisten und Filmemacher Hermann G. Abmayr. Entstanden ist die Publikation, die 40 Biographien sowie weitere Kurzbiographien enthält, im Umfeld der Stuttgarter „Stolperstein“-Initiative, wodurch sichergestellt ist, dass auch die Perspektive der Opfer in diesem 380 Seiten umfassenden Band nicht zu kurz kommt.

Bei diesem zweifellos sehr verdienstvollen Buch stellt sich die Frage, inwieweit es für die politische Bildung einsetzbar ist. Dies kann uneingeschränkt bejaht werden. Denn zum einen vermag die räumliche Konzentration auf Stuttgart an das nach wie vor wachsende Interesse an der Geschichte des unmittelbaren Lebensumfeldes anknüpfen. Zum anderen ist der durchgängig biographische Ansatz hervorragend dafür geeignet, historische Laien und vor allem auch junge Menschen an dieses Thema heranzuführen.

Die in diesem Band dargestellten NS-Täter stammen aus den unterschiedlichsten Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens: aus Partei, Verwaltung, Wirtschaft, Kirchen, Kultur und Justiz. Dies führt dazu, dass man über die eigentlichen Biographien hinaus in diese unterschiedlichen Bereiche Einblicke gewinnen kann, die das Interesse an einer tiefer gehenden Beschäftigung mit der Thematik wecken können. Eine Strukturgeschichte des Regimes vermag dieser Band natürlich nicht zu ersetzen, aber das ist ja auch nicht seine Absicht.

Dabei verhindert schon die Vielzahl der vorgestellten Charaktere, dass ein allzu holzschnittartiges Bild entsteht, denn einen homogenen Typ des NS-Täters, dies betont auch der Herausgeber in

seinem Vorwort, hat es selbstverständlich nicht gegeben. Besonders eindrucksvoll wird dies in dem Beitrag des Historikers Walter Nachtmann demonstriert, der in einem direkten Vergleich die beiden obersten Nazis in Stuttgart, den Oberbürgermeister Karl Strölin und den Gauleiter Wilhelm Murr, vorstellt und die ganz unterschiedliche Wesensart der beiden Personen sehr eindrucksvoll herausarbeitet.

Der Band enthält auch zwei naturgemäß sehr persönlich gefärbte Beiträge von Nachkommen von Tätern, darunter auch den Enkelin des schon erwähnten Auschwitz-Aufsehers Wilhelm Boger, die sich dem Thema nicht wissenschaftlich nähern, sondern ihr eigenes Erleben und die Schwierigkeiten des Umgangs mit dem Verdrängen und Verschweigen des Grauens der Geschichte schildern. Ursula Boger: „Wegschauen, es nicht so genau wissen wollen, scheint erst mal einfacher (...). Und hinschauen ist unendlich schmerzhaft und macht mich immer wieder sprachlos.“

Die einzelnen Kapitel für diese Publikation wurden von 30 sehr unterschiedlichen Autorinnen und Autoren geschrieben; nur wenige davon sind ausgebildete Historiker. Daher ist es nahezu unvermeidlich, dass sich der eine oder andere Fehler einschleicht (was auch bei sogenannten „Profis“ nicht gerade selten vorkommt). Ein kleines Beispiel: So heißt es auf Seite 128, es gäbe Hin-

weise für die Beteiligung eines der NS-Täter an der „Niederschlagung des ‚Röhmputsches‘“. Dies kann man so natürlich nicht stehen lassen, einen Putsch, den es nicht gegeben hat, kann man natürlich nicht niederschlagen. Richtig wäre gewesen, von der Beteiligung an der großangelegten Mordaktion an zahlreichen SA-Führern und anderen zu sprechen, die von der Naziführung als „Röhmputsch“ apostrophiert worden war, um den Vorgang zu verschleiern und zu rechtfertigen. Durch solche kleinen Fehler wird aber der Wert des Buches keineswegs gemindert. Wer im Hinterkopf behält, dass dieses Buch einer sehr löblichen Initiative der „Geschichtsschreibung von unten“ entstammt, der wird es äußerst gewinnbringend lesen und in der politischen Bildung einsetzen können. **Zdenek Zofka**

Eisenbahner gegen Hitler

Alfred Gottwaldt:

Eisenbahner gegen Hitler. Widerstand und Verfolgung bei der Reichsbahn 1933–1945.

Marixverlag, Wiesbaden 2009.
352 Seiten, N.N. Euro

Der proletarische Widerstand gegen das NS-Regime ist in der Forschung und öffentlichen Darstellung nach 1945 in der Bundesrepublik erst relativ spät be-

arbeitet und beachtet worden. Die bürgerliche Bundesrepublik benötigte vor allem Märtyrer und Vorbilder aus der „Mitte der Gesellschaft“. Dafür eigneten sich die Gruppe um die „Weiße Rose“ und der Verschwörerkreis um Graf Stauffenberg. Man sucht bis heute nach der Gewissheit, dass zumindest ein kleiner Teil der bürgerlichen Elite bzw. des bürgerlichen Milieus Widerstand gegen den „Kult der Unvernunft“ (Bertrand Russell 1935) leistete und dass das „Volk der Dichter und Denker“ nicht nur aus Mitläufern und Tätern bestand, wie es beispielsweise Daniel Goldhagen in seiner Studie, „Hitlers willige Vollstrecker“ (Berlin 1996), darstellt. Andererseits relativiert sich dieses Widerstandspotential – politisch gesehen –, wenn man die Vorgeschichte jener Widerständler näher betrachtet. Aktuell dazu ist die neue Biographie von Barbara Beuys über Sophie Scholl (2010) zu erwähnen.

Neben diesem bürgerlichen Widerstand gab es auch einen proletarischen aus den Milieus der Arbeiter, Handwerker, Angestellten und kleinen Beamten, der in Qualität und Quantität bereits ab 1933 signifikant in unterschiedlichen Formen in Erscheinung trat.

Da gab es Einzeltäter wie Georg Elser, regionale Kleingruppen wie die Edelweißpiraten und überregional organisierte Gruppen wie beispielsweise Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten.

Europa sind wir!

Methoden für die europapolitische Jugendbildung in zwei Bänden



Die Bände 1 und 2 „Europa sind wir!“ aus der Reihe BAUSTEINE bieten:

- Ideen für aktivierende Einstiege ins Thema Europa
- eine schüler- und handlungsorientierte Herangehensweise
- die Möglichkeit, Europa spielerisch und inhaltlich fundiert zu entdecken
- vielfältige und erprobte Methoden sowie ausgearbeitete Materialien für die schulische und außerschulische Jugendbildung
- Module zu grundlegenden Inhalten der europapolitischen Bildung

je Band **3.- EUR** zzgl. Versandkosten

Die Bände können einzeln oder zusammen bestellt werden per Fax 0711.16 40 99 77, marketing@lpb.bwl.de oder www.lpb-bw.de

lpb
BW

In diesem Kontext ist auch der Widerstand deutscher Eisenbahner im Zeitraum von 1933–1945 einzuordnen, der nun erstmals in einer breit angelegten Studie vom Leiter der Abteilung Eisenbahnwesen im deutschen Technikmuseum in Berlin, Alfred Gottwald, federführend und in Kooperation mit 16 Autorinnen und Autoren vorgelegt wird. Hunderte von Beschäftigten der Reichsbahn, oftmals als Einzeltäter, leisteten auf unterschiedliche Art Widerstand gegen das NS-Regime: Es wurden Flugblätter gedruckt, Fluchthilfe wurde geleistet, geheime Informationen wurden weitergegeben und auch konkrete Sabotageaktionen – so genannte „Direkte Aktionen“ – wurden durchgeführt. Bei dem Reichsbahninspektor Ernst Sieber (1916–1995) hieß es beispielsweise in seiner Anklageschrift vom 23. Januar 1945: „Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung und Kriegsverrat“ (S. 277).

Über diese Männer und Frauen, über ihren Widerstand, ihre Verfolgung und in vielen Fällen über ihren Tod berichtet dieses umfangreiche Buch. In dieser Form ist diese Studie einmalig, obgleich sie von ihrem Autor bescheiden als „Zwischenbilanz in der Forschung“ (S. 12) bezeichnet wird. Die Zielgruppe der Untersuchung ist das Personal der Reichsbahn, das 1937 aus ca. 283.000 Beamten und weit über 700.000 Arbeitern und Angestellten bestand. 1940

waren es 1.145.583 Beschäftigte. Obwohl der Widerstand nahezu ausschließlich von Männern durchgeführt wurde – bedingt durch die Arbeitsstruktur bei der Reichsbahn –, wird in dem Buch immer wieder auch auf die Frauen „hinter den Männern“ eingegangen und ihnen eine besondere Rolle beim Widerstand zugeschrieben. Beispielsweise kam die Frau des Kommunisten und Widerständlers John Sieg (siehe unten), Sophie Sieg, ins Frauen-KZ Ravensbrück und wurde erst 1945 durch die Alliierten befreit.

Neben einer Einleitung widmet sich die Studie in vier Kapiteln, die chronologisch die Zeiträume von 1933–1936, 1937–1939, 1939–1942 und 1943–1945 umfassen, sowohl den Widerstandaktionen als auch ihren Akteuren. Es werden jeweils ausführlich zwischen fünf und sieben Einzelbiographien zu jedem Zeitabschnitt vorgestellt. In einem kurzen Schlusskapitel geht es um den Eisenbahner-Widerstand nach 1945 und um ihr Vergessen bzw. Erinnern.

Von den 25 vorgestellten widerständigen deutschen Eisenbahnern haben acht das Kriegsende nicht überlebt und zwei weitere starben an den Folgen der erlittenen Haft in Gefängnissen und Konzentrationslagern bis 1950. Vor allem in der DDR wurde die Erinnerung an den Eisenbahner-Widerstand wach gehalten. Straßen, Erholungsheime und Schulen der Eisenbahn wurden nach ih-

nen benannt. Und auf Postwertzeichen wurden, ebenfalls in der DDR, erstmals im Jahr 1960 Widerständler gewürdigt. In den 1980er Jahren folgten weitere Postwertzeichen.

Die Studie hat zwei Diskursebenen: Einmal die chronologische und systematische, d.h. die Rekonstruktion und Analyse des Widerstands insgesamt sowie zweitens die biographische mit 25 Einzelschicksalen. Hier liegt auch die Stärke und Einmaligkeit des Bandes. Die 25 Porträts zeigen die enorme Spannweite des Widerstands und ihrer Menschen. Da gab es aktive Widerständler, die zielgerichtet Sabotage verübten und andere, die aus Aufrichtigkeit und Pflichtgefühl „Nein“ sagten, ohne sich dabei jedoch als Widerstandskämpfer zu verstehen. Unter ihnen waren Menschen wie

der Reichsbahngehilfe, Kommunist und Aktivist im Widerstandsnetzwerk „Rote Kapelle“, John Sieg (1903-1942), der sich 1942 im Gestapo-Gefängnis das Leben nahm.

der promovierte Beamte Karl Eugen Hahn (1904-1957), dessen Differenzen mit der Wehrmacht zur Verhaftung durch die Gestapo und Einlieferung in das KZ Oranienburg-Sachsenhausen führte.

der Schlosserlehrling Jean Jülich (geb. 1929), der sich in Köln den Edelweißpiraten anschloss und mit 15 Jahren von der Gestapo verhaftet wurde. Drei sei-

Capisco – ein schnelles Spiel für helle Köpfe



- geeignet für alle ab 10 Jahren
- 400 Begriffe zu zehn Themen
- als Gruppenspiel oder zum Selbstlernen

„Frauenquote“, „Börse“, „Demokratie“ sind Begriffe, die uns selbstverständlich über die Lippen gehen – doch wissen wir immer, was sie genau bedeuten? Fällt uns zur Erklärung von „Demokratie“ mehr ein als Wahlen, Volksherrschaft oder Parlament?

Capisco ist ein kommunikatives und temporeiches Kartenspiel, das im Familien- und Freundeskreis ebenso gespielt werden kann wie in der Schule oder der außerschulischen Jugend- und Bildungsarbeit.

Im Spiel gilt es, Begriffe aus Alltag, Politik, Recht und Wirtschaft ohne

Zuhilfenahme naheliegender Wörter zu erklären und zu erraten.

8,- EUR
zzgl. Versandkosten

Zu bestellen bei der Landeszentrale für politische Bildung, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Fax 0711.16 40 99 77
marketing@lpb.bwl.de
www.lpb-bw.de

lpb
BW

ner Edelweißkameraden wurden am 10. November 1944 öffentlich in Köln erhängt und er selbst wurde im März 1945 von den Amerikanern aus dem Lager Brauweiler befreit (bei der Hinrichtung wurden insgesamt 13 Menschen ermordet; darunter waren fünf Jugendliche und drei, die Edelweißpiraten waren).

der Reichsbahn-Betriebsarbeiter Heinrich Duhme (1894–1944), der seinem ehemaligen Bekannten und sowjetischen Agenten Franz Zielasko 1943 Geld und Informationen zum Aufbau einer illegalen Gruppe gab und dafür am 25. Oktober 1944 „wegen Feindbegünstigung und Vorbereitung zum Hochverrat“ (S. 315) hingerichtet wurde. Duhme war weder politisch organisiert noch aktiv.

der Aristokrat und Lokomotivtechniker Leopold Prinz zu Schaumburg-Lippe (1910–2006), der 1942 wegen Vergehens gegen das „Heimtücke“-Gesetz zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Grund: Nach dem tödlichen Attentat auf den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, in Prag äußerte er sich gegenüber Kollegen: „Höchste Zeit, dass das Schwein endlich tot ist“.

Erschreckend ist auch die Folgegeschichte nach 1945. In vielen Fällen wurde diesen Menschen nach dem Krieg an ihrem alten Arbeitsplatz bei der Bahn mit Aversion und Feindseligkeit begegnet.

Auf den ersten Blick überrascht einerseits die Kontinuität und Intensität, mit der die Eisenbahner ab 1933 Widerstand leisteten und andererseits, dass darüber bislang so wenig gesprochen wurde. Vielleicht ist dies sozialpsychologisch damit zu erklären, dass sich das Milieu der Eisenbahner nicht dazu eignet, als Helden der bürgerlichen Mitte dargestellt zu werden. Es war jener unauffällige „kleine Mann“ von nebenan, der als Einzelakteur im Verborgenen Widerstand leistete. Der Heldenmut dieser Menschen war durch ein gleichsam „natürliches“ Gerechtigkeitsempfinden geprägt und orientierte sich weniger an kulturellen oder politischen Idealen.

Der Band verdeutlicht die Vielfalt dieses Widerstands, der sich auch jenseits bekannter „Richtungen“ wie Arbeiterbewegung, christliches Bekenntnis, militärische Opposition oder konservativ-bürgerliche Orientierung entwickelt hat. Die Biographien der Studie belegen, dass bereits ein „aufrechter Gang“ durch das Leben in einem totalitären System als Widerstand interpretiert und

verfolgt wird. In vielen Fällen verstanden sich die widerständigen Eisenbahner nicht als Widerstandskämpfer. Sie lebten ihr anständiges Leben in einer Diktatur weiter und wurden allein dadurch bereits zum Sand im Getriebe der Barbarei.

Ulrich Klemm

Strukturen des „Jahrhunderts der Extreme“

Klaus Kremb (Hrsg.):

Weltordnungskonzepte. Hoffnungen und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts.

Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.
128 Seiten, 9,80 Euro.

Wie lässt sich die Welt des 20. Jahrhunderts auf den Begriff bringen? Wie sehen die langen Entwicklungslinien in einer von Globalisierung, Zäsuren und Widersprüchen geprägten Welt aus? „Age of Extremes, The Short Twentieth Century 1914–1991“ – wohl keine andere weltgeschichtliche Darstellung des 20. Jahrhunderts wurde seit ihrem Erscheinen im Jahre 1994 so oft zitiert wie die des britischen Sozialhistorikers und Sozialwissenschaftlers Eric Hobsbawm. Mit seinem Buch „Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“ (München/Wien 1995) hat Hobsbawm dem „kurzen 20. Jahrhundert“ – so der Untertitel im englischen Original – eine analytische Struktur gegeben und zugleich einen Orientierungspunkt für den historisch-politischen Diskurs gesetzt. Das „Zeitalter der Extreme“ setzt mit dem Ersten Weltkrieg ein und endet mit dem Zerfall der Sowjetunion. Das Buch gliedert sich in drei Epochen. Die Untergliederung umfasst das „Katastrophenzeitalter“ (1914–1945), dann das „Goldene Zeitalter“ der Wiederaufbauperiode, die Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Wohlstand für viele brachte (1945–1975). Die dritte Epoche nennt Hobsbawm schlicht „Der Erdrutsch“. Die unumstrittene Leistung von Hobsbawm ist die Benennung grundsätzlicher Extreme des politischen Denkens und der politischen Praxis.

In dem vorliegenden Sammelband, der aus einer Tagung des Vereins für die Geschichte der Weltsysteme hervorging, werden diese grundsätzlichen Entwicklungslinien bzw. Extreme konzipiert und mit Schlüsseln belegt. Im einleitenden Beitrag gibt Klaus Kremb (Winnweiler/Kaiserslautern) einen Überblick über das „Jahrhundert der Extreme“, indem er die wesentlichen „Hoffnungen und Enttäuschungen“ als Prägekräfte des 20. Jahrhunderts aufgreift. Er skizziert fünf

Begriffs- bzw. Gegensatzpaare (Demokratie – Antidemokratie; Menschenrechte – Genozide; Selbstbestimmung – Fremdbestimmung; Integration – Konfrontation; Positiver Friede – Alte Kriege) und erörtert in einem weiteren Schritt vier wesentliche Weltordnungsdynamiken (liberales, kommunistisches und nationalsozialistisches/faschistisches Weltordnungsmodell sowie Optionen der Dekolonisation), die das 20. Jahrhundert prägten.

In vier nachfolgenden Beiträgen werden zentrale Aspekte der einzelnen Weltordnungskonzepte erörtert und das liberale, kommunistische und nationalsozialistische Modell sowie die Dekolonisation als historisch und politisch wirkmächtige Konzepte des 20. Jahrhunderts analysiert.

Wigbert Benz (Karlsruhe) zeigt, wie am Beispiel des Hungervorhabens im „Unternehmen Barbarossa“ (1941) Kalkül und Ideologie in der Konfrontation des nationalsozialistischen und kommunistischen Weltordnungskonzeptes zusammenfließen und in menschenverachtender Barbarei münden (S. 19–38). Der extreme Charakter des Russlandfeldzugs, der ein Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg war, erklärt sich durch die politisch-wirtschaftlichen Zielsetzungen des NS-Regimes: (1) die Vernichtung der „jüdisch-bolschewistischen“ Führungsschicht sowie der Juden selbst; (2) die Eroberung von Kolonial- und „Lebensraum“; (3) die Dezimierung und Unterwerfung der slawischen Bevölkerung; (4) die Errichtung eines autarken Kontinentaleuropas unter deutscher Vorherrschaft (S. 19f.). Die Strategie beruhte letztlich auf rassenideologischen Motiven. Benz arbeitet gerade diesen Aspekt schlüssig heraus und konstatiert, dass es für die Kriegsführung von Vorteil war, die „slawischen Völker als ‚Untermenschen‘ anzusehen“ (S. 20). Gerade deren „entmenschlichter Status ermöglichte den Abbau moralischer Barrieren für die notwendige Entgrenzung von Gewalt im ‚totalen Krieg‘, der (...) auch mit inhumansten Mitteln geführt werden sollte“ (a. a. O.). So erklärt sich das Hungervorhaben, das den millionenfachen Hungertod von Menschen in der Ukraine und in Russland rational einkalkulierte. Die Konzeption des Hungervorhabens, in erster Linie von Experten des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ausgearbeitet, rechnete mit etwa 30 Millionen Hungertoten. Nachdem der Krieg bekanntlich anders verlief, konnte dieses Kalkül ideologisch überzeugter Schreibtischtäter und rational planender Bürokraten nicht umgesetzt werden.

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors:
Sabina Wilhelm, Thomas Schinkel -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Templ -40

Stabsstelle Kommunikation und Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Susanne Krieg -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Günter Georgi -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: Sabrina Gogel -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiter/Gedenkstättenarbeit*: Konrad Pflug -30
Landeskunde und Landespolitik*: Dr. Iris Häuser -20
Jugend und Politik*: Angelika Barth -22
Schülerwettbewerb des Landtags*: Monika Greiner -25
Thomas Schinkel -26
Frauen und Politik: Beate Dörr/Sabine Keitel -29/ -32
Freiwilliges Ökologisches Jahr*: Steffen Vogel -35
Alexander Werwein/Charlotte Becher -36/ -34
Stefan Paller -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Templ -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Politische Bildung Online/E-Learning: Susanne Meir -46
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb, Tel.: 07125/125-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe -49

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr -147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Nina Deiß -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Felix Steinbrenner -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Alexander Ruser -13

Außenstelle Tübingen
Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,
72574 Bad Urach
Telefon: 07125/152-133, Fax -145
Klaus Deyle -134

Projekt Extremismusprävention

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Leiterin: Regina Bossert -81
Assistentin: Lydia Kissel -82

* Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart
Fax: 0711/164099-55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-0
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-0
Dienstag 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Montag und Mittwoch 14.00–17.00 Uhr

Newsletter „einblick“

anfordern unter www.lpb-bw.de

DER BÜRGER IM STAAT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum Downloaden: www.buergerimstaat.de

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden: Landeszentrale für politische Bildung, Marketing, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 0711/164099-77 marketing@lpb.bwl.de oder im Webshop: www.lpb-bw.de/shop

FORDERN SIE UNSERE VERZEICHNISSE AN

oder orientieren Sie sich im Internet unter lpb-bw.de.

Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter 1 kg bestellen, fallen für Sie keine Versandkosten an. Für Sendungen über 1 kg sowie grundsätzlich bei Lieferungen kostenpflichtiger Produkte werden Versandkosten berechnet.

www.lpb-bw.de